

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
II/202/0

Vorlage-Nr.
3696/2010

Freigabedatum
30.09.2010

Beschlussvorlage zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge

Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge		**Abstimmungsergebnis**					
Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge-lehnt	zu-rück-ge-stellt	verwiesen in	ein-stim-mig	mehr-heitlich gegen
Finanzausschuss	27.09.2010	☐	☐	X		☐	
Finanzausschuss	04.10.2010	☐	☐	☐		☐	
Rat	07.10.2010	☐	☐	☐		☐	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

1. Der Rat nimmt die jeweils 100 bestbewerteten Vorschläge der Themenbereiche „Bildung/Schule“ und „Umweltschutz“ aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einschl. der Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Voten der Bezirksvertretungen und die Ergebnisse aus den Sitzungen der Fachausschüsse zur Kenntnis.

2. Die zur Umsetzung der in der Anlage 0 enthaltenen Maßnahmen benötigten Haushaltsermächtigungen wurden im Rahmen des „Veränderungsnachweises Finanzausschuss“ in den Hpl.-Entwurf 2010/2011 eingestellt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung dieser Maßnahmen – wie in Anlage 0 dargestellt - beauftragt.

3. Die von der Verwaltung vorgelegte Liste haushaltswirksamer Vorschläge (Anlage 1) wird - soweit die Vorschläge nicht bereits im Haushaltsplanentwurf Berücksichtigung gefunden haben – an die Verwaltung verwiesen. Sollte die Verwaltung einzelne Vorschläge zur Umsetzung vorschlagen wollen, hat sie diese mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag zu versehen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in die Hpl.-Beratungen im Finanzausschuss am 27.09.2010 folgenden Vorschlag zur Präzisierung des Beschlussentwurfs der Verwaltung eingebracht:

„Beschluss:

1. Der Finanzausschuss nimmt die jeweils 100 bestbewerteten Vorschläge der Themenbereiche „Bildung/Schule“ und „Umweltschutz“ aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Voten der Bezirksvertretungen und die Ergebnisse aus den Sitzungen der Fachausschüsse zur Kenntnis.

2. Die beigefügt aufgelisteten Bürgerhaushaltsvorschläge (s. Anlage) sind im Haushaltsplan 2010/2011 enthalten und ihre Finanzierung wird mit den vorliegenden Veränderungsnachweisen von SPD und Grünen beschlossen.

3. Die von der Verwaltung vorgelegte Liste haushaltswirksamer Vorschläge (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage) wird – soweit die Vorschläge nicht bereits im Haushaltsplan Berücksichtigung gefunden haben – an die Verwaltung verwiesen. Sollte die Verwaltung einzelne Vorschläge zur Umsetzung vorschlagen wollen, hat sie diese mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag zu versehen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten.“

Die Beratung der Vorlage wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.09.2010 in die Folgesitzung vertagt.

Da die abschließende Beschlussfassung über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bürgerhaushalt dem Rat obliegt, wurde der o. a. Beschlussvorschlag durch die Verwaltung angepasst, im Finanzausschuss am 04.10.2010 erfolgt die hierfür erforderliche Vorberatung.

Für die in der Anlage 0 angeführten Maßnahmen wurden durch Beschluss des Finanzausschusses entsprechende Haushaltsermächtigungen in den „Veränderungsnachweis Finanzausschuss“ aufgenommen. Die abschließende Entscheidung über die Haushaltssatzung erfolgt am 07.10.2010 im Rat.

Allgemeines:

Im Rahmen des zweiten Kölner Bürgerhaushaltsverfahrens wurden insgesamt 1.254 Vorschläge zu den Themenbereichen „Bildung/Schule“ und „Umweltschutz“ abgegeben.

Vor dem Hintergrund des vom Finanzausschuss am 17.09.2007 beschlossenen Verfahrens hat die Verwaltung zu den jeweils 100 bestbewerteten Vorschlägen je Themenbereich eine Stellungnahme sowie – falls möglich – eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen erstellt. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung muss auch über die Umsetzung dieser Maßnahmen entschieden werden.

Die Vorschläge wurden in den Bezirksvertretungen und den zuständigen Fachausschüssen beraten. Die Ergebnisse sind – wie auch die Stellungnahmen der Verwaltung – in der als Anlage beigefügten Auflistung enthalten.

Seitens der Fachausschüsse wurden die Vorschläge größtenteils ohne Votum in die Hpl.-Beratungen verwiesen.

Die als Anlage beigefügte Liste ist zunächst in die beiden Themenbereiche „Bildung/Schule“ und „Umweltschutz“ unterteilt. Innerhalb dieser Bereiche erfolgt eine Clusterbildung anhand der im Onlineverfahren vergebenen Zuordnung zu Unterthemen.

Hinweis: Die in den Spalten „Überschrift“ und „Vorschlagstext“ enthaltenen Texte wurden unverändert (entsprechend den Originalvorschlägen) aus dem dv-gestützten Bürgerhaushaltsverfahren übernommen.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.

Cluster	Rang	Bürgerhaushalt 2010 Bezeichnung	Betrag	aktuell im HH berücksichtigt	Bemerkung	Deckung
Umweltschutz		Mehr Strassenbäume - mehr Grün	200.000	200.000	Zusammenführung mehrerer Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt mit dem gleichen Ziel - Bereits beim ersten Bürgerhaushalt wurde durch den Rat am 24.06.2008 eine Zusetzung für Baumpflanzungen beschlossen. Ingesamt wurden daraufhin im Frühjahr 2009 im gesamten Stadtgebiet 570 Straßenbaumfehlstellen bepflanzt. Im Herbst 2009 sind weitere 200 Bäume gepflanzt worden und im Frühjahr 2010 war die Pflanzung von 250 Bäumen vorgesehen. Damit sind die Etatmittel für Bäume aufgebraucht. Eine Aufstockung des Etats für Baumersatzpflanzungen ist sinnvoll um den Baumbestand zu halten. Ansatz in der Mittelfristplanung fortschreiben. - Anmerkung: Derzeit arbeit die Verwaltung auf Antrag von SPD/Grüne an einem Straßenbaumkonzept. Dazu wird der Kernbereich des Stadtgebiets im Hinblick auf mögliche Straßenbaumpflanzungen untersucht.	Deckung über Kulturförderabgabe-Stadtklima- und verschönerungsprogramm
Umweltschutz		Wein an jeder Südwand	50.000	50.000	Bürgervorschlag als solcher wäre kostenneutral, da er Pflanzung, Pflege und Ernte übernehmen würde. Verwaltung schlägt eigenes Initiativprogramm vor: Bereits Mitte der 80 er Jahre wurde ein Förderprogramm für Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden durchgeführt, dass auf große Resonanz gestoßen ist. In dieser Zeit wurden sämtliche öffentlichen Gebäude hinsichtlich einer Fassadenbegrünung geprüft und dort, wo es möglich war, umgesetzt. Den Vorschlag aufgreifend könnten Mittel bereit gestellt werden für die Anschaffung von Weinreben-Pflanzen, die anschließend privaten Hauseigentümern zur Fassadenbegrünung zur Verfügung gestellt werden könnten - Maßnahme zur Verbesserung des Stadtklimas	Deckung über Kulturförderabgabe-Stadtklima- und verschönerungsprogramm
Umweltschutz		Erhalt der Waldschule	60.000	60.000	Weiterführung des Angebotes der Waldschule auf Gut Leidenhausen - das Angebot der Waldschule wird seitens der Kölner Schulen sehr gut angenommen. Die Termine sind bereits bis Ende 2012 ausgebucht. Das bestehende Angebot soll weiterhin erhalten bleiben.	Deckung aus Personalkostenüberschuss bei 67
Umweltschutz		Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes	150.000	50.000	Der Bürgervorschlag soll aufgegriffen und zum Anlass genommen werden, den Bereich der Umweltbildung weiter zu stärken. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angebote im Bereich der Umweltbildung in Köln konzeptionell aufzuarbeiten. Ziel ist es, über eine zielgenaue Projektförderung die Umweltbildungsarbeit im Bereich der Stadt Köln effizient zu stärken und auszubauen.	Finanzierung über VN SPD/Grüne
Verkehr		Radwege erweitern und sicherer gestalten	500.000	500.000	In 2009 wurde ein Sanierungsprogramm erstellt, das jetzt für 2010 neu aufgelegt wird. Für eine gesicherte Fortführung des Radwegesanierungsprogramms müssten jährlich Finanzmittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für kleine bauliche Maßnahmen besteht ein jährlicher Bedarf von 500.000 EUR.	wird aus dem Budget "Straßenbauunterhaltung" finanziert zusätzliche Mittel weden über VN SPD/Grüne bereitgestellt.
Verkehr		Tempo 50 auf der Riehler Straße	20.000	20.000	Bei einer Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit müssen an den Lichtsignalanlagen die Gelbzeiten sowie die Schutz- bzw. Zwischenzeiten geändert werden. Die betroffenen Lichtsignalanlagen sind in einem Erneuerungsprogramm enthalten und werden ausgetauscht. Die Schaltungen der neuen Ampeln werden dann auf eine Geschwindigkeit von 50 km/h berechnet. Eine vorgezogene Umprogrammierung würde zusätzliche Kosten in Höhe von über 20.000 Euro verursachen. Vor der Einrichtung einer durchgängigen Radverkehrsanlage sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.	wird aus dem Budget "Lichtsignalunterhaltungs-Programm" finanziert
Verkehr		Fahrradwege von rechts- nach linksrheinisch	20.000	20.000	Grundsätzlich wird bei den anstehenden Brückensanierungen der Radverkehr auf den Brücken berücksichtigt, die Verbesserung der Anbindungen ist auch Bestandteil des städtebaulichen Masterplanes für die Kölner Innenstadt. Die Anbindung der Deutzer Brücke kann im rechtsrheinischen auf der Südseite mit kleinen baulichen Anpassungen verbessert werden. Auf der Nordseite gibt es keine Verbesserungsmöglichkeiten. An der Severinsbrücke sind im Linksrheinischen grundsätzliche Planungen erforderlich, im Rechtsrheinischen sind Verbesserungen durch bauliche Anpassungen möglich.	wird aus dem Budget "Straßenbauunterhaltung" finanziert
Verkehr		Den Straßenzug Vogelsanger Weg/kölner Weg von Lärm und Abgasen entlasten	20.000	20.000	Die Anregungen werden im Rahmen des Konzeptes Sportpark Müngersdorf geprüft. Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln im konsumtiven und investiven Bereich bei Bedarf bereitgestellt werden.	Deckung aus vorhandenen Mitteln.

Cluster	Rang	Bürgerhaushalt 2010 Bezeichnung	Betrag	aktuell im HH berücksichtigt	Bemerkung	Deckung
Verkehr		Luftverschmutzung reduzieren in Junkersdorf	20.000	20.000	Durch den enorm hohen Anteil an ortsfremdem Durchgangsverkehr sind die Junkersdorfer Wohnstraßen mit Verkehr überlastet. Das Verkehrskonzept Weiden, Lövenich, Junkersdorf wurde in vielen Punkten schon umgesetzt. Die Verwaltung wird auch weiterhin die Umsetzung vorantreiben, damit es in der Ortslage Junkersdorf zu einer nachhaltigen Verbesserung kommt. Finanzierung: Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln bei Bedarf bereitgestellt werden.	Deckung aus vorhandenen Mitteln.
Jugend	1	Keine Kürzung bei Jugendzentren	188.500	145.645	zugesetzter Betrag ab 2011, Kürzungen teilweise aufgehoben,	
Schule	6	Teilmodernisierung Montessori-Gymnasium	2.850.000	3.000.000		im HH berücksichtigt
Schule	8	Max-Ernst-Gesamtschule Bocklemünd, Rundumerneuerung		450.000		im HH berücksichtigt
Schule	11	Zweifach-Turnhalle Ensen/Westhoven		2.500.000	in neuer Bauplanung berücksichtigt	
Schule	12	Gesamtschule Nippes		43.000.000		im Rat 10/2010
Schule	13	Gemeinsamer Unterricht/Inklusion				erledigt
Schule	14	Mehr Sozialpädagogen in der TAS	200.000	100.000	für 2011 im VN SPD/Grüne 100.000 € zusätzlich bereitgestellt	
Schule	17	Buszufahrt Pestalozzi-Schule		228.500		im HH berücksichtigt
Schule	19	Sanierungsbedarf Kaiserin-Theophanu-Schule		11.000.000		im HH berücksichtigt
Schule	23	KGS Forststr, Toilettensanierung		51.000	16 Mio. insges. durch Ratsbeschluss 09/2009 zur Verfügung gestellt	im HH berücksichtigt
Schule	50	GGS Zugweg, Toilettensanierung		230.000	16 Mio. insges. durch Ratsbeschluss 09/2009 zur Verfügung gestellt	im HH berücksichtigt
Schule	60	Temporäre Schulbauten GGS Junkersdorf		70.000		im HH berücksichtigt
Soziales	63	Keine Kürzung Bürgerzentrum Engelshof	7.127	7.127		von Verwaltung intern berücksichtigt
Schule	66	Erweiterungsbau Hansagymnasium		5.600.000		erledigt
Soziales	66	Runder Tisch Buchforst	42.000	42.000	Finanzierung bis einschl. Februar 2011 gesichert, 42.000 € für Restjahr 2011	Finanzierung über VN SPD/Grüne
Schule	77	Erweiterungsbau + Schulsportanlage Gymnasium Wahn		7.200.000		im HH berücksichtigt
Schule	80	Renovierung Schulsporthalle Gymn. Weiden		2.500.000		im HH berücksichtigt
Soziales	85	Erhalt Kölner Erzähl- und Begegnungscafe	15.000	15.000		Finanzierung über VN SPD/Grüne
Schule	87	Lise-Meitner-GS, Toilettensanierung		200.000		im HH berücksichtigt
			4.342.627 €	**77.279.272 €**		

Anlage 1

Bürgerhaushalt 2010 - Vorschläge mit bezifferbaren Kosten

Thema	Cluster	Rang	Nr.	Überschrift	Hj 2010	Hj 2011	Hj 2012	Hj 2013	HJ 2014	Bemerkungen	konsumtiv/ investiv
Schule/ Bildung	Grund- und Hauptschulen	18	904	Schülerticket auch für Grundschüler	35.000,00 EUR	72.500,00 EUR	75.000,00 EUR	78.000,00 EUR	80.500,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Schule/ Bildung	Grund- und Hauptschulen	44	11	Eine zweite Grundschule für Junkersdorf im Stadtbezirk Lindenthal	-----	180.000,00 EUR	250.000,00 EUR	im Rahmen der Unterhaltung		Die angegebenen Kosten beziehen sich auf die Errichtung von Spielplätzen.	investiv
Schule/ Bildung	Grund- und Hauptschulen	65	189	Aufstockung des Etats für die Grundschulen	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Rhein. Musikschule	5	250	Rheinische Musikschule - musikalische Bildung für die Zukunft sichern	-----	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Rhein. Musikschule	83	1559	Verstärkte Kooperation der Rheinischen Musikschule mit allen Schulen	-----	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige	1	1058	Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!	-----	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige	20	682	Inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen	-----	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige	37	1157	Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln	-----	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige	45	213	Jugendberufshilfe im Seeberger Treff fürs Jahr 2010 sicherstellen	-----	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige	63	1527	Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!	-----	11.200,00 EUR	11.200,00 EUR	11.200,00 EUR	-----		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	3	475	OGTS-Räume platzen aus allen Nähten im Gebäude der GS Schulstraße 51	6.116,50 EUR	12.233,00 EUR	12.233,00 EUR	12.233,00 EUR	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	31	306	Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen	422.900,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR		konsumtiv

Anlage 1 **Bürgerhaushalt 2010 - Vorschläge mit bezifferbaren Kosten**

Thema	Cluster	Rang	Nr.	Überschrift	Hj 2010	Hj 2011	Hj 2012	Hj 2013	HJ 2014	Bemerkungen	konsumtiv/ investiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	32	1394	Erhöhung des Schuletats	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	54	121	Einführung eines Schülertickets für Grundschüler	35.000,00 EUR	72.500,00 EUR	75.000,00 EUR	78.000,00 EUR	80.500,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	58	1607	Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen	142.700,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	59	214	Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!	16.900,00 EUR	16.900,00 EUR	16.900,00 EUR	17.300,00 EUR	17.300,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	61	1084	Dominik Brunner Freizeitecken	-----	350.000,00 EUR	im Rahmen der Unterhaltung				investiv
Schule/ Bildung	Sonstige Schulformen	74	896	Bildungslandschaft HöVi	50.500,00 EUR	50.500,00 EUR	50.000,00 EUR	-----	-----		konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	14	301	Mehr Sozialpädagogen für die TAS	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	15	380	Hauptberufliche Dozenten der VHS unterbezahlt!	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	41	532	Waldschule Leidenhausen	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR		konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	62	1293	Köln braucht Volkshochschule	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	73	66	Runder Tisch Buchforst	-----	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	-----		konsumtiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	85	1085	Kölner Erzähl- und Begegnungscafé	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv

Anlage 1 **Bürgerhaushalt 2010 - Vorschläge mit bezifferbaren Kosten**

Thema	Cluster	Rang	Nr.	Überschrift	Hj 2010	Hj 2011	Hj 2012	Hj 2013	HJ 2014	Bemerkungen	konsumtiv/ investiv
Schule/ Bildung	VHS/Weiterbildung	100	698	Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern	523.887,00 EUR	128.187,00 EUR	128.187,00 EUR	128.187,00 EUR	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	HJ 2010: 315.700 EUR investive Kosten, 208.187 EUR konsumtiv; HJ 2011 ff konsumtiv
Schule/ Bildung	Weiterführende Schulen	4	1243	Medienausstattung Hölderlin-Gymnasium	143.000,00 EUR	-----	-----	-----	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	investiv
Schule/ Bildung	Weiterführende Schulen	16	1238	KARS braucht dringend Unterstützung durch einen Sozialarbeiter	-----	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	Energien (-sparen)/ Beleuchtung	27	318	Solardachkarte für Köln	-----	250.000,00 EUR	-----	-----	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Umwelt-schutz	öffentliches Grün	52	820	Mehr Bäume an Strassen	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	öffentliches Grün	84	398	Feinstaub macht krank -mehr Grün macht gesund	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Umwelt-schutz	öffentliches Grün	92	107	Straßenbäume schützen	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	öffentliches Grün	95	187	Wiederaufforstung im Rochuspark	20.000,00 EUR	-----	-----	-----	-----		konsumtiv
Umwelt-schutz	öffentliches Grün	97	15	mehr Bäume	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	Sonstige	39	334	Taubenpopulation	-----	170.000,00 EUR	120.000,00 EUR	120.000,00 EUR	120.000,00 EUR	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	HJ 2010: 50.000 EUR investive Kosten, 120.000 EUR konsumtiv; HJ 2011 ff konsumtiv
Umwelt-schutz	Sonstige	46	684	Wein an jeder Südwand	50.000,00 EUR	-----	-----	-----	-----		konsumtiv
Umwelt-schutz	Umweltschutz i.e.S.	18	551	Köln rettet den Spatz	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR		konsumtiv

Anlage 1 **Bürgerhaushalt 2010 - Vorschläge mit bezifferbaren Kosten**

Thema	Cluster	Rang	Nr.	Überschrift	Hj 2010	Hj 2011	Hj 2012	Hj 2013	HJ 2014	Bemerkungen	konsumtiv/ investiv
Umwelt-schutz	Umweltschutz i.e.S.	33	722	Wasserbus	-----	50.000,00 EUR	-----	-----	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Umwelt-schutz	Umweltschutz i.e.S.	56	257	Umweltuntersuchung für Wohngebiete im Kölner Westen	150.000,00 EUR	150.000,00 EUR	-----	-----	-----	Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet.	konsumtiv
Umwelt-schutz	Verkehr	4	34	Radwege erweitern und sicherer gestalten	250.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	Verkehr	14	201	Tempo 50 auf der Riehler Straße	-----	20.000,00 EUR	-----	-----	-----		konsumtiv
Umwelt-schutz	Verkehr	17	32	Fahrradwege von rechts- nach linksrheinisch	-----	20.000,00 EUR	-----	-----	-----		konsumtiv
Umwelt-schutz	Verkehr	42	233	Den Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg von Lärm und Abgasen entlasten	-----	20.000,00 EUR	30.000,00 EUR	30.000,00 EUR	20.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	Verkehr	60	467	Radspur Brüsseler Str.	-----	100.000,00 EUR	-----	-----	-----		investiv
Umwelt-schutz	Verkehr	74	236	Luftverschmutzung reduzieren in Junkersdorf !	-----	20.000,00 EUR	30.000,00 EUR	30.000,00 EUR	20.000,00 EUR		konsumtiv
Umwelt-schutz	VHS/Weiterbildung	11	30	Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts	25.000,00 EUR	125.000,00 EUR	125.000,00 EUR	125.000,00 EUR	-----		konsumtiv

Bürgerhaushalt 2010

TOP 100 Vorschläge aus den Bereichen

„Bildung/Schule“

und

„Umweltschutz“

Übersicht Cluster Bürgerhaushalt 2010

Bildung/Schule S. 1

Grund- und Hauptschulen S. 2

Rhein. Musikschule S. 29

Sonstiges S. 35

Sonstige Schulformen S. 61

VHS/Weiterbildung S. 126

Weiterführende Schulen S. 143

Umweltschutz S. 183

Energien (-sparen)/Beleuchtung S. 184

öffentliches Grün S. 210

Sonstiges S. 240

Sonstige Schulformen S. 259

Umweltschutz i.e.S. S. 263

Verkehr S. 302

VHS/Weiterbildung S. 357

Bürgerhaushalt 2010

Schule/Bildung

Cluster: Grund- und Hauptschulen

Cluster **Grund- und Hauptschulen**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
2	407	Unerträgliche Toiletten-Situation im Gebäude der Grundschule Schulstraße 51
11	285	Turnhalle für Ensen/Westhoven
18	904	Schülerticket auch für Grundschüler
23	817	KGS Forststraße: Hilferuf nach neuen Toiletten!
33	1	Eine zweite Grundschule für Junkersdorf
43	240	Verbesserung der Grundschulversorgung in Junkersdorf
44	11	Eine zweite Grundschule für Junkersdorf im Stadtbezirk Lindenthal
47	196	Eine zweite Grundschule für Junkersdorf
48	244	Neubau Turnhalle Porz-Mitte
49	880	Erweiterung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen
50	1115	Toilettenanlage Grundschule Zugweg eine Zumutung
51	1619	Mehr Bewegung, mehr Musik und besseres Mobiliar
60	564	Kurzfristige Lösung für die IHS Junkerdorf
65	189	Aufstockung des Etats für die Grundschulen
79	1288	erhöhtes Stundendeputat für Rhythmisierung an der KGS Mainzer Straße
84	438	Begabtenförderung
97	1554	Ausbau von Grundschulen in Ganztagsschulen unter Berücksichtigungen von Quantitäts- und Qualitätsansprüchen
99	1261	Erweiterte Sporträume für den Offenen Ganztag KGS Mainzer Str.

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	139.000,00 €	286.500,00 €	359.000,00 €	112.000,00 €	114.500,00 €
Summe Cluster:	139.000,00 €	286.500,00 €	359.000,00 €	112.000,00 €	114.500,00 €

Unerträgliche Toiletten-Situation im Gebäude der Grundschule Schulstraße 51

Rang:	2	**Vorschlags-Nr.:**	407
Pro-Stimmen:	915		
Contra-Stimmen:	218		
Saldo:	695		
Bezirke:	Kalk		

Vorschlagstext:

Normalerweise würde man in einer Toilette Fliesen auf dem Boden und an den Wänden erwarten, damit der Raum hygienisch sauber gehalten werden kann. Nicht so auf den Toiletten im Schulgebäude in der Schulstraße 51 in Köln Höhenberg. Hier sind nur grob verputze Wände und ein löchriger Steinboden, der wegen seiner unebenen Struktur gar nicht sauber gehalten werden kann und damit einen idealen Nährboden für Keime bildet. Zwar sind die Toilettenbecken vor kurzem erneuert worden, jedoch wurden Toiletten für Erwachsene eingebaut, die für Grundschüler (zumindest die Erst- und Zweitklässler) viel zu hoch sind. Die Kinder haben Schwierigkeiten, überhaupt auf die Toiletten rauf zu kommen. Während sie auf der Toilette sitzen, müssen sie sich an der Toilettenbrille festhalten, da ihre Beine in der Luft hängen. Die Abroller für das Toilettenpapier sind nicht vorhanden oder verrostet. Auch die Waschbecken, die Seifenspender und die Spender für die Papiertücher sind in einer Höhe montiert, die der Körpergröße der Kinder nicht entspricht. Insgesamt machen die Toiletten einen abstoßenden Eindruck. Jeder weiß, trinken ist wichtig damit es mit dem Lernen auch gut klappt, vor allem, wenn der Schultag nicht mehr nur fünf Stunden, sondern im offenen Ganztag bis zu acht Stunden hat. Aber wenn die Kinder berichten, dass sie den ganzen Tag in der Schule deshalb nichts getrunken haben, weil sie sich davor ekeln, auf die Schultoilette zu gehen, dann muss dringend gehandelt werden. Bitte unterstützen Sie uns dabei, dass die Verwaltung die Toiletten umgehend in einen einwandfreien Zustand versetzt, damit unsere Kinder keine Angst mehr haben müssen, zur Toilette zu gehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der im August 2007 erfolgten Verlegung der bis dahin im Schulgebäude Lustheider Str. untergebrachten Außenstelle der Montessori-Grundschule Ferdinandstr. in das Schulgebäude Schulstr. 51 wurden seinerzeit nur Sanierungsmaßnahmen in dem von der Schulverwaltung vorgegebenen Umfang durchgeführt. Die Durchführung weitergehender Sanierungsmaßnahmen ist u. a.von der langfristigen Entwicklung des Schulstandortes Nürnberger Str./Schulstr. im Rahmen der Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst abhängig. Die Angelegehiet befindet sich in der verwaltungsinternen Abstimmung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie die weitere Entwicklung der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst erfolgen kann. Dabei ist auch auf den angesprochenen Koordinierungsbedarf einzugehen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Turnhalle für Ensen/Westhoven

Rang:	11	**Vorschlags-Nr.:**	285
Pro-Stimmen:	307		
Contra-Stimmen:	20		
Saldo:	285		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Der Stadtteil Ensen/Westhoven verfügt auf dem Schulgrundstück Berliner Str. 36 über eine Turnhalle, die seit Jahren aufgrund diverser Mängel nicht genutzt werden kann. Keine Turnhalle bedeutet, insbesondere für hunderte Grundschulkinder, Turnvereine und sonstige Vereine einen erheblichen Mehraufwand. Kinder werden mit mehreren Bussen täglich in andere Stadtteile gefahren, was erhebliche Transportkosten verursacht. Auch Vereine sind mehr damit beschäftigt durch die Gegend zu fahren, diverse Sportangebote mussten gestrichen werden. Hier ist eine dringende Sanierung, bzw. wenn dies nicht umsetzbar wäre, ein Neubau gefordert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der ehemalige Schulstandort Berliner Str. ist bereits seit Längerem im Einvernehmen mit der Schulverwaltung aus einer schulischen Nutzung herausgenommen worden und wird einer anderen städtebaulichen Nutzung (Wohnungsbau) zugeführt. Bis zur endgültigen Inanspruchnahme für die neue Nutzung wurden Teilbereiche des Schulgebäudes in den letzten Jahren noch als Ausweichmöglichkeit für die Grundschule Hohe Str. genutzt. Nach der inzwischen erfolgten Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes für die Grundschule ist auch diese Zwischennutzung aufgegeben worden.
Die seit Jahren nicht mehr nutzbare Turnhalle am Standort Berliner Str. ist mit einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand nicht zu sanieren. Das städtebauliche Planungskonzept für den Bereich Engelshof/Berliner Str. berücksichtigt jedoch als Ersatz hierfür einen Turnhallenneubau im Planungsgebiet.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Das Grundstück Berliner Str. 36 soll langfristig wieder als Schulstandort genutzt werden. Für die notwendige Änderung des bestehenden, rechtskräftigen Bebauungsplanes erfolgt z.Zt. das Beschlussverfahren. Vorbehaltlich der Herstellung des Planungsrechts wird im Rahmen eines endgültigen Ausbaus des Schulstandortes dann auch der Neubau einer Turnhalle berücksichtigt. Die Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung im Rahmen des beabsichtigten Planungsbeschlussverfahrens.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Schülerticket auch für Grundschüler

Rang:	18	**Vorschlags-Nr.:**	904
Pro-Stimmen:	184		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	176		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Momentan können Grundschüler kein von der Stadt unterstütztes Schülerticket erhalten, wie dies für alle Schüler weiterführender Schulen der Fall ist. Insbesondere für Kinder die (speziell pädagogisch ausgerichtete) Grundschulen besuchen, die weiter von ihrem Wohnort entfernt und nicht zu Fuß zu erreichen sind, besteht aber die Notwendigkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Die Kinder müssen dann in teilweise stark überfüllten Bahnen ein 4er-Ticket abstempeln. Zusätzlich entstehen den Eltern ca. 40 Euro Ticketkosten pro Monat. In anderen Städten z.B. Bonn gibt es das Schülerticket schon lange auch für Grundschüler. Deshalb fordern wir die Stadt auf Grundschüler und Schüler weiterführender Schulen endlich gleich zu behandeln und das Schülerticket auch für Grundschüler zu ermöglichen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Schülerjahresticket im Primarbereich kostet derzeit 50,70 EUR monatlich im Abo, das Schülerticket an den weiterführenden Schulen lediglich 16,10 EUR monatlich. Zum Thema Einführung eines Schülertickets für den Primarbereich gab es im Mai 2009 eine Besprechung mit Ratsmitgliedern, Vertretern der KVB und der Schulverwaltung mit dem Ergebnis, dass ab Schuljahr 2010/11 jede Primarschule eigenständig über die Annahme des Angebots entscheiden soll. Neben dem an den Verkehrsträger zu zahlenden Finanzbeitrag wären dann aber von der Stadt zusätzliche Kosten für die freifahrtberechtigten Schüler zu übernehmen, da diese lediglich einen Teil der Kosten selber finanzieren müssen.
Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Rat war beabsichtigt, wurde aber angesichts der gesamten Finanzsituation der Stadt Köln nicht herbeigeführt. Bei Umsetzung der Maßnahme entstünden, bei Berücksichtigung einer Preissteigerung von 3,5 % jährlich, Zusatzkosten von:
2010: 35.000 EUR
2011: 72.500 EUR
2012: 75.000 EUR
2013: 78.000 EUR
2014: 80.500 EUR

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, da er den vom Stadtvorstand beschlossenen Sparvorschlägen im Entwurf des Doppelhaushalts 2010/2011 entgegensteht. Bei Realisierung müssen alternative Sparvorschläge benannt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
35.000,00 EUR	72.500,00 EUR	75.000,00 EUR	78.000,00 EUR	80.500,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

KGS Forststraße: Hilferuf nach neuen Toiletten!

Rang:	23	**Vorschlags-Nr.:**	817
Pro-Stimmen:	141		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	136		
Bezirke:	Kalk		

Vorschlagstext:

Die Schülertoiletten der KGS Forststraße befinden sich seit längerem in einem desolaten Zustand. Daraus ergeben sich manigfaltige Probleme: Kinder halten ein, bis sie Bauchschmerzen haben. Kinder ekeln sich, "kreative" Jungen nutzen den Schulgarten. Alle bisherigen Bemühungen haben leider zu keiner Veränderung geführt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahren beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die verwaltung mit größtem Nachdruck. Die Toilettensanierung der Grundschule Forststr. ist Bestandteil dieses Programms. Allerdings wird aufgrund der schlechten Bausubstanz der gesamten Schulanlage eine Generalinstandsetzung der Schule angestrebt. Sollte sich herausstellen, dass diese Gesamtmaßnahme nicht finanzierbar ist und daher auf einen späteren Realisierungszeitraum aufgeschoben werden muss, wird auf jeden Fall die Sanierung der Toilettenanlagen vorgezogen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der schlechten Bausubstanz beabsichtigt die Gebäudewirtschaft eine Generalinstandsetzung der Schulanlage. Planungsmittel sind im Wirtschaftsplan 2010 der Gebäudewirtschaft berücksichtigt. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Die Bezirksvertretung Kalk stellt fest, dass die Toiletten der KGS Forststraße dringend sanierungsbedürftig sind und unterstützt die Umsetzung des Projektes.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Eine zweite Grundschule für Junkersdorf

Rang:	33	**Vorschlags-Nr.:**	1
Pro-Stimmen:	118		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	110		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Durch Zuzug vieler junger Familien ist Junkersdorf in den letzten Jahren extrem gewachsen. Die einzige Grundschule, die Ildefons-Herwegen-Grundschule, platzt aus allen Nähten. Daher die Bitte, Gelder im Bürgerhaushalt 2010 bereit zu halten, um das Grundstück der ehemals belgischen Grundschule zu kaufen und dort eine zweite Grundschule und eine Kindertagesstätte zu errichten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Es kann derzeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden, dass nachhaltig der Bedarf für eine 2. Grundschule gegeben ist. Es sind die Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes abzuwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Verbesserung der Grundschulversorgung in Junkersdorf

Rang:	43	**Vorschlags-Nr.:**	240
Pro-Stimmen:	89		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	85		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Die Junkersdorfer Grundschule platzt aus allen Nähten: mehr als 400 Kinder besuchen inzwischen die Ildefons-Herwegen-Grundschule in Junkersdorf. Die Grundschulversorgung in Junkersdorf muss dringend kurzfristig aufgestockt werden, damit nicht weiterhin ein großer Teil der Junkersdorfer Kinder in anderen Stadtteilen zur Grundschule gehen muss!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Es kann derzeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden, dass nachhaltig der Bedarf für eine zweite Grundschule gegeben ist. Es sind die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung abzuwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Eine zweite Grundschule für Junkersdorf im Stadtbezirk Lindenthal

Rang:	44	**Vorschlags-Nr.:**	11
Pro-Stimmen:	93		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	83		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Vorschlag 1: eine zweite Grundschule in Junkersdorf": Zum Einen für den Kauf des Grundstücks der ehemals belgischen Schule und zum Anderen für den Bau einer zweiten Grundschule und eines weiteren Kindergartens auf diesem Grundstück. Vorschlag 2: die Erhaltung des Grünzugs West, Errichtung von Spielplätzen für ältere Kinder

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Der Bebauungsplan zum Grünzug West befindet sich zurzeit in der Planungsberatung zum Offenlegungsbeschluss. Nach Rechtskraft des Bebauungsplans sind die planungsrelevanten Voraussetzungen zur Umsetzung gegeben, die vornehmlich durch Kompensationsmaßnahmen realisiert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Es kann derzeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden, dass nachhaltig der Bedarf für eine zweite Grundschule gegeben ist. Es sind die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung abzuwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
Spielplätze:	180.000,00 EUR	250.000,00 EUR	im Rahmen der Unterhaltung	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010

vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Eine zweite Grundschule für Junkersdorf

Rang:	47	**Vorschlags-Nr.:**	196
Pro-Stimmen:	94		
Contra-Stimmen:	13		
Saldo:	81		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

In Junkersdorf brauchen wir eine zweite Grundschule. Die belgische "Siedlungen wurden verdichtet und neubelegt. Neue Siedlungen sind entstanden, die Bevölkerung hat sich verjüngt, weil ältere Bewohner den Ort verlassen und junge Familien an ihrer Stelle eintreten. Die Infrastruktur hat nicht Schritt gehalten. Aus meine Nachbarschaft - Altbaubestand- sind zwei Kinder eingeschult worden. Für das eine Kind haben die Großeltern zusammengelegt und ihm eine private Schule finanziert. Das andere Kind wird tagtäglich mit dem Auto nach "Weiden gebracht und abgeholt M. Herrmann

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Es kann derzeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden, dass nachhaltig der Bedarf für eine zweite Grundschule gegeben ist. Es sind die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung abzuwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Neubau Turnhalle Porz-Mitte

Rang:	48	**Vorschlags-Nr.:**	244
Pro-Stimmen:	84		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	80		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Hiermit beantragen wir den Neubau einer Zweifachsporthalle für die Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte. Die vorhandene Turnhalle aus den 1950er Jahren weist ständig neue bauliche und hygienische Mängel auf. Sie wird seit Jahrzehnten seitens der Gebäudewirtschaft nur noch behelfsmäßig instandgesetzt. Als Begründung für die Ablehnung einer Generalinstandsetzung wird ebenfalls seit Jahrzehnten der geplante Neubau der Schule mit Sporthalle angeführt. Ein entsprechender Beschluss wird jedoch seitens der Politik immer wieder aufgeschoben. Die Sporthalle hat für die Schule und für die ortsansässigen Sportvereine, d.h. für gesamt Porz-Mitte eine sehr wichtige Bedeutung als Sport- und Versammlungsraum. Durch die offene Ganztagsschule wird die Turnhalle mittlerweile bis in den späten Nachmittag genutzt. Das bedeutet, dass die Sportvereine mit ihren Sportkursen für Kinder und Senioren erst danach beginnen können. Das hat wiederum negative Auswirkungen auf das Angebot für die Erwachsenen am Abend. Da die Diskussion über den Neubau der gesamten Schule wie gesagt schon über Jahrzehnte immer wieder diskutiert, ein solcher aber ? trotz vielfacher Beteuerungen ? bis heute nicht konkret angegangen wurde, beantragen wir hiermit den aus einer Gesamtplanung herausgelösten vorzeitigen und zeitnahen Neubau einer Zweifachsporthalle. Ein solcher Neubau auf dem vorhandenen Schulkarree wäre ein erster Schritt für die dringend erforderliche Neugestaltung der Porzer Grundschule und eine städtebaulich zeitgemäße Aufwertung für gesamt Porz-Mitte!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung präferiert auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte einen kompletten Neubau der Grundschule Hauptstr. einschließlich einer Turnhalle gegenüber einer alternativ denkbaren Generalinstandsetzung. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde die Realisierbarkeit des Vorhabens bereits mit positivem Ergebnis geprüft. Diese Maßnahme ist u. a. Bestandteil des von der Verwaltung erarbeiteten Entwicklungskonzepts Porz-Mitte, das sich z. Z. noch im politischen Beratungsverfahren befindet. Hierüber wird der Rat voraussichtlich Ende März 2010 beschließen, so dass dann die Voraussetzungen für eine Planungsaufnahme für den Schulneubau gegeben wären. Die bisherigen Planungsvorstellungen beinhalten jedoch nur den Bau einer Einfachturnhalle. Zum Bau einer Zweifachsporthalle wäre eine entsprechende Bedarfsprüfung und Entscheidung durch die Schulverwaltung notwendig.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die von der Gebäudewirtschaft durchgeführte Machbarkeitsstudie für den Neubau der Schule basiert auf den Raumprogrammvorgaben des Schulverwaltungsamtes. Dabei wurde auch der Bau einer zweiten Sportübungseinheit optional berücksichtigt. Für eine Zweifachsporthalle besteht jedoch kein schulischer Bedarf. Die Finanzierung des Projektes erfolgt im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft. Die Verwaltung empfiehlt eine erneute Vorlage und Beschlussfassung im Rahmen des geplanten Planungsbeschlussverfahrens.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Erweiterung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen

Rang:	49	**Vorschlags-Nr.:**	880
Pro-Stimmen:	82		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	79		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Mitte 2003 wurden aus Landesmitteln elf Schulsozialarbeiter/innen an Kölner Hauptschulen eingerichtet. Diese Stellen wurden jeweils geteilt, sodass 22 Hauptschulen mit einer halben pädagogischen Fachkraft ausgestattet wurden. Durch die Schließung der Hauptschule Pesch und die Einstellung weiterer Schulsozialarbeiter/innen aus kommunalen Mitteln, gibt es zurzeit noch fünf Schulsozialarbeiter/innen, die jeweils an zwei Hauptschulen beschäftigt sind. Vorschlag: Durch die Schaffung weiterer fünf Stellen für Schulsozialarbeit an den entsprechenden Hauptschulen, würde eine enorme Entlastung für die Schulsozialarbeiter/innen erfolgen, die jetzt noch an zwei Hauptschulen tätig sind. Insbesondere die Hauptschule Holzheimer Weg, die neuerdings in den Klassen 5-7 integrative Lerngruppen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf anbietet, ist auf langfristiger Sicht mit einer halben Schulsozialarbeiterstelle unterversorgt. Denn es ist zu erwarten, dass durch die weitere Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch Bedarf an Betreuung, Begleitung und Förderung eines Schulsozialarbeiters bzw. einer Schulsozialarbeiterin steigen wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen.

So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008.

In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert.

Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen.

Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird.

Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können.

Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standart. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit bei der Stadt. Der Vorschlag sollte in geeigneter Form weitergeleitet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Toilettenanlage Grundschule Zugweg eine Zumutung

Rang:	50	**Vorschlags-Nr.:**	1115
Pro-Stimmen:	84		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	79		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

die grundschule Zugweg in der südstadt, verfügt über eine Toilettenanlage, deren Beschreibung ich niemandem zumuten möchte. Umso schlimmer ist es ,dass wir unseren Kindern die Benutzung zumuten. viele Kinder halten ein, weil mehr als ekelig ist diese toiletten aufzusuchen. Seit Jahren werden Anträge an die stadt Köln gestellt, diese marode über 20 Jahre alte Toilettenanlage zu erneuern. Immer wieder wird man vertröstet. hier muß dringend was geschehen. Deweiteren wäre mein Vorschlag, um dann die neuen Toiletten lange gut zuerhalten, dass Toilettenfrauen/ Männer während des Schulbetriebes die Anlage mitbeaufsichtigen und säubern. Oft wird durch die Präsenz von Toilettenpersonal nicht mehr mutwillig verschmutzt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Für die geplante umfassende Sanierung der Toilettenanlagen in der Grundschule Zugweg wurden die Baukosten mit rd. 290.000 EUR ermittelt. Unter Berücksichtigung der Vorlaufzeiten für das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren wird von einem Baubeginn Mitte dieses Jahres ausgegangen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zur Sanierung wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Aufgrund mehrfach geforderter Planungsänderungen ist ein Baubeginn erst im 4. Quartal 2010 möglich. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des vom Rat beschlossenen Programms zur Sanierung der Toiletten in Schulen und Sporthallen und ist im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft 2010/2011 sicher gestellt. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Sanierung wird seitens der Schule ein Konzept erstellt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Mehr Bewegung, mehr Musik und besseres Mobiliar

Rang:	51	**Vorschlags-Nr.:**	1619
Pro-Stimmen:	80		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	78		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Für die GGS in Köln/ Braunsfeld benötigen wir dringend neue Bänke und Stühle. Kinder sind heute oft größer als noch vor 10 Jahren. Die Möbel haben sich aber nicht geändert, und es darf pro Jahr nur eine Klasse neue Möbel bekommen. Im Sportunterricht können Reckstangen seit 15 Jahren nicht mehr eingesetzt werden. Auch andere große Turngeräte, wie Barren, sind nicht mehr richtig einsatzfähig oder nicht vorhanden. Neben neuen Turngeräten brauchen wir auch mehr Musikinstrumente (mindestens 30 Glockenspiele). Musische Bildung und Sport sind wichtige Bereiche, die sich positiv auf das soziale Verhalten der Schüler auswirken. Diese Fächer müssen mehr unterstützt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Anträge Seitens der Schule auf eventuelle Beschaffungen liegen bei der Schulverwaltung derzeit nicht vor. Zunächst müsste hier insgesamt eine Bestandsaufnahme der Klassenraumeinrichtungen, Musikinstrumente und Sporteinrichtung erfolgen. Kosten können derzeit nicht beziffert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich begrüßt. Beschaffungsanträge werden nach Vorlage unverzüglich geprüft und im Rahmen vorhandener finanzieller Mittel positiv beschieden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Kurzfristige Lösung für die IHS Junkerdorf

Rang:	60	**Vorschlags-Nr.:**	564
Pro-Stimmen:	69		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	67		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Um schon im nächsten Jahr ausreichend Plätze für Schulneulinge bereitstellen zu können, ist es, vor Neuplanung einer weiteren Schule in Junkersdorf, erst eimal unbedingt erforderlich, eine schnelle und realisierbare Dependance zur jetzigen Schule zu schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet und befindet sich bereits in der Umsetzung. Die temporären Schulbauten für die Ildefons-Herwegen-Schule auf dem Grundstück der ehemaligen Belgischen Schule sind beauftragt und werden voraussichtlich Mitte September 2010 fertig gestellt sein. Die Finanzierung ist im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft sicher gestellt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Aufstockung des Etats für die Grundschulen

Rang:	65	**Vorschlags-Nr.:**	189
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	61		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Mit dem Jahr zur Verfügung stehenden Etats für die Grundschulen, können sinnvolle Investitionen, wie z.B. der Bau von neuen Spielgeräten oder Beschaffung von veralteten Geräten für den Schulsport nur schwer umgesetzt werden. Die Grundschulen sind daher immer auf einen Förderverein angewiesen. Und auch hier sind die Mittel begrenzt. Es sollte geprüft werden, ob der Etat nicht im Sinne einer bildungsorientierten Politik aufgestockt werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

In den letzten Jahren sind durch politische Vorgaben und freiwillige Verpflichtungen des Schulträgers Stadt Köln zahlreiche kostenintensive, meist zusätzliche Schwerpunkte gesetzt worden, wie z.B. die Ganztagsbetreuung und die damit verbundenen Bau- und Ausstattungskosten in beträchtlicher Höhe. Diese Zusatzaufwendungen des Schulträgers führen zu keinen zusätzlichen Belastungen des Budgets der Schulen.

Die Höhe der Mittel, die den Schulen u.a. über das Schulgirokonto zukommt, bemisst sich nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung angesichts der momentanen Haushaltslage sowie den ohnehin wahrgenommenen zusätzlichen Verpflichtungen des Schulträgers als nicht realisierbar angesehen. Anstelle pauschaler Budgeterhöhungen sollte der Schwerpunkt auf standortindividuelle Problemlösungen gerichtet werden, da hierbei auch kleinere Schulen, die bei geringfügig erhöhten Pro-Kopf-Pauschalen kaum Vorteile hätten, mehr profitieren können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR	34.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in

seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

erhöhtes Stundendeputat für Rhythmisierung an der KGS Mainzer Straße

Rang:	79	**Vorschlags-Nr.:**	1288
Pro-Stimmen:	49		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	44		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, in unserer Grundschule lernen und leben 390 Kinder - davon 291 im Ganztag (2010/11 voraussichtlich 320 im Ganztag) zusammen mit über 60 LehrerInnen und PädagogInnen von 7.30 Uhr bis 16 (teilweise 17) Uhr. Die vorhandenen Räumlichkeiten wurden von uns bestmöglich und umfangreich für das gemeinsame Zusammenleben in den Sommerferien umgestaltet (und werden es noch) - um so viel Raum für unsere Kinder zum Spielen, Lernen, Essen, Ausruhen, Kreativ sein, Forschen ... wie möglich zu schaffen. Alle sind mit viel Eifer und Herzblut dabei. Im nächsten Schuljahr wollen wir auch mehr und sinnvoller die Zeit umstrukturieren - angepasst an den Biorhythmus unserer Kinder im idealen Wechsel Konzentration - Entspannung - Bewegung - Sozialem Miteinander. Allerdings steht diesem Vorhaben eine Rahmenbedingung besonders im Weg: Unser OGS-Team aus Gruppenleitungen und Assistenten hat zu wenig Stunden. Der Träger tut alles, um so viele Stunden wie möglich zur Verfügung zu stellen, aber die Finanzen sind sehr sehr knapp. Zur gelingenden Umsetzung - für ein angemessenes Zedit und Raumkonzept - benötigen wir ein erhöhtes Stundendeputat unserer OGS-PädagoInnen!

Stellungnahme der Verwaltung:

Nicht allein die Katholische Grundschule Mainzer Str. sondern darüber hinaus weitere Offene Ganztagsschulen in Köln haben ihr standortbezogenes pädagogisches Konzept hinsichtlich der Verzahnung der außerunterrichtlichen Angebote mit dem lehrplanmäßigen Unterricht fortgeschrieben. Diese Entwicklung erfolgt mit der Zielsetzung, die Schule sukzessive über das "additive System", in dem Vor- und Nachmittag aufeinander aufbauen, hinaus zu einem wirklich rhythmisierten Schultag, bei dem sich Unterricht sowie Betreuungs- und Förderangebote abwechseln, umzugestalten. Aufgrund der fehlenden finanziellen wie rechtsgestaltenden Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW bei diesem innovativen Fortschritt, sind die Schulen und Träger hierbei bislang auf das freiwillige Engagement der einzelner Akteure vor Ort angewiesen.
Der so beschriebene Trend wird seitens der Schulverwaltung befürwortet und wurde beispielhaft im Rahmen einer Zukunftswerkstatt begleitet. Zudem dient eine auf vielfachen Wunsch der Kooperationspartner geplante Fortbildungsveranstaltung im 2. Schulhalbjahr dazu, den Austausch von Trägern und Schulleitungen zu diesem Thema zu ermöglichen.
Aufgrund der jedoch fehlenden Praxis können die finanziellen Auswirkungen der notwendigen Erhöhung der Stundendeputate seitens der Schulverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt für alle Schulen, die mit einem rhythmisierten Schultag starten möchten, nicht konkret beziffert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der jedoch fehlenden Praxis können die finanziellen Auswirkungen der notwendigen Erhöhung der Stundendeputate derzeit für alle Schulen, die mit einem rhythmisierten Schultag starten möchten, nicht beziffert werden. Zudem sollte das MSW um finanzielle und rechtsgestaltende Unterstützung gebeten werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Begabtenförderung

Rang:	84	**Vorschlags-Nr.:**	438
Pro-Stimmen:	51		
Contra-Stimmen:	9		
Saldo:	42		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

An 7 Kölner Grundschulen gibt es seit mehreren Jahren das Projekt Begabtenförderung. An diesen Schulen erhalten hochbegabte und besonders begabte Schülerinnen und Schüler Unterstützung in Form von zusätzlichen Kursen. Organisiert und betreut wird das Projekt vom Schupsychologischen Dienst der Stadt Köln. Die Förderkräfte werden über diese Projektmittel bezahlt. Dieses Projet darf nicht eingespart werden! Es ist für die betroffenen Kinder eine wirklich notwendige und unerlässliche Hilfe um ihre Schulzeit positiv erleben und gestalten zu können.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Fachstelle Hochbegabung Köln hat laut Ratsbeschluss eine Laufzeit bis 2011, dannach muss eine neue Entscheidung getroffen werden. Die Erhaltung der Fachstelle wäre aus Sicht der Schulverwaltung sehr zu begrüßen. Vor den in Anbetracht der Haushaltssituation notwendigen Kürzungen der Sachmittel um 12,5% standen pro Jahr 310.000 EUR zur Verfügung.

Die Fachstelle Hochbegabung Köln hat laut Ratsbeschluss eine Laufzeit bis 2011, dannach muss eine neue Entscheidung getroffen werden. Die Erhaltung der Fachstelle wäre aus Sicht der Schulverwaltung sehr zu begrüßen. Vor den in Anbetracht der Haushaltssituation notwendigen Kürzungen der Sachmittel um 12,5% standen pro Jahr 310.000 EUR zur Verfügung.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Die Fachstelle Hochbegabung Köln hat laut Ratsbeschluss eine Laufzeit bis 2011, dann muss neu entschieden werden. Die Erhaltung der Fachstelle wäre aus Sicht der Schulverwaltung sehr zu begrüßen; die Verwaltung befürwortet grundsätzlich den Vorschlag.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Ausbau von Grundschulen in Ganztagsschulen unter Berücksichtigungen von Quantitäts- und Qualitätsansprüchen

Rang:	97	**Vorschlags-Nr.:**	1554
Pro-Stimmen:	34		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	33		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagsschulen muss noch intensiver unterstützt und schneller umgesetzt werden: Bei der Umsetzung des Ausbaus müssen verstärkt sowohl Bedürfnisse von Familien an Quantität, d.h. Anzahl an Plätzen und Öffnungszeiten als auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse z.B. bzgl. Architektur (z.B. Verwendung von lärmdämmenden Materialien beim Innenausbau in freundlichen Farben) und bzgl. Pädagogik (z.B. Auflösung des 45-Minuten-Taktes, Abwechseln von Lern-, Erholungs-, kreativen und sportlichen Phasen) unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Unternehmen zu Qualitätsstandards einfließen: z.B. -Verkleinerung von Gruppen -mehr Räume in den Einrichtungen -Gewährleistung von Ruhezonen -Qualifizierte Hausaufgabenbetreuung -Transparenz und regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Schule und Träger, und zwischen LehrerInnen und betreuenden Personen in Rückkopplung mit den Eltern

Stellungnahme der Verwaltung:

Beschrieben wird in der Eingabe der "Ausbau von Grundschulen in gebundene Ganztagsschulen". Hierzu fehlt bislang sowohl die finanzielle wie auch rechtsgestaltende Unterstützung des Landes. Trotzdem begeben sich Schulleitungen und Trägervereine innerhalb des Systems Offene Ganztagsschule auf den Weg zum rhythmisierten Schultag. Was die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Offenen Ganztagsschulen anbelangt, so führt die Schulverwaltung in quantitativer Hinsicht jährlich eine Bedarfserhebung und anschließende Abstimmung mit allen Schulleitungen und Trägervereinen über das zum folgenden Schuljahr benötigte Kontingent durch. Hier wird zunächst geprüft, ob durch an einzelnen Standorten existierende Minderbedarfe anderweitig bestehende Mehrbedarfe aufgefangen werden können. Aufgrund des bis dato noch ausstehenden Gesamtergebnisses kann noch keine Aussage getroffen werden, ob das gesamtstädtische Platzkontingent zur Deckung des Bedarfes ausreicht. Für die Verlängerung der Öffnungszeiten um 1 Stunde über 16.00 Uhr hinaus oder vor 8.00 Uhr wird eine kommunale Zusatzförderung je Schulstandort gezahlt. Ebenso gehört es bereits zu dem gelebten Ganztagskonzept der Schulen, dass u. a. durch die Teilnahme der/des von dem Trägerverein eingesetzten Koordinator/in an den Sitzungen der schulischen Gremien ein regelmäßiger Austausch zwischen Träger, Schulleitung und Kollegium gewährleistet ist. Auch finden - allerdings noch nicht allerorts und die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt - gemeinsame Sprechtage statt, bei denen OGTS-Leitungen gemeinsam mit Lehrer/innen die Eltern beraten. Die zeitlichen Korridore hierfür sind allerdings sehr begrenzt.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Soweit ein Ausbau von offenen zu gebundenen Ganztagsschulen gemeint ist, ergibt sich hierfür keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt. Im einzelnen genannte Aspekte der Eingabe sind im Offenen Ganztag bereits realisiert.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Erweiterte Sporträume für den Offenen Ganztag KGS Mainzer Str.

Rang:	99	**Vorschlags-Nr.:**	1261
Pro-Stimmen:	34		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	32		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich schlage vor, dass die Halle der Kath. Grundschule in der Mainzer Straße mit Sporträumen kurzfristig aufgestockt wird (Konjukturpaket II), um für den größten Offenen Ganztag und den Kölner Turnerbund (KTB) ausreichende Sporträume zu schaffen (z.B. in Fertigbauweise). Der Offene Ganztag in der Mainzer Straße ist politisch gewollt und eingerichtet worden, weil es in der Südstadt einen riesigen Betreuungsbedarf für beschäftigte Eltern gibt. Es gibt dort aber auch einen sehr großen Bedarf an Bewegungsangeboten im Bereich Eltern-Kind-Turnen und dem Kinderturnen, den der KTB wegen fehlender Sporträume nicht abdecken kann. Was bei der Einrichtung des Offenen Ganztags nicht bedacht wurde ist, dass dadurch im Nachmittagsbereich die Sporthalle in der Mainzer Straße durch die Schule belegt werden muss, wenn sie die Vorgaben für zumindest (!) ein Sportangebot für die 14 Gruppen machen will (speziell in den Zeiten zwischen 15.00 und 17.30 Uhr). Dadurch ist für das Kinderturnen und Eltern-Kind-Turnen im KTB kein Platz mehr. Ein konstruktives Miteinander von Schule und Verein, inkl. der klar erkennbaren Synergieeffekte, bedarf weiterer Sporträume.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Schulverwaltung wird den Vorschlag zum Anlass nehmen, um gemeinsam mit der Sportverwaltung die Bedarfe der Schule, einschließlich derer der außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagsschule, sowie die der umliegenden Sportvereine zusammenzutragen. Den hierdurch ermittelten Bedarfen werden die vorhandenen Sportgelegenheiten im Umfeld der KGS Mainzer Str. gegenübergestellt. Sollten sich hierbei Defizite ergeben, sind weitere Überlegungen zur Deckung der Bedarfe erforderlich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Prüfung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung empfiehlt deshalb eine erneute Vorlage und Beschlussfassung sobald Ergebnisse vorliegen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Cluster: Rhein. Musikschule

Cluster **Rhein. Musikschule**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
5	250	Rheinische Musikschule - musikalische Bildung für die Zukunft sichern
83	1559	Verstärkte Kooperation der Rheinischen Musikschule mit allen Schulen
95	368	Musikkultur am Ubirring

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema		1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €
Summe Cluster:		1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €

Rheinische Musikschule - musikalische Bildung für die Zukunft sichern

Rang:	5	**Vorschlags-Nr.:**	250
Pro-Stimmen:	543		
Contra-Stimmen:	93		
Saldo:	450		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Kontinuierliche und qualitätsvolle Unterrichtsangebote erfordern mehr festangestellte Lehrer an der Rheinischen Musikschule Köln. Die Bürger der Stadt Köln benötigen diese wichtigste städtische musikalische Bildungseinrichtung als verläßlichen Partner für die Zukunftssicherung der Ausbildung ihrer Kinder, Schüler und Studenten. Dafür fordere ich für eine dauerhaft stabilisierte Struktur in gesicherten Anstellungsverhältnissen die Umwandlung von Honorarverträgen der qualifizierten und engagierten Lehrerinnen und Lehrer in feste Stellen. Jetzt investieren in musikalische Bildung !

Stellungnahme der Verwaltung:

An der Rheinischen Musikschule werden wöchentlich 2.620 Stunden zu je 45 Minuten an Musikunterricht erteilt. Für die Durchführung des Unterrichtes sind 128 festangestellte Musiklehrer und 161 Honorarlehrer verantwortlich.

Mit der Erhöhung der Unterrichtsstunden geht auch eine Erhöhung der Unterrichtsbelegungen einher. Diese hat sich im letzten Jahrzehnt kontinuierlich von 4.469 (Jahr 2000) um insgesamt 62% auf 7.221 (2009) erhöht. Die Steigerung der Schülerzahl ist im Wesentlichen durch den Aufbau des Fachbereiches "Musik und Schule" zurückzuführen. Durch den kontinuierlichen Stellenabbau (99 Personen) sind in den letzten Jahren fast ausschließlich Honorarlehrer engagiert worden, um der gestiegenen Nachfrage, insbesondere durch die allgemein bildenden Schulen und die Kindertagesstätten, gerecht zu werden. Inzwischen ist die Rheinische Musikschule an 86 Unterrichtsorten im Stadtgebiet tätig. Der Status dieser freien Mitarbeiter, die keiner Weisungsbefugnis unterliegen und im Krankheitsfall keine Honorarzahlung erhalten, führt dazu, dass sie die Rheinische Musikschule verlassen, wenn ihnen in anderen Städten, z. B. über Jeki (Jedem Kind ein Instrument), eine Festanstellung angeboten wird. Hierdurch hat die Musikschule bereits viele Honorarlehrer verloren.

Durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) wurde in einem Prüfbericht über alle kreisfreien Städte in Nordrhein Westfalen festgestellt, dass die Rheinische Musikschule mit 2,91 EUR je Einwohner den geringsten Zuschuss durch ihren Träger erhält. Die Umwandlung der Honorarverträge würde diesen Zuschuss um ca. 0,80 EUR je Einwohner (rd. 800.000 EUR) erhöhen, womit die Musikschule immer noch deutlich unter dem Mittelwert (5,24 EUR) der damaligen Berechnung der GPA liegen würde.

An der Rheinischen Musikschule werden wöchentlich 2.620 Stunden zu je 45 Minuten an Musikunterricht erteilt. Für die Durchführung des Unterrichtes sind 128 festangestellte Musiklehrer und 161 Honorarlehrer verantwortlich.

Mit der Erhöhung der Unterrichtsstunden geht auch eine Erhöhung der Unterrichtsbelegungen einher. Diese hat sich im letzten Jahrzehnt kontinuierlich von 4.469 (Jahr 2000) um insgesamt 62% auf 7.221 (2009) erhöht. Die Steigerung der Schülerzahl ist im Wesentlichen durch den Aufbau des Fachbereiches "Musik und Schule" zurückzuführen. Durch den kontinuierlichen Stellenabbau (99 Personen) sind in den letzten Jahren fast ausschließlich Honorarlehrer engagiert worden, um der gestiegenen Nachfrage, insbesondere durch die allgemein bildenden Schulen und die Kindertagesstätten, gerecht zu werden. Inzwischen ist die Rheinische Musikschule an 86 Unterrichtsorten im Stadtgebiet tätig. Der Status dieser freien Mitarbeiter, die keiner Weisungsbefugnis unterliegen und im Krankheitsfall keine Honorarzahlung erhalten, führt dazu, dass sie die Rheinische Musikschule verlassen, wenn ihnen in anderen Städten, z. B. über Jeki (Jedem Kind ein Instrument), eine Festanstellung angeboten wird. Hierdurch hat die Musikschule bereits viele Honorarlehrer

verloren.

Durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) wurde in einem Prüfbericht über alle kreisfreien Städte in Nordrhein Westfalen festgestellt, dass die Rheinische Musikschule mit 2,91 EUR je Einwohner den geringsten Zuschuss durch ihren Träger erhält. Die Umwandlung der Honorarverträge würde diesen Zuschuss um ca. 0,80 EUR je Einwohner (rd. 800.000 EUR) erhöhen, womit die Musikschule immer noch deutlich unter dem Mittelwert (5,24 EUR) der damaligen Berechnung der GPA liegen würde.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR	800.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Verstärkte Kooperation der Rheinischen Musikschule mit allen Schulen

Rang:	83	**Vorschlags-Nr.:**	1559
Pro-Stimmen:	43		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	43		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Kooperation der Rheinischen Musikschule sollte mit allen Schulen über alle Schulformen hinweg ausgebaut werden, so dass die Kurse in den Schulen im Nachmittagsbereich mit eingebunden werden. Die musische Förderung von Kindern und Jugendlichen stellt einen wichtigen Beitrag zu Bildung, Erziehung und Kanalisation von Gefühlen dar. Durch die verstärkte Integration des Kursangebots in den Schulen werden Wegstrecken und Kosten gespart und gleichsam die SchülerInnen gefördert und auch in ihren sozialen Kompetenzen gestärkt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Rheinische Musikschule hat ihre Unterrichtsangebote in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut und ist inzwischen an 86 verschiedenen Unterrichtsorten tätig. Im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen wird die Rheinische Musikschule ihr Angebot weiter ausbauen. Zunehmend stellt jedoch das Beschäftigungsverhältnis als Honorarlehrer die Musikschule vor das Problem, geeignetes Personal zu gewinnen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Musikkultur am Ubirring

Rang:	95	**Vorschlags-Nr.:**	368
Pro-Stimmen:	46		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	36		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Das frühere Museum f. Völkerkunde soll erneuert und als "Haus für Musik" wiedereröffnet werden. Das Haus soll aufnehmen: a. Die Rheinische Musikschule b. Einen Kammermusiksaal c. Räumlichkeiten zur Vermietung für musikbezogene Einrichtungen,z.B. Verlage, Agenturen, Aufnahmestudios, Musikalienhandlungen, Übungsräume, usw.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Planungen zur Nutzung des Gebäudes befinden sich bereits in der Vorbereitung. In einem ersten Schritt werden stadtintern die Kosten für eine Grundsanierung zur Nutzung des Gebäudes durch die Rheinische Musikschule ermittelt. Es ist mit einem zweistelligen Millionenbetrag zu rechnen.

Auf dieser Basis soll dann bis zum Sommer mit den beiden potentiellen zukünftigen Nutzern "Rheinische Musikschule" (Haus der Musik) und "Luxet" (Haus des Films und der Medien) über deren Vorstellungen (auch unter finanziellen Aspekten) gesprochen werden. Für den Herbst 2010 soll eine entsprechende Ratsvorlage vorbereitet werden. Das Gebäude wird im Sommer 2011 komplett geräumt sein.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Planung und Nutzung des Gebäudes befinden sich bereits in der Vorbereitung. Solange die beiden zukünftigen Nutzer keine einvernehmliche Lösung bzgl. Nutzungsvorstellungen hergestellt haben, können die Investitionskosten und in deren Folge die Refinanzierung nicht quantifiziert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Cluster: Sonstige

Cluster **Sonstige**

Thema: Schule/Bildung

Rang	Vorschlag	Überschrift
1	1058	Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!
10	1338	Graffiti- und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" möchte eine Hall of Fame..d.h. Freiflächen für Graffiti
20	682	Inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen
22	1398	Die Kultur kommt zu Euch -Kultur für Kinder aus den Kölner Brennpunkten
26	1461	kulturelle Bildung für Kinder - feste Vollzeitstelle für Theaterpädagogik
30	125	Jugendzentren in den Veedeln
37	1157	Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln
45	213	Jugenberufshilfe im Seeberger Treff fürs Jahr 2010 sicherstellen
46	111	Jugend lernt durch soziales Engagement
63	1527	Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!
78	1668	Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkt-Veedeln fördern
82	832	Kein Interesse für das Thema Jungen und Bildung?
92	323	Geschlechtersensible Bildung

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema		319.473,00 €	319.473,00 €	319.473,00 €	308.273,00 €

Thema: Umweltschutz

Rang	Vorschlag	Überschrift
22	2	Sauberkeit in der Stadt
28	779	Ökostrom für alle städtischen Einrichtungen!
39	334	Taubenpopulation
46	684	Wein an jeder Südwand
63	704	Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen
77	550	Das Geld liegt auf der Straße
83	208	Ungewolte Werbung
94	690	Säuberung der Rheinufer
99	828	Gelbe Tonne als Wertstofftonne

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	50.000,00 €	170.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
Summe Cluster:	50.000,00 €	489.473,00 €	439.473,00 €	439.473,00 €	428.273,00 €

Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!

Rang:	1	**Vorschlags-Nr.:**	1058
Pro-Stimmen:	936		
Contra-Stimmen:	71		
Saldo:	865		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Bildung findet nicht nur im Elternhaus, Kindergärten und Schulen statt - sondern auch in Jugendeinrichtungen! Die aktuellen Kürzungsvorschläge durch die Kämmerei werden dazu führen, dass viele Jugendeinrichtungen ihre Pforten schließen müssen. Wenn Köln sich weiterhin als Soziale Stadt versteht, darf das nicht geschehen. Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ohne Leistungsdruck ausprobieren können, ihre Stärken und Neigungen entwickeln können und vor allem auch sinnvolle Freizeit verbringen können. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die notwendigste Investition in die Zukunft!

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Nach Beschluss des Stadtvorstandes ist für 2010 keine Kürzung bei den freien Trägern der Jugendzentren vorgesehen. Der Bestand kann 2010 erhalten bleiben. Beschlussfassung erfolgt im Rahmen der Mittelverteilung 2010. Für 2011 sieht der HPL-Entwurf Kürzungen vor.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR	188.500,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Eine fachliche Stellungnahme der Verwaltung liegt nicht vor, im Haushaltsplan sind entsprechende Mittel bereitzustellen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in

seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt die Bürgervorschläge mit der Konkretisierung: Für die Veedel Merheim und Brück wird ein, ggf mobiles, Jugendangebot geschaffen, das sich neben der hauptamtlichen Arbeit von Sozialarbeitern auch auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in diesen Veedeln stützt. Besonders in den Veedeln Brück und Merheim fehlen attraktive Jugendeinrichtungen mit sozialpädagogischer Betreuung. Der Vorschlag, die ehrenamtliche Betreuung zu organisieren, ist grundsätzlich richtig. Wie auch aus der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen ist, kann eine ehrenamtliche Arbeit nur dann erfolgreich sein, wenn eine hauptamtliche professionelle Begleitung besteht. Trotz der, eher gerade, wegen der schwierigen Haushaltslage unterstützt die Bezirksvertretung Kalk diesen Vorschlag. Denn eine gute Jugendarbeit schützt die Stadt Köln vor schwerwiegenden Folgekosten!
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Graffiti- und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" möchte eine Hall of Fame..d.h. Freiflächen für Graffiti

Rang:	10	**Vorschlags-Nr.:**	1338
Pro-Stimmen:	304		
Contra-Stimmen:	13		
Saldo:	291		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Das Graffiti - und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" existiert seit 4 Jahren. In dieser Zeit wurden eine Menge Graffitiaufträge durchgeführt, für Privatpersonen aber unteranderem auch für die Kölner Verkehrsbetriebe, GraffitiAusstellungen in den Räumlichkeiten der Nippesser Clouth Werke präsentiert, ein GraffitiFachtag mit Experten zum Thema "Graffiti und Jugendkutur" abgehalten, Workshops mit anderen Jugendeinrichtungen und Teilnahme an HipHop und Urban Culture Events durchgeführt und und ..Infos unter : www.mittwochs-maler.de Die Mittwochs Maler sind in Trägerschaft des SKM e.v. Köln und werden aus kommunalen Mitteln der Stadt Köln finanziert. Was jedoch in dieser Stadt noch fehlt, ist die Bereitschaft auch legale Wände für GraffitiSprüher anzubieten. Am besten Flächen, die TAG und NACHT frei zugänglich sind!!! Zitat von Babara Udu Warella aus Hamburg: "Es ist erstaunlich, dass die Kölner Politiker immer noch nicht begriffen haben, dass die Behauptungen der Soko Graffiti, schnelles Reinigen lässt Sprayer entmutigen, nichts wert sind. 10 Jahre rotiert die KASA und trotzdem verteilt die Polizei Flyer, um für die Mitwirkung der Bevölkerung zu werben. Auch die Behauptung, legale Wände wären der Einstieg in die Illegalität ist Unfug. Sicher kann es vorkommen, dass ein Sprayer über den Kontakt an einer legalen Wand sich zu illegalen Aktionen hinreißen lässt, aber steht hinter jedem Schlosser ein Polizist? Jede Dose, die legal verbraucht wird, ist für illegale Aktionen nicht mehr verfügbar. Bei legalen Aktionen ist eine Wertevermittlung möglich u. man kann auf Sicherheitsbestimmungen (Gasmaske usw.) und Umweltschutz hinweisen, was beim illegalen Sprühen nicht möglich ist. Es macht mehr Sinn, Freizeitbeschäftigungen für Jugendliche zu finanzieren, die nicht nur mittwochs stattfinden, sondern öfter." Abschließend noch ein Hinweis von Jürgen Kottbusch, Streetworker der Stadt Bochum: "Ich möchte mit einem Zitat aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) beginnen, wo es in § 80 (Jugendhilfeplanung) heißt: (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zuplanen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann. Reduzieren wir das gehörte jetzt noch einmal auf die Kernaussage gemäß Subjekt, Prädikat, Objekt, dann steht hier: Die Jugendhilfe hat den Bedarf zu ermitteln und die Befriedigung des Bedarfs rechtzeitig und ausreichend zu planen. Dazu bleibt meines Erachtens nur noch zu konstatieren, dass es die Jugendkultur Graffiti bereits seit weit über dreißig Jahren gibt und die überwiegende Zahl der deutschen Kommunen sowohl in der Ermittlung wie in der Befriedigung der Bedürfnisse nach freien Flächen für Graffiti weit hinterher hinkt".

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Mittwochsmaler sind ein Kölner Graffiti Kunstprojekt, welches 2005 im Rahmen eines Hip-Hop-Netzwerkes für Toleranz und Integration entstanden ist und bis heute als laufendes Angebot der Offenen Tür Luckys Haus, unter Trägerschaft des Sozialdienstes Katholischer Männer, in Köln Bilderstöckchen angeboten wird.

Sowohl das Projekt selbst, als auch die Jugendeinrichtung in dem dieses räumlich angebunden ist, werden von der Stadt Köln bezuschusst. Dieser Umstand belegt, dass die Stadt Köln das Projekt als Bestandteil von Jugendkultur sowie als Präventionsprojekt anerkennt. Es steht aus hiesiger Sicht nicht im Widerspruch zu den Bemühungen der KASA, illegales Sprayen zu ahnden und im Stadtbild zurückzudrängen.

Das Projekt bietet Mädchen und Jungen ab 14 Jahren ein pädagogisch begleitetes Praxisangebot und wird als solches von Jugendlichen aus dem gesamten Stadtgebiet als Treff- und Anlaufstelle genutzt. Die Pädagogen bieten neben handwerklicher und künstlerischer Anleitung auch Beratung und Hilfestellung zu den problematischen Aspekten des Sprühens z.B. strafrechtliche Konsequenzen bei illegalem Sprühen und

gesundheitliche Risiken im Umgang mit Sprühlacken.
Das Netzwerk arbeitet integrativ und präventiv; es eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, alternative Ausdrucksmöglichkeiten kennen zu lernen und sie so stark gegenüber Einflüssen von Gewalt- und Fremdenfeindlichkeit zu machen. Insofern ist die Stadt Köln der Auffassung, dass sie der Verpflichtung, die sich aus dem § 80 SGB VIII ergibt, erfüllt.
Die Frage ob, in welcher Größenordnung, an welchen Orten legale Flächen für Graffiti ausgewiesen werden, ist jeweils auszuhandeln. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Sprühflächen in der Einrichtung Luckys Haus sind sehr begrenzt. Ein darüber hinausgehender Bedarf an legalen Freiflächen für Graffiti wird zunehmend benannt.
Graffiti eignet sich in besonderer Weise für eine großflächige Gestaltung von Wänden und Fassaden. Die Bereitstellung solcher Flächen unter pädagogischer Begleitung, beispielsweise in weiteren Jugendeinrichtungen oder auf deren Gelände mit sogenannten mobilen Freiflächen wird seitens der Verwaltung befürwortet.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Die Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti ist i.d.R. nicht finanzwirksam. Auf die inhaltliche Stellungnahme wird verwiesen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Die Verwaltung wird gebeten, der Bezirksvertretung Kalk geeignete Graffitiflächen gemäß des Bürgervorschlags unter Berücksichtigung eines pädagogisch begleitetes Praxisangebots vorzuschlagen.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen

Rang:	20	**Vorschlags-Nr.:**	682
Pro-Stimmen:	176		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	173		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Seit über 6 Jahren engagiert sich die OT Ohmstraße in Köln Porz im Bereich der inklusiven Arbeit von Kindern mit und ohne Behinderungen. Ziel der Arbeit ist es Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, die häufig wenig Möglichkeiten der Feizeitgestaltung haben, die Nutzung unseres Jugendzentrums jederzeit zu ermöglichen. Darüber hinaus gibt es Angebote für die ganze Familie, wie Elternberatung und spezielle Gruppen für die nichtbehinderten Geschwisterkinder. Diese Arbeit wird seit ihrem Beginn überwiegend durch Projektmittel von Stiftungen und den Trägerverein finanziert. Dies wird immer schwieriger. Wir möchten mit unserer Arbeit einen Standard in der offenen Kinder und Jugendarbeit setzen und sind auf langfristige finanzielle Absicherung angewiesen. Hierfür ist es notwendig, dass sich auch die Stadt an dieser Arbeit finanziell beteiligt. Nur so können wir den ca. 100 Kindern und Jugendlichen zwischen 3 und 25 Jahren weiterhin gute Angebote machen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die offene Kinder- und Jugendeinrichtung "Haus der Offenen Tür Ohmstrasse" hat vor 6 Jahren zunächst in der Einrichtung Ohmstrasse in Köln-Porz-Eil und später auch in der Einrichtung Arche Nova in Köln-Porz Finkenberg inklusive Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche entwickelt. Diese werden über Projekt- und Stiftungsmittel finanziert. In 2010 konnte der Einrichtung für ihre inklusiven Angebote eine Spende im fünfstelligen Bereich durch die Vermittlung des Jugendamtes überreicht werden. Die erfolgreiche Verankerung inklusiver Angebote in der Konzeption der Offenen Tür Ohmstrasse ist also noch relativ neu.

Im Bereich des Kölner Jugendamtes werden zur Zeit drei Kinder- und Jugendeinrichtungen als spezialisierte Einrichtungen mit einem barrierefreien Angebot geführt: das Jugendhaus Sürth, das Geschwister-Scholl Haus (Jugendeinrichtungen) und das Franz-von-Sales Haus
(Jugendprojekt für Gehörlose). Der besondere sozial-, heilpädagogische und pflegerische Bedarf wird durch die Finanzierung einer dritten Personalstelle bei den Jugendeinrichtungen
berücksichtigt. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln wird kurzfristig kaum die Möglichkeit bestehen, auch der Kinder- und Jugendeinrichtung OT Ohmstrasse eine dritte Personalstelle finanziell zu fördern.

Langfristiges Ziel ist es, inklusive Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bereitzuhalten und falls notwendig, Barrierefreiheit herzustellen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Die Kultur kommt zu Euch -Kultur für Kinder aus den Kölner Brennpunkten

Rang:	22	**Vorschlags-Nr.:**	1398
Pro-Stimmen:	166		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	164		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In einigen Kölner Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf gibt es bereits kulturpädagogische Projekt für Kinder und Jugendliche. Dennoch sind Angebote der bildenden Kunst, der Musik, dem Zirkus, dem Theater, den neuen Medien oder dem kreativen Spiel für die Kids dort eher selten. Ich finde, dass auch diese Kinder und Jugendlichen ein Recht auf kreative Entfaltung haben und daß ihnen durch vermehrte Angebote der Zugang zur Kultur ermöglicht werden sollte. Hierzu sollten finanielle Resourcen bereitgestellt werden, die von gemeinnützgen kulturpädagogischen Trägern in Absprache mit den jeweiligen Sozialraummanagern und Bezirksjugendpflegern abgerufen werden können

Stellungnahme der Verwaltung:

Kulturelle Bildung im Rahmen der Jugendhilfe bedeutet, dass gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche Partizipationschancen erhalten und gesellschaftlicher Ausschluss über kulturelle Kompetenzen aufgebrochen wird. Die Stadt Köln misst der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche einen besonderen Stellenwert zu. Die Förderung kulturpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen wurde in den Jahren 2006 bis 2009 um 51,65 % auf ca. 560.000 EUR erhöht. Ergänzt wird diese Förderung durch Drittmittel (Jugendförderplan des Landes, Stiftungen etc.) und andere Anbieter von Maßnahmen der kulturellen Bildung. Aufgrund der aktuelle Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Kulturelle Bildung im Rahmen der Jugendhilfe bedeutet, dass gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche Partizipationschancen erhalten und gesellschaftlicher Ausschluss über kulturelle Kompetenzen aufgebrochen wird. Die Stadt Köln misst der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche einen besonderen Stellenwert zu. Die Förderung kulturpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen wurde in den Jahren 2006 bis 2009 um 51,65 % auf ca. 560.000 EUR erhöht. Ergänzt wird diese Förderung durch Drittmittel (Jugendförderplan des Landes, Stiftungen etc.) und andere Anbieter von Maßnahmen der kulturellen Bildung. Aufgrund der aktuelle Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Die Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung, sobald eine Aussage zu den Kosten getroffen werden kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

kulturelle Bildung für Kinder - feste Vollzeitstelle für Theaterpädagogik

Rang:	26	**Vorschlags-Nr.:**	1461
Pro-Stimmen:	137		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	133		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie kulturelle Bildung erfahren, soziale Kompetenzen erlangen und sich ausprobieren können. Die Kammeroper Köln in Köln-Rodenkirchen setzt sich sehr für diese kulturelle Bildung ein, geht in gesamt Köln direkt in Schulen, bietet auch direkt in der Kammeroper Köln verschiedene Workshops und ist führend in Köln für anspruchsvolles Kindermusiktheater, welches Kinder auch interaktiv in die Vorstellungen einbezieht und somit das Theatererlebnis für Kinder ganz besonders werden läßt. Dafür ist aber eine Vollzeitstelle für einen Theaterpädagogen notwendig, damit dieses Angebot aufrecht erhalten und vor allem auch ausgebaut werden kann, da der Bedarf daran sehr groß ist. Eine Förderung von Kultur für Kinder ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft, den die Kinder von heute sind die Zukunft von morgen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich sind dezentrale Angebote sehr zu befürworten, insbesondere wenn diese in enger Kooperation mit bestehenden, verbindlichen Strukturen wie Schulen (oder dem Jugendbereich) stattfinden. Nicht in im Hinblick auf die der angespannte Haushaltslage, sondern auch Hinsichtlich der Effektivität ist die zusätzliche Einrichtung einer festen Vollzeitstelle fraglich.
In der Stadt Köln gibt es eine funktionierende Förderstruktur (Kulturamt/ Theater- und Musikreferat), sowie das Handlungsfeld kulturelle Bildung. Erfahrene, professionelle Projektleiter in freier Tätigkeit könnten ein solches Projekt durchaus qualifiziert leiten.
Ob eine Bereitstellung von Projektmitteln (z. B. zur Finanzierung von Projektleitern per Honorarvertrag zur Maßnahmenbetreuung) für die Kammeroper unter finanziellen Gesichtspunkten jedoch möglich ist, erscheint fraglich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Nicht nur in Hinblick auf die angespannte Haushaltslage, sondern auch hinsichtlich der Effektivität ist die zusätzliche Einrichtung einer Vollzeitstelle für Theaterpädagogik bei der Kammeroper Köln-Rodenkirchen fraglich. In der Stadt Köln gibt es eine funktionierende Förderstruktur sowie das Handlungsfeld kulturelle Bildung. Erfahrene, professionelle Projektleiter in freier Tätigkeit könnten ein solches Projekt durchaus qualifiziert leiten. Ob eine Bereitstellung von Projektmitteln für die Kammeroper Köln-Rodenkirchen unter finanziellen Gesichtspunkten jedoch möglich ist, erscheint fraglich.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Jugendzentren in den Veedeln

Rang:	30	**Vorschlags-Nr.:**	125
Pro-Stimmen:	129		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	125		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Lernen auf die spieleriche Art. In Köln fehlt es an allen Ecken und Kanten an Jugendzentren. Was machen die Kinder und Jugendlichen heute in Ihrer Freizeit? Meistens vor dem PC sitzen oder irgenwo rumhängen. Alleinerziehende können meist keine Tätigkeit aufnehmen weil sie nicht wissen wohin mit den Kids. Köln braucht mehr Jugend- und Freizeitzentren. Ehrenamtliche oder Ruheständler könnten sich dann um diese Kids und Jugendlichen kümmern. Es gibt mit Sicherheit genug davon in Köln. Viele Rentner oder Vorruheständler würden sich auf eine solche Tätigkeit mit Sicherheit freuen. Ob es der alte Lehrer ist oder der freundliche Ex-Polizist oder die Hausfrau von nebenan. Dazu noch ein paar Sozialarbeiter von der Stadt die auch SPAß daran hätten mit Jugendlichen zu arbeiten.Kochen lernen, kostenlose Nachhilfe in schwachen Schulfächer. Unterstützung bei der Ausbildungssuche. Auch durch Gesellschaftspiele lässt sich viel erlernen. Es gibt einige Spiele wo es nicht mehr darauf ankommt als Einzelkämpfer zu gewinnen, sondern als Team.

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz erheblicher Einsparzwänge hat die Stadt Köln gerade in den letzten beiden Jahren in Jugendarbeit investiert. Im Doppelhaushalt 2008/2009 wurden zusätzlich 1.336.000 EUR zur Verfügung gestellt. Dadurch konnten eine Reihe von innovativen Projekten und neuen Einrichtungen geschaffen werden.
Die Bereitschaft von Seniorinnen und Senioren, sich in Jugendzentren einzubringen ist punktuell vorhanden. Vielen älteren Menschen ist jedoch die zum Teil konflikthafte Auseinandersetzung mit Jugendlichen deutlich zu anstrengend. Ehrenamtliche Unterstützung gibt es in der Jugendarbeit vor allem durch Eltern, Besucherinnen und Besucher sowie Heranwachsenden, meist ehemaligen Besuchern der Jugendzentren, die "ihrer" Einrichtung durch die Tätigkeit etwas zurück geben möchten. Die Jugendeinrichtungen bemühen sich offensiv, Ehrenamtler zu gewinnen, um ihr Angebot trotz geringer finanzieller Spielräume auszuweiten.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Die
Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung, sobald eine Aussage zu den Kosten getroffen werden kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln

Rang:	37	**Vorschlags-Nr.:**	1157
Pro-Stimmen:	128		
Contra-Stimmen:	28		
Saldo:	100		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Das im Jugendzentrum anyway angegliederte Aufklärungsprojekt SchLAu-Köln (schwul-lesbische Schulaufklärung) braucht Unterstützung : die methodisch durchdachte Thematisierung von Homosexualiät und vielfältigen Lebensweisen im Schulkontext wird durch ca. 20-25 Ehrenamtliche Mitarbeiter durchgeführt. Hierbei lernen die Schüler verschiedene Lebensweisen und Lebenskonzepte kennen und überdenken mit den TeamerInnen stereotype Geschlechterrollen. Die Aufklärungsveranstaltungen tragen maßgeblich zur stärkeren Selbstreflexion und Infragestellung von gelernten Rollenbildern und Vorurteilen bei und regen zu einem wertschätzenden Miteinander im Schulalltag an. Momentan finden ca. 40 Aufklärungsveranstaltungen pro Jahr mit ca. jeweils 30 SchülerInnen in allen Schultypen statt und somit lernen ca. 1200 SchülerInnen pro Jahr SchLAu Köln kennen. Ehrenamtlich kann die Koordinierung der Veranstaltung, Supervision der TeamerInnen, Kontakte zu LehrerInnen, interne Fortbildung und Qualitätssicherung der Arbeit nicht geleistet werden und es bedarf somit ein Ausbau und eine Verstetigung dieses Engagements durch hauptamtliche personeller Unterstützung.

Stellungnahme der Verwaltung:

In einem Gespräch mit den Vertretern von anyway im Dezember 2009 wurde durch das Schuldezernat grundsätzliche Unterstützung zugesagt, jedoch wurde verdeutlicht, dass bei der derzeitigen Haushaltslage keine Möglichkeit zur Finanzierung einer Stelle vorhanden ist.

Das Sozialdezernat hat vom Rat die Genehmigung zur Einrichtung eines Referates erhalten, die Stellenbesetzung erfolgt derzeit. Sobald diese Stelle institutionalisiert ist, sollte von dort das weitere Verfahren übernommen werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidungen die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR	50.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem

späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Jugenberufshilfe im Seeberger Treff fürs Jahr 2010 sicherstellen

Rang:	45	**Vorschlags-Nr.:**	213
Pro-Stimmen:	87		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	83		
Bezirke:	Chorweiler		

Vorschlagstext:

Im Kinder- und Jugendzentrum Seeberger Treff (Träger: Jugendcafé Chorweiler e.V.) in Köln-Seeberg/ Chorweiler gibt es derzeit ein Beratungsangebot für ausbildungs- und arbeitssuchende Jugendliche und junge Erwachsene. Die Stelle ist bis zum 31.12.2009 finanziert. Eine Finanzierung für 2010 hat die Stadt Köln noch nicht sichergestellt. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene in Chorweiler benötigen beim Einstieg ins Berufsleben mehr Unterstützung und Begleitung. Dies kann im Jahr 2009 mthilfe der kommunalen Mittel erfolgreich gewährleistet werden. Inhalte des Beratungsangebotes sind unter anderem: Berufsorientierung Intensive Unterstützung im Bewerbungsprozess Vorbereitung auf Vorstellungstests und -gespräche

Stellungnahme der Verwaltung:

Vielfältige Bemühungen und Angebote tragen dazu bei, Jugendliche und junge Erwachsene in Chorweiler beim Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere die Projektangebote des Programms "Stärken vor Ort" und das Pilotprojekt lokales Büro "die Chance" (gemeinsame Anlaufstelle von Agentur für Arbeit, ArGe Köln, Schulamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Gesundheitsamt und Sozialamt). Darüber hinaus sehen die derzeitigen Planungen der Jugendverwaltung vor, das Beratungsangebot für ausbildungs- und arbeitssuchende Jugendliche des Trägers "Jugendcafe Chorweiler e.V." auch im Jahre 2010 nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zu fördern.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Mittel für 2010 sind sichergestellt. Für die Realisierung in den kommenden Haushaltsjahren werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR	19.773,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem

Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Jugend lernt durch soziales Engagement

Rang:	46	**Vorschlags-Nr.:**	111
Pro-Stimmen:	86		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	82		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Soft skills: Planen, Organisieren, Gesräche führen, Kooperieren, Teamarbeit, Kompromisse finden, Demokratie lernen...Lernen im Ehrenamt ist möglich. Die Leitung von Kinder- und Jugendgruppen, das Organisieren von Gruppenstunden und Fahrten, der Einsatz für Menschen und Umwelt etc. wird nicht in der Schule gelernt, sondern bei den Jugendverbänden. Dies braucht Unterstützung!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Förderung der Jugendverbände wurde in den vergangenen Jahren mehrfach aufgestockt. Das macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln dieser Arbeit beimisst. 2007 wurden 100.000 EUR zusätzlich unter anderem für die Durchführung von Ferienfahrten zur Verfügung gestellt. Im Doppelhaushalt 2008/2009 wurden zusätzlich 30.000 EUR für die Förderung der Geschäftsstelle des Kölner Jugendrings bereit gestellt. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Mittel stehen zur Verfügung. Eine Erhöhung wird im Vorschlag nicht gefordert.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv

beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!

Rang:	63	**Vorschlags-Nr.:**	1527
Pro-Stimmen:	67		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	62		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Im Bürgerzentrum Engelshof finden sei 1976 Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren statt. Gelernt wird hier nicht nur in Kursen und Workshops, sondern auch informell durch freiwillige Angebote und Begegnung aller Schichten und Kulturen. Getragen durch großes ehrenamtliches Engagement drohen durch die städtischen Kürzungen starke Einbußen. Deshalb muss alles getan werden, um dieses Angebot zu erhalten

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Arbeit des Bürgerzentrums Engelshof, dessen Träger der Bürgerzentrum Engelshof e.V. ist, orientiert sich an dem vom Rat der Stadt Köln 2008 beschlossenen Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Die Arbeit der Bürgerzentren orientiert sich an sieben Handlungsfeldern, so auch am Handlungsfeld Erziehung, Bildung und Qualifizierung. Die zentrale Aufgabe der Bürgerhäuser und Bürgerzentren besteht darin, geeignete Angebotsstrukturen zu entwickeln, die einerseits den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits den Ressourcenmöglichkeiten des Trägers entsprechen. An den Ressourcen der Einrichtung beteiligt sich die Stadt Köln mit einem Betriebskostenzuschuss. Unter diesen Prämissen wird das spezifische und profilierte Programm der Einrichtung in Ziel- und Leistungsvereinbarungen dargestellt. Die Verwaltung wird in den Abstimmungsgesprächen mit dem Bürgerzentrum Engelshof e. V. zum Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarungen das Anliegen des Antrags, die Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren zu erhalten, thematisieren. Die Entscheidung über die Angebotsschwerpunkte des Bürgerzentrums Engelshof liegt entsprechend den Regelungen des Rahmenkonzepts beim Träger.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	11.200,00 EUR	11.200,00 EUR	11.200,00 EUR	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Soziales und Senioren: Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage in die anstehenden Haushaltsplanberatungen.

Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkt-Veedeln fördern

Rang:	78	**Vorschlags-Nr.:**	1668
Pro-Stimmen:	47		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	45		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Zur Amtszeit von Fritz Schramma wurden die finanziellen Mittel für die Arbeit mit Jugendlichen in sozialen Brennpunkten stark gekürzt, meines Erachtens eine Fehlentscheidung. Die Arbeit sollte mit Sozialarbeitern oder -pädagogen wieder in Angriff genommen werden. Wir alle müssen den Jugendlichen helfen, dass sie eine Chance bekommen in unserer Gesellschaft.

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuelle Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

"Streetworkprojekt":
Der Rat der Stadt Köln beschloss am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Das Projekt `Steuerung und Intervention durch Streetwork´, das im Rahmen des Ratsbeschlusses initiiert wurde, hat zum 15.07.2008 begonnen. Die Umsetzung erfolgt in enger Kooperation zwischen dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. und dem Amt für Kinder, Jugend und Familie.

Es konnten 7 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen als Streetworker gewonnen werden. Von diesen Stellen werden zwei Fachkräfte von der AWO Köln gestellt. Die dazugehörende Koordinationsstelle wurde über die Stadt Köln besetzt und gilt darüber hinaus als Fachstelle für Gewaltprävention und Jugendkriminalität.

Die Einsätze der Streetworker beziehen sich auf das gesamte Stadtgebiet. Unterschieden wird in drei Haupteinsatzbereiche:
- Einsätze in den Stadtteilen
- Einsätze zu besonderen Anlässen, wie z.B. jugendorientierten Großveranstaltungen
- Situative Einsätze wie z.B. Demonstrationen.

Durch das Projekt besteht die Möglichkeit, flexibel auf Jugendproblematik im öffentlichen Raum reagieren zu können. Die Streetworkeinsätze erfolgen überwiegend in den sozialen Brennpunkten in Köln.

Die Arbeit ist niederschwellig und basiert auf Freiwilligkeit der Jugendlichen. Die Reintegration in Regelsysteme soll Ausgrenzung und Stigmatisierung der Adressaten/-innen verhindern. Ziel ist auch, dass Jugendliche nicht pauschal als gefährlich generell eingestuft werden. Grenzüberschreitendes Verhalten soll mit den Jugendlichen reflektiert und Maßnahmen angeboten werden, die eine Veränderung des Verhaltens unterstützen können. Durch den persönlichen Kontakt und eine Anbindung im Sozialraum soll Einfluss auf die Lebenssituation der einzelnen Jugendlichen genommen werden. Ziel ist immer, Jugendliche an bestehende oder neu zu initiierende Angebote heranzuführen, zu integrieren.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Die
Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung, sobald eine Aussage zu den Kosten getroffen werden kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Kein Interesse für das Thema Jungen und Bildung?

Rang:	82	**Vorschlags-Nr.:**	832
Pro-Stimmen:	48		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	43		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Bildung lohnt immer! sagt der Frauenrat. Aber auch Männer- und Väterinitiativen meinen, Bildung für alle sei das wichtigste Kapital für zukünftiges Wohlergehen. MANNdat mahnt, Jungen würden endgültig zu Bildungsverlierern, wenn nicht Mütter und Väter, Lehrer/innen und Erzieher/innen von der Politik einen anderen Umgang mit der sinkenden Bildungsleistung von Jungen einforderten. Es sei ein Irrtum, dass die wachsenden Defizite der männlichen Hälfte des Nachwuchses keine Folgen haben für das eigene Fortkommen und die Wirtschaftsleistung des Standorts. Schon heute müssen riesige Summen für Nachqualifizierung ausgegeben werden, die in der qualifizierenden Weiterbildung fehlen. Der Kölner Bildungsbericht muss Informationen und Zahlen bereitstellen und Lösungen für die städtische Bildungspolitik aufzeigen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen und Studienseminare, Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte,
Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten,
Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht,
Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen und Studienseminare, Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte,
Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten,
Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht,
Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt. Kosten können daher nicht beziffert werden. Der Vorschlag wird in geeigneter Form weitergeleitet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Geschlechtersensible Bildung

Rang:	92	**Vorschlags-Nr.:**	323
Pro-Stimmen:	52		
Contra-Stimmen:	16		
Saldo:	36		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Dieser Tage hat der Deutsche Frauenrat geschlechtersensible Bildung gefordert. Er erwartet die Bereitstellung von Angeboten, die allen Kindern und Jugendlichen zugute kommen, unabhängig vom Geschlecht und vom familiären und sozialen Hintergrund. Vor allem Mütter wissen, dass ihre Söhne in der Bildung schlechter dastehen als ihre Töchter. Woher kommt dies? Liegt es an der Schule oder an der Erziehung in der Familie? Damit Eltern ihren Kindern gleiche Chancen bieten können, brauchen sie Information und Beratung. Der Kölner Bildungsbericht, der sich in Vorbereitung befindet, muss Empfehlungen geben, was Eltern in dieser Stadt für den gleichen Bildungserfolg ihrer Kinder tun können, ganz gleich, ob sie als Sohn oder Tochter zur Welt gekommen sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten"" zuständig und gibt den Rahmen vor.
Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte,
Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht, Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt, soweit der Unterricht betroffen ist. Kosten können daher nicht beziffert werden. Im Bereich des Offenen Ganztags ist die geschlechtersensible Bildung Bestandteil der Konzeption. Der Vorschlag sollte bezüglich der inneren Schulangelegenheiten in geeigneter Form an die Landesregierung weitergeleitet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Cluster: Sonstige Schulformen

Cluster **Sonstige Schulformen**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
3	475	OGTS-Räume platzen aus allen Nähten im Gebäude der GS Schulstraße 51
9	166	Neubau Michaeli-Schule-Volksgarten
13	1416	Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention
17	618	Buszufahrt Pestalozzi-Schule Wahnheide
21	1577	Unterstützung bei Schulgründung: eine inklusive Schule im Kölner Süden für alle Kinder
24	1396	Etat für Reparaturen an Schulen
27	58	Schulklassen verkleinern
28	1395	Aufstockung der Putzzeiten an Schulen
29	48	Ein gemeinsames Konzept für saubere Toiletten an Schulen
31	306	Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen
32	1394	Erhöhung des Schuletats
34	377	Video Beamer für das Kölner Planetarium
42	1144	Diskriminierungs-,Ausgrenzungs-, Mobbingsprävention
54	121	Einführung eines Schülertickets für Grundschüler
55	298	Naturnahe und kindgerechte Schulgelände/Schulgärten
56	1677	Wertevermittlung schulformübergreifend durch Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität
57	278	OGTS (oder OGS) Qualität der Betreuung verbessern
58	1607	Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen
59	214	Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!
61	1084	Dominik Brunner Freizeitecken
68	1637	Keine Schließung der Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden nach 2011
69	192	Einsatz von Open Source an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen!
70	414	Reinigungs-/Aufsichtskraft für Schultoiletten
71	1671	Freier Eintritt für Schulklassen
72	151	Ein Klassen-Gruppenticket für jede Schule
74	896	Bildungslandschaft HöVi
75	226	Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher für den Elternsprechtag
86	83	mehr Personal in Schulen
89	1549	Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaft
90	1381	Obst und Gemüse an Schulen und Kindergärten
93	1254	Interkulturelle Elternarbeit sollte als präventive Möglichkeit für bildungsbenachteiligte Familien an weiteren Schulen in Köln eingerichtet werden
96	905	Entwicklungspolitische Bildung verstärken!
98	186	Bereitstellung Bustransfer für Schulausflüge

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	822.116,50 €	2.007.533,00 €	1.659.533,00 €	1.612.933,00 €	1.603.200,00 €

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
66	511	Dachbegrünung Turnhallendächer

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema					
Summe Cluster:	822.116,50 €	2.007.533,00 €	1.659.533,00 €	1.612.933,00 €	1.603.200,00 €

OGTS-Räume platzen aus allen Nähten im Gebäude der GS Schulstraße 51

Rang:	3	**Vorschlags-Nr.:**	475
Pro-Stimmen:	879		
Contra-Stimmen:	188		
Saldo:	691		
Bezirke:	Kalk		

Vorschlagstext:

Es ist 13 Uhr. Der Unterricht ist zu Ende. Jeweils 29 Kinder und zwei Betreuer drängen sich in den beiden Gruppenräumen auf der ersten und zweiten Etage im Gebäude der Grundschule Schulstraße 51 in Köln Höhenberg. Die je 44 qm Grundfläche der Gruppenräume bieten jedem Kind theoretisch 1,4 qm Platz. Natürlich sind die Räume nicht leer sondern enthalten auch Mobiliar, so dass der effektive Platz noch viel geringer ist. Es ist laut, Raum zum Abschalten oder Entspannen gibt es keinen, da Rückzugsmöglichkeiten fehlen. Und es wird noch schlimmer kommen, da der Bedarf an Betreuungsplätzen ab dem Schuljahr 2010/11 auf mindestens 65 steigen wird. Das Raumkonzept der Landesregierung für den GanzTag in NRW sieht pro Kind eine Fläche von 2,5 qm vor. Danach müsste für die derzeit insgesamt 58 Kinder in der OGTS eine Fläche von rund 145 qm zur Verfügung stehen. Tut sie auch, allerdings auf drei Räume über zwei Etagen und drei Flure verteilt, sowie unter Berücksichtigung eines nur zeitweise nutzbaren Mehrzweckraums. Bei dieser Rechnung wurde nur leider übersehen, dass zwar die Summe stimmt, der Platz aber gar nicht sinnvoll genutzt werden kann. Die Betreuungssituation erlaubt es nicht, die Kinder auf die Räume zu verteilen, da stets zwei Betreuer je Gruppe vorhanden sein müssen. Selbst die angrenzenden Klassenräume können außerhalb der Hausaufgabenbetreuung nicht genutzt, da das Mobiliar eine flexible Nutzung nicht zulässt. Wir benötigen dringend zusammenhängenden Platz für die OGTS, im Gebäude, z.B. durch Aufgabe des Experimentes der Unterbringung einer Grundschule und einer Hauptschule in einem Gebäude, oder außerhalb, z.B. in Form von Containern. Die Stadt Köln sagt, es stehe genug Raum zur Verfügung und wir müssen mit der Situation leben. Das sehen wir anders! Wir wollen für unsere Kinder keine Käfighaltung, sondern angemessenen Raum zum Leben und Lernen. Bitte unterstützen Sie uns hierbei.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der momentan laufenden Bedarfsabfrage zur Ermittlung des Ganztagsbedarfs für das Schuljahr 2010/2011 wurde für die Nebenstelle Schulstr. der OGTS Ferdinandstr. ein rechnerischer Bedarf von 68 Plätzen ermittelt. Im jetzt laufenden Schuljahr 2009/2010 befinden sich 58 Kinder im offenen Ganztag. Abzüglich der 9 Viertklässler die zum Schuljahr 2010/2011 ausscheiden werden und zuzüglich der gemeldeten 19 zukünftigen Erstklässler mit Ganztagsbedarf errechnet sich der o.g. Bedarf von 68 Plätzen. Sollten an dem Standort in Abhängigkeit von einer räumlichen Lösung zusätzliche Plätze eingerichtet und demnach das mit Ratsbeschluss vom 24.04.2008 hier vorgesehene Kontingent auf 68 angehoben werden, so betragen die damit verbundenen Mehraufwendungen im HJ 2010 insgesamt 6.337,50 EUR und ab dem HJ 2011 12.675 EUR jährlich.

Bezüglich der Platzproblematik hat bereits mehrfach ein Austausch zwischen den verschiedenen Verantwortlichen stattgefunden. Zur Einführung der OGTS hat die Stadt Köln das entsprechende Raumprogramm entwickelt, welches sich an der Zügigkeit orientiert (je Zug 1 Betreuungsraum von ca. 72 qm). Gem. diesem Raumprogramm sind die zur Verfügung gestellten Räume (2 Räume mit je 44 qm sowie 1 Raum mit 28 qm) ausreichend. Ferner sieht das Raumprogramm ausdrücklich vor, dass alle vorhandenen Räume (z.B. auch die Klassenräume) mehrfach zu nutzen sind.

Darüber hinaus kann die Offene Ganztagsschule zusätzlich zumindest zeitweise noch 1 Mehrzweckraum der Hauptschule nutzen. Bei dem genannten Raumkonzept der Landesregierung NRW sind vermutlich die Orientierungshilfen für Schulbauten der BASS (Bereinigte Amtliche Sammlung der Schulvorschriften) gemeint. Die genannte Fläche von 2,5 qm pro Schüler/in bezieht sich jedoch auf den Unterrichtsbereich einer 1-zügigen Grundschule und nicht auf Ganztagsflächen.

Aktualisierte/Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Die eingetragenen finanziellen Auswirkungen betreffen nur die bedarfsdeckende Zusetzung von Plätzen. Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Das Raumprogramm ist als erfüllt anzusehen. Sollten sich durch rückläufige Schülerzahlen, oder aus anderen Gründen, der mit auf dem Schulgrundstück befindlichen Hauptschule freie Raumkapazitäten ergeben, wird die Verwaltung eine Optimierung der Situation vornehmen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
6.116,50 EUR	12.233,00 EUR	12.233,00 EUR	12.233,00 EUR	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Neubau Michaeli-Schule-Volksgarten

Rang:	9	**Vorschlags-Nr.:**	166
Pro-Stimmen:	379		
Contra-Stimmen:	52		
Saldo:	327		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Der Rat der Stadt Köln möge das schier endlose Gehangel um den Erbpachtzins endlich aufgeben und allen Kindern und Eltern die 2% Zinssatz geben, damit der Neubau der Schule noch dieses Jahr "in Auftrag" geht!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln ist bereit, der Michaeli-Schule das städtische Grundstück Vorgebirgswall 4-8 in Köln-Neustadt-Süd im Wege eines Erbaurechtsvertrages für einen Schulneubau zu überlassen.
Die intensiv geführten Verhandlungen mit dem Schulträger der Michaeli-Schule (Freie Waldorfschule) haben bisher jedoch noch zu keiner Einigung geführt, wobei vorrangig die gegenteiligen Auffassungen über die Höhe des Erbbauzinssatzes einem Vertragsabschluss entgegenstehen.
Nach umfassender Prüfung aller rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten sieht sich die Stadt Köln nicht in der Lage, weitergehende Zugeständnisse hinsichtlich der Vereinbarung eines niedrigeren Zinssatzes zu machen, zumal die bisher gezeigte Bereitschaft der Stadt Köln bereits eine deutlich höhere Unterstützung der Waldorfschule beinhaltet als vom Gesetzgeber im Rahmen des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes vorgesehen ist.
Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit wird durch den Rat der Stadt Köln zu treffen sein.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Eine Entscheidung des Rates über den Erbaurechtsvertrag mit der Michaeli-Schule ist noch nicht getroffen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention

Rang:	13	**Vorschlags-Nr.:**	1416
Pro-Stimmen:	264		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	256		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In Deutschland gehen behinderte Kinder auf Sonderschulen. Ganz selbstverständlich. Wir halten das für falsch. Auch Kinder mit Behinderungen sind in erster Linie Kinder. Sie haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Wer sie zehn Jahre lang ? und damit für die gesamte Schulzeit ? von den anderen Kindern trennt und unter ?ihresgleichen? aufwachsen lässt, behindert sie bei der Integration in die Mitte der Gesellschaft. Den fehlenden Kontakt zu nicht (oder anders) behinderten Kindern kann ihnen keine noch so gute Förderung in den Sonderschulen ersetzen. Andere europäische Länder haben dies bereits längst erkannt. Im Schnitt wachsen in Europa mehr als 70 % aller behinderten Kinder integriert auf. In Deutschland sind es gerade einmal 15 %. Integrative Schulen sind hierzulande die große Ausnahme, ein Wahlrecht für Eltern und Schüler besteht de facto nicht. Die Kölner Stadtverwaltung hat dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner öffentlichen Sitzung am 20. April 2009 mitgeteilt: ?(?) Die Aufnahme in den GU (Gemeinsamen Unterricht) kann nur erfolgen, wenn die Schulaufsichtsbehörde im Zuge eines formellen Verfahrens (?) den GU als geeigneten Förderort festgestellt hat. Der Elternwunsch differiert häufig von der gutachterlichen Einschätzung der Eignung des Kindes. Finden die Eltern auch bei Feststellung des GU als geeignetem Förderort keinen freien Schulplatz sind sie verpflichtet, ihr Kind in einer entsprechenden Förderschule anzumelden. (?)? Diese Praxis verstößt unmittelbar gegen geltendes Völkerrecht. Das ?Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen? der Vereinten Nationen ist seit dem 1. Januar 2009 für Deutschland verbindlich ? bislang leider auch in Köln ohne spürbare Auswirkung. Forderung: In Köln darf ab sofort keinem Kind mehr der ?Gemeinsame Unterricht? verweigert werden. Dafür stellt die Stadt Köln als Schulträger sicher, dass es in jedem Stadtviertel zumindest eine Grundschule mit Gemeinsamem Unterricht gibt. Sie stellt darüber hinaus sicher, dass es in jedem Stadtbezirk zumindest eine weiterführende Schule mit Integrativen Lerngruppen gibt. Die Schulen sind notfalls vom Schulträger zusammen mit der Schulaufsicht anzuweisen. Die Stadt Köln trifft mit der Schulaufsicht ein Einvernehmen, dass grundsätzlich keine Zuweisungen ausschließlich zum Förderort Förderschule mehr getroffen werden. Die Stadt Köln sorgt im Zusammenwirken mit der Landesregierung, der Schulaufsicht und dem Landschaftsverband Rheinland für eine qualitativ hochwertige personelle und sächliche Ausstattung der Schulen mit Gemeinsamem Unterricht und Integrativen Lerngruppen. Sie unterstützt die Schulen notfalls aus eigenen Mitteln mit Sachleistungen, Fortbildungsangeboten und Personal (Sozialarbeitern, Schulpsychologen, Zivildienstleistenden sowie Sozialpädagogen und Erziehern zur Unterstützung im Unterricht, und ggf. im Einzelfall Schulbegleitern). Sie stellt damit sicher, dass die Stadt Köln potenziell für jedes Kind das Recht auf Integration einlösen kann. Begründung: 1 Umsetzung geltender Menschenrechte, siehe oben. 2 Eine repräsentative Befragung von Eltern (56 % Beteiligung) aller Kölner Drittklässler im September 2009 hatte u. a. zum Ergebnis, dass sich 72 % der Eltern den Gemeinsamen Unterricht für ihr Kind wünschen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung unterstützt das Ziel einer inklusiven Bildung entsprechend der Ausführungen der UN-Charta und damit auch die Intention der Anregung. Ziel muss es sein, den integrativen Unterricht so auszubauen, dass Eltern behinderter Kinder eine wirkliche Wahlfreiheit haben und der Wunsch nach Unterrichtung an den allgemeinen Schulen, insbesondere auch an den weiterführenden Schulen, ermöglicht wird.
Der sonderpädagogische Förderbedarf eines Schülers oder einer Schülerin wird weitgehend im Zuge eines gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens (§ 19ff SchulG; AO-SF) festgestellt. Im Bescheid der Schulaufsichtsbehörde wird dabei auch der Förderort - Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht - festgelegt. Die Zuständigkeit für die Anmeldeempfehlung liegt mithin bei der Schulaufsicht, nicht bei der Stadt Köln als Schulträger.
Das Platzangebot im GU hängt einerseits ab von der Bereitschaft der Schulen zu entsprechendem

Engagement.
Neben der Beteiligung der Stadt Köln an dem Schulversuch in NRW mit 2 Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förderung wirbt die Verwaltung im restlichen Stadtgebiet um Schulen, die bereit sind, als GU-Schulen integrativen Unterricht anzubieten (Umfrage zur Bereitschaft der Schulen für GU, Einzelgespräche mit Schulen, Beratungsangebote Schulaufsicht). Die Verwaltung sieht sich in ihren Bemühungen durch den Elternwillen bestätigt. Die Elternbefragung von Drittklässlern im September 2009 ergab, dass 72% der antwortenden Eltern einen gemeinsamen Unterricht befürworten, wenn die Förderbedingungen für alle Kinder stimmen.
Zum anderen und entscheidend hängt das Platzangebot im GU von den zur Verfügung stehenden Sonderpädagogenstellen ab. Daher fordert die Verwaltung in Gesprächen und durch Schriftwechsel mit dem Schulministerium und in Unterstützung des Städtetages NRW wiederholt und nachdrücklich, die Personalausstattung für die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts zu verbessern. Der Bezirksregierung Köln stehen nur wenige Stellen für eine Ausweitung des GU in Köln zur Verfügung, sie hat jedoch bisher in allen Fällen, in denen neue Schulen Interesse angemeldet haben, die Entwicklung zur GU-Schule konstruktiv gefördert und ermöglicht.
Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung des Elternwahlrechts liegt ebenfalls in der Zuständigkeit des Landes NRW.
Auch dieses Anliegen hat die Kölner Verwaltung gegenüber dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW bereits mehrfach vorgetragen und auch den Städtetag um entsprechende Unterstützung gebeten. Dieser hat das Land aufgefordert, eine Änderung des Schulgesetzes zur Sicherung des Elternrechts auf die Wahl des sonderpädagogischen Förderortes vorzunehmen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips.
Lediglich die Schaffung der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen liegt in der Zuständigkeit der Stadt Köln als Schulträger. In den vergangenen Jahren wurde im Zuge von Schulsanierungen die Zahl rollstuhlgerechter Schulgebäude deutlich erhöht. Durch die Entwicklung und sukzessive Umsetzung einer neuen Schulbauleitlinie, die die Verwaltung dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 24.08.2009 zur Kenntnis gebracht hat, will die Stadt Köln als Schulträger den spezifischen Raumanforderungen Rechnung tragen, die sich durch den differenzierten Unterricht sowie den individuellen Lern- und Förderbedarf in heterogenen Gruppen ergeben.
Abschließend ist festzuhalten, dass die Stadt Köln die Erfüllung der Anregung, ab sofort allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, deren Eltern eine integrative Schule fordern, einen Platz im Gemeinsamen Unterricht anzubieten, nicht zusichern kann, da ihre Umsetzung entscheidend von der Landesregierung abhängig ist.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wurde bereits durch den Ratsbeschluss vom 23.03.2010, Beschluss zu AN 0461/2010, als Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Inklusionsplans aufgegriffen. Der Vorschlag wird daher grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv

beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Buszufahrt Pestalozzi-Schule Wahnheide

Rang:	17	**Vorschlags-Nr.:**	618
Pro-Stimmen:	185		
Contra-Stimmen:	7		
Saldo:	178		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Die Pestalozzi-Schule in Porz-Wahnheide benötigt dringend eine neue, separate Buszufahrt, da bislang die Schulbusse nicht auf dem Schulgelände wenden können. Es ist jedoch wichtig, dass die behinderten Kinder bis unmittelbar an das Schulgebäude gebracht werden können.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Planung für den Ausbau einer neuen Buszufahrt für die behinderten Kinder ist bereits seit längerem abgeschlossen, so dass ein Ausbau kurzfristig erfolgen könnte. Für die Realisierung der Maßnahme ist allerdings der Ankauf eines Grundstückes erforderlich, das sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindet. Der Ankauf ist trotz bisheriger Anstrengungen der Verwaltung (u. a. wegen der Kaufpreisforderungen der Bundesanstalt) noch nicht zum Abschluss gekommen. Die Verwaltung ist weiterhin intensiv um eine Einigung bemüht.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet. Der Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft hat am 07.06.2010 den Ankauf der benötigten Grundstücke aus dem Bundesvermögen beschlossen, so dass nach Abschluss des Kaufvertrags und Übertragung des Grundstücks in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Ausbau der Buszufahrt durchgeführt werden kann. Die Mittel stehen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft zur Verfügung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Unterstützung bei Schulgründung: eine inklusive Schule im Kölner Süden für alle Kinder

Rang:	21	**Vorschlags-Nr.:**	1577
Pro-Stimmen:	172		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	166		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Zum Schuljahr 2011/2012 soll im Kölner Süden eine ?Schule für alle? ihren Betrieb aufnehmen: die ?Offene Schule Köln? im Kölner Süden. Sie richtet sich an Kinder mit unterschiedlichen Begabungen, mit und ohne spezifischen Förderbedarf, mit Hochbegabungen und unterschiedlichem familiärem Hintergrund, die hier in den Jahrgangsstufen 5 bis 13 im Gemeinsamen Unterricht individuell lernen sollen und gefördert werden. Initiiert und vorangetrieben wird das Projekt von dem eingetragenen Verein ?Netzwerk inklusive Schule Köln?. Die geplante Einrichtung ist als private Ersatzschule organisiert, die in Anlehnung an das reformpädagogische Konzept der Jenaplan Schule arbeitet arbeitet, und bietet öffentlichen Schulen der Primar- sowie Sekundarstufen I und II neue Kooperationsmöglichkeiten. Der Bedarf für die neue Schule ist hoch: Die Integrierte Gesamtschule Rodenkirchen musste allein im Schuljahr 2009/10 rund 100 Regelkinder ablehnen, die integrative Ernst-Moritz-Arndt-Schule 30 Kinder. Viele Kinder mit Förderbedarf sind oft aufgrund der unzureichenden Kapazitäten gezwungen, gegen ihren und dem Willen ihrer Eltern eine Sonderschulen zu besuchen ? auch wenn sie in der Grundschule noch integrativ unterrichtet wurden! Die aktuelle Befragung des Bildungsdezernats unter allen Eltern der Kölner Drittklässler zeigt, dass sich 72 Prozent der Befragten den Gemeinsamen Unterricht in weiterführenden Schulen dringend wünschen. Und über Zweidrittel der Eltern sind für ein längeres gemeinsames Lernen in einer Gesamtsschule. Die geplante inklusive Schule ist folglich ein konsequenter richtiger und wichtiger Schritt. Dieses Projekt bedarf der Unterstützung durch die Stadt Köln.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Netzwerk "Inklusive Schule Köln e.V." steht in Kontakt mit der Verwaltung. Ziel des Netzwerkes ist es, eine Teilfläche aus der im Bebauungsplan-Plan "Sürther Feld" ausgewiesenen Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbindung Schule für die Errichtung eines privaten Schulgebäudes zu nutzen.

Bevor eine Aussage über die Abgabe von Teilflächen der Fläche getroffen werden kann, muss unter Berücksichtigung des aktuell vorliegenden Antrags im Rat der Stadt Köln zur Errichtung eines weiteren Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen geklärt werden, ob Flächen in ausreichender Größe verfügbar gemacht werden können.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt Köln, da es sich um eine Privatschule handelt. Die Frage nach Unterstützung durch Bereitstellung eines Schulreservegrundstückes kann erst nach Abschluss der kommunalen Schulentwicklungsplanung beantwortet werden. Kosten für Privatschulen kann die Stadt Köln nicht übernehmen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Etat für Reparaturen an Schulen

Rang:	24	**Vorschlags-Nr.:**	1396
Pro-Stimmen:	139		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	134		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Einführung eines Etats, von dem die Schule schnell und unbürokratisch kleine Reparaturen ausführen lassen können (tropfender Wasserhahn, defekte Lampen,...). Die Gebäudewirtschaft ist chronisch unterbesetzt und mit allen Anforderungen seitens der Schulen überfordert. Mit einem eigenen Etat könnte an den Schulen schneller Abhilfe geschaffen werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich sind die Schulhausmeister in die Lage versetzt, kleinere Reparaturen, wie oben beschrieben, auszuführen. Den Schulen steht ein sog. "Hauspflegerkredit" zur Verfügung, aus dem die Beschaffung von Kleinmaterialien finanziert werden kann. Die Reparaturen von darüber hinausgehenden und gemeldeten Schäden werden umgehend beauftragt.

Grundsätzlich sind die Schulhausmeister in die Lage versetzt, kleinere Reparaturen, wie oben beschrieben, auszuführen. Den Schulen steht ein sog. "Hauspflegerkredit" zur Verfügung, aus dem die Beschaffung von Kleinmaterialien finanziert werden kann. Die Reparaturen von darüber hinausgehenden und gemeldeten Schäden werden umgehend beauftragt.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist bereits umgesetzt. Für kleinere Reparaturen verfügen die Schulen bereits über einen sog. "Hauspflegerkredit", so dass keine Notwendigkeit zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gegeben ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Schulklassen verkleinern

Rang:	27	**Vorschlags-Nr.:**	58
Pro-Stimmen:	138		
Contra-Stimmen:	9		
Saldo:	129		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Durch die Verkleinerung der Schulklassen auf 15-20 Kinder lernen die Schüler nachweislich viel effektiver weil der/die Lehrer/in sich viel mehr um den einzelnen Schüler bemühen kann. D.h. zwar mehr Personal, am Ende aber hat ein Kind den Unterrichtsstoff wesentlich schneller begriffen und die Lehrerschaft hat wesentlich weniger Arbeit mit den Kindern, welche sich z.B. später entwickeln. Tatsächlich ergibt sich hieraus eine zeitliche Sparmaßnahme für Lehrer und Schüler, welche letztendlich Aggressionen und Unterrichtsfrust abbauen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor.

Sie hat die Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Bildung der Klassenstärke ist allerdings Ländersache und in der Verordnung zu § 93 Schulgesetz geregelt. Die Stadt hat darauf keinen Einfluss.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Aufstockung der Putzzeiten an Schulen

Rang:	28	**Vorschlags-Nr.:**	1395
Pro-Stimmen:	130		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	128		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Putzzeiten sind seit Einfuhrung der OGTS nicht erhöht worden. Die Kräfte müssen mehr Räume in weniger Zeit putzen. Das funktioniert absolut nicht und führt dazu, dass regelmäßig Eltern und Lehrer zusätzlich die regelmäßige Grundreinigung übernehmen müssen. Das kann und darf nicht sein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Reinigungsleistungen in den Schulen werden in dem durch die Verwaltung beauftragten und finanzierten Umfang durchgeführt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen für 2010 konnte bisher auf eine Reduzierung der Reinigungsleistungen in den Schulen verzichtet werden. Sofern zusätzliche Finanzmittel bereit gestellt werden,
können die Reinigungsleistungen in den Schulen intensiviert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich begrüßt. Die Reinigungszeiten der Unterrichtsräume sind abhängig von den Ergebnissen aus Ausschreibungen, bei denen die Firmen die Objekte besichtigen und anhand ihrer fachlichen Erkenntnisse ein entsprechendes Angebot abgeben. Die Unterschiedlichkeit der wöchentlichen Reinigungszeiten hängt auch von der unterschiedlichen Größe der Räume, der unterschiedlichen Beschaffenheit der Bodenbeläge und der unterschiedlichen Nutzung ab. Bei Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel ist eine Intensivierung der Reinigungsleistung möglich. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Ein gemeinsames Konzept für saubere Toiletten an Schulen

Rang:	29	**Vorschlags-Nr.:**	48
Pro-Stimmen:	137		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	127		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Alle Schulen haben das gleiche Problem mit verdreckten Toiletten. Sollte man nicht mal einen Wettbewerb ausschreiben für die besten und erfolgreichsten Ideen. Oder einfach mal eine gemeinsame Idee entwickeln, so überlegt jede Schule für sich und es wird unglaublich viel Zeit und Geld investiert, welches gebündelt bestimmt Erfolgs versprechender wäre.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat am 04.03.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Zeit-/Maßnahmenprogramm, eine Prioritätenliste sowie einen Kostenplan zur Sanierung der Toilettenanlage an Schulen und in Sporthallen zu erstellen. Das durch die Verwaltung erarbeitete Konzept beinhaltet auch die erarbeiteten Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzungsverhaltens der Schüler-/innen, um die Nachhaltigkeit der Toilettensanierungen zu sichern. Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses ist es zwingend erforderlich, dass u.a. die einzelnen Schulen sich für eine oder mehrere der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheiden und dies durch einen entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz dokumentieren. Nur in diesem Fall wird die Sanierung beauftragt werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Ungeachtet dessen schlägt die Verwaltung aufgrund unterschiedlicher örtlicher und sachlicher Voraussetzungen vor, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Etliche Schulen haben bereits Toilettenkonzepte vorgelegt. Die Schulen werden durch das Schulverwaltungsamt nochmals gebeten, ein Konzept vorzulegen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen

Rang:	31	**Vorschlags-Nr.:**	306
Pro-Stimmen:	130		
Contra-Stimmen:	7		
Saldo:	123		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Meiner Meinung nach brauchen Schulen - insbesondere in Großstädten wie Köln - mehr Psychologen/innen und Sozialpädagog/innen. Die Lehrer im Unterricht sind z.B. durch die großen Klassen, die Korrekturen sowie durch die neuen zentralen Abschluss-Prüfungen stark eingebunden und es fällt ihnen häufig schwer, neben der stofflichen Vermittlung, auf die Probleme der Schüler einzugehen. Psychologen und Sozialarbeiter sind - wenn überhaupt - jedoch nur mit einem geringen Stundenbudget an Schulen vertreten. Auch sind sie als Ansprechpartner für die Schüler zu wenig bekannt.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen.

So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008.

In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert.

Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen.

Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird.

Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können.

Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standart. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
422.900,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR	1.015.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Insbesondere in Zeiten knapper Haushaltmittel gilt es besonders abzuwägen, welche Investitionen zu tätigen sind und welche es zu kürzen oder zu streichen gilt. Präventive Maßnahmen sind bei den Erwägungen zu berücksichtigen. Dies gilt im Besonderen für Investitionen im Bildungsbereich. Die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag 306/31 verdeutlicht die immense Wichtigkeit der Arbeit von Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Die Bezirksvertretung Kalk ist sich bewusst, dass das von den Schülerinnen und Schülern nicht nur akzeptierte sondern geforderte Angebot ein wichtiges Instrument ist. Die Beratung und Arbeit durch Psychologen und Sozialarbeiter hilft Probleme präventiv zu lösen und fördert die Schülerinnen und Schüler. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben dieses Angebots Investitionen sind, die deutlich höhere Folgekosten verhindern. Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt den Bürgervorschlag 306/31 mit der Konkreti-sierung: Die Verwaltung soll der Bezirksvertretung Kalk vorlegen, an welchen Schulen im Stadtbezirk Kalk wie viele Schulpsychologen und Sozialpädagogen arbeiten und präventiv Schulsozialarbeit leisten. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie groß der Mehrbedarf an Psychologen und Pädagogen ist. Der Bürgervorschlag ist der Landesregierung bekanntzugeben
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Erhöhung des Schuletats

Rang:	32	**Vorschlags-Nr.:**	1394
Pro-Stimmen:	118		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	117		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Der Betrag pro Schule ist seit Jahren nicht erhöht worden, aber die davon bezahlbaren Materialien werden immer teurer und auch mehr wie z.B. Wartung und Instandhaltung der Drucker.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Laufe der letzten Jahre sind die Schulen zunehmend besser mit EDV-Hard- und -software ausgestattet worden. Grundsätzlich ist bei der EDV-Ausstattung eher eine Preissenkung zu beobachten, die allerdings durch die erwähnte Mehraustattung überkompensiert wird. Der Schulträger führt Reparatur- und Wartungsarbeiten an der EDV-Ausstattung und Verkabelung für die Schulen kostenfrei durch. Verbrauchsmaterial wie Druckerpatronen müssen die Schulen selbst beschaffen. In den letzten Jahren sind durch politische Vorgaben und freiwillige Verpflichtungen des Schulträgers Stadt Köln zahlreiche kostenintensive, meist zusätzliche Schwerpunkte gesetzt worden, wie z.B. die Ganztagsbetreuung und die damit verbundenen Bau- und Ausstattungskosten in beträchtlicher Höhe. Diese Zusatzaufwendungen des Schulträgers führen zu keinen zusätzlichen Belastungen des Budgets der Schulen. Die Höhe der Mittel, die den Schulen u. a. über das Schulgirokonto zukommt, bemisst sich nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung angesichts der momentanen Haushaltslage sowie den ohnehin wahrgenommenen zusätzlichen Verpflichtungen des Schulträgers als nicht realisierbar angesehen. Anstelle pauschaler Budgeterhöhungen sollte der Schwerpunkt auf standortindividuelle Problemlösungen gerichtet werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR	148.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Video Beamer für das Kölner Planetarium

Rang:	34	**Vorschlags-Nr.:**	377
Pro-Stimmen:	120		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	110		
Bezirke:	Nippes		

Vorschlagstext:

Durch den hohen Besucherandrang im einzigen Planetarium Kölns, benötigt das Planetarium für seinen zusätzlichen Vorführraum einen Video Beamer (am besten HD). Kosten ca. 1000 Euro. Das Zeiss - Kleinplanetarium (ZKP-1 Baujahr 1965) im Keller der Schule ermöglicht es, Gruppen von bis zu 30 Personen den gestirnten Himmel, die Milchstrasse und die Planeten so zu zeigen, wie sie mit freiem Auge bei klarem Wetter zu sehen sind. 10 Sonderprojektoren zeigen weitere astronomische Erscheinungen. Das Planetarium steht einem breiten Publikum und allen Schulklassen Kölns in der Woche für Vorträge offen. Verbunden mit Beamer Vorträgen über ausgewählte astronomische Themen wollen wir, Astronomie allen Interessierten in neuer und anschaulicher Weise vermitteln.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Kölner Planetarium ist keine schulische Einrichtung. Die Räumlichkeiten hierfür werden jedoch auf dem Schulgrundstück des Blüchergymnasiums unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erhält das Kölner Planetarium 1.350 EUR über das Schulgirokonto des Blüchergymnasiums. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Unterstützung ist leider nicht möglich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Das Planetarium ist zwar im Gymnasium Blücherstr. untergebracht, hat aber einen Mietvertrag mit dem Bürgeramt Nippes abgeschlossen und gehört somit nicht in die Zuständigkeit des Schulverwaltungsamtes. Der Vorschlag wird seitens der Verwaltung befürwortet.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die BV Nippes wünscht, dass 40 den Beamer finanziert, weil alle Kölner Schulen das Planetarium nutzen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Diskriminierungs-,Ausgrenzungs-, Mobbingsprävention

Rang:	42	**Vorschlags-Nr.:**	1144
Pro-Stimmen:	86		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	85		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Vorbemerkung: Ich bin ehrenamtlich für die Aidshilfe Köln in der Schulprävention tätig. In dieser Eigenschaft gehen meine Kollegen und ich in die unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen Köln und kommen mit den Jugendlichen unter zwei Gesichtspunkten ins Gespräch: einmal Umgang mit und Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen gegenüber Betroffenen und zum anderen angstfreier aber auch verantwortungsbewusster Umgang mit dem Thema HIV bei beginnender oder schon vorhandener Sexualität. Neben vielen positiven Momenten erlebe ich jedoch sehr häufig Situationen, bei denen Menschen / Jugendliche aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Behinderung, Religion, sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status oder Aussehens angegangen bzw. verhöhnt werden. Wenn dies schon in einem geregelten Schulbetrieb vorkommt, wie eskalierend muss dies dann auf der Straße sein. In der Regel handelt es sich um einen Mangel an Fähigkeiten und noch nicht vorhandene Erkenntnis, sich in andere Lebenssituationen hinein zu denken. Ich erkenne aber auch, dass, wenn man den Jugendlichen ein derartiges Thema einfach mal vermittelt und einen Spiegel vorhält, man die Jugendlichen doch zum Reflektieren anregen kann. Ich finde, dass dieses gesellschaftspolitische Thema im Schulalltag einer multikulturell geprägten Stadt wie Köln unterschätzt wird. Derzeit kann ich nicht erkennen, dass dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in dem Lehrplan eine eigenständige Bedeutung zukommt. Um diesem Thema mehr Raum zu geben, habe ich den Eindruck, dass auch in Teilen der Lehrerschaft noch Überzeugungsbedarf herrscht. Daher folgender Vorschlag: Einrichtung einer zusätzlichen, vielleicht auch befristeten, Arbeitsstelle, die sich nur dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in den Bildungseinrichtungen Kölns annimmt, mit den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen in Kontakt kommt, Überzeugungsarbeit leistet, Konzepte der Lehrplanumsetzung mit erarbeitet, ein Netzwerk unterschiedlichster externer Organisationen, in deren Tätigkeitsgebiet dieses Thema immer wieder vorkommt, aufbaut und sich auch deren KnowHow und Arbeitskraft bedient (nicht alles kann an Lehrkräften hängen bleiben), Ansprechpartner für eventuelle Aktionen ist, Unterrichtsmaterial, Flyer oder sonstiges Infomaterial mit entwickelt usw. Mein Vorschlag bedarf hinsichtlich seiner Ausgestaltung und Umsetzung sicherlich noch einiger Diskussion. Hierzu lade ich gerne ein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als oberste Schulaufsichtbehörde für die inneren Schulangelegenheiten zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt, da es sich um eine innere Schulangelegenheit handelt. Kosten können daher nicht beziffert werden. Der Vorschlag wird in geeigneter Form an das Land weitergeleitet. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Einführung eines Schülertickets für Grundschüler

Rang:	54	**Vorschlags-Nr.:**	121
Pro-Stimmen:	77		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	74		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Da seit letztem Jahr die freie Grundschulwahl besteht und nicht mehr die nächstgelegene Grundschule gewählt werden muss, ist die Einführung eines solchen Tickets durchaus sinnvoll. Hierdurch ist eine Entlastung der Familien durch geringere Kosten für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen. Sowie eine Umwelt- und Verkehrsentlastung durch den Wegfall der Hol- und Bringfahrten mit privaten PKW´s. Bislang gibt es ein Monatsabo für Kinder im Grundschulalter nur in der Form eines "Juniortickets" welches während der Schulzeit nachmittags ab 14:00 uhr und am Wochenende (in den Ferien ab 9:00 Uhr) genutzt werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum Thema Einführung eines Schülertickets für den Primarbereich gab es im Mai 2009 eine Besprechung mit Ratsmitgliedern, Vertretern der KVB und der Schulverwaltung mit dem Ergebnis, dass ab Schuljahr 2010/11 jede Primarschule eigenständig über die Annahme des Angebots entscheiden soll.
Neben dem an den Verkehrsträger zu zahlenden Finanzbeitrag wären dann aber von der Stadt zusätzliche Kosten für die freifahrtberechtigten Schüler zu übernehmen, da diese lediglich einen Teil der Kosten selber finanzieren müssen.
Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Rat war beabsichtigt, wurde aber angesichts der gesamten Finanzsituation der Stadt Köln nicht herbeigeführt. Bei Umsetzung der Maßnahme entstünden, bei Berücksichtigung einer Preissteigerung von 3,5 % jährlich, Zusatzkosten von:
2010: 35.000 EUR
2011: 72.500 EUR
2012: 75.000 EUR
2013: 78.000 EUR
2014: 80.500 EUR

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, da er den vom Stadtvorstand beschlossenen Sparvorschlägen im Entwurf des Doppelhaushalts 2010/2011 entgegensteht. Bei Realisierung müssen alternative Sparvorschläge benannt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
35.000,00 EUR	72.500,00 EUR	75.000,00 EUR	78.000,00 EUR	80.500,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur

Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Naturnahe und kindgerechte Schulgelände/Schulgärten

Rang:	55	**Vorschlags-Nr.:**	298
Pro-Stimmen:	79		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	76		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Kinder verbringen im Rahmen der Ganztagsschule heutzutage einen Großteil ihrer Zeit an der Schule. Schulgelände - das sind heute meist noch graue Asphaltwüsten mit ein bisschen Alibigrün. Es gibt kaum Flächen, die zum Herumtollen oder Ausruhen einladen. In Köln gibt es einige nachahmenswerte Gestaltungen an Schulen. Es entstanden z.B. lebende Weidenbauwerke, Lehmhütten, Freiluftklassenzimmer, Hochbeete, Mosaike und vieles mehr in gemeinsamen Aktionen von Kindern, Eltern und LehrerInnen. Naturnah angelegte Schulgelände und Schulgärten ermöglichen fächerübergreifenden Unterricht. Hiermit beantragen wir finanzielle und organisatorische Unterstützung für Schulen. Die Einrichtung eines Beratungsteams außerhalb der Verwaltung wäre wünschenswert.

Stellungnahme der Verwaltung:

An zwei Modellschulen wurde 2007 ein Pilotversuch zur Übernahme der Pflege der Grünflächen gestartet. Den Modellschulen werden hierzu die Mittel für die Pflege der Grünflächen zur Verfügung gestellt. Mit der Durchführung der Pflege sind die Fördervereine der beiden Modellschulen beauftragt worden. Aus Sicht der Schulen sollte durch die eigenverantwortliche Übernahme der Grünpflege die Qualität erheblich gesteigert werden; statt der bisher nur sporadisch erfolgenden Pflegemaßnahmen würde dann eine kontinuierliche Pflege erfolgen. Folgekosten für Schäden an Bepflanzungen und Einbauten, wie beispielsweise durch das Eindringen von Pflanzen in Drainagen oder in die Fassadenstruktur sollten vermieden werden.

Aus Sicht der Schulen ist das Pilotprojekt erfolgreich verlaufen. Die Geländestrukturen bzw. - charaktere sind wieder hergestellt und der Pflegezustand der Grünflächen an beiden Schulen somit erheblich verbessert worden.

Ziel ist die Übertragung der Entscheidungskompetenz zur Verwendung der vom Schulträger schrittweise zu übertragenen Budgets. Die Richtlinien der Stadt Köln zur Vergabe und Bedarfsprüfung sind hierbei von den Schulleitungen zu beachten und einzuhalten. Die verwaltungsfachliche Unterstützung und Beratung erfolgt im Sinne einer Dienstleistung in der Regel durch die bisher mit diesen Aufgaben betrauten Verwaltungsdienststellen des Schulträgers; die Entscheidungskompetenz liegt in den Händen der Schulleitungen. Im ersten Schritt bietet die Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit der Übertragung der Entscheidungskompetenz zur Verwendung von Finanzmitteln aus den Bereichen
- Ausstattung und Geräte
- Schönheitsreparaturen an.

Der Verteilungsmodus der zu übertragenden Mittel wird verwaltungsintern und mit der regionalen Steuergruppe abgestimmt und vereinbart. Die Details zur verwaltungsgemäßen Bearbeitung, der Unterstützung und der Beratung der Schulen werden verwaltungsintern abgestimmt und sind in eine mit den Schulleitungen abzuschließende Zielvereinbarung eingeflossen. Die Entscheidungskompetenz zur Verwendung der Mittel wurde mit Wirkung zum 01.01.2007 übertragen - die Mittel werden in einer Rate auf den Schulgirokonten bereitgestellt. Das Verfahren zur Übertragung der Entscheidungskompetenz wird zunächst bis Ende 2008 erprobt und ausgewertet. Eine weitere Übertragung von Entscheidungszuständigkeiten bei der Verwendung von Budgets des Schulträgers war für 2008 geplant. Der Pilotversuch wurde verlängert bis Ende 2010.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag einer kindgerechten und naturnahen Gestaltung der Schulgelände kann seitens der Schulaufsicht befürwortet werden. Auch die Verwaltung befürwortet diesen Vorschlag grundsätzlich. Das aktuell bis 2010 laufende Pilotprojekt sollte abgewartet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Wertevermittlung schulformübergreifend durch Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität

Rang:	56	**Vorschlags-Nr.:**	1677
Pro-Stimmen:	82		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	76		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Unsere heranwachsenden Kinder und Jugendliche brauchen in unserer Welt, die durchaus auch von Werteverfall, Verrohung der Sitten und irrealen Medienwelten geprägt ist, professionelle Orientierungshilfen sich in der Lebens- und Arbeitsrealität zurecht zu finden und schließlich auch eigene Potenziale zu erkennen und zu nutzen, auch um (soziale) Kompetenzen aus zu bauen. Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität helfen, Kinder und Jugendliche für ihre Mitmenschen und deren Eigenarten und Bedürfnislagen frühzeitig zu sensibilisieren. Die SchülerInnen lernen wertschätzend mit den Unterschiedlichkeiten umzugehen. Werte wie z.B. Empathie, Toleranz, Respekt, Selbstkompetenz und Kommunikationsfähigkeit sind wichtige Bausteine um Tradition zu pflegen und gleichsam Innovation zu fördern. Die Einbindung solcher Angebote zu Wertevermittlung schulformübergreifend stellt ein weiteres Element zu Chancengleichheit und Integration dar.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt. Kosten können daher nicht beziffert werden. Der Vorschlag sollte in geeigneter Form weitergeleitet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

OGTS (oder OGS) Qualität der Betreuung verbessern

Rang:	57	**Vorschlags-Nr.:**	278
Pro-Stimmen:	76		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	74		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Nachdem die Reformen im Nachgang zur Pisa-Studie u.s.w. Eingang in den Schulalltag gefunden haben, stellt sich heraus, dass die damit verbundenen Ziele leider nicht erreicht werden. Dies liegt insbesondere daran, dass die Situation bei der Hausaufgabenbetreuung in OGTS/OGS hinsichtlich Umfang und Fachlichkeit des Personals nur unzureichend sichergestellt ist. Wenn sich eine ungeschulte Kraft um bis zu 30 Kinder kümmern muss, ist der Bildungsauftrag, den auch OGTS/OGS haben, einfach nicht zu erfüllen. Voraussetzung wäre, mehr pädagogisch geschultes Personal einzusetzen, um eine individuelle, d.h auf das einzelne Kind eingehende Betreuung zu gewährleisten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Durchführung von Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe) ist ein wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Konzeptes jeder Offenen Ganztagsschule in Köln. Zudem finden individuelle Fördermaßnahmen für Schüler/innen mit Lernproblemen aber auch solche mit besonderen Begabungen in Kleingruppen statt. Die personelle Ausgestaltung dieser Module wird durch die im Kooperationsvertrag definierten Standards konkretisiert. Neben dem Fachpersonal der Trägervereine wird hier insbesondere das von der Schule in den Offenen Ganztag einzubringende Lehrpersonal des jeweiligen Kollegiums eingesetzt. Über den entsprechenden Landeserlass werden jeder Offenen Ganztagsschule hierfür zusätzliche Lehrerstellenanteile zur Verfügung gestellt, so dass die Lernzeiten als gemeinsame Aufgabe von Lehrkräften sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrgenommen werden.
Was die Organisation und Zielsetzung der Aufgabenbetreuung angeht, so erwarten Eltern von einem Ganztagsangebot, dass die Kinder ihre Aufgaben im Rahmen dessen fehlerfrei erledigen. Neben der Bereitstellung einer lernförderlichen Umgebung erfolgt die Aufgabenbetreuung im Offenen Ganztag durch eine schul-pädagogisch-professionelle Begleitung, die eine selbständige und eigenverantwortliche Erledigung der Schulaufgaben stärkt und weder zur Unter- noch Überforderung des Kindes führt.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Im Offenen Ganztag generell mehr Fachpersonal einzusetzen, wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Entsprechende Vorschläge nebst Kostenkalkulation werden derzeit von der Arbeitsgruppe "Qualitätssicherung und -entwicklung in der OGTS" erarbeitet und den politischen Gremien vorgestellt. Was die Erwähnung der Lernzeiten in der Eingabe anbelangt, wird auf die bereits verfasste Stellungnahme der Verwaltung verwiesen. Seit Herbst 2009 legt die Schulverwaltung bei allen Neu- und Erweiterungsbauten sowie bei
Generalinstandsetzungen das Raumprogramm nach den neuen "Schulbauleitlinien der Stadt Köln 2009" zugrunde, welches auch für den Bereich OGTS weitere räumliche Verbesserungen vorsieht.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen

Rang:	58	**Vorschlags-Nr.:**	1607
Pro-Stimmen:	76		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	74		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter werden über alle Schulformen hinweg dringend benötigt, um präventiv psychischer und körperlicher Aggressionen und Gewaltpotenzialen entegegen zu steuern und Wege für Kinder und Jugendliche, Eltern und LehrerInnen auf zu zeigen mit Gewaltpotenzialen um zu gehen und Wege der Kanalisation solcher zu gestalten. Depressionen, Fettleibigkeit, Magersucht, Mobbing bis hin zu Amokläufen sind nur ein paar Beispiele dafür, und zwar schulform- und stadtteilunabhängig, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Es gibt etliche best pracitce Beispiele welche die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit des Einsatzes von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern an Schulen über alle Schulformen hinweg belegen. Frühzeitiges Wahrnehmen und Gegensteuern bei persönlichen und schulischen Fehlentwicklungen, die sich im Familien-, Schul- und Arbeitsumfeld bis hin zu Eskalation entwicklen können, ist enorm wichtig. Hierbei haben Kooperationen vor Ort, also an der Schule, bessere Chancen positive Veränderungen herbei zu führen. Es gilt durch verstärkten Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen in allen Schulformen, Parallelstrukturen auf zu lösen und somit Multiprofessionalität vor Ort zu zu lassen, die eine Zusammenarbeit von allen Beteiligten gewähren kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4 Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden. Bei der Kostenaufstellung wurde ein Verhältnis 1:5000 ohne die berufsbildenden Schulen zugrunde gelegt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
142.700,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR	342.400,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!

Rang:	59	**Vorschlags-Nr.:**	214
Pro-Stimmen:	83		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	72		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Busfahrt zum Aßerschulischen LernortFreiluga in Köln Müngersdorf kostet für alle uns besuchenden Schulen viel Geld, dass besser in Unterrichtsmaterialien investiert werden sollte. Wir fordern eine kostenlose Busfahrt zur Umweltbildungsstätte Freiluga wie es schon bei den Schwimmfahrten gehandhabt wird, damit in Zukunft alle Kölner Schulen uns besuchen können, denn durch die jetzige Erhöhung dieser Busfahrten (130?) ist das für viele Schule nicht mehr möglich. Wir haben schon Absagen erhalten. Umweltbildung muss kostenlos sein!

Stellungnahme der Verwaltung:

Kostenlose Busfahrten muss der Schulträger zu außerschulischen Unterrichtsorten anbieten, wenn lehrplanmäßiger Unterricht nur dort und nicht in der Schule stattfinden kann. Der Anspruch hängt allerdings auch davon ab, ob alle anderen Möglichkeiten (ÖPNV, zu Fuß) nicht in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang werden z.B. etliche Busse zu Schwimmhallen eingesetzt. Der lehrplanmäßige Biologieunterricht kann auch in der Schule stattfinden. Daher besteht kein Anspruch auf Busfahrten zur Freiluga. Im Schuljahr 2008/2009 sind 123 Busfahrten zur Freiluga durchgeführt worden. Die Kosten wurden auf die Eltern der Schülerinnen und Schüler umgelegt. Auf der Basis der 123 Fahrten pro Jahr und einer angenommenen Kostensteigerung von ca. 5 % nach Neuausschreibung des Beförderungsvertrages zum Schuljahr 2013/2014 würden folgende, Kosten anfallen: 2010 ca. 16.900 EUR, 2011 ca. 16.900 EUR, 2012 ca. 16.900 EUR, 2013 ca. 17.300 EUR, 2014 ca. 17.700 EUR. Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Kostenübernahme für die Freiluga-Fahrten auch Ansprüche auf Kostenübernahme zu anderen außerschulischen Lernorten geltend gemacht werden könnten. Außerdem könnte die Nachfrage nach den Freiluga-Bussen ebenfalls steigen. Hierdurch würden die prognostizierten Kosten ggf. erheblich steigen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird seitens der Veraltung nicht befürwortet. Die Freiluga ist zwar ein außerschulischer Unterrichtsort, an dem jedoch nicht zwingend lehrplanmäßiger Unterricht stattfinden muss. Die dorthin entstehenden Fahrtkosten wären freiwillige Leistungen, die im Hinblick auf die Haushaltslage der Stadt nicht erbracht werden können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
16.900,00 EUR	16.900,00 EUR	16.900,00 EUR	17.300,00 EUR	17.300,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Dominik Brunner Freizeitecken

Rang:	61	**Vorschlags-Nr.:**	1084
Pro-Stimmen:	67		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	66		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Der Vorfall von München-Solln war ein Schock für alle Bürger des Landes, sogar die Eltern der Täter zeigten sich erschüttert. Damit es in Zukunft nicht mehr zu solchen Vorfällen kommt, werden Stimmen laut, die härtere Strafen für die Täter fordern. Die Vergangenheit lehrt aber, dass dies kein erfolgversprechender Weg ist. Präventive Maßnahmen sind angezeigt, um Langeweile und Frust bei den Jugendlichen zu bekämpfen. Hier in Köln Vogelsang gibt es zwar eine Reihe Spielplätze für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter, für ältere Kinder und Jugendliche sieht es aber düster aus. Ihre Freizeit wird mit Game-Boy, Computerspielen, Fernsehen und Videos gestaltet. Geht es nach draußen, treffen die älteren Kinder und Jugendlichen auf Schilder mit dem Inhalt: "Ballspielen jeglicher Art verboten". Angebote gibt es keine. So liegt es Nahe, dass die jungen Menschen ihren Energien auf unangemessene Weise freien Lauf lassen. Zerstörungswut und Frustration wird durch diese Art der Vernachlässigung unterstützt. Um eine Kultur der "Freizeitbildung" neben der "Schulbildung" entstehen lassen zu können, wird also dringend Raum benötigt, - wo gesunde Rivalitäten unter den Kindern und jungen Menschen ausgelebt werden können, - wo Interesse für Hobbys geweckt wird, welche später in Vereinen weiter ausgeübt werden können, - wo die Energien der Jugendlichen in sinnvolle Bahnen geleitet werden, - wo Jugendliche eine Anlaufstelle haben, um sich mit anderen treffen zu können, - wo die verschiedenen Kulturen, Nationen und Generationen miteinander in Kontakt kommen, - wo.... Für unsere konkreten Vorschläge sind die räumlich notwendigen Gegebenheiten in Form von städtischen Ausgleichsflächen in direkter Umgebung bereits vorhanden. (Wiese links neben dem Fußweg zwischen Silbermöwenweg und Strandläuferweg, große Wiesen zwischen Vogelsang Nord und Neu-Vogelsang). Zur anteiligen Deckung der entstehenden Kosten könnten eventuell die Bauträger [...] herangezogen werden. Unsere Vorschläge: - Basketballfeld mit Kunststoffbodenbelag; zwei Körbe, Metallnetze - Fußballfeld (Kleinspielfeld) auf vorhandener Wiese eingrenzen; Metalltore mit festen Netzen - Freiluftschachfeld - Boccia / Boule -Feld auf verdichtetem Sand / Kies - Volleyballfeld - Badmintonfeld - Grillplatz Pavillon (offene Hütte) Initiative zur Verbesserung der Freizeitbildung von Jugendlichen in Köln-Vogelsang.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtviertel "Siedlung Vogelsang Nord" ist ein neues in sich abgeschlossenes Wohngebiet, räumlich isoliert zu den anderen Wohngebieten von Vogelsang, mit hohem Anteil an sozialem Wohnungsbau. Hier leben viele Familien mit Kindern ohne ausreichende soziale Infrastruktur. Im gesamten Neubaugebiet, aber auch im Gesamtstadtteil, gibt es keinen einzigen öffentlichen Bolzplatz bzw. Freizeitplatz für ältere Kinder und Jugendliche. Daher wird dringend in Vogelsang Nord eine Aufenthaltsfläche benötigt, die für Fußball spielen, Streetball und weitere Bewegungsspiele genutzt werden kann. Den Kindern und Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich sportlich zu betätigen, ihrem Drang nach Bewegung nachzukommen und einen gemeinsamen Treffpunkt zu haben, an dem sie sich austauschen können.

In dem Stadtviertel stehen städtische Flächen zur Verfügung, die zurzeit auf Eignung überprüft werden. Die Kosten würden sich auf ca. 350.000 EUR belaufen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	350.000,00 EUR			

2012: im Rahmen der Unterhaltung

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Keine Schließung der Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden nach 2011

Rang:	68	**Vorschlags-Nr.:**	1637
Pro-Stimmen:	61		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	57		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Aufgrund der Tatsache, dass der Körper und die Bewegung eine Basis des Lernens ist, hat auch die Schwimmfähigkeit einen sehr hohen Stellenwert im Bildungsbereich. Die Förderung von Bildung und Gesundheit durch Schwimmen muss durch den Erhalt der genannten Bäder neben den noch fertig zu stellenden teuren Anlagen in der Lentstrasse und in Müngersdorf unbedingt für die Zukunft garantiert werden. Die insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sind deshalb so einzusetzen, dass die Ausgaben nicht einseitig nur zugunsten der neuen Badelandschaften getätigt und die älteren Bäder stattdessen letztlich kaputtgespart werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat hat in seinen Sitzungen am 13.12.2007 und 29.01.2008 u. a. beschlossen, dass die Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden betriebsfähig offengehalten werden sollen. Über Zeitpunkt und Umfang von Sanierungsmaßnahmen wird nach Vorlage des Bäderzielplanes in 2011 entschieden, wobei auch die Erkenntnisse aus dem Parallelbetrieb vorhandener, dann modernisierter sowie neuerrichteter Bäder zu berücksichtigen sind. Durch Bestand erhaltende Maßnahmen sollen die drei Bäder bis 2011 in einen Zustand versetzt werden, dass sie mit einer Generalsanierung in 2011 langfristig weitergeführt werden können. Es sollen keine Fakten geschaffen werden, die zu einer Schließung der bestehenden Bäder führen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Sportausschuß: Der Sportausschuss empfiehlt dem Rat, die beiden nachstehend aufgeführten und im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2010 gemachten Vorschläge gemäß den als Anlage beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung und den bereits vorgenommenen Voten der beteiligten Bezirksvertretungen, abzulehnen.

Einsatz von Open Source an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen!

Rang:	69	**Vorschlags-Nr.:**	192
Pro-Stimmen:	61		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	56		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Durch den konsequenten Einsatz von Open Source Software könnte eine Menge an Lizenzgebühren für proprietäre Software eingespart werden. Dazu würden die Schülerinnen und Schüler im Umgang mit freier Software geschult und sie würden nicht weiter von der Partizipation am Unterricht ausgeschlossen, weil sich ihre Familie proprietäre Software nicht leisten kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln als Schulträgerin setzt in großem Umfang auf Open Source bzw. kostenlose Software. Leider läßt sich das nicht in allen Bereichen durchhalten, z.T. gibt es aber auch kein passendes Angebot. Da es sich um eine Schnittstelle von äußeren und inneren Schulangelegenheiten handelt, kann die Stadt hier nicht allein bestimmen. Denn für die Gestaltung des Unterrichts ist das Land NRW zuständig. Lediglich die Sachmittel werden vom Schulträger bereit gestellt. Dabei muss er aber auf die Inhalte des Unterrichts Rücksicht nehmen.

Die Stadt Köln als Schulträgerin setzt in großem Umfang auf Open Source bzw. kostenlose Software. Leider lässt sich das nicht in allen Bereichen durchhalten, z. T. gibt es aber auch kein passendes Angebot. Da es sich um eine Schnittstelle von äußeren und inneren Schulangelegenheiten handelt, kann die Stadt hier nicht allein bestimmen. Denn für die Gestaltung des Unterrichts ist das Land NRW zuständig. Lediglich die Sachmittel werden vom Schulträger bereit gestellt. Dabei muss er aber auf die Inhalte des Unterrichts Rücksicht nehmen.

oweit möglich werden darüber hinaus kostenlose bzw. speziell vergünstigte Schullizenzen verwendet. Ein Ansatz zur weiteren Steigerung des Einsatzes von Open Source Software ist gegenwärtig nicht erkennbar. Die Stadt Köln ist aber offen dafür und wird, sobald sich weitere Möglichkeiten zeigen, hier weiter voranschreiten.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird seitens der Verwaltung nicht in Gänze befürwortet. Bei den allgemeinbildenden Schulen wird bereits, soweit wie es geht, Open Source Software eingesetzt. In den Berufsbildenden Schulen ist dies nicht möglich, da die Software mit den Ausbildungsstätten übereinstimmen muss.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur

Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Reinigungs-/Aufsichtskraft für Schultoiletten

Rang:	70	**Vorschlags-Nr.:**	414
Pro-Stimmen:	61		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	58		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Ich schlage vor, an allen städtischen Schulen Reinigungs- und Aufsichtskräfte für die Schultoiletten einzustellen. Begründung: Die Toilettenanlagen an den städtischen Schulen sind teilweise in erbärmlichem Zustand. Zudem sind sie extrem schmutzig, weil offenbar nicht ordentlich gereinigt wird. Viele Kinder weigern sich inzwischen, diese Toiletten überhaupt zu benutzen. Es gibt viele Interessenten, die gerne dazu bereit sind, als 400 Euro-Job die Toilettenaufsicht und -reinigung zu übernehmen. Leider übernimmt die Stadt aber bislang keine Kosten. Das ist kurzsichtig und nicht wirtschaftlich, weil - mittelfristig die Renovierung teurer ist als die Kosten für die Beaufsichtigung - Die Nettokosten sich nochmals reduzieren, weil ggf. Sozialleistungen durch die 400 EUR ersetzt werden, die die Stadt sonst zahlen müsste - Unbeaufsichtigte und verschmutzte Räume die Schüler nicht dazu motivieren, mit dem Eigentum der Stadt Köln pfleglich umzugehen. - In Zeiten der Schweinegrippe Hygiene besonders wichtig ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 10.09.2009 dem Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen zugestimmt. Zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit ist in jedem Einzelfall mit der Schule ein Konzept zu erstellen, wie nach der Sanierung der Toiletten eine regelmäßige Reinigung sichergestellt und der ordnungsgemäße Zustand dauerhaft erhalten werden kann. Seitens der Verwaltung wurden u. a. folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzerverhaltens erarbeitet:
- Schlüsselvergabe während der Unterrichtszeit
- Klassen erhalten Toiletten zugeordnet
- Verstärkte Pausenaufsicht in den Sanitärbereichen
- -"Kontrollkinder" (= Schüler/innen selbst) in der St. Martin-Schule und der RS Euskirchener Str. überprüfen die Toilettenanlagen
- Toilettenaufsicht (hier sind zwei Modelle denkbar: das Personal (möglichst geeignete Leistungsempfänger aus dem SGB II ggf. mit Erfahrung aus einem Integrationsjob) wird durch den jeweiligen Förderverein eingestellt oder auf der Basis von Integrationsjobs über zentrale Beschäftigungsträger beschäftigt. Eine Beschäftigung unmittelbar durch die Stadt Köln ist nicht möglich. Neben der Bewirtschaftung der WC-Anlagen durch einen Förderverein, ist auch eine Umsetzung z.B. durch Schülerfirmen, Schulträgerpersonal und Beschäftigungsträger möglich. Die Gesamtschule in Köln-Holweide beschäftigt seit mehreren Jahren erfolgreich eine Toilettenaufsicht.
- Sanitärkonzept gegen Vandalismus. Im Schulzentrum Pesch wurde in einem Modellversuch eine Toilettenanlage mit geringem finanziellen Aufwand erheblich verbessert. Die zuvor baulich hergerichtete Anlage erhielt ein neues gesponsertes Papier- und Spendersystem sowie neue Abfallbehälter. Diese von der Elternpflegschaft und der Schülervertretung unterstützte Maßnahme bewirkte weniger Zerstörungen, größere Akzeptanz und ein verbessertes Hygieneverhalten der Schüler.

Daneben sollen nachstehende Aspekte bei den zu vereinbarenden Konzepten Berücksichtigung finden:
- Einbindung der Schulhausmeister in die Wartung und Erhaltung der Toilettenanlagen durch Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Zielvereinbarung des bei der Stadt Köln eingesetzten Anreizsystems der leistungsorientierten Bezahlung (LOB- gem. § 18 TVÖD.)Berücksichtigung einer vandalismussicheren Ausstattung bei Sanierung und Neubau von Toilettenanlagen und Verfugung/Versiegelung der Fliesen mit Epoxidharz um das Eindringen von Urin und damit eine Geruchsbildung zu verhindern.
- Ausweitung der Reinigungsintervalle, insbesondere bei den Ganztagsschulen, auf zwei Reinigungen pro Tag. Angebot im Rahmen eines Pilotprojektes auf Umstellung von der Intervallreinigung auf die sogenannte "Ergebnisorientierte Reinigung".

Die sich aus den vorstehend genannten Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzungsverhaltens bzw. zur

Nachhaltigkeit der Sanierungen erbebenden künftigen Kosten können derzeit noch nicht beziffert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Etliche Schulen haben bereits Toilettenkonzepte vorgelegt. Die Schulen werden vom Schulverwaltungsamt nochmals gebeten ein Konzept vorzulegen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Freier Eintritt für Schulklassen

Rang:	71	**Vorschlags-Nr.:**	1671
Pro-Stimmen:	59		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	55		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Außerschulische Lernorte sind für SchülerInnen und Schulklassen überaus wichtig. Einerseits ist eine erlebte Wissensvermittlung durch externe ExpertInnen nachhaltig, andererseits zeigen Ausflüge dieser Art in der Regel einen positiven Effekt für das Klassenklima und fördern soziale Kompetenzen und Selbstständigkeit. Soziale Kompetenzen erlernen ist ebenso wichtig wie Fachwissen. Beides wird duch außerschulische Lernorte und -erlebnisse vermittelt und beeinflusst die Handlungsfähigkeit jedes Einzelnen positiv. Um dies Schulklassen regelmäßig zu ermöglichen, ist es gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit für unsere SchülerInnen nötig, solche Vorhaben nicht durch Kosten blockiert zu haben. Wir fordern daher freien Eintritt in Museen und andere städtische Einrichtungen sowie kostenfreie Führungen z.B. auch im Kölner Dom. Ebenso müssen die An- und Abfahrten zu den Ausflugsorten kostenfrei sein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich sind dezentrale Angebote sehr zu befürworten, insbesondere wenn diese in enger Kooperation mit bestehenden, verbindlichen Strukturen wie Schulen (oder dem Jugendbereich) stattfinden. Eine Umsetzung angesichts der angespannten Haushaltslage ist jedoch fraglich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Schulklassen haben, unabhängig davon, ob sie aus Köln kommen oder nicht, bis auf weiteres generell freien Eintritt in die Ständigen Sammlungen der Museen der Stadt Köln. Eintritte werden für Sonderausstellungen fällig. Die museumspädagogische Betreuung, die in der Regel über freie Mitarbeiter des Museumsdienstes oder über Lehrerinnen und Lehrer der Museumsschule erfolgt, ist mit Kosten verbunden, die sich auf die Honorare bzw. auf Materialkosten beziehen. Falls Lehrer selbständig durch die Museen gehen, so werden keine weiteren Kosten fällig. Für diesen Zweck gibt es Unterrichtsmaterialien, die als Print oder zum Download bereit stehen oder in den nächsten Monaten bereit gestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Ein Klassen-Gruppenticket für jede Schule

Rang:	72	**Vorschlags-Nr.:**	151
Pro-Stimmen:	56		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	53		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Damit Klassen-Tagesfahrten einfacher zu organisieren sind (kein Geld einsammeln, ...) schlage ich vor in jeder Schule ein Gruppen-Ticket zu deponieren (Sekretariat) , mit dem eine komplette Klasse mit Begleitpersonen sofort und jederzeit losfahren kann. Besuche von Museen, Schwimmbädern und allen anderen Kölner Atraktionen wird so vielen Kindern ermöglicht. Ohne ein solches Ticket gehen Schulen Ausflüge verständlicherweise sehr selten an. Pro Schule ein Jahres-Ticket für die Monate der Unterrichtszeit, vielleicht geht das ja sogar ohen nenneswerte Kosten, wenn durch diese "Werbemaßnahme" wieder neue Kunden für das Schülerticket gewonnen werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen des VRS Gemeinschaftstarifs werden für Kölner Schüler verschiedene Tickets bereits angeboten.
Schüler von weiterführenden Schulen:
Von ca. 64.000 berechtigten Schülern beziehen ca. 54.000 Schüler das Schüler-Ticket zum Monatspreis von 16,10 EUR mit einer vrs-netz weiten Gültigkeit und einer Geltungsdauer "rund um die Uhr". Somit hätten diese Berechtigten kurzfristig Tickets für Schulausflüge.
Mitunter wohnen Schüler in direkter Nachbarschaft zur Schule und schließen somit keinen SchülerTicket-Vertrag ab, sondern kaufen sich für den Freizeitverkehr das JuniorTicket zu 13,20 EUR. Somit müssten diese Schüler nur ein Ticket für die Hinfahrt kaufen (in jeder Bahn und in jedem Bus befindet sich ein mobiler Ticketautomat), für die Rückfahrt ab 14:00 Uhr gilt das JuniorTicket.
Somit wären auch diese Schüler mit Tickets für Schulausflüge versorgt.
Schüler von Kölner Grundschulen:
Aufgrund von zahlreichen Anfragen seitens der Kölner Grundschulen wird seit dem Kalenderjahr 2008 ein TeilnehmerTicket für Schulausflüge den Kölner Grundschulen angeboten. Preis dieses Tickets: 2,20 EUR. Dieses Ticket kann bis zu vier Arbeitstage vor dem Schulausflug direkt bei der KVB per Telefon oder E-Mail bestellt werden; das Zusenden erfolgt postalisch. Ein persönliches Abholen der Tickets bei der KVB Westforum ist möglich. Der Empfänger der Tickets erhält eine Rechnung, die per Banküberweisung beglichen wird.
Aufgrund der beschriebenen Ticketangebote besteht für Schulen die Möglichkeit, zeitnah Tickets zu bestellen. Die Lehrer haben die Möglichkeit, bei einer Schulausflugplanung, entsprechende Tickets kurzfristig für den Schulausflug auch über ca. 700 mobile Verkaufsautomaten, ca. 120 stationäre Verkaufsautomaten und 140 eigene und private Vertriebsstellen zu kaufen.
Zur Zeit wird geprüft, das SchülerTicket für Kölner Grundschüler anzubieten. Verhandlungen mit den Gremien laufen.

Seitens der VRS GmbH und seinen Partnerunternehmen ist nicht beabsichtigt, das Ticketsortiment, wie in der Anfrage dargestellt, zu erweitern. Das jetzige vielfache Ticketsortiment ist für Schulausflüge mehr als ausreichend; des Weiteren ist die von den Kunden gewünschte Ticketangebotstransparenz zu wahren.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Es besteht aber keine unmittelbare Zuständigkeit der Stadt, da es sich um eine Tarifentscheidung des VRS und der KVB handelt. Der Vorschlag wird in geeigneter Form weitergeleitet werden. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Bildungslandschaft HöVi

Rang:	74	**Vorschlags-Nr.:**	896
Pro-Stimmen:	50		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	49		
Bezirke:	Kalk		

Vorschlagstext:

Ende 2008 hat der Rat der Stadt Köln die Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst beschlossen und auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die bestehenden Bildungsangebote in einem erweiterten Bildungsverständnis besser aufeinander abzustimmen, die Bildungschancen für die Menschen im Viertel zu verbessern, die Bildungsbeteiligung zu erhöhen und das Raumangebot für Bildung zu optimieren. Der Startschuss für die Bildungslandschaft durch die Schuldezernentin und die federführend beteiligte GAG Immobilien AG fiel im März diesen Jahres. Seitdem konnte schon einiges erreicht werden. So wurden die vorhandenen Bildungsräume in den Blick genommen, erste Optimierungen im Bestand durchgeführt, mit pädagogischen Fachleuten des Sozialraums über ein gemeinsames Bildungsverständnis diskutiert und erste Leitlinien für einen gemeinsamen Bildungsrahmen entwickelt. Insgesamt hat sich allein auf der pädagogischen Ebene ein Netzwerk mit über 30 Vertretern ergeben, das Interesse der beteiligten Fachämter ist ebenfalls groß. Es fehlt jedoch der entscheidende und mutige Schritt zu einem gemeinsamen, umfassenden Bildungskonzept, an dem sich auch bauliche Maßnahmen orientieren können. Hierzu bedarf es einer kontinuierlichen und intensiven Federführung durch einen Kommunikationsprofi. Diese Fachkraft muss in der Lage sein, die verschiedenen pädagogischen Ebenen, bestehend aus formaler Bildung, non-formaler Bildung und informeller Bildung, zusammenzuführen und die Akteure zu befähigen, sich auf ein gemeinsames Rahmenkonzept zu verständigen. Dies ist keine Aufgabe, die von irgendeiner Stelle nebenbei erledigt werden kann, sondern bedarf der konzentrierten Arbeit und zielgerichteter Entwicklung. Das Stadtteiltreffen Höhenberg/Vingst, die Arbeitsplattform der haupt- und ehrenamtlichen Akteure des Stadtteils, hat deswegen in seiner letzten Sitzung seine Sprecher einstimmig beauftragt, im Rahmen des Bürgerhaushaltes einen entsprechenden Antrag einzubringen. Das Stadtteiltreffen hat sich dafür ausgesprochen, dass diese Funktion von einer Person mit mindestens einer halben Stelle für einen mittelfristigen Zeitrahmen ausgefüllt sein soll. Im Vordergrund der Tätigkeit muss die Konzeptentwicklung gemeinsam mit den Akteuren vor Ort stehen. Dies erfordert in erster Linie ein kommunikatives Profil und einen pädagogischen Background, sowie ein fundiertes Wissen aus dem Bereich Netzwerksteuerung. Die Einrichtung einer solchen Stelle für mind. drei Jahre wird hier beantragt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.11.2008 die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit in den Stadtteilen Höhenberg und Vingst beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass für die pädagogische Begleitung einer Konzeptentwicklung ein Förderantrag beim Schulministerium gestellt werden sollte mit dem Ziel der Freistellung einer Lehrkraft. Diesem Antrag wurde nicht entsprochen. Im Übrigen wird inzwischen die Priorität auch nicht mehr auf eine Pädagogin gelegt, sondern vielmehr auf eine Kraft mit Management- und Kommunikationsfähigkeiten. Der nun vorliegende Antrag ist fachlich grundsätzlich nachvollziehbar. Mit diesem Antrag soll jedoch eine der Grundlagen des Ratsbeschlusses korrigiert werden, indem die ursprünglich beabsichtigte Landesbeteiligung nun durch eine kommunale ersetzt werden soll. Inwieweit der Umfang einer halben Stelle erforderlich ist, kann jedoch nicht beurteilt werden, er erscheint recht hoch veranschlagt. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, aus vorhandenen Personalressourcen eine Kraft im Umfang eine halben Stelle zur Verfügung zu stellen. Die Einstellung einer Mitarbeiterin ist aus Gründen der prekären Haushaltssituation aus den vorhandenen finanziellen Ressourcen ebenfalls nicht möglich. Die Personalkosten würden für eine halbe Stelle rd. 37.500 EUR zzgl. Arbeitsplatzkosten von 13.000 EUR pro Jahr. betragen. Bezogen auf die beantragte Dauer von 3 Jahren ergäbe sich ein Kostenvolumen von insgesamt ca. 150.000 EUR.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
50.500,00 EUR	50.500,00 EUR	50.000,00 EUR		

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher für den Elternsprechtag

Rang:	75	**Vorschlags-Nr.:**	226
Pro-Stimmen:	50		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	49		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es ist unzumutbar für die hörbehinderten Eltern der hörenden Kinder beim Elternsprechtag ohne Kommunkationshilfe zu verständigen. Die hörbeh. Eltern können sich nicht leisten, die Kosten der schulpflichten Kindern im Elternsprechtag auch noch selbst für den Einsatz der Gebärdensprachdolm aufzukommen. Trotz der div. Gesetze, die deutlich hingewiesen wurde, dass bei öffentlichen Träger die Kosten für die Kommunikationshilfe übernehmen müssen, wurden bis heute nicht umgesetzt!

Stellungnahme der Verwaltung:

Das "Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein Westfalen (BGG NRW)" sowie die "Richtlinie für den Einsatz von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen bei der Stadtverwaltung Köln" regelt den Einsatz von Kommunikationshilfen, soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte in einem Verwaltungsverfahren erforderlich ist und eine schriftliche Verständigung nicht möglich ist. Dies wird in den Verwaltungsverfahren bei der Stadt Köln auch so umgesetzt.

Im Falle einer Teilnahme gehörloser Eltern an schulischen Veranstaltungen wie Elternsprechtagen, Elternversammlungen und ähnlichem handelt es sich nicht um die Durchführung eines Verwaltungsverfahrens im Sinne der Richtlinien. Eine Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher seitens des Schulträgers ist hier nicht vorgesehen.

Soweit Kostenübernahmen für Kommunikationshilfen bei Sozialhilfeträgern im Rahmen des Sozialgesetzbuches beantragt werden, sind die maßgeblichen Einkommensgrenzen zu berücksichtigen.

Die Kosten für die bisher beantragten Leistungen betragen ca. 1.000 EUR pro Jahr

Das "Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein Westfalen (BGG NRW)" sowie die "Richtlinie für den Einsatz von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen bei der Stadtverwaltung Köln" regelt den Einsatz von Kommunikationshilfen, soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte in einem Verwaltungsverfahren erforderlich ist und eine schriftliche Verständigung nicht möglich ist. Dies wird in den Verwaltungsverfahren bei der Stadt Köln auch so umgesetzt.

Im Falle einer Teilnahme gehörloser Eltern an schulischen Veranstaltungen wie Elternsprechtagen, Elternversammlungen und ähnlichem handelt es sich nicht um die Durchführung eines Verwaltungsverfahrens im Sinne der Richtlinien. Eine Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher seitens des Schulträgers ist hier nicht vorgesehen.

Soweit Kostenübernahmen für Kommunikationshilfen bei Sozialhilfeträgern im Rahmen des Sozialgesetzbuches beantragt werden, sind die maßgeblichen Einkommensgrenzen zu berücksichtigen.

Die Kosten für die bisher beantragten Leistungen betragen ca. 1.000 EUR pro Jahr

----

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird seitens der Verwaltung nicht befürwortet. Nach den Richtlinien für den Einsatz von

Gebärdensprache haben hörbehinderte und sprachbehinderte Menschen im Verwaltungsverfahren einen Anspruch auf geeignete Kommunikationshilfen, Elternsprechtage gehören nicht dazu.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

mehr Personal in Schulen

Rang:	86	**Vorschlags-Nr.:**	83
Pro-Stimmen:	43		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	42		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Nachdem die Reformen in den Schulen "angekommen" sind, denke ich, sind auch die Probleme sichtbar. Der Unterrichtsstoff ist kaum noch zu vermitteln, die KLassen nach wie vor zu groß, der Umgang mit und unter den SchülerInnen oft konfliktbeladen (Mobbing, Amokläufe etc.) Man müßte also mehr Geld in die Bildung stecken. Sprich: Mehr Lehrerstellen, mehr Soz.arb.stellen oder Schulpsychologen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4 Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden. Bzgl. der Lehrer besteht die Zuständigkeit der Bezirksregierung, so dass keine Kosten beziffert werden können. Bzgl. der Sozialarbeiter und Schulpsychologen wurden die Kosten bereits zum Vorschlag 31/306 beziffert.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler

folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaft

Rang:	89	**Vorschlags-Nr.:**	1549
Pro-Stimmen:	40		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	39		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es wird gefordert, Geld für die Einrichtung und Administration eines webbasierten Netzwerkes für alle Kölner Schulen bereitzustellen. Diese Plattform, die sich an die Lehrkräfte und Schulverwaltung richtet, könnte für folgende Punkte genutzt werden: -Austausch von Erfahrungen (Diskussionsforum), -Bereitstellung von Informationen z. B. von Kommune (Schulverwaltungsamt)/Land -Beteiligungen an Projekten -Nutzung gemeinsamer Ressourcen -Informationsaustausch zu Fortbildungs- und Präventionsprogrammen - Einrichtung eines ?Marktplatzes? für überzähliges Inventar (s. auch Vorschlag Nr. 146) -Bereitstellung einer für Schulen nutzbaren Förderdatenbank z.B. abrufbare Förderprogramme zu Berufsorientierung (z.B. ?Zukunft fördern?) -Bereitstellung von Antragsformularen z. B. für die Beantragung von Fördermitteln, mit best practice für Bedienungsanleitung und wording -Bereitstellung von diversen Dokumenten, die damit schnell, jederzeit und für alle verfügbar sind. Auch der Bedarf der Schulpflegschaften kann hierbei Berücksichtigung finden. Deren Bereich beinhaltet zum einen die Schnittstellen der ?Schul-Plattform?, die für alle zugänglich sind und zum anderen einen ?internen, geschützten? Bereich, in dem sich die Schulpflegschaften untereinander informieren können. Die Investition für eine Informations- / Kommunikationsplattform sind Kosten, die sich lohnen und amortisieren. Durch gelebtes Wissensmanagement werden einerseits Kosten durch doppelte und parallel verlaufende Arbeiten eingespart, freiwerdende Ressourcen können an anderer Stelle (z.B. im pädagogischen Lehrbetrieb) genutzt werden, andererseits wird für Schülerinnen und Schüler ein weiterer Beitrag zur Chancengleichheit geleistet. Daher brauchen wir eine Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaften.

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Veränderungsprozesses der Schulen mit dem Thema. Der Abstimmnungsprozess findet derzeit statt. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Konferenz mit den Schulleitern im April erste Ergebnisse vorliegen. Bisher kann die Kostenhöhe noch nicht abgesehen werden.

Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Veränderungsprozesses der Schulen mit dem Thema. Der Abstimmnungsprozess findet derzeit statt. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Konferenz mit den Schulleitern im April erste Ergebnisse vorliegen. Bisher kann die Kostenhöhe noch nicht abgesehen werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Im Rahmen des Veränderungsprozess der Schulen beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit der IT-Ausstattung. Ein Ziel ist es den Schulen eine Lernplattform zur Verfügung zu stellen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Obst und Gemüse an Schulen und Kindergärten

Rang:	90	**Vorschlags-Nr.:**	1381
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	39		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

... und zwar nicht aus dem Supermarkt, sondern selbst angebaut! Viele Schulen (z.B. die Berufsschule an der Weinsbergstraße oder die Grundschule in der Lindenbornstraße) und Kindergärten haben Freiflächen, auf denen statt der üblichen Ziergehölze Obst und Gemüse gesät und gepflanzt werden könnten. Zur Umsetzung würde sich entweder ein Profi finden, der sich um alles kümmert (siehe den Vorschlag Nr. 684 vom Stadtwinzer) oder es werden Projekt-AGs der Schüler und Kindergartenkinder gebildet. Das Vorhaben kostet nicht viel Geld, macht den Kindern Spaß, ein Bewusstsein dafür, wo unsere Lebensmittel herkommen, entsteht, die Bäume, Sträucher und Beete sehen gut aus und nicht zuletzt schmecken eine frisch aus der Erde gezupfte Möhre oder ein selbst gepflückter Apfel auch richtig gut. An die Redaktion: Eigentlich gehört dieser Vorschlag gleichzeitig zur Kategorie Umweltschutz.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Zu Kindertagesstätten: In den städt. Kindertagesstätten besteht bereits ein tägliches reichhaltiges Angebot an Obst und Gemüse. Dabei wird auch kindgerecht vermittelt, wo Obst und Gemüse herkommen. In vielen Fällen sind eigene kleine Gärten angelegt, die von den Kindern selbst gepflegt werden. Zu Schulen: Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Hier handelte es sich um ein Programm, dass von der EU aufgelegt und finanziert wurde. Das Land NRW hat das Programm als innere Schulangelegenheit behandelt und umgesetzt, wobei nur eine sehr kleine Anzahl von Schulen am Programm teilnehmen konnten. Wenn der Schulträger ein solches Programm an einer größeren Zahl von Schulen auflegen würde, wären erhebliche Finanzmittel aufzuwenden. Bei der gegenwärtigen Haushaltslage ist dies nicht möglich.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Interkulturelle Elternarbeit sollte als präventive Möglichkeit für bildungsbenachteiligte Familien an weiteren Schulen in Köln eingerichtet werden

Rang:	93	**Vorschlags-Nr.:**	1254
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	38		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, haben bessere Chancen einen guten Schulabschluss zu erreichen, wenn ihre Familien aktiv als Partner von Schulen gewonnen werden. Das gelingt z.Zt. schon durch interkulturelle Elternarbeit in Form von Mütterbildungscafes oder der Gründung von Elterninitiativen im Stadtbezirk Kalk und Chorweiler. Durch Träger der freien Jugendhilfe mit Mitarbeiterinnen die mehrsprachig sind und engagiertem Lehrpersonal der Schulen, werden die Familien erreicht. Gerade Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund scheitern häufiger in der Schule und erhalten so keinen Zugang zum Ausbildungssystem. Geld für gescheiterte Jugendliche in den sogenannten Maßnahmen auf dem zweiten Ausbildungsmarkt, wäre langfristig sinnvoller in präventiver Arbeit angelegt. Erprobte Interkulturelle Elternarbeit sollte auf weitere Stadtbezirke in Köln ausgeweitet werden und am besten schon in den Grundschule beginnen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wissenschaft und Fachkräfte in der Praxis haben in den vergangenen Jahren zunehmend die Bedeutung von Elternarbeit erkannt. Das schlägt sich beispielsweise in der Ausweitung von Kindertagesstätten zu Familienzentren nieder. Auch viele Schulen haben Elterncafés eingerichtet und suchen intensivere Kontakte zu den Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler. Diese Aufgabe wird vor allem den Elementar- und den Primarbereich des Bildungssystems beschäftigen. Es bedarf jedoch weiterer Prüfungen, z. B. wie viele Schulen müssten in welchem Umfang beteiligt sein, damit man von einem bedarfsgerechten Angebot sprechen könnte? Wie sähe eine Minimalversorgung aus? Ermittlung von Kosten etc. Derzeit wird ein "Bildungssekretariat" formiert, im Rahmen von "Lernen vor Ort" sollen möglichst alle Bildungsbereiche durchleuchtet und verbessert werden. Der Familienbildung ist in diesem Zusammenhang ein Teilprojekt gewidmet, welches zunächst auf drei Jahre angelegt ist. Es wäre zu prüfen, ob der Vorschlag im Rahmen dieses Projekts umgesetzt werden kann.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Wissenschaft und Fachkräfte in der Praxis haben in den vergangenen Jahren zunehmend die Bedeutung von Elternarbeit erkannt. Die Kosten können aber derzeit nicht beziffert werdenn.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Entwicklungspolitische Bildung verstärken!

Rang:	96	**Vorschlags-Nr.:**	905
Pro-Stimmen:	45		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	34		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Um den Themenbereich Entwicklungspolitische Bildung für Kölner SchülerInnen aufzubereiten ist die Einrichtung einer Koordinations-Stelle am Schulverwaltungsamt erforderlich. Die Internationalisierung der kommunalen Gemeinschaft zeigt sich nicht zu letzt in Kölner Schulen. Eine Aufgabe der/des Entwicklungspolitischen Beauftragten ist es, die kommunale Umsetzung der UNO-Millenniumsentwicklungsziele (MDG: Millennium Development Goals = Weltweiter Plan zur Reduzierung von Armut, Hunger, Unterentwicklung und für mehr Gleichberechtigung) an Kölner Schulen zu unterstützen. Ferner existiert bundesweit eine zunehmende Anzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Einrichtungen, die sich mit internationalen Schüleraustauschprogrammen ? auch mit Schulen aus Entwicklungsländern ? und in der Entwicklungszusammenarbeit international engagieren. Aber weiterhin verlässt entwicklungspolitisches Engagement oft nicht den Rahmen einer einzelnen Schule. Um hier eineN AnsprechpartnerIn im Dickicht der Vielzahl an Organisationen zu haben und ein partnerschaftliches Engagement über Kölner Schulen hinweg zu ermöglichen ist eine Koordinations-Stelle sinnvoll. Minimalanforderungen an die/den EntwicklungspolitischeN BildungsbeauftragteN sind ein kompetenter entwicklungspolitischer Hintergrund sowie ausgeprägte Vernetzungsfähigkeiten. Dieser Vorschlag entwickelte sich in Anlehnung an das vom Rat 2008 beschlossene ?Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele?.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die festgelegten Milleniumsziele sollten für den Bereich der Schulverwaltung durch die Unterstützung von internationalen Schüleraustauschprogrammen unterstützt werden. Die Entscheidung, eine für diese Aufgabe beantragte Stelle zu genehmigen, wurde durch den Rat zunächst vertagt. Eine Genehmigung müsste neu aufgegriffen werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Der Rat hat beschlossen im Rahmen der Milleniumsziele die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu verstärken. Die Schulverwaltung benötigt für die geplanten Maßnahmen zusätzliche Personalressourcen. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Köln wurde auf die Zusetzung der erforderlichen halben Stelle beim Schulverwaltungsamt verzichtet. Es ist vorgesehen im Rahmen der Haushaltsplanberatung erneut darüber zu entscheiden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur

Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Bereitstellung Bustransfer für Schulausflüge

Rang:	98	**Vorschlags-Nr.:**	186
Pro-Stimmen:	35		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	32		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Ausflüge im Rahmen des Schulunterrichts lassen sich nur schwer planen und umsetzen, da für Ausflüge außerhalb der Stadt oder Ausflugsorte mit schlechter Bus- oder Bahnverbindung Busunternehmen, die sehr teuer sind, beauftragt werden müssen. In anderen Städten stehen Schulen konstenlos Busse der Stadt für Ausflugsfahrten zu Verfügung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Kostenlose Busfahrten muss der Schulträger zu außerschulischen Unterrichtsorten anbieten, wenn lehrplanmäßiger Unterricht nur dort und nicht in der Schule stattfinden kann. Der Anspruch hängt allerdings auch davon ab, ob alle anderen Möglichkeiten (ÖPNV, zu Fuß) nicht in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang werden z.B. etliche Busse zu Schwimmhallen eingesetzt.
I.d.R. kann der lehrplanmäßige Unterricht in der Schule stattfinden.
Hier besteht kein Anspruch auf Busfahrten zu außerschulischen Unterrichtsorten oder Ausflugszielen.
Eine Kostenschätzung ist definitiv nicht möglich. Dem Schulträger liegen keine Informationen über den möglichen Bedarf der Schulen vor. Eine diesbezügliche Anfrage wäre unverhältnismäßig aufwändig.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, weil es sich bei Schulausflügen nicht um lehrplanmäßigen Unterricht handelt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Cluster: VHS/Weiterbildung

Cluster **VHS/Weiterbildung**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
14	301	Mehr Sozialpädagogen für die TAS
15	380	Hauptberufliche Dozenten der VHS unterbezahlt!
41	532	Waldschule Leidenhausen
62	1293	Köln braucht Volkshochschule
64	706	Lebenshilfe durch Meditation
73	66	Runder Tisch Buchforst
76	1474	HAUS DER ARCHITEKTUR KÖLN
85	1085	Kölner Erzähl- und Begegnungscafé
88	33	Einsatz der Gebärdensprach- Dolmetscher in der VHS!
100	698	Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	6.422.887,00 €	6.087.187,00 €	6.087.187,00 €	6.087.187,00 €	5.899.000,00 €

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
11	30	Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	25.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	
Summe Cluster:	6.447.887,00 €	6.212.187,00 €	6.212.187,00 €	6.212.187,00 €	5.899.000,00 €

Mehr Sozialpädagogen für die TAS

Rang:	14	**Vorschlags-Nr.:**	301
Pro-Stimmen:	259		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	249		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die TAS ist eine staatlich anerkannte Schule des Zweiten Bildungsweges. Sie ermöglicht sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen haben, den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, des mittleren Bildungsabschlusses und der Fachhochschulreife. Die TAS hat über 1160 Schüler/innen. Die meisten von ihnen bringen ein Bündel an sozialen Problemen mit, das bisher eine erfolgreiche Integration verhindert hat. Um diese jungen Menschen nachhaltig in Schule und Beruf zu integrieren, ist über das normale Angebot der TAS hinaus eine umfangreiche sozialpädagogische Betreuung notwendig, für die kein Geld vorhanden ist. Deshalb schlage ich vor, der TAS für verschiedene Aufgaben (Betreuung von allein erziehenden jungen Müttern, Jungenförderung und Gewaltprävention) insgesamt 3 Sozialpädagogenstellen zu finanzieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ) als Trägerverein der Tages- und Abendschule Köln (TAS) erhält derzeit aufgrund des mit der Stadt Köln bestehenden Vertrages einen Zuschuss in Höhe von rd. 1,74 Mio EUR jährlich. Eine in den Jahren 2008 und 2009 gezahlte zusätzliche Förderung zur Finanzierung der seit dem letzten Tarifabschluss deutlich gestiegenen Personalkosten kann derzeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung (noch) nicht gewährt werden – hier bleibt das Inkrafttreten des Haushaltsplans 2010 abzuwarten. Mit dem vertraglich vereinbarten Zuschuss finanziert der VFJ neben seinem Eigenanteil als Schulträger einer staatlich anerkannten Ersatzschule auch sozialpädagogische Betreuung seines Klientels. Bisher hält der VFJ 16,5 Sozialpädagogenstellen für die im Vorschlag genannten Zwecke vor. Hiervon werden 4,25 Stellen aus dem Zuschuss der Stadt Köln finanziert. Angesichts der besonderen Zielgruppe ist eine weitergehende sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler sicherlich äußerst sinnvoll. Bei einer Finanzierung der Mehrstellen durch die Stadt Köln hätte dies eine Zuschusserhöhung von derzeit rd. 200.000 EUR zur Folge.

Der Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ) als Trägerverein der Tages- und Abendschule Köln (TAS) erhält derzeit aufgrund des mit der Stadt Köln bestehenden Vertrages einen Zuschuss in Höhe von rd. 1,74 Mio EUR jährlich. Eine in den Jahren 2008 und 2009 gezahlte zusätzliche Förderung zur Finanzierung der seit dem letzten Tarifabschluss deutlich gestiegenen Personalkosten kann derzeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung (noch) nicht gewährt werden - hier bleibt das Inkrafttreten des Haushaltsplans 2010 abzuwarten. Mit dem vertraglich vereinbarten Zuschuss finanziert der VFJ neben seinem Eigenanteil als Schulträger einer staatlich anerkannten Ersatzschule auch sozialpädagogische Betreuung seines Klientels. Bisher hält der VFJ 16,5 Sozialpädagogenstellen für die im Vorschlag genannten Zwecke vor. Hiervon werden 4,25 Stellen aus dem Zuschuss der Stadt Köln finanziert. Angesichts der besonderen Zielgruppe ist eine weitergehende sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler sicherlich äußerst sinnvoll. Bei einer Finanzierung der Mehrstellen durch die Stadt Köln hätte dies eine Zuschusserhöhung von derzeit rd. 200.000 EUR zur Folge.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Hauptberufliche Dozenten der VHS unterbezahlt!

Rang:	15	**Vorschlags-Nr.:**	380
Pro-Stimmen:	260		
Contra-Stimmen:	46		
Saldo:	214		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Seit 1994 haben die Dozenten der VHS im Gegensatz zu den städtischen Angestellten keinerlei Honorarerhöhung erhalten. Vor allem die Dozenten der Sprachkurse, insbesondere der Deutsch- und Integrationskurse, gehen ihrer Lehrtätigkeit hauptberuflich nach und unterrichten bis zu 40 Wochenstunden. Die Vergütung liegt bei ca. 19,--? pro Stunde; Vor- und Nachbereitung, Fortbildungen, Feiertage, Urlaube, Krankheitszeiten und Unterrichtsausfälle werden nicht bezahlt. Die Dozenten tragen ihre Sozialabgaben (Renten- und Krankenversicherung) zu 100% selbst, sie sind nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert. Wir sind hochqualifizierte, engagierte LehrerInnen, die sich oft weit über die bezahlte Arbeitszeit für die Teilnehmer der VHS, insbesondere die der Integrationskurse einsetzen. Unsere Bitte um Anpassung der Honorare wurde über die Jahre immer mit der ?schwierigen Wirtschaftslage? abgelehnt. Eben mit dieser Begründung wurden aber soeben die Aufwandentschädigungen für die Ratsmitglieder erhöht, denn diese sollten nicht unter der ?schwierigen Wirtschaftslage? leiden. Unsere soziale Situation ist mittlerweile als prekär zu bezeichnen. Aus diesem Grunde fordern wir die Anhebung unserer Honorare auf 44,--? p.Std. oder alternativ die Übernahme von 50% unserer Sozialabgaben durch die Stadt Köln.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei dem im Vorschlag genannten Personenkreis handelt es sich durchgängig um Freiberufler; die in der Überschrift benutzte Bezeichnung "hauptberufliche Dozenten" ist insofern zumindest irreführend. Die entsprechenden Personen stehen nicht in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Köln, insofern finden auch die für Arbeitnehmer geltenden arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen inklusive des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst keine Anwendung. Die Honorare für die freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten der VHS Köln bewegen sich mit durchschnittlich 19 EUR je Unterrichtsstunde im unteren Mittelfeld des bei Volkshochschulen üblichen. Bei einer Erhöhung der Honorare - wie vorgeschlagen - auf 44 EUR pro Unterrichtsstunde würden sich die Mehrausgaben auf ca. 4,6 Mio. EUR/Jahr. belaufen. Bei einer moderateren Erhöhung abweichend vom Vorschlag um beispielsweise 1 EUR auf durchschnittlich 20 EUR je Unterrichtsstunde ergäben sich bei dem gegenwärtigen Unterrichtsvolumen Mehraufwendungen von rd. 160.000 EUR jährlich. Die Übernahme von 50% der Sozialabgaben ist aus arbeitsrechtlichen Gründen abzulehnen. Sie würde Mehrausgaben von ca. 1 Mio. EUR/Jahr verursachen. Mit der gegebenenfalls erforderlichen Einführung eines Antrags- und Bewilligungsverfahrens zur anteiligen Erstattung von Sozialversicherungsbeiträge an rd. 1.000 Freiberufler würden außerdem in erheblichem Umfang Personalressourcen gebunden, für die derzeit keine ausreichenden Kapazitäten vorhanden sind.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Jedoch bei geringere Honorarerhöhungen von z. B. 3 - 5 EUR je Unterrichtsstunde. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR	4.600.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Waldschule Leidenhausen

Rang:	41	**Vorschlags-Nr.:**	532
Pro-Stimmen:	100		
Contra-Stimmen:	12		
Saldo:	88		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Diese hervorragend arbeitende Einrichtung - für Kölner Schulkinder unverzichtbar und ohne Alternative(!) - sollte dringend langfristig finanziell abgesichert werden. Die Beliebtheit (Dank an Herbie) wird durch die große Nachfrage bei der jährlichen Terminvergabe deutlich: Nicht annähernd können die Anfragen erfüllt werden!!!

Stellungnahme der Verwaltung:

Zurzeit verfügt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. (SDW) über eine Lehrerstelle in der Waldschule, die vornehmlich über einen Zuschuss der Stadt Köln finanziert wird. Aufgrund der hohen Zahl von Anmeldungen in der Einrichtung, die weit über der möglichen Kapazität liegt, wäre die Einrichtung einer zweiten Lehrerstelle sinnvoll und auskömmlich. Kostenschätzung: ca. 60.000 EUR/Jahr.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Finanzmittel zur Einrichtung einer weiteren Lehrerstelle sollen nach Möglichkeit im Haushalt eingestellt werden.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Köln braucht Volkshochschule

Rang:	62	**Vorschlags-Nr.:**	1293
Pro-Stimmen:	67		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	64		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Bildung ist der Schlüssel zu einer wohlhabenden und gerechten Gesellschaft. Innerhalb unseres Bildungssystems leisten die Volkshochschulen seit Jahrzehnten einen unschätzbaren Beitrag: Sie bieten ein bezahlbares, vielfältiges und transparentes Angebot Sie erfüllen hohe Qualitätsstandards Sie gewährleisten Kontinuität und Verlässlichkeit, z.B. in der Vielfalt des Sprachkursangebotes. Bildung in Köln muss auch weiterhin bezahlbar und allen Bevölkerungsgruppen - auch den sozial schwächeren ? zugänglich sein. Die aus anderen Ländern zugewanderten Kölner Bürger benötigen ein umfassendes Deutschkursangebot um sich beruflich und sozial integrieren zu können. Daher beantragen wir im Haushalt der Stadt Köln zu berücksichtigen: Keine Kürzungen bei der Volkshochschule Keine Erhöhung der Teilnehmerbeiträge Sicherung und Ausbau des Sprachkursangebotes

Stellungnahme der Verwaltung:

In Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage ist auch die Volkshochschule von Kürzungen betroffen. Um das Angebot der VHS auf dem bisherigen Niveau des Jahres 2009 aufrechtzuerhalten, wäre eine Rücknahme der vorgenommen Kürzungen mit einem Gesamtvolumen von über 1 Mio EUR erforderlich. Von weiteren Einsparungen im Rahmen von Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen müsste ebenfalls abgesehen werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, da er den vom Stadtvorstand beschlossenen Sparvorschlägen im Entwurf des Doppelhaushalts 2010/2011 entgegensteht. Bei Realisierung müssen alternative Sparvorschläge benannt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR	1.024.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in

seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Lebenshilfe durch Meditation

Rang:	64	**Vorschlags-Nr.:**	706
Pro-Stimmen:	93		
Contra-Stimmen:	31		
Saldo:	62		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Meditation in allen Lebensbereichen fördern! Das zentrale Element von vielen Gesellschaften, die für ein friedliches Miteinander bekannt sind, ist die Meditation. Diese Introspektion in der Tradtition des mitfühlenden Handelns wirkt gegen Aggression und schafft offenen, inspirierenden Raum! Fangen wir im Kindergarten an, entwickeln wir es in der Schule weiter, bieten wir es Erwachsenen z.B. an der VHS an und fördern wir Organisationen, die eine grossartige (östliche) Tradition in die westliche Welt bringen. (Siehe z.B. http://...) Es ist kein Glaubenssystem, sondern praktisch erfahrbare, weltliche Praxis!! Langfristig ein großer Gewinn für die Gesellschaft - kurzfristig wohl mit Mehrausgaben verbunden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag ist bereits realisiert.
Meditation und andere Entspannungstechniken gehören traditionell zum Programm der VHS. Die entsprechenden Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit und werden in bedarfsdeckendem Umfang angeboten. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung dieses Programmsegments ist daher nicht erkennbar, Mehraufwendungen entstehen somit nicht.

Der Vorschlag ist bereits realisiert.
Meditation und andere Entspannungstechniken gehören traditionell zum Programm der VHS. Die entsprechenden Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit und werden in bedarfsdeckendem Umfang angeboten. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung dieses Programmsegments ist daher nicht erkennbar, Mehraufwendungen entstehen somit nicht.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist bereits realisiert. Meditation gehört zum traditionellen Programm der VHS. Die Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit und werden in bedarfsdeckendem Umfang angeboten. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung dieses Programmsegments ist daher nicht erkennbar, Mehraufwendungen entstehen somit nicht.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Runder Tisch Buchforst

Rang:	73	**Vorschlags-Nr.:**	66
Pro-Stimmen:	55		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	52		
Bezirke:	Mülheim		

Vorschlagstext:

Der Runde Tisch Buchforst wird ab März 2010 nicht mehr durch öffentliche Mittel finanziert. Da der Runde Tisch aber ein soziales Auffangbecken für den Stadtteil Buchforst ist, ist eine Weiterführung durch die Stadt unbedingt erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtteilzentrum Buchforst (Runder Tisch) ist aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hervorgegangen und leistet seit 2003 eine beispielhafte Stadtteilarbeit, die eine hohe integrative Wirkung erzielt und alle Generationen, insbesondere auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, einbezieht. Das Stadtteilzentrum ist als Bürgerbegegnungsstätte die Plattform in Buchforst, die bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und Segregation abbaut. Die Arbeit des Stadtteilzentrums wird für sinnvoll und notwendig erachtet. Für das Jahr 2010 ist die Finanzierung der Einrichtung aus Restmitteln von 2004/2005 des Mülheim-Programms (3. Programmstufe) beantragt. Zum jetzigen Zeitpunkt (31.01.2010) fehlt noch die formale Rückmeldung der Bezirksregierung. Da es sich um bewilligte Projektmittel handelt, die umgeschichtet werden, ist eine Zustimmung zu erwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	60.000,00 EUR	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Soziales und Senioren: Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage in die anstehenden Haushaltsplanberatungen.

HAUS DER ARCHITEKTUR KÖLN

Rang:	76	**Vorschlags-Nr.:**	1474
Pro-Stimmen:	52		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	48		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Seit fast fünf Jahren macht das Haus der Architektur Köln regelmäßige wöchentliche Veranstaltung mit dem Titel ?Jeden Mittwoch 19 Uhr eine Stunde Baukultur?. In öffentlichen Vorträgen werden - bei freiem Eintritt - Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, der Landschaftspflege und Grünplanung, der Architektur von öffentlichen und privaten Gebäuden, des Umweltschutzes, der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes, des öffentlichen und des individuellen Verkehrs in unserer Stadt bürgernah dargestellt und in den anschließenden Diskussionen vertieft. Auf diese Weise entwickelt sich bei den teilnehmenden Bürgern ein Bewusstsein für ihre Umwelt. Deshalb muss das HAUS DER ARCHITEKTUR im Haushalt für BILDUNG und für UMWELT eine angemessene Berücksichtigung finden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Haus der Architektur erhält seit Jahren Finanzmittel des Dezernates VI. Ob diese Mittel auch zukünftig weiterhin zur Verfügung gestellt werden, hängt von der Entscheidung des Rates ab. Denkbar ist wegen der sehr angespannten Haushaltslage, dass in Zukunft geringere Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Nach Auffassung des Stadtplanungsamtes sollte die Finanzmittel für das Haus der Architektur wegen seiner Bedeutung für die Baukultur weiterhin aufgewendet werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Stadtentwicklungsausschuß: 1. Beschluss: Punkt 1 der Anlage 1 "Haus der Architektur" wird in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Kölner Erzähl- und Begegnungscafé

Rang:	85	**Vorschlags-Nr.:**	1085
Pro-Stimmen:	43		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	42		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Im Kölner Erzähl- und Begegnungscafé treffen junge Kölnerinnen und Kölner mit Überlebenden der Nazi-Diktatur zusammen. Sie lernen im Dialog mit den Überlebenden Vorurteile zu überwinden und wachsam gegenüber Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu sein. Die direkte Begegnung mit den Überlebenden und ihrem Schicksal macht sehr oft tiefen Eindruck auf die Jugendlichen. Wenn der Träger des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés, der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V., keine Unterstützung durch die Stadt Köln und ihre Bürger erhält, ist dieses seit fünf Jahren erfolgreich laufende Projekt akut gefährdet. Das Erzähl- und Begegnungscafé verursacht Kosten von etwa ? 15.000 pro Jahr.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Kölner Begegnungscafe treffen sich seit ca. 5 Jahren Holocaust-Überlebende aus Köln und Umgebung. Sie tauschen untereinander ihre Erfahrungen aus und verbringen einen geselligen Nachmittag in der Residenz am Dom, helfen sich beim Umgang mit den Belastungen in Folge von Verfolgung und Alter und erfahren Unterstützung durch den Träger "NS-Bundesverband Information und Beratung". Der Träger übernimmt die gesamte Organisationsarbeit einschließlich eines Hol- und Bringdienstes für diejenigen, die nicht mehr alleine ausgehen können, versucht die Überlebenden zu beraten und Unterstützung im Kölner Pflege- und Hilfesystem für Senioren zu vermitteln. Einmal im Monat findet zusätzlich ein öffentliches Begegnungscafe statt, zu dem junge Kölner und Kölnerinnen sowie Referenten oder Überlebende aus dem Kölner Kreis eingeladen werden, um an Hand von Einzelschicksalen über Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu sprechen. Das Erzähl- und Begegnungscafe verursacht Kosten von ca. 15.000 EUR pro Jahr. Bisher erhält das Projekt von der Stadt Köln keine Unterstützung. Die Fortführung des Projektes ist akut gefährdet, da der Träger bisher keine Finanzierung erreichen konnte und nicht über genügend Eigenmittel verfügt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR	15.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Soziales und Senioren: Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage in die anstehenden Haushaltsplanberatungen.

Einsatz der Gebärdensprach- Dolmetscher in der VHS!

Rang:	88	**Vorschlags-Nr.:**	33
Pro-Stimmen:	47		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	41		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Am Leben in der Gemeinschaft teilhaben (unter § 5 SGB IX) im Bezug auf Menschen mit Hörbehinderung möchte ich mein Vorschlag einbringen und zwar: Hilfe fürs Zusammenleben; zu einem selbstbestimmten Leben in unserer Gesellschaft gehört mehr als eine gute medizinische Betreuung und eine angemessene Arbeit. Dazu gehören auch der Zugang zu Behörden, VHS und Reha-Träger, Erleichterungen bei der Kommunikation wie z. B. den Einsatz der Gebärdensprachdolmetscher an der VHS, um die Bildung der hörbehinderten Menschen zu fördern bzw. den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Bisher ist kein Zugang der hörbehinderten Menschen zu VHS möglich, weil sie die VHS-Gebühren noch zusätzlich den Kosten für den Einsatz der Gebärdensprachdolm. nicht aufbringen können. Sogar die Ratifizierung der UN-Konvention vom Nov 2008 steht die Aussage: Besonders brisant für das deutsche Bildungssystem ist Artikel 24 der Konvention. Dort heißt es wörtlich aus dem englischen Text übersetzt: "Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht behinderter Menschen auf Bildung. Um die Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu erreichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives* Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslange Fortbildung, ...". Daher möchte ich Euch bitten, meinen Vorschlag die Kosten der Gebärdensprachdolmetscher beim Einsatz in der VHS zu übernehmen, wenn die hörbehinderten Menschen zu den Kursen gemeldet sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag ist rechtlich umsetzbar und faktisch bereits teilweise realisiert.
Auch bisher erfolgt bereits der Einsatz von Gebärdendolmetschern in Veranstaltungen der Volkshochschule. Allerdings beschränkt sich dieser grundsätzlich nur auf Veranstaltungen, die sich gezielt an hörbehinderte Menschen richten. Diese sind in der Programmankündigung entsprechend gekennzeichnet. Darüber hinaus kann bei Bedarf in Vortragsveranstaltungen auch eine mobile Schwerhörigenanlage eingesetzt werden, mit deren Unterstützung Hörgeräteträger dem Vortrag akustisch folgen können. Außerhalb des eingangs erwähnten Veranstaltungsspektrums ist für die VHS nicht im Vorfeld erkennbar, ob es sich bei den angemeldeten Teilnehmern um Hörbehinderte handelt. Die Einrichtung verfügt über kein eigenes Personal, das als Gebärdendolmetscher in Veranstaltungen eingesetzt werden kann. Die entsprechenden Leistungen müssen daher extern eingekauft werden. Die Kosten für den Einsatz eines solchen Gebärdendolmetschers belaufen sich derzeit auf rd. 75 EUR/Stunde. Bei längeren Veranstaltungen ist außerdem der Einsatz eines zweiten Dolmetschers erforderlich. Anhaltspunkte über den Umfang der sich aus dem Vorschlag ergebenden finanziellen Mehrbelastung existieren derzeit nicht.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, weil Barrierefreiheit in erforderlichem Umfang gegeben ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern

Rang:	100	**Vorschlags-Nr.:**	698
Pro-Stimmen:	32		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	32		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

Vor einigen Jahren wurde Meschenich noch vom Bücherbus angefahren. Aus Kostengründen wurde der Dienst eingestellt. Seit 01.11.2007 fährt ein solcher Bücherbus wieder. Allerdings nicht nach Meschenich. Nach Aussage der Stadtbibliothek, ist der Plan für den vorhandenen Bus ausgereizt. Wenn man sich den Plan jedoch anschaut http://www.stbib-koeln.de/zweige/bushaltestellen_neu.htm, stellt man allerdings fest, dass einige Stadtteile mit wesentlich besserer Anbindung ans Nahverkehrsnetz und zentrumsnäher gelegen im Fahrplan stehen. Ggf. wäre hier ebenfalls ein 14-tägiger Rhythmus im Wechsel möglich, wie es donnerstags bei Worringen und Ebertplatz ist. Eine Möglichkeit wäre mittwochs mit Sülz abzuwechseln. Bis auf die etwas weitere Tour nach Meschenich, würden kaum höhere Kosten afallen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag ist der Stadtbibliothek nicht neu. Seit Einsparung mehrerer Stadtteilbibliotheken und Bibliotheksbusse im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2003 und der darauf folgenden Jahre erreichen die Stadtbibliothek regelmäßig und in steigender Zahl Anfragen zur (Wieder-)Einrichtung damals entfallener Standorte, die bis heute eine nicht gefüllte Lücke in der Literatur-und Informationsversorgung der Kölner Bevölkerung hinterlassen haben. Hierzu gehört auch der Stadtteil Meschenich, der vor 2003 vom Bücherbus angefahren wurde. Die Stadtbibliothek hält die Ausweitung ihres Angebots – gerade für einen Stadtteil wie Meschenich – für äußerst wünschenswert. Der eine verbliebene Bücherbus, der nach einer Phase der Trägerschaft durch einen Förderverein seit 2007 wieder in städtischer Trägerschaft ist, hat jedoch die Aufgabe, zumindest die meist genutzten Haltestellen von ehemals vier Bussen in einer organisatorisch sinnvollen Route zu bedienen. Im Vorschlag wird die Variante genannt, an anderer Stelle einen zweiwöchigen Turnus einzuführen bzw. Meschenich zuungunsten anderer Haltepunkte anzufahren. Dies wünschen sich ebenfalls Stadtteile wie Bilderstöckchen, Weiden, Finkenberg und andere, in denen ein Bücherbus auch aus Sicht der Stadtbibliothek Köln ebenfalls ein sinnvolles Angebot darstellen würde. Die Möglichkeiten, Haltestellen zeitlich zu kürzen bzw. nur alle zwei Wochen anzufahren, wurde bereits bei den letzten beiden hinzugekommenen Haltestellen geprüft und unter Berücksichtigung organisatorischer, arbeitsrechtlicher und kundenfreundlicher Aspekte so weit es ging genutzt. Die Haltestelle in Sülz gehört mit der in Braunsfeld (auch hier fehlt die 2003 geschlossene Stadtteilbibliothek besonders) immer noch zu den am lebhaftesten genutzten Haltestellen des Busses, so dass zeitliche Abstriche hier nicht machbar sind und eine massive Verschlechterung des Kundenservice darstellen würden. Die Kapazitätsgrenzen des Haltestellenplans, des Busses als Fahrzeug und seines Personals mit tariflich festgelegter Arbeitszeit sind mit den aktuellen 18 Haltestellen in der Tat erschöpft. Weitere Haltestellen sind nur durch einen weiteren Bus zu realisieren. Ein im Jahre 2009 aufgrund der hohen Nachfrage durchgeführter Prüfungsauftrag der Verwaltung hat jedoch ergeben, dass ein zweiter Bücherbus in der aktuellen Haushaltslage wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
523.887,00 EUR	128.187,00 EUR	128.187,00 EUR	128.187,00 EUR	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Kunst und Kultur: Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Vorlage in die Hpl. Beratungen. Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Vorlage in die Hpl. Beratungen.

Cluster: Weiterführende Schulen

Cluster **Weiterführende Schulen**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
4	1243	Medienausstattung Hölderlin-Gymnasium
6	547	Montessorigymnasaium
7	981	Modernisierung des Montessori Gymnasiums
8	984	Max-Ernst-Gesamtschule: Runderneuerung der Ausstattung
12	251	Gesamtschule in Nippes
16	1238	KARS braucht dringend Unterstützung durch einen Sozialarbeiter
19	799	Sanierungsbedarf an der Kaiserin-Theophanu Schule in Köln-Kalk
25	922	KTS-Gymnasium in Kalk sanieren
35	952	Werkstattneubau für den Berufsschulcampus Deutz
36	404	Gesamtschule Kölner Westen
38	53	Energie-/Heizungskosten ->Einsparung
39	1127	Neues Mobiliar für das Schiller-Gymnasium
40	1123	neubau humboldt
52	813	Sanierung Montessori-Gymnasium
53	297	Vorrang für Gesamtschulen
66	997	Erweiterungsbau Hansagymnasium
67	188	Anzahl Räume / Personal für den Betrieb der offenen Ganztagsschule
77	558	Schulsanierung (Erweiterungsbau Gymnasium Wahn)
80	27	Renovierung der Schulsporthalle des Georg-Büchner Gymnasium in Weiden absolut nötig
81	1075	Augenmerk auf die Gesamtschulen
87	1178	Sanierung der Schultoiletten in der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz
91	606	Schulsport
94	680	Öko-Stromerzeugung und Unterrichtsprojekt der Henry-Ford-Realschule in Chorweiler

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	143.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €
Summe Cluster:	143.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €	57.000,00 €

Medienausstattung Hölderlin-Gymnasium

Rang:	4	**Vorschlags-Nr.:**	1243
Pro-Stimmen:	787		
Contra-Stimmen:	96		
Saldo:	691		
Bezirke:	Mülheim		

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen unseres Medienkonzeptes am HölderlinGymnasium werden - alle Klassenräume Internetanschluss und WLAN erhalten - für die Klassen 5 bis 9 werden zwei mobile Notebookwagen beschafft - die Schüler erhalten bis zur Klasse 9 Medienkompetenzen in Umgang mit PC und Betriebssystem Windows, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, erstellen von Präsentationen, Internetrecherchen, 10-Finger-Tastschreiben u.a.m. -Das Kollegium bildet sich gezielt auf internen und externen Fortbildungen fort - Die Oberstufenschüler kaufen privat auf eigene Rechnung Notebooks für den Unterricht (Projekt der Stadt Köln), sodass im Unterricht der Oberstufe jederzeit, wann immer notwendig auf das Medium Notebook und Internet zugegriffen werden kann. Daten wie Unterrichtsaufzeichnungen, Aufgaben, Arbeitsblätter, Hausaufgaben werden auf einer Online-Plattform gespeichert, bzw. zur Verfügung gestellt, sodass hierauf im Unterricht und von zu Hause darauf zugegriffen werden kann. Damit die Medien sinnvoll und effizient eingesetzt werden können, bietet sich der Einsatz von Smart-Boards (elektronische Tafeln) an, die u. a. auch vom MediaCenter der Stadt Köln als sehr sinnvoller Tafelersatz bewertet werden. Wir planen, unsere Klassenräume sukzessive mit diesen Smart-Boards auszustatten. Der Lehrer schließt sein Notebook an diese Samrt-Boards an und Tafelbilder (auch aus vorangegangen Stunden und Unterrichtsreihen), Unterrichtsaufzeichnungen, Präsentationen, Lehrfilme etc. können gezeigt und später erneut aufgerufen werden, was mit herkömmlichen Kreidebildern nicht möglich ist. Smart-Boards sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung unseres Medienkonzeptes, da mit dem Medium Schüler-Notebooks einerseits effektiver unterrichtet werden kann und anderereseits eine von Wirtschaft und Hochschulen verlangte Medienkompetenz vermittelt und gelernt werden kann. Wir bitten Sie um Unterstützung in der Beschaffung von Smart-Boards für unsere Klassenräume. Das Hölderlin-Gymnasium verfügt isngesamt über 55 Klassen- und Fachräume. Eine schrittweise Ausstattung der Unterrichtsräume mit Smart-Boards würde unsere Anstrenugen, unsere Schüler mit den notwendigen Medienkompetenzen noch besser für Studium und Wirtschaft zu qualifizieren, deutlich voranbringen. Wir haben uns als Schule in Zusammenarbeit mit der Schullleitung, dem Kollegium, der Eltern- und Schülerschaft das Ziel gesetzt, das rechtsrheinische Hölderlin-Gymnasium in Köln-Mülheim zu einem Aushängeschild in der Bildungslandschaft zu machen. Teile konnten wir bisher mit Hilfe der Stadt Köln, Spendengeldern sowie unserem Förderverein umsetzen. Für die Beschaffung der Smart-Boar sind wir auf finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen (1 SmartBoard incl. Installatin ca. 2 600 EUR). Schüler, Eltern und Lehrer wären der Stadt Köln sehr dankbar, wenn Sie uns in der Beschaffung von Smart-Boards unterstüzten würden. Mit freundlichen Grüßen i. A. der Schulleitung Raimund Hick, OStR Medienbeauftragter und Leiter DV-Abteilung

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein entsprechender Ausstattungsantrag der Schulleitung des Hölderlingymnasiums ist bisher nicht gestellt worden. Der Antrag wird auf die Antragsliste der Schulen zur Entscheidung durch den Unterausschuss des Schulausschusses Medien und Kommunikation gesetzt (in diesem Ausschuss kann die Umsetzung von Sonder-Projekten beantragt werden). Sobald die Entscheidung erfolgt, wird die Schule informiert.
Die Kosten einer Ausstattung aller Unterrichtsräume in Kölner Schulen werden wie folgt geschätzt: derzeit sind 7.500 Unterrichtsräume ohne Whiteboard. Die Durchschnittskosten pro Whiteboard inklusive Montage betragen 3.800 EUR; eine Ausstattung aller Schulräume würde demnach 28.500.000 EUR Gesamtkosten ausmachen.
Die Verwaltung sieht keine finanzielle Möglichkeit und auch Notwendigkeit, diese Schule komplett auszustatten. Der notwendige Kostenumfang würde ca. 210.000 EUR betragen. Es ist zu bedenken, dass die Stadt bereits im Rahmen des CAS-Projektes erhebliche Mittel in die Medienausstattung der Schule investiert hat.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Die Schule, die bereits mit Ihrem CAS-Antrag erfolgreich war, wird für 186.500 EUR mit einer Gebäudevernetzung und CAS Medientechnik ausgestattet. Die darüber hinaus noch gewünschte flächendeckende Ausstattung mit interaktiven Whiteboards für weitere 143.000 EUR kann mit Rücksicht auf den großen Nachholbedarf bei anderen Schulen nicht noch zusätzlich bereit gestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
143.000,00 EUR				

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Montessorigymnasaium

Rang:	6	**Vorschlags-Nr.:**	547
Pro-Stimmen:	475		
Contra-Stimmen:	75		
Saldo:	400		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Wir möchten auf den heruntergekommenen Eindruck des Montessori-Gymnasiums hinweisen, wo wir kürzlich eine sehr schöne Veranstaltung besuchen konnten. Nicht nur die Fassade und das Außengelände sind in einem abstossenden Zustand, sondern das Gebäude scheint so in die Jahre gekommen zu sein, dass an vielen Stellen, auch in der Sporthalle, eine sorgfältige Sarnierung notwendig erscheint. Da diese Schule nun Ganztagsschule ist, erscheint eine würdige Umgebung, in der man sich wohlfühlen kann, als Lernatmosphäre sehr wichtig.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u. a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z. Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor.

Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt. Hierzu gehört insbesondere die Sanierung der Außentoiletten im Montessori-Zentrum, für die z. Z. die bauvorbereitenden Arbeiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich eines störungsfreien Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens kann mit einer Bauaufnahme in den Sommerferien 2010 gerechnet werden. Die Kosten sind mit rd. 150.000 EUR ermittelt. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut des Gebäudes beabsichtigt, die eine Erneuerung der Dächer, der Fassaden einschließlich Wärmedämmung sowie die Erneuerung der Fensteranlagen und des Sonnenschutzes mit einem Kostenaufwand von rd. 2,5 Mio. EUR umfassen. Auch hierfür werden die vorbereitenden Arbeiten mit Nachdruck betrieben und mit einer Bauaufnahme ab Sommer 2010 gerechnet. Außerdem erfolgt im Gebäude in Abstimmung mit dem Brandschutz eine Ertüchtigung der bestehenden brandschutztechnischen Einrichtungen (Treppenhäuser, Brandmeldeanlage) mit Kosten in Höhe von rd. 200.000 EUR. Die Arbeiten soll ebenfalls im Sommer 2010 ausgeführt werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Im Vorgriff auf eine spätere Generalinstandsetzung wird in den Sommerferien mit der Sanierung der Außentoiletten, energetischen Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut sowie Brandschutzmaßnahmen begonnen. Die Kosten in Höhe von rd. 2,850 Mio. EUR sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft veranschlagt. Sowohl für die HS als auch für das Gy ist eine Erweiterung in der Planung. Die Kosten hierzu müssen noch ermittelt werden. Die Verwaltung empfiehlt eine erneute Vorlage und Beschlussfassung im Rahmen des beabsichtigten Planungsbeschlussverfahrens.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Modernisierung des Montessori Gymnasiums

Rang:	7	**Vorschlags-Nr.:**	981
Pro-Stimmen:	486		
Contra-Stimmen:	94		
Saldo:	390		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Unsere Schule ist mittlerweile stark heruntergekommen und eine Sanierung ist leider nur vage geplant, obwohl die dringend nötig wäre. Doch wir, die Schüler des Montessori-Gymnasiums wünschen uns einige Verbesserungen und Sanierungen jetzt: - Neue Sanitäre Anlagen - Neues Mobiliar - Neue Lampen - Neue Medien wie DVD-Player - Solarzellen auf dem Dach des Gebäudes - Eine Verdunklungsmöglichkeit für unser Atrium Des Weiteren wünschen wir uns das mit der geplanten Sanierung 2011 begonnen wird!

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u. a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z. Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor. Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt. Hierzu gehört insbesondere die Sanierung der Außentoiletten im Montessori-Zentrum, für die z. Z. die bauvorbereitenden Arbeiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich eines störungsfreien Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens kann mit einer Bauaufnahme in den Sommerferien 2010 gerechnet werden. Die Kosten sind mit rd. 150.000 EUR ermittelt. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut des Gebäudes beabsichtigt, die eine Erneuerung der Dächer, der Fassaden einschließlich Wärmedämmung sowie die Erneuerung der Fensteranlagen und des Sonnenschutzes mit einem Kostenaufwand von rd. 2,5 Mio. EUR umfassen. Auch hierfür werden die vorbereitenden Arbeiten mit Nachdruck betrieben und mit einer Bauaufnahme ab Sommer 2010 gerechnet. Außerdem erfolgt im Gebäude in Abstimmung mit dem Brandschutz eine Ertüchtigung der bestehenden brandschutztechnischen Einrichtungen (Treppenhäuser, Brandmeldeanlage) mit Kosten in Höhe von rd. 200.000 EUR. Die Arbeiten soll ebenfalls im Sommer 2010 ausgeführt werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Im Vorgriff auf eine spätere Generalinstandsetzung wird in den Sommerferien mit der Sanierung der Außentoiletten, energetischen Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut sowie Brandschutzmaßnahmen begonnen. Die Kosten in Höhe von rd. 2,850 Mio. EUR sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft veranschlagt. Auf Vorschlag Nr. 547 wird zusätzlich verwiesen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Die in der Stellungnahme der Verwaltung bereits geplanten Sanierungsmaßnahmen sollen wie vorgesehen in 2010 beginnen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Max-Ernst-Gesamtschule: Runderneuerung der Ausstattung

Rang:	8	**Vorschlags-Nr.:**	984
Pro-Stimmen:	408		
Contra-Stimmen:	41		
Saldo:	363		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Die Stadt Köln soll die desolate Ausstattung der Max-Ernst-Gesamtschule in Bocklemünd/Mengenich endlich richtig anpacken. Da die Schule, wie am Namen vielleicht schon zu erkennen, ein Institut ist, das seinen Focus auf die ,,Kunst??, siehe Kunstgeschichte, Kunst im praktischen Sinne, Theater usw. legt, ist das Ausführen vieler Tätigkeiten dort äußerst schwierig. Der Vorhang in der Mensa, die den Mittelpunkt der Schule darstellt, muss erneuert werden (Theatervorführungen sind dort ein Trauerspiel vor lauter Löcher). Auch die Scheinwerfer und übrige Technik in der Mensa macht eine angemessene Kulissenaufbereitung während einer Vorführung nicht grade einfach. Die Kunsträume haben eine bessere Grundausstattung verdient. Man findet Utensilien, die rund zehn Jahre, und älter sind. Von alten Pinseln und Scheren, bis zu Farben und normalen Wasserbechern, die für Wasserfarben benötigt, und mittlerweile aus alten Butterschachteln angefertigt werden, ist vieles verbesserungswürdig. Auch im sportlichen Bereich gilt es materiell aufzustocken. Von einer einfachen Ballpumpe hin, bis zu neuen Bällen und Springseilen reicht die Liste der Anschaffungen, über die sich Eltern, Lehrer und Schüler sehr freuen würden. Ein weiterer Schwerpunkt bezieht sich auf die Außenanlage der Schule. Diese sollte unbedingt mit neuen Bänken und anderen Sitzgelegenheiten versehen werden, die zum Ausruhen und Sitzen einladen und nicht durch ihre Moos-Grüne Farbe abschrecken. Da die Schule beinahe 900 Schüler beherbergt, wären ein oder zwei neue Tischtennisplatten, oder andere Sportgeräte grade in der Nähe von ,,Villa Hügel??, wo sich sehr viele Schüler/innen aufhalten, von Vorteil. Weiterhin benötigt ein Teil der bereits bestehenden Sportgerätschaften die eine oder andere Reparatur (z.B. Fußballtore ohne Netze?). Dann hat sich die Schülerschaft dafür ausgesprochen neue Fahnenmasten an einem der Eingänge anzubringen, der in nächster Zeit zum Haupteingang der Schule gemacht wird. Die alten Fahnenmasten sind bereits total bewachsen und Teil des Waldes geworden. Natürlich wäre es nur allzu logisch der Schule die benötigten Fahnen ebenfalls zu Verfügung zu stellen. Zum Schluss spricht sich die Schule für einen Satz neuer Computer in mindestens einem Raum pro Jahrgang aus. Die Schule hat zwar ihre Computerräume, doch der Schulalltag und die Fortbildung der Schüler am Medium Computer, welches in der Zukunft und auch heute schon eine ziemlich große Rolle spielt und spielen wird, könnte durch die Anschaffung dieser Gerätschaften merklich vereinfacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Max-Ernst-Gesamtschule wird z.Zt. ein Erweiterungsbau errichtet. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist Oktober 2010. Im Anschluss daran erfolgt eine Generalinstandsetzung der Trakte C und E sowie der Neubau von 2 Turnhallen.
In diesem Zusammenhang erfolgt in enger Abstimmung mit der Schulleitung unter Berücksichtigung der noch weiter verwendbaren Ausstattung eine Neueinrichtung. Hierzu gehören u.a. auch Fachräume sowie die Turnhallen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet. Für die Realisierung stehen i.R.d. Einrichtung des Erweiterungsbaus Trakt H für 2010 Mittel zur Verfügung. Für 2011 wurden entsprechende Mittel für den Haushalt angemeldet.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu. Die BV 4 regt an, dass bestimmte Ausstattungsgegenstände der Schule vorab zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Gesamtschule in Nippes

Rang:	12	**Vorschlags-Nr.:**	251
Pro-Stimmen:	290		
Contra-Stimmen:	18		
Saldo:	272		
Bezirke:	Nippes		

Vorschlagstext:

Errichtung einer Gesamtschule in Nippes, da in diesem Bezirk eine Schule dieser Schulform fehlt. Die Gesamtschule soll als gebundene Ganztagsschule mit gymnasialer Oberstufe gegründet werden und behindertengerecht eingerichtet sein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen.
Das pädagogische Konzept kann erst erarbeitet werden, wenn eine kommissarische Schulleitung ernannt ist.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist bereits umgesetzt; gem. Ratsbeschluss vom 17.12.2009, DS 5018/2009, startet die neue Gesamtschule am Standort Brehmstraße zum SJ 2010/11. Die Vorlage enthielt bereits einen Beschluss zur Finanzierung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

KARS braucht dringend Unterstützung durch einen Sozialarbeiter

Rang:	16	**Vorschlags-Nr.:**	1238
Pro-Stimmen:	213		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	203		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Die Konrad-Adenauer-Real- und Aufbaurealschule (KARS) benötigt die Schaffung einer Sozialarbeiterstelle. Die KARS hat als typische Innenstadtschule einen 70%igen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte der Kinder spricht im Elternhaus kein Deutsch. Der Migrationshintergrund der Schüler soll aber nicht als Problem angesehen werden, sondern auch als Chance erkannt werden, voneinander zu lernen und miteinander Spaß zu haben. Viele Schülerinnen und Schüler kommen vorbelastet mit familiären Problemen oder gesundheitlich beeinträchtigt in die Schule. Die Lehrerinnen und Lehrer versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, um Probleme aufzufangen, doch sind sie angesichts der komplexen Problemlagen hiermit häufig überfordert. Gewalt unter den Schülern, Vandalismus und auch eine außergewöhnliche Suchtanfälligkeit sind die Folge. Eine weitere Besonderheit kommt noch hinzu: Die KARS ist eine Aufbaurealschule. Das heißt, ab der Klasse sieben kommen in der Größenordnung von zwei Schulklassen Schülerinnen und Schüler hinzu, die durch das Raster anderer Schulformen gefallen sind oder die als gute Hauptschüler ihren Weg hierher finden. Beide Schülergruppen haben in der Regel einen hohen Förderbedarf gerade in Bezug auf grundlegende soziale Kompetenzen. Diesen Schülern fühlt sich die Schule besonders verpflichtet. Um jedoch wirklich "aufbauen" zu können, braucht die Schule dringend einen Sozialarbeiter. Die KARS ist seit diesem Schuljahr zu einer Ganztagsschule geworden. Die Kinder verbringen nun einen Großteil ihrer Zeit an der Schule und sind damit für pädagogische Anliegen greifbar. Die Lehrerschaft der Schule hat sich in den letzten Jahren sehr verjüngt und versucht mit vielen neuen Ideen und viel Leidenschaft die Kinder zu fördern. Um das soziale Klima am der Schule nachhaltig zu verändern, ist die zusätzliche Verankerung eines Profis auf diesem Gebiet - eines Sozialarbeiters - unbedingt notwendig. Sozialarbeit rechnet sich. Die Wirkkraft dieser Arbeit wurde in zahlreichen Modellversuchen bewiesen. Entstehende Kosten rechtfertigen sich durch Minderung von Entwicklungs-und Schulschwierigkeiten der jungen Menschen. Schüler, Eltern und Lehrer sind auf ein breites gesellschaftliche Engagement angewiesen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung für unser Anliegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen.

So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008.

In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert.

Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen.

Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird.

Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können.

Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standart. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR	57.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Sanierungsbedarf an der Kaiserin-Theophanu Schule in Köln-Kalk

Rang: 19 **Vorschlags-Nr.:** 799

Pro-Stimmen: 176

Contra-Stimmen: 1

Saldo: 175

Bezirke: Kalk

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, das Gebäude des o.g. Gymnasiums befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Marode Wände, zugige Fenster und miserable Ausstattung tragen nicht zu einer angenehmen Lernatmosphäre bei. Der Stundenplan wird nicht nach pädagogischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sondern um den Belegungsplan der zu kleinen und baufälligen Turnhalle konstruiert. Daher beantrage ich die kurzfristige Umsetzung des bereits im April d.J. von der Bezirksvertretung beschlossenen Vorhabens. Dies bedeutet für das Budget der Stadt keine Aufwandserhöhung, sondern es wird nur eine zeitnahe Umsetzung zum Wohle der Kinder gewünscht!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle.
Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.
Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung erfolgt mangels Auslagerungsmöglichkeiten unmittelbar nach Fertigstellung der vom Rat beschlossenen Erweiterungsmaßnahme.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Das Bauvorhaben ist zügig weiter zu planen und umzusetzen. Der Bezirksvertretung Kalk ist regelmäßig über den Sachstand zu berichten

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

KTS-Gymnasium in Kalk sanieren

Rang:	25	**Vorschlags-Nr.:**	922
Pro-Stimmen:	136		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	134		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Unser Kind geht zur KTS in Kalk. Dort engagieren sich Eltern bemerkenswert mit Eigenleistungen in der Schule ? angefangen von baulichen Maßnahmen auf dem Schulhof bis zu Anstrichen und Dekoaktionen in Eigenleistung. Die marode Turnhalle muss dringend neu gebaut werden. Das Schulgebäude ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Über 800 Kinder gehen dort zur Schule und sollen in sicheren und ordentlichen Verhältnissen lernen dürfen. Eine zeitnahe Umsetzung wäre möglich, da die Mittel bereits im Frühjahr bewilligt wurden, aber noch nicht frei gegeben sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle. Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle. Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung erfolgt mangels Auslagerungsmöglichkeiten unmittelbar nach Fertigstellung der vom Rat beschlossenen Erweiterungsmaßnahme.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Werkstattneubau für den Berufsschulcampus Deutz

Rang:	35	**Vorschlags-Nr.:**	952
Pro-Stimmen:	109		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	107		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Zentrale Aufgabe der vorberuflichen Bildungsgänge am Berufskolleg ist die Vermittlung von Berufsbildern im gewerblich-technischen Bereich. Dies ist mit der vorhandenen Ausstattung nicht mehr zu leisten. Die Gebäude und die Werkstatteinrichtung stammt aus den 50er-Jahren und schreckt die Schülerinnen und Schüler eher ab als zu motivieren. Der Werkstattneubau ist bereits seit über 15 Jahren geplant, wurde aber immer wieder verschoben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der hohe Sanierungsaufwand für den im Berufsschulcampus Deutz bestehenden Werkstattbereich ist hinreichend bekannt. Unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte wird daher auch bereits seit Längerem einem Abriss und Neubau der Werkstätten gegenüber einer Sanierung der Vorrang eingeräumt. Hierzu bedarf es allerdings eindeutiger Planungsvorgaben durch die Verwaltung, welche bisher noch nicht vorliegen.

Die Erstellung eines neuen Werkstatttraktes im Campus Deutz geht nach den bisherigen Vorstellungen der Schulentwicklungsplanung einher mit der Zusammenführung von Berufskolleg (BK) 10, BK 17 und BK 18 auf dem Schulgelände in Deutz, Eitorfer Straße. Eine Zusammenführung dieser BK`s auf einem Schulgelände macht Sinn, da alle die sog. "Metallberufe" ausgebildet werden. Der neu zu errichtende Werkstatttrakt könnte dann von den drei BKs genutzt werden.
Für die genannte Zusammenführung ist jedoch eine Verlagerung des BK 19 notwendig, da für vier BK`s der Platz auf dem Schulgelände nicht ausreicht. Für das BK 19 ist ein Neubau auf dem Schulgelände Im Hasental angedacht. Hierfür ist eine Planungsaufnahme noch nicht erfolgt.
Ob der Bau des Werkstatttraktes auf dem Gelände vorgezogen werden kann wird derzeit geklärt. Abstimmungsgespräche mit den betroffenen Schulleitungen werden in den nächsten Tagen stattfinden. Kostenschätzungen liegen derzeit nicht vor.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Die Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung, sobald eine Aussage zu den Kosten getroffen werden kann. Derzeit werden von der Schulverwaltung die von den BK gemeldeten Bedarfe/Anforderungen geprüft.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Gesamtschule Kölner Westen

Rang:	36	**Vorschlags-Nr.:**	404
Pro-Stimmen:	110		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	102		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Jährlich werden hunderte Schüler an den bestehenden Gesamtschulen abgelehnt. Gleichzeitig gehen die Anmeldungen an den Hauptschulen zurück. Zudem ermöglicht das System der Gesamtschule das Abitur in 9 Jahren zu erlangen. Der Druck auf die Schüler ist somit geringer gegenüber dem 8jährigen Gymnasium. Der Bedarf nach einer weiteren Gesamtschule ist somit hoch. Nur leider befindet sich linksrheinisch nur in Böcklemünd, Zollstock und Rodenkirchen eine Gesamtschule. Der Westen mit den Stadtteilen Lindenthal, Junkersdorf, Braunsfeld, Weiden und Lövenich ist an das Gesamtschulsystem nicht angeschlossen. Um dem Bedürfnis der Schüler nachzukommen, wäre eine weitere Gesamtschule im Kölner Westen sinnvoll.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen.
In der Elternbefragung im Herbst 2009 haben im Stadtbezirk Lindenthal 15 % der Eltern (95 Nennungen) den Wunsch geäußert, ihr Kind an einer Gesamtschule anzumelden. 78 % der Eltern in Lindenthal wünschten sich hingegen einen Platz an einem Gymnasium für ihr Kind.
Die Gesamtschule in Bocklemünd wird um einen Zug erweitert. Die Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen um 1 Zug ist bereits abgeschlossen. Mit der neuen Gesamtschule in Nippes sind damit zukünftig insgesamt 6 zusätzliche Gesamtschulzüge (168 Plätze in den Eingangsklassen) vorhanden. Im Zuge der weiteren Schulentwicklungsplanung wird überprüft, wie dem Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen entgegengekommen werden kann. Hierbei spielen jedoch auch die Aspekte der Leistungsheterogenität, die ja grundsätzlich weiterhin Bestand haben, eine Rolle.
Dieses Thema ist ein Bestandteil des ersten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplans, der im Jahr 2010 vorgelegt werden soll.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Im Zuge der weiteren Schulentwicklungsplanung wird überprüft, wie der Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen berücksichtigt werden kann. Der Vorschlag wird von der Verwaltung daher grundsätzlich befürwortet. Die Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Energie-/Heizungskosten ->Einsparung

Rang:	38	**Vorschlags-Nr.:**	53
Pro-Stimmen:	106		
Contra-Stimmen:	9		
Saldo:	97		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In vielen Schulen, so auch an meiner (Kaiserin-Augusta-Schule) ist das Energie-/Heizungskonzept (sofern es überhaupt eines gibt) wenig augereift: Schon bei Temperaturen knapp unter 20 °C werden die Heizungen eingeschaltet, und bei sinkender Temperatur immer stärker aufgedreht. Daraufhin werden die Fenster geöffnet, wodurch im wahrsten Sinne des Wortes "zum Fenster hinaus geheizt wird". Außerdem entsteht bei längerer Nicht-Nutzung einzelner Räume eine unaushaltbare, stickige Luft. Das Problem ist, dass an den Heizkörpern keinerlei Einfluss auf die Heizintensität möglich ist, auch der Hausmeister kann/darf daran nichts ändern. Vorschlag: Option a) Die Heizkörper können in den Räumen von den Schülern/Lehrern (ggf. mit Lehrerschlüssel, um Missbrauch/Vandalismus durch Schüler zu vermeiden) selbst reguliert werden. Option b) Die Berechnungsgrundlage für die Heztemperatur wird grundlegend überdacht und nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer angepasst. Folge: 1. Die Situation für die Schüler/Lehrer würde sich verbessern 2. Es könnten Kosten eingespart werden. 3 .Die Umwelt würde geschont.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Heizungsanlage im Georgsplatz gibt es eine außentemperaturgesteuerte Regelung. Das Prinzip ist wie folgt: Wird die Außentemperatur wärmer, geht die Heizleistung zurück. Wird die Außentemperatur kälter, wird die Heizleistung höher. Die Regelung versucht den vorgegebenen Wert für die Raumtemperatur über die vorhandenen Fühler zu erreichen. An den Heizkörpern sind nicht verstellbare sogenannte "Behördenköpfe" vorhanden. Hier ist eine Veränderung nur mit Spezialwerkzeug möglich. In alle Klassen können die Fenster gekippt werden. Das Notausstiegsfenster kann komplett geöffnet werden. Beides sollte für eine Stosslüftung ausreichend sein. Neu- und Altbau haben eine Sonnenschutzanlage. Mit dieser können die Klassen vor Sonneneinstrahlung geschützt und ein Aufheizen der Klasse reduziert werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet, da er den Erfahrungen aus der Schulpraxis entgegensteht. Im Rahmen von Neu- und Erweiterungsbauten sowie Generalinstandsetzungen findet die vom Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft am 26.04.2010 beschlossenen Neufassung der Energie-Leitlinien Anwendung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem

späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Neues Mobiliar für das Schiller-Gymnasium

Rang:	39	**Vorschlags-Nr.:**	1127
Pro-Stimmen:	109		
Contra-Stimmen:	12		
Saldo:	97		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Das Schulmobiliar des Schiller-Gymnasiums in Köln-Sülz stammt zum Teil noch aus den siebziger Jahren. Vor allem im Bereich der Kunst, des Sports, aber auch in vielen Räumen des Altbaus findet sich noch Mobiliar aus dieser Zeit, das naturgemäß nicht mehr in bestem Zustand ist. Hier besteht dringend für Schränke, Tische, Stühle, Sportgeräte Erneuerungs- bzw. Ergänzungsbedarf, nicht zuletzt weil die Schülerzahlen in den letzten Jahren gestiegen sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztagsversorgung wird der bisherige D-Trakt, in dem u. a. der Kunstbereich untergebracht ist, abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt durch die Schulverwaltung eine Neuausstattung des Inventars des Kunstbereichs. Für den Bereich der beweglichen Sportgeräte ist die Schulverwaltung lediglich für eine Erstbeschaffung zuständig. Ersatzbeschaffungen von Verbrauchsmaterial und Geräten bis zu einem Einzelwert von 410 EUR netto sind durch die Schule aus ihrem Schulgirokonto selbst zu finanzieren. Da das Schillergymnasium am Projekt "Selbständige Schule" teilnimmt, erhält sie in diesem Rahmen ein Budget, aus welchem sie auch Ersatzbeschaffungen über diesen Einzelwert hinaus vornehmen muss.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet und im Rahmen der Erweiterung der Schule umgesetzt. Auf die bereits erfolgte Stellungnahme der Verwaltung wird verwiesen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

neubau humboldt

Rang:	40	**Vorschlags-Nr.:**	1123
Pro-Stimmen:	104		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	94		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

eine entscheidung für den 2. platz des architekturwettbewerbs und schneller baubeginn

Stellungnahme der Verwaltung:

Sofern sich der Vorschlag auf den Realisierungswettbewerb für die Erweiterung des Humboldt-Gymnasiums Kartäuserwall 40 bezieht, so hat das Preisgericht hierüber am 28.08.2009 entschieden. Die Schulkonferenz des Humboldt-Gymnasiums hat am 05.11.2009 ebenfalls für den ersten Preisträger votiert.
In Kürze wird auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses die Entwurfsplanung aufgenommen und eine Kostenschätzung erstellt.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Das Preisgericht und die Schulkonferenz haben sich für den ersten Preisträger entschieden. Die Erweiterung des Humboldt-Gymnasiums Kartäuserwall befindet sich in der Phase der Entwurfsplanung. Mit einem Baubeginn ist nach heutigem Planungsstand voraussichtlich im 1./2. Quartal 2012 zu rechnen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Sanierung Montessori-Gymnasium

Rang:	52	**Vorschlags-Nr.:**	813
Pro-Stimmen:	81		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	78		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Im Montessorigymnasium ist vor allem die Toilettensituation unzumutbar. Viele Vorschläge sind hierzu schon gemacht worden, aber die Dringlichkeit findet von Seiten der Stadt wenig Beachtung. Auch wenn gegenargumentiert wird, dass der Gesamtsanierungsplan noch nicht abgesclossen ist, muss hier eine provisorische Lösung geschaffen werden. Von vielen Schülerinnen und Schülern weiß ich, dass sie die Toiletten komplett meiden, was gesundheitlich bedenklich ist. Meine Tochter leidet an einer schweren Nieren-Blasenerkrankung und ist auf häufige Toilettengänge mit Selbst-Katheterisierung angewiesen. Dies stellt für sie jeden Tag aufs Neue eine große Einschränkung dar und die Toilettensituation macht es ihr doppelt schwer. Mit der Hoffnung auf eine positive Veränderung, Kathrin Butt

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u.a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig.
Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z.Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor.
Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden.
Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich begrüßt. Bereits im Vorgriff auf eine spätere Generalinstandsetzung wird in den Sommerferien mit der Sanierung der Außentoiletten, energetischen Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut sowie Brandschutzmaßnahmen begonnen. Die Kosten in Höhe von rd. 2,850 Mio. EUR sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft veranschlagt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über

die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Vorrang für Gesamtschulen

Rang:	53	**Vorschlags-Nr.:**	297
Pro-Stimmen:	100		
Contra-Stimmen:	22		
Saldo:	78		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Nachdem es allgemein anerkannt ist, dass das aussortieren von Kindern nach der 4. Klasse mehr Probleme als Vorteile bringt sollte in jedem Ort (jedoch mindestens 2 in jedem Stadtbezirk) eine Gesamtschule mit Ganztagskonzept eingerichtet werden. Wenn in der Sekundarstufe 1 Chancengleichheit angestrebt wird, ist damit zu rechnen, dass der große Teil der Kinder die Chance wahrnimmt. Als Schulträger kann die Stadt diesen Schultyp auf Kosten anderer Schultypen, wie Hauptschule und Realschule verwirklichen, sodass es ggf kostenneutral realisiert werden kann. Vielleicht kann man sogar auf die vorhandenen Gebäude zurückgreifen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule muss so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort eine vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Der Rückgriff auf Gebäude von Haupt- und Realschulen ist in der Praxis lediglich eingeschränkt möglich. Die Mindestgröße einer Gesamtschule ist auf 4 Züge (4 Eingangsklassen) festgelegt, um die erforderliche Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe erreichen zu können. In der Summe werden an einer 4-zügigen Gesamtschule (je nach Größe der gymnasialen Oberstufe) 800 - 1.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Haupt- und Realschulgebäude sind in der Regel auf 2 - 3 Züge in der Sekundarstufe I ausgerichtet. In der Summe liegt die Platzkapazität damit in einem Bereich von maximal 360 - 540 Schülerinnen und Schüler. Die Grundstücksgrößen lassen in der Regel eine erforderliche Erweiterung nicht zu. Auch die Bildung von sog. Teilstandorten ist in der Regel nicht praktikabel. Die Bildung von Teilstandorten muss durch die obere Schulaufsicht genehmigt werden. Sie ist lt. § 83 Abs. 4 Schulgesetz NRW nur in Ausnahmefällen zulässig, und dann nur unter der Voraussetzung, dass die Teilstandorte in zumutbarer Entfernung liegen und kein zusätzlicher Lehrerbedarf entsteht. Auch wenn es sich bei einer Entscheidung, ob eine Entfernung zumutbar ist, immer um eine Einzelfallentscheidung handelt, kann als Faustregel gelten, dass die Entfernung in ca. 5 Minuten fußläufig zu bewältigen sein muss. Nur so ist zu gewährleisten, dass es Schülern und Lehrern möglich ist, zwischen zwei Unterrichtsstunden die Gebäude zu wechseln.

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine

Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule muss so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort eine vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Der Rückgriff auf Gebäude von Haupt- und Realschulen ist in der Praxis lediglich eingeschränkt möglich. Die Mindestgröße einer Gesamtschule ist auf 4 Züge (4 Eingangsklassen) festgelegt, um die erforderliche Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe erreichen zu können. In der Summe werden an einer 4-zügigen Gesamtschule (je nach Größe der gymnasialen Oberstufe) 800 ▯ 1.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Haupt- und Realschulgebäude sind in der Regel auf 2 - 3 Züge in der Sekundarstufe I ausgerichtet. In der Summe liegt die Platzkapazität damit in einem Bereich von maximal 360 - 540 Schülerinnen und Schüler. Die Grundstücksgrößen lassen in der Regel eine erforderliche Erweiterung nicht zu. Auch die Bildung von sog. Teilstandorten ist in der Regel nicht praktikabel. Die Bildung von Teilstandorten muss durch die obere Schulaufsicht genehmigt werden. Sie ist lt. § 83 Abs. 4 Schulgesetz NRW nur in Ausnahmefällen zulässig, und dann nur unter der Voraussetzung, dass die Teilstandorte in zumutbarer Entfernung liegen und kein zusätzlicher Lehrerbedarf entsteht. Auch wenn es sich bei einer Entscheidung, ob eine Entfernung zumutbar ist, immer um eine Einzelfallentscheidung handelt, kann als Faustregel gelten, dass die Entfernung in ca. 5 Minuten fußläufig zu bewältigen sein muss. Nur so ist zu gewährleisten, dass es Schülern und Lehrern möglich ist, zwischen zwei Unterrichtsstunden die Gebäude zu wechseln.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Im Zuge der weiteren Schulentwicklungsplanung wird überprüft, wie der Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen berücksichtigt werden kann. Der Vorschlag wird von der Verwaltung daher grundsätzlich befürwortet. Die Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Erweiterungsbau Hansagymnasium

Rang:	66	**Vorschlags-Nr.:**	997
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	61		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Das Hansagymnasium platzt seit vielen Jahren aus allen Nähten. Seit der Schulzeitverkürzung im Gymnasialbereich (G8) und dem damit verbundenen stark vermehrten Nachmittagsunterricht ist es noch viel schlimmer geworden. Ein Erweiterungsbau inkl. besseren räumlichen Möglichkeiten für Mittagessen und Betreuung/Freistunden ist deshalb dringend erforderlich geworden. Diese Probleme bestehen jetzt und nicht irgendwann, wenn es vielleicht einmal Geld dafür geben wird! Insofern muss hier wohl leider die Kommunalpolitik die Hausaufgaben für das Vorpreschen einer nicht sehr praxisbezogenen Landespolitik (Stichwort "Bildungshoheit") machen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bevor konkrete Planungsschritte aufgenommen werden können, sind zunächst verwaltungsinterne Abstimmungen erforderlich, im Rahmen derer auch die Finanzierung zu prüfen ist. Eine Erweiterung des Hansa-Gymnasiums ist auch Bestandteil der geplanten "Bildungslandschaft Nord", zu deren Umsetzung noch keine abschließende Entscheidung in den politischen Gremien getroffen ist.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zur Erweiterung des Hansagymnasiums wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Er ist auch Bestandteil der sich zur Zeit in der Beratungsfolge befindlichen Beschlussvorlage mit der Nr. 0508/2010 "Bildungslandschaft Altstadt Nord, Planung und Realisierung" (ASW am 30.08.10). Eine Beschlussfassung über den Vorschlag erfolgt damit im Rahmen der v.g. Beschlussvorlage.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Anzahl Räume / Personal für den Betrieb der offenen Ganztagsschule

Rang:	67	**Vorschlags-Nr.:**	188
Pro-Stimmen:	63		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	59		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Dem offenen Ganztag stehen hier oft nicht genügend Betreuungsräume mit der entsprechenden Ausstattung zu Verfügung. Es ist zwar ein Essensraum für die Essenseinnahme vorhanden und für die Erledigung der Hausaufgaben können Klassenräume in der Schule genutzt werden. Dennoch kommt es , auch wenn man diese Zeiten inklusive der Zeiten für die AGs berücksichtigt, trotzdem in den Stoßzeiten zu einer enorm hohen Kinderzahl in den Gruppenräumen (Verteilerzahl: 50 Kinder = 1 Betreuungsraum). Hierdurch werden Kinder sowie das Personal einem enorm hohen, gesundheitsschädigendem Lärmpegel ausgesetzt. Den Kindern ist es in dieser Situation kaum möglich, zu einem Zustand der Ruhe und Ausgeglichenheit zu gelangen, wie es nach einem langen Schultag wichtig wäre. Insbesondere Kinder mit Wahrnehmungsstörungen, wie Reizüberflutungen etc., erleben dies sicher als besonders belastend. Erstrebenswert wäre eine Gruppengröße von max. 25 Kindern, wodurch bei einer Betreuungszahl von durchschnittlich 100 Kindern in zweizügigen Grundschulen der Bedarf von zwei weiteren Räumen mit der entsprechenden Ausstattung und ebenfalls ein erhöhter Personalbedarf (in der Regel zwei Aufsichtspersonen pro Raum) entstehen würde, um Kinder adäquat beaufsichtigen zu können. Der Essraum kommt als Betreuungsraum dabei nicht in Frage, da dieser in der Regel schon durch diverse AGs belegt ist. Daher wird gefordert, dass mehr Räumlichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung für den offenen Ganztagesbetrieb zur Verfügung gestellt werden können inklusive des erforderlichen zusätzlichen Personals. Als optimal wären hier ein Verteilerschlüssel 1 Raum für 25 Kinder mit 2 Betreuungspersonen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum Start der Umsetzung des Programms der offenen Ganztagsschule (OGTS) im Primarbereich und Festlegung des Raumprogramms war der Zuspruch zur OGTS (ständig steigende Bedarfe) noch nicht absehbar. Die Festlegung eines deutlich höheren Raumprogramms hätte weitaus mehr OGTS-Neubauten erfordert und eine Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln wäre nicht möglich gewesen. Der Rat der Stadt Köln hat aufgrund der Finanzlage eine 100% Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln beschlossen.

Mit den neuen Raumprogrammleitlinien hat die Stadt Köln auf die steigenden Bedarfe/Anforderungen reagiert und setzt diese bei allen künftigen Neubauplanungen ein. Für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote des Offenen Ganztags im Primarbereich stehen neben den Betreuungsräumen generell auch alle übrigen Unterrichts- und Mehrzweckräume eines Schulgebäudes zur Verfügung - und das nicht erst bzw. einzig für die Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe). Daneben kann die Turnhalle, ein Forum - soweit vorhanden - sowie das Außengelände genutzt werden.
Sofern die Platzkontingente an einzelnen Standorten 50% der insgesamt dort beschulten Kinder übersteigen, gehen Schulleitungen und Trägervereine zudem dazu über, durch die Rhythmisierung eines Zuges die Klassenräume noch intensiver dual zu nutzen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Im Offenen Ganztag generell mehr Fachpersonal einzusetzen, wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Entsprechende Vorschläge nebst Kostenkalkulation werden derzeit von der Arbeitsgruppe "Qualitätssicherung und -entwicklung in der OGTS" erarbeitet und den politischen Gremien vorgestellt. Was die Erwähnung der Lernzeiten in der Eingabe anbelangt, wird auf die bereits verfasste Stellungnahme der Verwaltung verwiesen. Seit Herbst 2009 legt die Schulverwaltung bei allen Neu- und Erweiterungsbauten sowie bei

Generalinstandsetzungen das Raumprogramm nach den neuen "Schulbauleitlinien der Stadt Köln 2009" zugrunde, welches auch für den Bereich OGTS weitere räumliche Verbesserungen vorsieht.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Jugendhilfeausschuß: Der Jugendhilfeausschuss hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 07.08.2010 in seine Hpl.-Beratungen am 27.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.
Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Schulsanierung (Erweiterungsbau Gymnasium Wahn)

Rang:	77	**Vorschlags-Nr.:**	558
Pro-Stimmen:	51		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	46		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Seit 2000 wurden von der Stadt Köln jedes Jahr ca. 80 Mio. Euro für Schulsanierungen ausgegeben. Leider reichte diese enorme Summe immer noch nicht aus, um alle maroden Gebäude instandzusetzen. Daher darf der Haushaltsansatz für Schulsanierung auf keinen Fall reduziert werden! Als kurzfristige Maßnahme fordern wir: Zügige Realisierung des benötigten Erweiterungsbaus für das Maximilian-Kolbe-Gymnasium in Porz-Wahn.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 die Planungsaufnahme für die Errichtung eines gemeinsamen Erweiterungsbaus für das Gymnasium Nachtigallenstr. (Maximilian-Kolbe-Gymnasiums) sowie die Realschule Albert-Schweitzer-Str. (Otto-Lilienthal-Schule) beschlossen. Das Raumprogramm umfasst 10 Unterrichtsräume, eine Bibliothek sowie die notwendigen Räume für den Ganztagsbereich (Küche, Speiseräume, Freizeit- und Betreuungsräume). Die Gesamtkosten hierfür wurden überschläglich mit rd. 11,4 Mio. Euro geschätzt.
Zur Zeit erfolgt in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren die Architektenauswahl. Ein konkreter Realisierungszeitraum kann erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 der Fall sein wird.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet und befindet sich bereits in der Realisierungsphase. Konkrete Terminpläne können erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 möglich sein wird. Die Planungskosten sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Renovierung der Schulsporthalle des Georg-Büchner Gymnasium in Weiden absolut nötig

Rang:	80	**Vorschlags-Nr.:**	27
Pro-Stimmen:	46		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	44		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Die Schulsporthalle, die vom Gymnasium und der Hauptschule in Weiden benutzt wird, entspricht absolut nicht mehr den Mindeststandard einer Schulsporthalle. Die Ausstattung ist veraltet, marode und es fehlt an einer Grundausstattung von Geräten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Sanierung des Schulzentrums Weiden einschließlich der Sportstätten ist mit weiteren Schulstandorten Teil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPP-Projekte (Öffentliches Privates Partnership) zur Sanierung städtischer Schulgebäude.
Nachdem in den Vorbereitungen der hierzu notwendigen Verfahrensabläufe zunächst erhebliche und in diesem Umfang auch so nicht vorhersehbare Probleme ausgeräumt werden mussten, die zu Verzögerungen beigetragen haben, kann nunmehr in diesem Jahr das europaweite Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden. Zielsetzung ist es, unter Berücksichtigung dieser sehr komplexen Abläufe einen Vertragsabschluss sowie die Beauftragung dann in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Sanierungspaket enthaltenen Schulstandorten ab 2012 zu erreichen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung des Schulzentrums Weiden ist Bestandteil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPPProjekte. Zielsetzung ist weiterhin, eine Beauftragung in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Los enthaltenen Schulstandorten in 2012 zu erreichen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Augenmerk auf die Gesamtschulen

Rang: 81 **Vorschlags-Nr.:** 1075

Pro-Stimmen: 55

Contra-Stimmen: 12

Saldo: 43

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Ich fordere Sie freundlichst auf, ein besonderes Augenmerk auf die Gesamtschule zu legen. In der heuteigen Zeit ist Bildung die einzige Form eine stabile Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Schulbildung = Arbeit = Arbeit = stabiler Haushalt. Hier muss man sich überlegen, dass die 10 Jährigen hier in eine Strucktur gepresst werden, welches ihre Zukunft maßgeblich und nachhaltig in eine bestimmte Richtung leitet - mit Anfang der 4. Klasse werden die Schulformen von den Lehrern festgelegt. - Ohne zu berücksichtigen, ob das Kind ein Spätzünder ist - und einfach etwas mehr Zeit braucht. --- Einmal auf eine bestimmte Schulform festgelegt, bleibt man in diesem Kreisel- - Mit einer Gesamtschule ist dieser Kreislauf zu unterbrechen. - Jedes Kind hat hier die Chance sich in seinem Tempo zu entwickeln - jedes Kind hat auch das RECHT auf die bestmöglichste Bildung. Bildungsabschlüsse sind hier nachweislich höher, als vorher prognostiziert. - Im Sinne der Gesellschaft, im Sinne aller Kinder, im Sinne der zukünftigen Arbeitnehmer fordere ich Sie auf, die Gesamtschulen zu unterstützen. Mit freundlichen Grüßen Kerstin Müller La Tragna Schulpflegschaftsvorsitzende der Gesamtschule Rodenkirchen

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule muss so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort ein vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch zukünftig geprüft, wie die die Platzzahlen an Gesamtschulen weiterhin erhöht werden können.

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagsschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagsschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule muss

so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort ein vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch zukünftig geprüft, wie die die Platzzahlen an Gesamtschulen weiterhin erhöht werden können.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Im Zuge der weiteren Schulentwicklungsplanung wird überprüft, wie der Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen berücksichtigt werden kann. Der Vorschlag wird von der Verwaltung daher grundsätzlich befürwortet. Die Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Sanierung der Schultoiletten in der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz

Rang:	87	**Vorschlags-Nr.:**	1178
Pro-Stimmen:	43		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	42		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Der Zustand unserer Schultoiletten ist unausstehlich! Die Schultoiletten sind heruntergekommen, kaputt und stinken nach Urin. Außerdem, ist der Gang zur Toilette äußerst unhygienisch, da es keine Möglichkeiten gibt sich vernünftig die Hände zu waschen und abzutrocknen. Keine Seife! Keine Abtrockentücher! Überschwemmungen durch verstopfte Toiletten sind nichts Ungewöhnliches. Der alarmierende Zustand ist schon lange bekannt und trotzdem wurde bisher nichts unternommen! Wir fordern eine Sanierung der Schultoiletten sowie ein System, das den intakten Zustand der Toiletten langfristig gewährleistet! Die Oberstufe der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck.
Die Toilettensanierungen in der Lise-Meitner-Gesamtschule in Köln-Porz, Stresemannstr., sind mit bisher geschätzten Kosten von rd. 400.000 EUR Bestandteil dieses Programms. Die Verwaltung bereitet z.z. die hierfür notwendigen öffentlichen Ausschreibungen vor. Vorbehaltlich eines reibungslosen Verfahrensablaufs wird angestrebt, noch in den Sommerferien 2010 mit den Arbeiten zu beginnen.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierungsarbeiten werden im Zeitraum von Mitte Dezember 2010 bis Anfang Mai 2011 durchgeführt. Die Finanzierung ist im Rahmen des vom Rat beschlossen Programms zur Sanierung der Toiletten in Schulen und Sporthallen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft berücksichtigt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Schulsport

Rang:	91	**Vorschlags-Nr.:**	606
Pro-Stimmen:	43		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	39		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Das Schulzentrum Wahn wartet schon seit dem Einigungsvertrag zwischen der ehem. Stadt Porz und der Stadt Köln auf eine reguläre und angemessene Außensportanlage. Vor ein paar Jahren wurde zwar der politische Beschluss gefasst, seit dem vertröstet die Verwaltung jedoch immer wieder von einem auf das nächste Jahr. Schulsport ist auch Bildung! Deshalb fordern wir die sofortige Realisierung der beschlossenen Außensportanlage für Schüler und Vereine in Porz-Wahn auf dem dafür vorgesehenen Gelände zwischen A 59, Nachtigallenstraße und Maximilian-Kolbe-Gymnasium.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gebäudewirtschaft hat im Frühjahr 2009 das für den Bau der Sportanlage benötigte Grundstück, östlich des Gymnasiums Nachtigallenstr. 19 - 21 gelegen, gekauft. Im November 2009 wurde ein Bauantrag für die Errichtung einer zunächst reinen Schulsportanlage gestellt. Die Beschränkung auf die rein schulische Nutzung, entgegen der bis dahin vorgenommenen Planungen, ergab sich aus dem Umstand, dass gegen den bestehenden Bebauungsplan eine Anwohnerklage erhoben wurde. Diese Klage hatte auch Einfluss auf die Planungen für den Vereinssport. Es wurde daher entschieden, um die Errichtung der Anlage nicht weiter auf unbestimmte Zeit zu verschieben oder gar zu gefährden, die Anlage zunächst als Schulsportanlage zu errichten und sie in einem weiteren Schritt dann anschließend für die Belange des Vereinssports zu ertüchtigen. Der Bauantrag befindet sich zur Zeit in der Prüfphase. Mit dem Beginn der Arbeiten wird, sollten keine weiteren Einwände erhoben werden, voraussichtlich im 2. Quartal 2010 gerechnet.

Kostenschätzung: Es muss nach dem derzeitigen Stand mit Baukosten in Höhe von 3.600.000 EUR sowie Einrichtungskosten in Höhe von 20.000 EUR gerechnet werden.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Nachdem Planung und Baugenehmigungsverfahren nunmehr abgeschlossen sind, kann vorbehaltlich des noch einzuholenden Baubeschlusses im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren durchgeführt werden. Mit einem Baubeginn ist im 1./2. Quartal 2011 zu rechnen. Die Finanzierung ist im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft berücksichtigt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über

die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Öko-Stromerzeugung und Unterrichtsprojekt der Henry-Ford-Realschule in Chorweiler

Rang:	94	**Vorschlags-Nr.:**	680
Pro-Stimmen:	40		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	36		
Bezirke:	Chorweiler		

Vorschlagstext:

Der Förderverein der Schule könnte in Zusammenarbeit mit einem Elektronik-Unternehmen vor Ort auf einem unverschatteten Teil des Schuldachs eine Solarstromanlage (Photovoltaik) errichten. Zugleich sollte innerhalb des Schulgebäudes die Kontroll- und Steuerungseinheit für die Solaranlage errichtet werden, inklusive eines weithin sichtbaren Solarstrom-Erzeugungszählers. Die gesamte Anlage sollte intensiv im Unterricht genutzt werden. Die Finanzierung des Bauplans, die Baugenehmigung, Kreditabsicherung und Risikoversicherung sollten durch die Stadt Köln erfolgen, die Planung durch die Betreiber, die Finanzierung durch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder Banken mit vergleichbaren Fördermöglichkeiten. Der erzeugte Strom würde ins öffentliche Netz eingespeist, der Erlös aus der dafür gezahlten Einspeisevergütung würde zur Abzahlung des Kredits (ca. 15 Jahre bis zur Amortisation) dienen und die möglichen Gewinne für Re-Investitionen in das Öko- und Unterrichtsprojekt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.
Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich.
Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch keine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann.
Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung.
Hierbei ist jedoch eine Übernahme der den Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Kommune nicht möglich, wobei insbesondere die Risikoübernahme einer Kreditabsicherung nach der Gemeindeordnung für das Land NRW nicht zulässig ist.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Die Betreibung einer Photovoltaikanlage in Eigenregie der Stadt Köln wird abgelehnt, da hierdurch keine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Die
Gebäudewirtschaft stellt jedoch dem Förderverein Dachflächen für den Betrieb einer Photovoltaikanlage zur Verfügung, wobei allerdings keine Investitions- und Betriebskosten übernommen werden können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Bürgerhaushalt 2010

Umweltschutz

Cluster: Energien (-sparen)/Beleuchtung

Cluster **Energien (-sparen)/Beleuchtung**

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
19	10	LED-Leuchten
25	674	Licht aus am Stadion
26	168	Mehr Solar-und Spar-Projekte
27	318	Solardachkarte für Köln
34	61	LED-Straßenbeleuchtung - Energiesparen leicht gemacht
35	148	Photovoltaikanlagen auf Schuldächern
61	634	Stromeinsparung
69	302	Solaranlagen auf ie Schuldächer
71	673	Energiegewinnung
75	1561	Ökostrom für alle öffentliche Gebäude in Köln
80	330	Bürgerzentrum Mütze."Das blaue Dach wird grün!"
85	210	LICHT AUS !
86	5	mehr solaranlagen und led beleuchtung
89	113	Bürgersolaranlage auf öffentluiche Gebäude

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema		250.000,00 €			
Summe Cluster:		250.000,00 €			

LED-Leuchten

Rang:	19	**Vorschlags-Nr.:**	10
Pro-Stimmen:	91		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	80		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Stadt sollte möglichst schnell auf energiesparende LED-Leuchten im Straßenraum (Laternen, Weihnachtsbeleuchtung etc.) umrüsten. Selbst wenn dies mit hohen Investitionen verbunden ist, trägt die Umrüstung aktiv zum Umweltschutz bei.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Thema LED ist sehr komplex. Zurzeit besteht eine Versuchsanlage in Widdersdorf-Süd. Die Vorteile der LED-Technik liegen auf der Hand. Dafür sprechen die hohe Energieeffizienz, die lange Lebensdauer, die kompakte Bauform und die dadurch mögliche variable Leuchtenform sowie die sehr hohen Leuchtdichten. Die zurzeit noch bestehenden Nachteile, die den Einsatz der LED in der Straßenbeleuchtung nur beschränkt möglich machen sind folgende: - schwieriges Wärmemanagement - zurzeit noch geringe Systemlichtausbeute (30 - 70 Im/Watt) - Blendungsgefahr durch sehr hohe Leuchtmittel - Technik ist (noch) sehr teuer - Lebensdauer bestimmter Lichtfarben noch zu gering - Lichtfarbenstreuung in der Produktion sehr hoch - Ersatzteilversorgung der LED´s nicht gesichert, da mit jeder Neuentwicklung die heutigen Bauteile sofort veraltet sind. Sicherlich wird man das ein oder andere Problem in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Die LED-Technik wird auch in der professionellen Straßenbeleuchtung Einzug halten. Der genaue Zeitpunkt ist noch ungewiss, doch wenn die Entwicklung so schnell voran schreitet wie angekündigt, kann RheinEnergie in zwei bis drei Jahren (Stand 2009) mit den ersten LED-Straßenleuchten rechnen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Licht aus am Stadion

Rang:	25	**Vorschlags-Nr.:**	674
Pro-Stimmen:	83		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	73		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Warum brennt auch außerhalb von Veranstaltungen die Stadion-Beleuchtung (4 Säulen). Auch wenn das von der Rhein-Energie gesponsort wird, ist es unser Geld und unsere Energie, die hier verscheludert wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Architekten des RheinEnergieStadions sind die Lichttürme (Pylone) nicht nur bauliche Notwendigkeit, um die Dachkonstruktion des Stadion zu tragen, sondern architektonisches Wesensmerkmal des Stadions, durch die dieses Stadion unverwechselbar wird. Diese Pylone ermöglichen es außerdem, eine Landmarke im Kölner Westen zu setzen. Darunter verstehen die Architekten Folgendes: Wer sich von Westen her der Domstadt nähert, sieht als erstes Kölner Gebäude das RheinEnergie-Stadion und weiß, »da vorne beginnt Köln«! Nachts ist das allerdings nur dann möglich, wenn die Türme erleuchtet sind. Um Stromkosten zu sparen, hat die Kölner Sportstätten GmbH folgende Maßnahmen ergriffen: Die Pylone werden zeit- und außenhelligkeitsabhängig geschaltet, im Winter von 16:30 bis 24 Uhr, im Sommer von 22 bis 24 Uhr. Im Jahre 2007 wurden für diese Pylone energieeffiziente Beleuchtungssteuerungen eingebaut. Durch die Reduzierung der Spannung um ca. 10-15% und der damit verbundenen Leistungsreduzierung konnte der Energieverbrauch in diesem Bereich wesentlich gesenkt werden, ohne dass der Wahrzeichencharakter der Stadiontürme eingeschränkt ist. Ein komplettes Ausschalten der Türme macht allerdings keinen Sinn, dann hätte man sie nicht als Lichttürme bauen dürfen. Und die Idee der Lichttürme mit den damit verbundenen Vorteilen in der Wahrnehmung des Stadions war letztlich der ausschlaggebendes Punkt, warum sich die Verantwortlichen seinerzeit für diesen Stadionentwurf entschieden haben.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Sportausschuß: Der Sportausschuss empfiehlt dem Rat, die beiden nachstehend aufgeführten und im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2010 gemachten Vorschläge gemäß den als Anlage beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung und den bereits vorgenommenen Voten der beteiligten Bezirksvertretungen, abzulehnen.

Mehr Solar-und Spar-Projekte

Rang:	26	**Vorschlags-Nr.:**	168
Pro-Stimmen:	75		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	71		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Bei der Europaschule Köln hat die Stadt ein sehr erfolgreiches Projekt erprobt: Maßnahmen zur Energieeinsparung und Solarnutzung werden durch Finanz-Einlagen von Bürgern finanziert. Alle haben einen Nutzen: Das Klima wird geschützt, die Stadt spart die Investitionskosten und die Bürger erhalten eine Verzinsung für ihr angelegtes Geld. Dieses Projekt darf kein Einzelfall bleiben, denn es ermöglicht Investitionen in den Klimaschutz auch in Zeiten knapper Kassen! Mehr Info: http://www.solarundspar.de/

Stellungnahme der Verwaltung:

Stellungnahme von 26: Die energetische Sanierung der Europaschule Zollstock erfolgte damals im Rahmen der „100.000 Watt-Solar-Initiative für Schulen in NRW“, deren Umsetzung und wissenschaftliche Begleitung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurde. Insgesamt gibt es nur 5 gleichartige Projekte auf Landesebene. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH übernahm dabei sowohl die Projektvorbereitung, wie auch die technische Umsetzung und wissenschaftliche Projektbegleitung. Zu diesem Zweck wurde die Solar&Spar Contract GmbH & Co. KG gegründet und mit der Projektdurchführung beauftragt. Parallel zu den hohen Zuschussmitteln des Landes konnte die Solar&Spar Contract GmbH öffentliche Gelder durch eine Bürgerbeteiligung einwerben. Trotz der guten Erfahrungen mit dem Solar&Spar Projekt bezüglich der erzielten Energieeinsparung ist es der Stadt nicht möglich, weitere Projekte dieser Art zu initiieren. Zum Einen werden die benötigten Zuschüsse aus Bundes- oder Landesmitteln nur im Rahmen spezieller Programme bereit gestellt und stehen somit nicht permanent zur Verfügung. Weiterhin ist es der Stadt nicht möglich, die zusätzlich erforderlichen Gelder durch Bürgerbeteiligungen einzuwerben oder die zur Abwicklung und Betreuung der Projekte nötigen Gesellschaften zu gründen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Dieses Konzept wurde als Pilotprojekt mit öffentlicher Förderung entwickelt mit dem Ziel, es dann auch in der Praxis umzusetzen. Eine breite Umsetzung in der Praxis ist notwendig, um weitere Mittel zur energetischen Sanierung von Schulen und anderen Gebäuden zu aquirieren. Die Bezirksvertretung bittet daher um Neuauflage weiterer Projekte.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Solardachkarte für Köln

Rang:	27	**Vorschlags-Nr.:**	318
Pro-Stimmen:	75		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	70		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Stadt Köln sollte eine Solardachkarte oder Solardachverzeichnis wie die Stadt Gelsenkirchen von der FH Frankfurt erstellen lassen. Dann könnte jeder Bürger nachsehen, ob sich eine Solaranlage auf seinem Dach rentiert oder welche öffentlichen Gebäude hierfür geeignet sind. Interessant hierzu http://www.wdr.de/tv/quarks/sendungsbeitraege/2009/0908/007_solarenergie.jsp

Stellungnahme der Verwaltung:

In Deutschland existieren eine Reihe sog. „Solarkataster“, wobei in den meisten lediglich die bereits installierten Solaranlagen dokumentiert werden. Der Umweltverwaltung sind sog. „Solarpotenzialkataster“ aus Osnabrück, Bielefeld und Gelsenkirchen bekannt, die Auskunft über die solaren Potenziale für noch zu errichtende Solaranlagen geben sollen. Die Ableitung der Dachformen und -neigungen erfolgte bei diesen Katastern dem Vernehmen nach aus den vielerorts verfügbaren 4-Punkt Laserbefliegungen. In der Praxis können automatisiert erstellte Kataster bei dieser Punktdichte aber die real vorhandenen Dachfor-men und -neigungen nicht fehlerfrei abbilden . Stattdessen wird hier lediglich der Gebäu-deumriß aus der automatischen Liegenschaftskarte mit Luftbildkarten hinterlegt. Die solaren Potentiale werden dann aus der geographischen Lage der jeweiligen Stadt, der Topographie sowie der möglichen Verschattung durch andere Gebäude ermittelt. Die angegebenen solaren Potenziale sind damit eher als Anhaltspunkte für die solare Eignung der Dachflächen im Sinne von „gut“ oder „weniger gut“ zu verstehen. Insofern ist der Nutzen eines solchen Katasters auch eher in der momentan noch zu erzielenden Öffentlich-keitswirksamkeit als in der Bereitstellung realistischer Ertragsdaten für Hausbesitzer oder Fachbetriebe zu sehen, da hierbei die tatsächlich im sinnvollen Zusammenhang nutzbaren Dachflächen in jedem Falle vor Ort ermittelt werden müssen! Dabei ist allerdings unklar, ob der Werbeeffekt eines solchen Katasters im Vergleich zu den Anreizen von EEG-Einspeisevergütung und Solarthermieförderung überhaupt in nennenswertem Umfang zu zusätzlichen Neuanlagen führen wird. Die Kosten für ein solches gesamtstädtisches Kataster würden auf Grundlage der bereits vorhandenen Laserdaten mind. 150.000 € betragen. Möchte man die Aussagekraft der Ertragsdaten verbessern, so wäre dazu eine neue Laser-befliegung mit höherer Punktdichte nötig. Der Kostenanteil für die Stadt ist mit ca. 100.000 € zu veranschlagen, die Gesamtkosten für ein solches Kataster lägen dann bei mind. 250.000 €. Bei der Stadt Bonn steht ein solches Kataster kurz vor der Fertigstellung. Die Umweltverwal-tung wird die Ergebnisse im Frühjahr 2010 in Augenschein nehmen und sich dann zu den Möglichkeiten und zum Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Kataster eine abschließende Meinung bilden. Angesichts der nicht unerheblichen Kosten sollte über die Realisierung eines Solarpotenzialkatasters für Köln nur im Quervergleich mit anderen Klimaschutzmaßnahmen und auf Basis einer qualifizierten Kosten-Nutzen-Abschätzung entschieden werden. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzverpflichtungen der Stadt Köln steht die Beauftragung eines Klimaschutzkonzeptes mit einer detaillierten CO2-Bilanz für die Teilbereiche Energie und Verkehr kurz bevor. Ein Ergebnis wird u.a. die Kosten-Nutzen-Bewertung der für Köln relevanten Klimaschutzmaßnahmen sein. Bei der Entwicklung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird es unerlässlich sein, sich auf die wirtschaftlichsten Klimaschutzmaßnahmen zu konzentrieren, da bei der aktuellen Wirtschaftslage nur so ein nennenswerter Klimaschutzeffekt realisiert werden kann. Ohne dieser Untersuchung vorgreifen zu wollen, kann man aufgrund einschlägiger Studien schon jetzt feststellen, dass die Photovoltaik-Stromerzeugung in Deutschland auch in 10-20 Jahren noch die mit Abstand höchsten CO2-Vermeidungskosten aufweisen. Angesichts der eingeschränkten Aussagekraft, der Kosten und dem praktischen Nutzen eines Solarpotenzialkatasters hält die Verwaltung es nicht für sinnvoll, eine solch teure Maßnahme im Vorfeld der Prioritätenbildung des Klimaschutzkonzeptes und der darauf aufbau-enden Umsetzungsbeschlüsse des Rates zu realisieren. Ersatzweise sind unter dem nachfolgendem Link der Energieagentur NRW die Strahlungskarten für das

Bundesland NRW zu finden. Hier kann jeder interessierte Hausbesitzer in Köln in Abhängigkeit von der ungefähren Dachneigung und -orientierung die solare Einstrahlung auf eine Solaranlage selbst ermitteln. Zusammenfassend kann man aus diesen Strahlungs-karten ableiten, dass die Anschaffung einer Solaranlage in Köln unter Kosten-Nutzen-Aspekten nur Sinn macht, wenn die Dachflächen nach Süden (/- 45 Grad) ausgerichtet und weitgehend unverschattet sind. Bei konkretem Interesse wird dann ein individuelles Angebot eines Fachbetriebes genaue Zahlen liefern. http://www.energieagentur.nrw.de/_database/_data/datainfopool/solaratlas.swf (Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Köln noch nicht über ein so genanntes Geodatenportal verfügt, über das sie Geodaten/raumbezogene Informationen in kartographisch aufbereiteter Form ggf. auch mit interaktiven Karteninhalten im Internet bereit stellen kann. Sie baut gegenwärtig jedoch ein solches Portal auf. Im Laufe des nächsten Jahres soll die hierfür erforderliche Hard- und Software beschafft werden und damit die entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. Nach abschließenden Testserien soll das Geodatenportal der Stadt Köln dann mittelfristig im Internet freigeschaltet werden. Der genaue Zeitpunkt hierfür steht jedoch noch nicht fest.)

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	250.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

LED-Straßenbeleuchtung - Energiesparen leicht gemacht

Rang:	34	**Vorschlags-Nr.:**	61
Pro-Stimmen:	65		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	61		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich schlage ein Stadtweite Umrüstung der Straßen- und Gehwegbeleuchtung auf LED Technik vor. Städte wie Düsseldorf, Jena, Lippstadt (nur eine kleine Auswahl der bekanntesten) machen dies vor und testen bereits erfolgreich die neuen energiesparenden Lampen. Die neue Technik macht sich in kürzester Zeit bezahlt, da eine hohe Menge an Energie eingespart wird. Das wiederum sorgt nicht nur für geringere Energie und Wartungskosten, sondern auch für eine verbesserte CO2 Bilanz der Stadt. Auch die Lichtlenkung ist besser, wodurch besser ausgeleuchtet werden kann. Lichtsmog wird vermieden. In bestimmten Teilen der Stadt (Innenstadt, Rheinufer, Brücken usw.) kann sogar eine Lichttechnik installiert werden, die auf Events oder Feiern die Farben wechselt. Die LED-Technik bietet für die Stadtbeleuchtung erhebliche Vorteile: - Energieeinsparung - Klimaschutz durch CO2-Reduktion bis 50 % - Geringere Wartungskosten, da fast wartungsfrei - Hohe Umweltverträglichkeit (kein Quecksilber) - Vermeidung von ?Licht-Smog? durch präzise Lichtlenkung - Schutz der Insektenfauna durch gezielte - Lichtfarbsteuerung - Lichtselektivität möglich (z. B. Gehweg weiß, Fahrbahn gelb) Mein Vorschlag ist ein Sparvorschlag, auch wenn er zuerst als Ausgabenvorschlag beginnt. Die Kosten der Umrüstung heben sich durch die Einsparungen wieder auf.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Thema LED ist sehr komplex. Zurzeit besteht eine Versuchsanlage in Widdersdorf-Süd. Die Vorteile der LED-Technik liegen auf der Hand. Dafür sprechen die hohe Energieeffizienz, die lange Lebensdauer, die kompakte Bauform und die dadurch mögliche variable Leuchtenform sowie die sehr hohen Leuchtdichten. Die zurzeit noch bestehenden Nachteile, die den Einsatz der LED in der Straßenbeleuchtung nur beschränkt möglich machen sind folgende: - schwieriges Wärmemanagement - zurzeit noch geringe Systemlichtausbeute (30 - 70 lm/Watt) - Blendungsgefahr durch sehr hohe Leuchtmittel - Technik ist (noch) sehr teuer - Lebensdauer bestimmter Lichtfarben noch zu gering - Lichtfarbenstreuung in der Produktion sehr hoch - Ersatzteilversorgung der LED´s nicht gesichert, da mit jeder Neuentwicklung die heutigen Bauteile sofort veraltet sind. Sicherlich wird man das ein oder andere Problem in den nächsten Jahren in den Griff bekommen. Die LED-Technik wird auch in der professionellen Straßenbeleuchtung Einzug halten. Der genaue Zeitpunkt ist noch ungewiss, doch wenn die Entwicklung so schnell voran schreitet wie angekündigt, kann RheinEnergie in zwei bis drei Jahren (Stand 2009) mit den ersten LED-Straßenleuchten rechnen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler

folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Verwaltung soll beauftragt werden, im Zusammenhang mit der Entwicklung von LED-Beleuchtungen auch dem Einsatz von solarbetriebene Leuchten zu prüfen, die insbesondere in Bereichen ohne direkten Stromanschluss für eine kostengünstige Bereitstellung einer öffentlichen Beleuchtung eingesetzt werden können.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Photovoltaikanlagen auf Schuldächern

Rang:	35	**Vorschlags-Nr.:**	148
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	61		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Zur Förderung von regenerativen Energien sollte die Stadt viele Photovoltaikanlagen auf Schuldächern errichten und den erzeugten Strom in das öffentliche Stromnetz einspeisen. Diese Anlagen amortisieren (rechnen) sich in der Regel nach 10 - 15 Jahren. Danach erzielen sie also Gewinne für die städtische Kasse. Zugleich dienen diese Anlagen als Anschauungsmaterial für Schüler und Lehrer.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.
Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich.
Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch nicht eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann.
Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Allerdings ist eine Übernahme der den privaten Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Stadt Köln nicht möglich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird seitens der Verwaltung grundsätzlich nicht befürwortet. Die Betreibung einer Photovoltaikanlage in Eigenregie der Stadt Köln wird abgelehnt, da hierdurch keine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Die Gebäudewirtschaft stellt jedoch dem Förderverein Dachflächen für den Betrieb einer Photovoltaikanlage zur Verfügung, wobei allerdings keine Investitions- und Betriebskosten übernommen werden können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Stromeinsparung

Rang:	61	**Vorschlags-Nr.:**	634
Pro-Stimmen:	44		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	41		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Durch die Beleuchtung des gesperrten Teils der Südbrücke fiel mir ein, dass es immer wieder Orte gibt an denen die Beleuchtung die ganze Nacht durchbrennt ohne gebraucht zu werden. So z.B. der nicht gebrauchte Parkplatz hier der Nachts sogar verschlossen ist. Wenn nun eine "Taskforce" o.Ä. prüft wo öffentliche Stromzähler ungenutzt laufen, könnte hier bestimmt viel eingesparrt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei dem genannte Parkplatz handelt es sich um einen privaten Firmen-Parkplatz, so dass dies nicht in die Zuständigkeit der Stadt Köln fällt und dieser hier auch keine Kosten entstehen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Solaranlagen auf ie Schuldächer

Rang:	69	**Vorschlags-Nr.:**	302
Pro-Stimmen:	42		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	38		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Sehr viele Schuldächer sind zur Zeit ungenutzt, aber aufgrund ihrer Lage sehr gut geeignet mittels Solaranlagen als Stromerzeuger zu dienen. So könnten die Schulen einen Teil der benötigten Energie selber erzeugen und in den Ferienzeiten, wo in der Schule wenig Strom benötigt wird, diesen in das Netz der RheinEnergie zurückspeisen. Solarenergie entlastet die Umwelt und ist als regenrierbare Energie nahezu unbegrenzt vorrätig. Mittelfristig lassen sich unnötige Energiekosten einsparen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.
Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich.
Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch nicht eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann.
Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Allerdings ist eine Übernahme der den privaten Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Stadt Köln nicht möglich.

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.
Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich.
Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch nicht eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann.
Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Allerdings ist eine Übernahme der den privaten Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Stadt Köln nicht möglich.

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird seitens der Verwaltung grundsätzlich nicht befürwortet. Die Betreibung einer

Photovoltaikanlage in Eigenregie der Stadt Köln wird abgelehnt, da hierdurch keine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Die Gebäudewirtschaft stellt jedoch dem Förderverein Dachflächen für den Betrieb einer Photovoltaikanlage zur Verfügung, wobei allerdings keine Investitions- und Betriebskosten übernommen werden können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Verwaltung soll die Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtung von Bürgersolaranlagen auf städtischen Dächern offensiv verstärken, um vermehrt solche Anlagen zu ermöglichen. Dafür soll auch eine gezielte Information in den Schulen mit geeigneten Dächern erfolgen (siehe auch Vorschlag 673 / 71).
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Schule und Weiterbildung: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat die Beratungen über die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in seiner Sitzung am 30.08.2010 auf die Sitzung am 20.09.2010 vertagt. Die Beratungsergebnisse werden nachgereicht.

Energiegewinnung

Rang:	71	**Vorschlags-Nr.:**	673
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	37		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Viele städtische Gebäude haben die baulichen Voraussetzungen zur Installation von Photovoltaik-Anlagen. Diese Gelegenheiten sollten genutzt werden ! Und wenn die Stadt das nicht finanzieren kann, sollten sog. Bürger-Solar-Anlage eingerichtet werden. Jeder der möchte (und selber keine eigene Möglichkeit hat) kann sich beteiligen und dann auch profitieren. Viele Kommunen haben dieses Modell bereits erfoglreich umgesetzt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Seit bereits 10 Jahren bietet die Stadt Köln interessierten Bürgern an, auf dafür in Frage kommenden Dächern (in der Regel von Schulen) Photovoltaikanlagen errichten und betreiben zu können. Die Dächer werden über entsprechende Regelungen in einem Entleih-Vertrag für die Dauer von 20 Jahren verliehen. Bei jedem städtischen Neubauvorhaben wird die Möglichkeit der Errichtung einer eigenen Photovoltaikanlagen geprüft. Im Übrigen tragen Photovoltaikanlagen nicht zur Stromeinsparung in den Gebäuden bei, sondern stellen eine Form der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen dar, die der Umweltentlastung dient.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss

Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer, Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Ökostrom für alle öffentliche Gebäude in Köln

Rang:	75	**Vorschlags-Nr.:**	1561
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	36		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Ökostrom schont die Umwelt und hier soll Köln ein Zeichen setzen. Alle öffentlichen Gebäude in Köln sollen auf Ökostrombezug umgestellt werden. Unabhängige Stromanbieter, die nicht zugleich auch noch Kohle und Atomstrom produzieren und verkaufen werden bei der Auswahl zudem bevorzugt. Durch eine solche geballte Kölner Verbrauchermacht mit Signalwirkung auch für Andere wird die notwendige Energiewende beschleunigt und gestärkt. Auch der Deutsche Bundestag und das Bundesumweltamt beziehen bereits Ökostrom von einem unabhängigen Ökostromanbieter. Die Mehrkosten sind gering und können schnell duch Effizienzmaßnahmen kompensiert werden

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln ist nach Vergaberecht verpflichtet, ihren Strombedarf öffentlich europaweit auszuschreiben. Der für die gesamte Strombedarfsmenge von weit über 100 Millionen Kilowattstunden erzielbare Preis ist dann Ergebnis eines Wettbewerbverfahrens und nicht vergleichbar mit Preisen des Privatmarktes. Seit April 2008 bezieht die Stadt Köln nach einem solchen Wettbewerb bereits 25% ihres gesamten Strombedarfs in Form von Ökostrom und weitere 25 % in Form von Strom, der in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt worden ist. Diese Qualitätsmerkmale wurden durch den Rat der Stadt Köln verbindlich festgelegt. Auch die nächste Stromausschreibung wird diese Qualitätsmerkmale haben.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer, Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Bürgerzentrum Mütze."Das blaue Dach wird grün!"

Rang:	80	**Vorschlags-Nr.:**	330
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	35		
Bezirke:	Mülheim		

Vorschlagstext:

Im Zuge der Klimadiskusion wollen wir gerne Energie einsparen.weniger Treibhausgase ausstoßen und Energiekosten senken.Dazu könnte das Dach mit Solarzellen und die Heizung durch ein Blockheizkraftwerk modernisiert werden.Mit den eingesparten Geld können Arbeitsplätze und soziale Aktivitäten des Bürgerzentrums gestützt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Bürgerzentrum Mütze, Berliner Str. 77, wird über eine 1990 installierte Gas-/Heizkesselanlage betrieben. Die Anlage ist funktionstüchtig, die Abgasnormen werden eingehalten. Eine Verpflichtung zur Veränderung entsprechend § 10 der EnEV 2009 ist nicht gegeben. Eine Realisierung des Vorschlags ist nicht geplant.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Soziales und Senioren: Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage in die anstehenden Haushaltsplanberatungen.

LICHT AUS !

Rang:	85	**Vorschlags-Nr.:**	210
Pro-Stimmen:	39		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	34		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

bezüglich KVB - die ja jede Menge Geld von Köln bekommen sollte MEHR darauf geachtet werden, das tagsüber an den Haltestellen das LICHT A U S ist. Ich will nicht wissen, was das kostet, denn an zig Haltestellen ist es mir schon aufgefallen - mehrfach hab ich bei der KVB angerufen - scheint aber da niemanden zu interessieren

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach den Sicherheitsbestimmungen für Stadtbahnanlagen ist insbesondere im Hochflurbereich eine ausreichende Beleuchtung (Lichtstärke) an den Haltestellen dauerhaft sicherzustellen. Dies führt dazu, dass in unterirdischen Haltestellen das Licht den ganzen Tag über benötigt wird. Bei oberirdischen Haltestellen ist die künstliche Beleuchtung abhängig von den Lichtverhältnissen auch tagsüber einzuschalten. Die Kölner Verkehrsbetriebe versuchen kontinuierlich, den Energieverbrauch zu optimieren. Fehlfunktionen lassen sich jedoch nicht immer ausschließen. Daher werden die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger immer gerne aufgenommen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Haushaltsplanberatungen verwiesen.

mehr solaranlagen und led beleuchtung

Rang:	86	**Vorschlags-Nr.:**	5
Pro-Stimmen:	37		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	34		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

ich schlage vor, mehr öffentliche gebäude mit solaranlagen auszurüsten,um damit die umwelt und die stadtkasse zu entlasten. led strassen und innenbeleuchtung würde auch den stadthaushalt entlasten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Seit bereits 10 Jahren bietet die Stadt Köln interessierten Bürgern an, auf dafür in Frage kommenden Dächern (in der Regel von Schulen) Photovoltaikanlagen errichten und betreiben zu können. Die Dächer werden über entsprechende Regelungen in einem Entleih-Vertrag für die Dauer von 20 Jahren verliehen. Bei jedem städtischen Neubauvorhaben wird die Möglichkeit der Errichtung einer eigenen Photovoltaikanlagen geprüft. Im Übrigen tragen Photovoltaikanlagen nicht zur Stromeinsparung in den Gebäuden bei, sondern stellen eine Form der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen dar, die der Umweltentlastung dient.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer, Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den

Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Bürgersolaranlage auf öffentluiche Gebäude

Rang:	89	**Vorschlags-Nr.:**	113
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	33		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Solaranlagen könnten auch durch Bürgersolaranlagen finanziert werden. Diese dienen der Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden und damit dem Klimaschutz.

Stellungnahme der Verwaltung:

Seit bereits 10 Jahren bietet die Stadt Köln interessierten Bürgern an, auf dafür in Frage kommenden Dächern (in der Regel von Schulen) Photovoltaikanlagen errichten und betreiben zu können. Die Dächer werden über entsprechende Regelungen in einem Entleih-Vertrag für die Dauer von 20 Jahren verliehen. Bei jedem städtischen Neubauvorhaben wird die Möglichkeit der Errichtung einer eigenen Photovoltaikanlagen geprüft. Im Übrigen tragen Photovoltaikanlagen nicht zur Stromeinsparung in den Gebäuden bei, sondern stellen eine Form der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen dar, die der Umweltentlastung dient.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer,

Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Cluster: öffentliches Grün

Cluster **öffentliches Grün**

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
1	483	Neue Schaugewächshäuser für den Botanischen Garten der Stadt Köln!
7	1050	Stärkung der Unteren Landschaftsbehörde
8	20	Baumersatzpflanzungen verdoppeln
24	270	Ein Wald für Köln
43	38	godorfer hafen
52	820	Mehr Bäume an Strassen
57	36	Eine große Grünfläche pro Stadtviertel
58	415	Patientengarten der Uniklinikmuß bleiben.
62	588	Bestehende Umwelt- und Naturschutzregelungen durchsetzen!
70	356	Ausbau Hafen Godorf
76	320	Aussaat von Wildblumen & Bienen-fördernden Pflanzen
84	398	Feinstaub macht krank -mehr Grün macht gesund
92	107	Straßenbäume schützen
95	187	Wiederaufforstung im Rochuspark
96	1299	grüneres Ehrenfeld
97	15	mehr Bäume
100	508	Grünzug West vollenden!

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	970.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €
Summe Cluster:	970.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €	950.000,00 €

Neue Schaugewächshäuser für den Botanischen Garten der Stadt Köln!

Rang:	1	**Vorschlags-Nr.:**	483
Pro-Stimmen:	554		
Contra-Stimmen:	36		
Saldo:	516		
Bezirke:	Nippes		

Vorschlagstext:

Als außerschulischer Lernort leistet der Botanische Garten einen beträchtlichen Beitrag zur Natur und Umweltbildung. Nur die Schaugewächshäuser sind in einem derart maroden Zustand, dass man es den ca. 7.000 Schülern, die Exkursionen dorthin machen, nicht mehr zumuten kann. Ein vernünftiger Unterricht ist nicht mehr möglich. Bei Regenwetter weiß man nicht, ob man drinnen oder draußen ist, so stark regnet es rein. Obwohl die Stadt Köln laufend notdürftigen Reparaturen durchführt, sind die Häuser alt und wahre Energiefresser (einfaches Fensterglas, kaputte Scheiben und 50 Jahre alte Heiztechnik). Für eine so bekannte und hoch frequentierte Stadt wie Köln ist es nicht hinnehmbar, eine der schönsten Gartenanlagen Europas so verkommen zu lassen, zumal der Garten jedes Jahr ca. 1 Mio. Besucher hat. Dies sind neben der Kölner Bevölkerung auch viele Touristen aus dem In- und Ausland. Zudem könnten die laufend wechselnden, sehr interessanten und informativen Sonderausstellungen in neuen Schaugewächshäusern besser präsentiert werden. Baukosten von 6-7 Mio. ? ist für eine solche Anlage sehr wenig Geld, wenn man bedenkt, was andere, weniger populäre Projekte in Köln kosten (vgl. div. Museen mit deutlich weniger Besuchern). Die Energieeinsparung durch den Einsatz zeitgemäßer Materialien und effizienter Technik sollte man bei der Berechnung auch mit berücksichtigen. Wer den Garten nicht kennen sollte, kann sich hier über Zahlen und Fakten informieren: http://www.freundeskreis-flora-koeln.de/flora/index.php?option=com_content&task=view&id=93&Itemid=119 http://www.stadt-koeln.de/6/gruen/flora/

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 22.06.2006 hat der Rat der Stadt Köln der im Konzept für ein neues Schauhaus im Botanischen Garten dargestellten Variante 1 – kompletter Neubau – zugestimmt. Der Rat beabsichtigt dabei, die erbrachten und noch zu beauftragenden Architektenleistungen (bis zur Vorbereitung der Ausschreibung) für den Bau des Schauhauses gemäß Variante 1 des Konzepts als zweckgebundene Schenkung vom „Freundeskreis Botanischer Garten Köln e.V.“ anzunehmen und die vorgelegte Architekturplanung zur Grundlage der weiteren Ausführung zu machen. Der „Freundeskreis Botanischer Garten Köln“ hat in den vergangenen Jahren die Einwerbung von Sponsoren- und Spendengeldern betrieben, jedoch dabei nicht die angestrebte Summe von insgesamt 3 Mio. EUR erreicht, da Großsponsoren, von denen im Vorfeld positive Signale zur Unterstützung des Projekts kamen, mittlerweile mit wirtschaftlichen Probleme kämpfen bzw. andere Schwerpunkte in ihrer Sponsoring-Politik gesetzt haben. Der Rat war in seinem Beschluss mit einer Finanzierung des städtischen Anteils an den Investitionskosten in Höhe von 2,5 Mio. EUR im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft einverstanden; die Refinanzierung soll dabei über Mietzahlungen erfolgen. Mit aktuellem Stand stehen dem „Freundeskreis Botanischer Garten Köln e. V. „ Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Unterstützung des Projektes „Neues Schaugewächshaus“ zur Verfügung. Diese sollen weiterhin der Finanzierung der Architektenleistung bis einschließlich der Ausführungsplanung als Schenkung an die Stadt Köln dienen und sind dafür auch ausreichend. Von Seiten des Fördervereins und der Verwaltung wird die Eröffnung des neuen Schaugewächshauses zum Doppeljubiläum der Einrichtung im Jahr 2014 (150 Jahre FLORA und 100 Jahre Botanischer Garten) angestrebt. Zur Realisierung dieses Vorhabens erarbeiten „Freundeskreis Botanischer Garten Köln“ und die Verwaltung derzeit eine Aktualisierung und Anpassung der vorhandenen Planung mit dem Ziel, eine kostengünstigere Variante darzustellen, die sowohl die neuesten technischen Entwicklungen zum Beispiel bei der energiesparenden Gebäudehülle, eine Anpassung der notwendigen Komponenten als auch die Preisentwicklung berücksichtigt. Der „Freundeskreis Botanischer Garten Köln“ trägt dazu die Kosten der Beauftragung des Architekturbüros mit der überarbeiteten Kalkulation. In der Kalkulation wird berücksichtigt, dass aufgrund des geplanten Umfanges der Gastronomie durch KölnKongress im ehemaligen Wintergarten-Palast ein eigener Cafe-Anbau am neuen Schaugewächshaus vorerst entfallen kann (Option für später offen). Der bisher aufwändiger geplante

Eingangsbereich kann zudem zu einer multifunktionalen Eingangshalle mit Teilbepflanzung (und direkter Einsicht in das Schauhaus) umgeplant werden, der neben Ausstellungen auch Events auf dann vermieteten Flächen ermöglichen würde, zusätzlich zu den schon eingeplanten Flächen für Bildungsaufgaben, Sonderveranstaltungen und Events im eigentlichen Schaubereich (mit zeitweise Vermietung). In der Neukalkulation wird neben den Werten zur erzielten Einsparung bei den Heizkosten durch die energiesparende Hülle und beim Wasser auch der Einsatz regenerativer Energieträger berechnet sein. Die vorhandenen inhaltlichen Vorgaben der Planung aus dem 2006 vorgelegten Konzept, die sowohl den Erholungscharakter der Gartenanlage, ihre umfassende Bildungsaufgabe als auch die botanisch-wissenschaftlichen Aspekte der wertvollen Pflanzensammlungen berücksichtigt, bleiben von der überarbeiteten Kalkulation unberührt. Die überarbeitete Kalkulation mit der angestrebten Kostenreduzierung des Vorhabens wird Mitte März 2010 vorliegen. Sie dient als Grundlage eines Fahrplanes, der zur Realisierung des Vorhabens aus den Mitteln des Fördervereins, des Bürgerhaushaltes und der Stadt Köln dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellung nahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Stärkung der Unteren Landschaftsbehörde

Rang:	7	**Vorschlags-Nr.:**	1050
Pro-Stimmen:	175		
Contra-Stimmen:	12		
Saldo:	163		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

zur Verbesserung des Baumschutzes in Köln. Ziel dieses Vorschlages ist, die personelle Situation der "Unteren Landschaftsbehörde" beim Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz so zu verbessern, dass der Baumschutz in Köln auf der Grundlage der geltenden Baumschutzsatzung deutlich effektiver umgesetzt werden kann. Mit jährlich ca. 400.000 EUR wäre die nötige personelle Besserstellung der "Unteren Landschaftsbehörde" zu realisieren. Vereinnahmte Gebühren und Bußgelder bei Nichtbeachtung von Auflagen werden diesen Finanzbedarf mehr als decken. Aus den zu erwartenden Mehreinnahmen ließen sich auch finanzielle Mittel generieren, um den Bereich der "freiwilligen Leistungen" des Grünflächenamtes zweckgebunden mitzufinanzieren und so an dieser Stelle Entlastung des Haushaltes zu schaffen. Der Bereich der "freiwilligen Leistungen" des Grünflächenamtes, z.B. für Nachpflanzungen und das Schließen von Straßenbaumlücken beläuft sich auf jährlich ca. 300.000 EUR. Wie preiswert besserer Baumschutz in Köln zu haben sein kann, verdeutlicht ein Beispiel. Wären diese zusätzlichen, maximal 700.000 EUR p.a. ausschließlich von privaten Haushalten in Ein- und Zweifamilienhäusern, also von ca. 18% der Haushalte, aufzubringen und das ohne Betrachtung von Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Eigentümergemeinschaften, ergäben sich gemittelt nur ca. 60 Cent pro Monat und Haushalt. Dieser Ausgabenvorschlag ist also im Grunde ein Einnahmeverbesserungsvorschlag. Harald von der Stein, www.buerger-fuer-baeume.com Christof Behr-Heyder, www.koelsche-baumschuetzer.de

Stellungnahme der Verwaltung:

Für den angesprochenen Bereich des Baumschutzes hat der Rat die Verwaltung mit Beschluss vom 10.09.09 (Vorlage Nr. 1905/2009) bereits beauftragt, für diesen Aufgabenbereich ein eigenständiges Sachgebiet einzurichten und durch Zusatz von 2 Planstellen mit insgesamt 5 Vollzeitstellen auszustatten. Dem Anliegen der Antragsteller wurde daher bereits im Vorfeld des Bürgerhaushaltes entsprochen. Für den Stellenplan 2010 wurden darüber hinaus entsprechend dem Ergebnis einer Organisationsuntersuchung für den Gesamtbereich "Untere Landschaftsbehörde" (1/2007 - 7/2009) weitere Planstellen beantragt, über welche im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden sein wird.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor,

zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Baumersatzpflanzungen verdoppeln

Rang:	8	**Vorschlags-Nr.:**	20
Pro-Stimmen:	155		
Contra-Stimmen:	16		
Saldo:	139		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Verdoppelung der Ersatzpflanzung für jeden Baum der von nicht privaten Bürgern gefällt wird. Jeder gewerbliche Bauherr oder Investor (der Bäume fällt, um einen Gewinn zu erzielen) wird zu doppelter Ersatzpflanzung oder zusätzlichem erheblichen finanziellen Ausgleich verpflichtet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Ausgleich ist als die Wiederherstellung von Funktionen von Natur und Landschaft zu verstehen, welche zuvor durch Vorhaben beeinträchtigt worden sind. Folglich ist der Umfang der Ausgleichsmaßnahmen aus der konkreten Funktionsbeeinträchtigung abzuleiten. Eine Heraufsetzung dieser Maßnahmen ist fachlich nicht zu begründen. Ungeachtet jeder fachlichen Wertung, ist die Umsetzung einer doppelten Ausgleichs- bzw. Ersatzleistung für gewerbliche Antragsteller nicht mit dem aus Artikel 3 Grundgesetz resultierenden Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13

und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ein Wald für Köln

Rang:	24	**Vorschlags-Nr.:**	270
Pro-Stimmen:	82		
Contra-Stimmen:	9		
Saldo:	73		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In Köln werden die Grenzwerte für Schadstoff- und Lärmbelastung erreicht und z.T. dramatisch überschritten. Dies beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen, die hier leben und arbeiten. Die Grünflächen in der Stadt haben einen außerordentlich hohen Stellenwert sowohl für die Erholungsfunktion, als auch für den Natur- und Artenschutz sowie für das Stadtklima (Temperaturausgleich, Sauerstoffproduktion, Co²-Reduzierung, Filtern von Staub durch die Blattorgane). Daher gilt es diese Grünflächen wie z.B. den Grünzug West und die ehemaligen Erweiterungsflächen der Friedhöfe dauerhaft als Grünflächen zu sichern, zu bepflanzen und zu pflegen, damit sie als "Grüne Lungen der Stadt Köln" funktionieren. Geforderte Ausgleichspflanzungen und -flächen, die Bedingung für die Genehmigung der Bebauung von Gewerbegebieten z.B. Gewerbegebiet Marsdorf waren, müssen dauerhaft gesichert werden. Mit dem Pilotprojekt "Ein Wald für Köln" (www. stadt-koeln.de oder www.sdw-nrw-koeln.de) stellt die Stadt Köln ein Modell vor, daß sich doch auch auf andere Grünflächen wie z.B. die ehemaligen Friedhofserweiterungsflächen umsetzen ließe.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit dem bestehenden Projekt ein Wald für Köln hat die Stadt Neuland betreten. Hierdurch wurde nicht nur ein ca. 30 ha neuer Wald angelegt, sondern den Bürgern auch die Möglichkeit gegeben, nach Abschluss des Projektes weitere Maßnahmen zur Anlegung von Wald unter Beteiligung von Baum-Sponsoren durchzuführen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

godorfer hafen

Rang:	43	**Vorschlags-Nr.:**	38
Pro-Stimmen:	78		
Contra-Stimmen:	26		
Saldo:	52		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

kein ausbau des Godorfer Hafens - Renaturisierung des zerstörten naturschutzgebietes -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastruktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaugegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Stadtentwicklungsausschuß: Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dem Votum der Verwaltung gemäß der Anlage 1 zu den Punkten "Industriegebiet in Longerich", "Godorfer Hafen" und "Ausbau Godorfer Hafen" zu folgen und stimmt den Stellungnahmen der Verwaltung zu.

Mehr Bäume an Strassen

Rang:	52	**Vorschlags-Nr.:**	820
Pro-Stimmen:	50		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	47		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es gibt viele Strassen in Köln, wo noch jede Menge Bäume gepfanzt werden könnten, z.B. die B8 von Mülheim über Stammheim, Flittard nach Leverkusen, aber auch in der Innenstadt. So ließen sich Alleen anlegen (hierfür gibt es Fördergelder) und das Stadtbild wird verschönert. Zudem reduzieren die Bäume den Lärm und die Partikelbelastung dort wo sie entstehen. Auch würde das städtische Klima insbesondere in den heißen Sommermonaten durch die Verdunstung der Blätter deutlisch verbessert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Beim ersten Bürgerhaushalt bei dem es u. a. um den Aufgabenbereich Grünflächen ging, sind ebenfalls mehrere Vorschläge, die mit dem Vorschlag Nr. 15 vergleichbar sind, eingegangen. Die Umsetzung dieser Vorschläge wurde durch den Rat am 24.06.2008 beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt. Insgesamt wurden im Frühjahr 2009 im gesamten Stadtgebiet 570 Straßenbaumfehlstellen bepflanzt. Im Herbst 2009 sind weitere 200 Bäume gepflanzt worden und im Frühjahr 2010 erneut die Pflanzung von 250 Bäumen vorgesehen. Damit sind die Etatmittel für Bäume aufgebraucht. Eine Aufstockung des Etats für Baumersatzpflanzungen ist sinnvoll um den Baumbestand zu halten. Unabhängig davon wird zurzeit an einem Straßenbaumkonzept gearbeitet. Dazu wird der Kernbereich des Stadtgebiets im Hinblick auf mögliche Straßenbaumpflanzungen untersucht. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Eine große Grünfläche pro Stadtviertel

Rang:	57	**Vorschlags-Nr.:**	36
Pro-Stimmen:	44		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	42		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es wäre ein schönes Ziel, wenn jedes Viertel in Köln über mindestens eine große Grünfläche als Naherholungsgebiet verfügt. Das wäre ökologisch sinnvoll und würde auch die Lebensqualität der Bürger erhöhen. Der Rat müsste überprüfen, inwieweit dies für die einzelnen Viertel zutrifft und weiterhin prüfen, ob sich beispielsweise Industriebrachen und gesperrte Freiflächen (Beispiel Kalkberg in Buchforst) hierfür nutzen lassen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln ist allgemein mit ausreichend Grünflächen ausgerüstet. Im Rahmen von Wohnumfeldmaßnahmen (Stadtbauförderung) sind vor allem in hoch verdichteten Stadtvierteln kleine Grünflächen angelegt worden. Aufgrund fehlender städt. Fördermittel ist eine weitere Neuanlange von Grünflächen nur schwer umsetzbar.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Patientengarten der Uniklinikmuß bleiben.

Rang:	58	**Vorschlags-Nr.:**	415
Pro-Stimmen:	46		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	42		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Der Patientengarten der Uniklinik Köln an der Joseph-Stelzmann-Straße, der mit über 3000m² viele Jahre lang den Patienten der Uniklinik einen letzten Ruhe- und Erholungspunkt bot, soll in Kürze für ein privates Institut gerodet werden. Dies gefährdet nicht nur den Artenschutz des Geländes, mit Populationen von Halsbandsittichen, Kaninchen, Eichhörnchen und Fledermäusen, die dort heimisch sind. Zum anderen sind dort vor allem die Patienten der Uniklinik die gelackmeierten, die demnächst bald nur noch sterile Dachterassen zur Erholung vorfinden. Das Natur und Wissenschaft gemeinsam für die Gesundung der Patienten notwndig sind, haben wissenschaftliche Untersuchungen schon längst gezeigt... Hallo Herr Roters! Wo ist der Rahmenvertrag mit der Universität Köln , von dem sie im Wahlkampf gesprochen haben? Einem Rahmenvertrag, der die Interessen des Artenschutzes und der Patienten gleichermassen stark gewichtet, wie die Interessen eines wissenschaftlichen Standortes? Die Patienten der Uniklinik brauchen kein Grau - Sie brauchen Grün! Stopp Sie die Pläne des Uniklinikums! Im Sinne der Patienten! im Sinne des Artenschutzes!

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Bäume des Patientengartens wurde am 23.11.09 eine Fällerlaubnis nach der Baumschutzsatzung der Stadt Köln erteilt, da die Bebauung baurechtlich zulässig ist. Darüber hinaus wurde ein artenschutzrechtliches Gutachten erstellt und seitens der Unteren Landschaftsbehörde geprüft. Hiernach sind von dem Vorhaben vor allem Fledermäuse und verschiedene Vogelarten betroffen. Für diese Arten werden an den umgebenden Bäumen und Gebäuden Fledermauskästen bzw. Nisthilfen als Artenschutzrechtlicher Ausgleich angebracht. Zu dem im Vorschlag angesprochenen Rahmenvertrag mit der Universität Köln ist nichts bekannt. Es ist lediglich zu vermuten, dass die zwischen dem Land NRW, der Stadt Köln und der Universität zu Köln getroffene Vereinbarung über die Zurverfügungstellung von städtischen Grundstücken zu universitären Zwecken gemeint ist, wobei die Bebauung durch das MPI hiermit in Einklang steht. Dem Ansinnen nach der Erhaltung des Patientengartens kann aufgrund der Rechtslage nicht entsprochen werden. Die Bäume wurden im Übrigen bereits gefällt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit

damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Bestehende Umwelt- und Naturschutzregelungen durchsetzen!

Rang:	62	**Vorschlags-Nr.:**	588
Pro-Stimmen:	45		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	42		
Bezirke:	Nippes		

Vorschlagstext:

Als Anwohnerin am Niehler Kirchweg (unterhalb des Altenberger Hofes) werde ich jedes Wochenende Zeugin von massenhaften Übertretungen bestehender Umwelt- und Naturschutzregelungen: 1. Es existiert eine Durchfahrbeschränkung an Wochenenden und Feiertagen für den Niehler Kirchweg zwischen Bezirkssporthalle und Altenberger Hof (Mauenheimer Str.), die dem Schutz der Grünfläche und der Aufwertung des Naherholungsgebiets "Nippeser Tälchen" dient. Das kümmert leider viele Autofahrer nicht. Kontrollen durch die Polizei finden bisher nur sehr sporadisch statt. Dabei würden sie sich mit Sicherheit allein durch die zu verhängenden Bußgelder selbst finanzieren. 2. Ein Teil der Grünanlage "Nippeser Tälchen" ist ausgewiesene Hunde-Freilauffläche. Ein anderer Teil nicht. Trotzdem laufen in der gesamten Grünfläche die Hunde frei herum. Noch dazu meinen viele Hundebesitzer, die Hinterlassenschaften ihrer Hunde auf Grünflächen nicht beseitigen zu müssen. Das ist im kinderreichen Bezirk Nippes ein besonderes Ärgernis und führt dauerhaft zu (vermeidbarem) Streit zwischen Eltern und Hundebesitzern, der sich durch regelmäßige Kontrollen des Ordnungsamtes sicher reduzieren ließe. 3. Gerade im Sommer werden im Naherholungsgebiet "Nippeser Tälchen" gerne Grillfeste, Kindergeburtstage etc. gefeiert. Dafür sind m. E. Grünanlagen auch da. Aber es sollte selbstverständlich sein, dass danach die Spuren (insb. der Müll) beseitigt werden. Wer sich daran nicht hält (auch, weil die wenigen Mülleimer an schönen Sommerwochenenden schon hoffnungslos überfüllt sind), müsste auch mal mit einem Ordnungsgeld daran erinnert werden, dass man Müll sogar mit nach Hause nehmen und dort entsorgen kann.... Mein Plädoyer also für mehr Kontrollen der bestehenden umweltschutzrechtlichen Regelungen in Köln!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Sauberkeit und Sicherheit sind weiterhin Aufgabenschwerpunkte des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Bezirksordnungsdienste. Hierzu zählt auch die Überwachung naturschutzrechtlicher Bestimmungen. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesen Bereichen konnte in den letzten Jahren wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2010 wird dies ein wesentlicher Hauptaufgabenschwerpunkt bleiben. Zu den einzelnen Punkten. 1: Die Überwachung des fließenden Verkehrs ist grundsätzlich Aufgabe der Polizei. Durch den Ordnungs- und Verkehrsdienst wird künftig verstärkt in diesem Bereich das ordnungswidrige Abstellen von Kraftfahrzeugen überwacht. 2 und 3: Die Grünanlage "Nippeser Tälchen" wird aufgrund des Vorschlages hinsichtlich der Einhaltung der Hundefreilaufflächen, der Verunreinigung durch Hundekot und der Sauberkeit schwerpunktmäßig überwacht; die Kontrollen werden im Rahmen der personellen Verfügbarkeiten fortgesetzt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die

Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ausbau Hafen Godorf

Rang:	70	**Vorschlags-Nr.:**	356
Pro-Stimmen:	57		
Contra-Stimmen:	20		
Saldo:	37		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

der geplante Ausbau des Godorfer Hafens ist nachweislich völlig überflüssig und sollte unverzüglich eingestellt werden! Einsparung: EUR 65.000.000,00

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastruktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaugegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Die Ausbaupläne des Godorfer Hafens sollten eingestellt werden.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Die Ausbaupläne des Godorfer Hafens sollten eingestellt werden.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Stadtentwicklungsausschuß: Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dem Votum der Verwaltung gemäß der Anlage 1 zu den Punkten "Industriegebiet in Longerich", "Godorfer Hafen" und "Ausbau Godorfer Hafen" zu folgen und stimmt den Stellungnahmen der Verwaltung zu.

Aussaat von Wildblumen & Bienen-fördernden Pflanzen

Rang:	76	**Vorschlags-Nr.:**	320
Pro-Stimmen:	39		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	36		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Wer kennt sie nicht: die schmuddelig, meist sehr schlecht, wenn überhaupt gepflegten "Grünstreifen" der Stadt? Meist wächst dort nur das, was sich einfach durch Windbestäubung hat dort zufällig "niedergelassen", dies sind meist verschiedene Gräser und Wildkräuter (den Begriff "UN"Kraut gibt es so ja nicht...). Sieht häßlich aus und hilft weder uns, unserem allg. Stadtbild, noch den Touristen, die überbordende Blumenampeln z.B. aus Süddeutschland kennenlernen durfen und hier nur das "grüne Grauen" neben dem grausigen Stadtbild vor das Auge bekommen, wenn sie den Pfaden des gemeinen Dom- & Altstadt-Tourismusses entkommen wollen. Grünstreifen-Patenschaften übernehmen / ausbauen, Bienen-fördernde Gewächse aussäen & pflanzen, den Müll unserer Mitmenschen regelmäßig minimieren = entsorgen von diesen Flächen für die Allgemeinheit! Das ist sozial und gesellschaftlich beispielhaft & notwendig, auch für die Kinder & Jugendlichen, die diese Stadt später in ihrer Verantwortung haben! Hierbei sind Schul-Patenschaften ebenso empfehlenswert: Wer mit jungen Jahren anfängt, "seine" Stadt grün & sauber zu halten, der tut dies auch später als Erwachsener eher.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird schon gemacht: Vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen werden Baum-Patenschaften, Grünflächen-Patenschaften, Patenschaften für Kreisverkehre und Brunnen angeboten und vergeben. Das Angebot wird sowohl von Bürger, Vereinen, Firmen und auch Schulen angenommen. Unter anderem wird auch im Internet für Patenschaften geworben. In den Grünanlagen sind rund 260 ha als extensive Pflegeflächen mit 2maligem Schnitt in Jahr ausgewiesen. Bei Anlage von Wildblumenwiesen ist zu berücksichtigen, dass diese Flächen teilweise durch Schafe beweidet oder als Hundeauslaufflächen ausgewiesen sind. Ferner sind die Nutzungsansprüche als Liegewiese, für sportliche Betätigungen, Spiele etc. zu berücksichtigen. Die Anlage von Flächen als Wildblumenwiesen wird im Einzelfall geprüft, ist aber nicht mit Einsparungen, sondern mit höheren Pflegekosten verbunden (Aufnahme und Entsorgung des Mähgutes). Die regelmäßige Reinigung der Grünanlagen erfolgt durch die AWB im Auftrag von -67-. Mit Aktionen wie "Kölle Putzmunter" werden die Bürger sensibilisiert die Stadt und das Grün sauberer zu halten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor,

zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Feinstaub macht krank -mehr Grün macht gesund

Rang:	84	**Vorschlags-Nr.:**	398
Pro-Stimmen:	36		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	36		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Köln hat in vielen Stadtbezirken eine zu hohe Feinstaubbelastung. Dies müsste besser gemessen und veröffentlicht werden. Dageggen könnten Maßnahmen zur Verringerung eingesetzt werden(mehr Bäume, mehr Grün zum Filtern) und Investoren verpflichtet werden, dies in Baumaßnahmen zu berücksichtigen z.B.Einkaufszentrum Weiden- hohe Feinstaubmessung ,aber keine Hausbegrünung und die einzigen Bäume wurden gefällt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ermittlung -sprich Messung- der Feinstaubbelastung ist Landesaufgabe und erfolgt durch das Landesumweltamt, die auch die Messgeräte an verschiedenen Messstandor-ten im Kölner Stadtgebiet betreibt. Weitergehende Messstandorte sind durch das LA-NUV für Köln derzeit nicht bereit zu stellen, da die Immissionsmessungen landesweit betrieben werden und die Kapazitätsgrenze erreicht ist. Da eine kontinuierliche Erfassung von Feinstaub (PM10) und Stickoxiden pro Standort und Jahr mit ca. 35.000.- € zu Buche schlägt, wäre eine verbesserte bzw. vermehrte Messung durch die Stadt Köln an allen Punkten im Stadtgebiet mit mutmaßlich hoher Belastung mit sehr hohen Kosten verbunden. Daher wird auch an vielen Stellen im Stadtgebiet mit sog. preiswerten Passivsammlern gearbeitet, die allerdings nur Stickoxide erfassen und in gewissem Rahmen Analogieschlüsse auf die Feinstaubbelastung zulassen. Bei konkreten Einzelanträgen der Beschwerdelage hinsichtlich der Luftbelastungssituation ist mit der Bez. Reg. und dem LANUV folgende Verfahrensweise vereinbart worden: Bei vorliegenden konkreten Einzelanträgen und Beschwerden meldet die Stadt Köln diese an die Bezirksregierung weiter. Liegen seitens der Umweltverwaltung Erkenntnisse bzgl. möglicher "grenzwertiger" Situationen vor, beispielsweise aufgrund von Simulationen im Zuge von Planverfahren, werden diese ebenfalls weitergeleitet. Die Bezirksregierung entscheidet dann, ob durch das LANUV weitere Messung veran-lasst werden müssen, oder ob schon aufgrund dieser Erkenntnisse verkehrsbeeinflussende Maßnahmen seitens der Verkehrsbehörde eingefordert werden können. Eine Veröffentlichung all dieser Messwerte erfolgt seitens des LANUV im Internet. Maßnahmen zur Einhaltung der entsprechenden Grenzwerte für Luftschadstoffe sollten zunächst an der Quelle ansetzen, damit die Schadstoffe erst gar nicht entstehen (Fahr-zeugtechnik). Eine weitere Möglichkeit zur Reduktion besteht in der Einflussnahme auf den Verkehrsablauf. Da die Feinstaubbelastung (und NOx-Belastung) bei gleichbleibend hoher Verkehrsbelastung in sehr starkem Maße von der jeweiligen Witterung abhängt, müssen verkehrsbeeinflussende Maßnahmen soweit wirksam sein, dass die entsprechenden Grenzwerte auch bei austauscharmen Wetterlagen eingehalten werden. Im Rahmen von Baumaßnahmen (und den damit verbundenen Genehmigungsverfahren) müssen Investoren nur zur Einhaltung gesetzlicher Regelungen verpflichtet werden. Im begründeten Einzelfall kann dies event. Auch mit einer eingeschränkten Nutzung einher gehen. Begrünungsmaßnahmen können im Bebauungsplan planungsrechtlich vorbereitet und festgesetzt werden. Eine Umsetzung kann dann im Genehmigungsverfahren erfolgen. Grundsätzlich wird die vermehrte Durchgrünung der Stadt seitens der Umweltverwaltung begrüßt, natürlich auch bei Neubauprojekten. Diese Maßnahme wird zweifelsohne auch im Rahmen der Klimaschutz- und Klimawandelaktivitäten der Stadt eine erhebliche Rolle spielen. Unstrittig ist auch die Fähigkeit vegetationsbedeckter Flächen Schadstoffe und Staub zu filtern. Eine Quantifizierung der Feinstaubreduktion bpsw. durch Fassaden- oder Dachbegrü-nung lässt sich in der einschlägigen Literatur jedoch kaum finden und dürfte stark von der Art der Begrünung abhängen. Beidseitige Baumalleen können sicher hohe Filterleis-tungen erbringen, bei einem Kronenschluss wird hier jedoch auch der Luftaustausch verringert, was ebenso unerwünscht ist. Außerhalb der Vegetationsperiode fällt die Wir-kung dann nahezu weg. Zu beachten ist gleichzeitig, dass im stark verdichteten Innen-stadtbereich der Verschattungseffekt großkroniger Bäume möglicherweise negative Auswirkungen auf die Wohnqualität haben kann. Im Sinne eines allgemeinen Grundsatzbeschlusses durch den Rat für Planungs- und Baumaßnahmen ist dieser

Vorschlag durchaus in Erwägung zu ziehen. Die Umsetzung ist jedoch im Einzelfall fachlich differenziert und im Hinblick auf das planungs- und bau-rechtlich Durchsetzbare zu betrachten. Da der i. R. stehende Vorschlag allgemeiner Natur ist, können finanzielle Auswirkungen nicht betrachtet werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR	350.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Straßenbäume schützen

Rang:	92	**Vorschlags-Nr.:**	107
Pro-Stimmen:	35		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	33		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Viele Straßenbäume müssten besser geschützt werden. Nicht nur die Abholzung der Linden an der Rheinuferstraße verhindern, sondern auch der Bodenverdichtung durch zu dichtes Parken entgegen wirken. ein paar Findlingssteine o.ä. halten die Autos weg von den Baumscheiben. Baumschutz spart Geld! Jedenfalls langfristig

Stellungnahme der Verwaltung:

In den 80ziger Jahren hat das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ein Konzept zur Sanierung von Mittelalleen erarbeitet und in den folgenden Jahren größtenteils auch umgesetzt. Hierauf aufbauend könnten weitere Mittelalleen saniert und Einzelbaumstandorte aufgewertet werden. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit

Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Wiederaufforstung im Rochuspark

Rang:	95	**Vorschlags-Nr.:**	187
Pro-Stimmen:	35		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	32		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Nachdem der Orkan Kyrill 2007 auch über Köln hinweggefegt ist, wurde in zahlreichen Kölner Parks der Baumbestand massiv beschädigt. Insbesondere im Rochuspark in Köln-Bickendorf wurden in der Folge zahlreiche Bäume zwangsweise gefällt. Leider wurden jedoch keine neuen Bäume gepflanzt, so dass der Rochuspark nunmehr ein ziemlich trostloser Park geworden ist, der kaum noch Spaziergänger, Jogger, Kinder, u.a. anlockt. Seither ist der Park regelrecht verkommen. Es wäre hier dringend notwendig, die Wiederaufforstung des Parks in Angriff zu nehmen und damit einen Beitrag zur Attraktivität des Viertels und der Lebensqualität im Viertel zu leisten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Wiederaufforstung des Rochusparks kostet ca. 20.000 EUR. Aufgrund fehlender Mittel musste die Wiederaufforstung zurückgestellt werden. Anpflanzungen in Anlehnung diesen Vorschlag könnten durchgeführt werden, falls die Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 20.000 EUR.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
20.000,00 EUR				

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu. Die BV 4 stimmt dem Vorschlagstext und der Stellungnahme der Verwaltung mit der Maßgabe zu, dass die Aufforstung unverzüglich durchzuführen ist. Die Mittel sollen aus den notwendigen Ausgleichszahlungen der KVB und Rheinenergie entnommen werden.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

grüneres Ehrenfeld

Rang:	96	**Vorschlags-Nr.:**	1299
Pro-Stimmen:	31		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	31		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

Demnächst werden die Platanen der Venloer Straße gefällt, weil man beim U-Bahnbau in der 80er Jahren vergessen hatte, dass Bäume und deren Wurzeln wachsen. Nun wachsen sie nach oben und beschädigen Fahrbahn und Gehweg. Die Venloer Straße ohne Bäume stelle ich mir relativ trostlos vor. Irgendwann werden neue Bäume gepflanzt, die naturgemäß anfangs relativ klein sind. Meine Idee ist, dass man sich nicht auf die Straßenbäume verlässt, sondern die Bürger des Stadtteils (oder von mir aus der ganzen Stadt) dazu aufruft, selbst für die Begrünung der Straßen und insbesondere der Fassaden zu sorgen. Z.B. gibt es vor vielen vor allem der älteren Gebäude diese kleinen Pflanzlöcher zwischen den Gehwegplatten. Dort waren mal Kletterpflanzen (Efeu, Wein, Geißblatt ...) gepflanzt. Dort, wo diese Bepflanzung noch existiert (z.B. in der Rothehausstraße) ist zu sehen, dass das Straßenbild dadurch sehr gewinnt. Warum diese Pflanzlöcher nicht wieder bepflanzen (und neue anlegen)? Und die Flächen um die neuen Bäume in der Venloer Straße großzügiger anlegen, um dort eine Art ?Minigärten? anzulegen, bestehend aus Büschen und Blühpflanzen. Außerdem könnte man einige Flächen in den schmalen Straßen links und rechts der Venloer Straße zur Verfügung stellen, um dort von den Anwohnern und Geschäftsleuten Kübelpflanzen aufstellen zu lassen. Natürlich setzt das ein gewisses Engagement der Bürger voraus und es wird ein paar Parkplätze weniger geben. Aber die Lebensqualität würde deutlich steigen und man könnte auch mal wieder zu Fuß gehen, ohne ständig die Straßenseite wechseln zu müssen (und die Betreiber der Läden haben mehr von Fußgängern und Radfahrern als von Autofahrern!). Ich glaube, dass gerade das eng bebaute Ehrenfeld von dieser Art Begrünung sehr profitieren würde.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mitte der 80iger Jahre wurde vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ein Förderprogramm für Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden durchgeführt, dass auf große Resonanz gestoßen ist. In dieser Zeit wurden sämtliche öffentliche Gebäude hinsichtlich einer Fassadenbegrünung geprüft und dort, wo es möglich war, umgesetzt. Den Vorschlag aufgreifend könnten Mittel bereit gestellt werden für die Anschaffung von Weinreben-Pflanzen, die anschließend privaten Hauseigentümern zur Fassadenbegrünung zur Verfügung gestellt werden. Kostenschätzung: ca. 50.000 EUR.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu. Die BV 4 stimmt dem Vorschlag und der Stellungnahme der Verwaltung mit der Maßgabe zu, dass das Begrünungsprogramm wieder aufgenommen wird.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise

sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

mehr Bäume

Rang:	97	**Vorschlags-Nr.:**	15
Pro-Stimmen:	33		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	29		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Man könnte in der Innenstadt mehr Bäume bzw. grünflächen anlegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Beim ersten Bürgerhaushalt bei dem es u. a. um den Aufgabenbereich Grünflächen ging, sind ebenfalls mehrere Vorschläge, die mit dem Vorschlag Nr. 15 vergleichbar sind, eingegangen. Die Umsetzung dieser Vorschläge wurde durch den Rat am 24.06.2008 beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt. Unabhängig davon wird zurzeit an einem Straßenbaumkonzept gearbeitet. Dazu wird der Kernbereich des Stadtgebiets im Hinblick auf mögliche Straßenbaumpflanzungen untersucht. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR	200.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Grünzug West vollenden!

Rang:	100	**Vorschlags-Nr.:**	508
Pro-Stimmen:	29		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	29		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Grünzug West vollkommen als grüne und weitgehend naturbelassene Naherholungsfläche für die Weidener Bevölkerung herrichten! Der Bebauungsplan von 1991 sollte endlich umgesetzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Bebauungsplan zum Grünzug West befindet sich zurzeit in der Planungsberatung zum Offenlegungsbeschluss. Nach Rechtskraft des Bebauungsplans sind die planungsrelevanten Voraussetzungen zur Umsetzung gegeben, die vornehmlich durch Kompensationsmaßnahmen realisiert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Cluster: Sonstige

Cluster **Sonstige**

Thema: Schule/Bildung

Rang	Vorschlag	Überschrift
1	1058	Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!
10	1338	Graffiti- und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" möchte eine Hall of Fame..d.h. Freiflächen für Graffiti
20	682	Inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen
22	1398	Die Kultur kommt zu Euch -Kultur für Kinder aus den Kölner Brennpunkten
26	1461	kulturelle Bildung für Kinder - feste Vollzeitstelle für Theaterpädagogik
30	125	Jugendzentren in den Veedeln
37	1157	Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln
45	213	Jugenberufshilfe im Seeberger Treff fürs Jahr 2010 sicherstellen
46	111	Jugend lernt durch soziales Engagement
63	1527	Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!
78	1668	Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkt-Veedeln fördern
82	832	Kein Interesse für das Thema Jungen und Bildung?
92	323	Geschlechtersensible Bildung

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema		319.473,00 €	319.473,00 €	319.473,00 €	308.273,00 €

Thema: Umweltschutz

Rang	Vorschlag	Überschrift
22	2	Sauberkeit in der Stadt
28	779	Ökostrom für alle städtischen Einrichtungen!
39	334	Taubenpopulation
46	684	Wein an jeder Südwand
63	704	Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen
77	550	Das Geld liegt auf der Straße
83	208	Ungewolte Werbung
94	690	Säuberung der Rheinufer
99	828	Gelbe Tonne als Wertstofftonne

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	50.000,00 €	170.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
Summe Cluster:	50.000,00 €	489.473,00 €	439.473,00 €	439.473,00 €	428.273,00 €

Sauberkeit in der Stadt

Rang:	22	**Vorschlags-Nr.:**	2
Pro-Stimmen:	96		
Contra-Stimmen:	22		
Saldo:	74		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Mein Vorschlag ist ein Spar- und Ausgabenvorschlag, der sich aber auf jeden Fall für die Stadt und die Bürger rechnet. Bitte startet Aufklärungskampagnen und werbt für ein sauberes Köln. Nein, wir wollen nicht zu einem sterilen Ort werden - Köln darf ein bisschen dreckig sein, das gehört dazu. Irgendwie habe ich aber das Gefühl das es vielen egal ist, wo und wie sie Müll entsorgen. In anderen Städten käme man nicht auf die Idee alles fallen zu lassen und in den Staaten signalisieren Schilder "No littering, .000 fine" was nicht geht. 1.) Ich wünsche mir ähnlich hohe Strafen für Hundekot. Bei besonders ungünstig platzierten Exemplaren darf meines Erachtens auch der Gentest zur Überprüfung der Herkunft angewandt werden. Bei entsprechend hoher Strafe könnte das abschreckend genug sein und Mitarbeiter des Ordnungsamtes müssten diesen Job nicht wirklich häufig ausführen. Im Gegenzug sind entsprechend mehr Möglichkeiten zu schaffen Hunde frei laufen zu lassen und die Notdurft schnell zu entsorgen. Ggf. auch öffentliche Hundeklo"s - wenn es sowas gibt? 2.) Mülleimer an neuralgischen Orten sind häufig überfüllt. Ein besseres Management der Entleerung und mehr Behälter im Dunstkreis von Fastfood-Ketten könnten ebenfalls für Entspannung sorgen. 3.) Pfandflaschen (Bierflaschen) gehören im Stadtbild von Köln einfach dazu. Die passenden Sammler wühlen auch gerne diesen Flaschen hinterher (was sie nicht dürfen, wenn diese im Mülleimer sind). Könnte nicht ein Kreativer eine Lösung finden, die es den Sammlern einfacher macht und dem Bürger auch? Ich stelle meine Flaschen neben den Mülleimer, was aber auch nicht die Lösung ist... ;-) 4.) Werben für den Umweltschutz. Die kreativen Entwürfe von Schülern auf manchen Abfalleimern (Aktion von vor ein paar Jahren) fand ich ansprechend. Neben der Aufklärung in den Schulen gab"s vielleicht auch einen Effekt auf der Strasse? Weiter machen! Und appellieren an "die Großen", ein Vorbild zu sein. 5.) Verordnung erlassen: Werbepost MUSS so in Haushalte verteilt werden, dass diese nicht durch Wind und Wetter verteilt werden kann. In manchen Stadtteilen sieht es nach einem Luftzug aus wie nach dem Rosenmontagszug. Ach ja... es gäbe noch jede Menge kleinere Ideen, bitte gerne in Kommentaren ergänzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag enthält eine Vielzahl von Einzelvorschlägen, die im Wesentlichen alle schon einmal da waren und auch realisiert wurden: Aufklärungskampagne: Derartige Aktionen wurden mit Plakaten, Anzeigen, roten Karten etc. von 13, in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle „Saubere Stadt", mehrmals Anfang des vorigen Jahrzehnts durchgeführt. Strafen für Hundekot:, Bußgelder gibt es bereits, Überwachung erfolgt durch 32. Gentests wären wohl stark übertrieben, eine bessere Überwachung neuralgischer Stellen wünschenswert. Hundefreiflächen bestehen in div. Grünanlagen, u. a. dort sollen auch Hundekottütenautomaten aufgestellt werden. Zuständig ist 67. Überfüllte Mülleimer: Eine Sensibilisierung der AWB ist erfolgt, entsprechenden Hinweisen wird nachgegangen und wenn möglich Abhilfe geschaffen. Das Aufstellen von Papierkörben in Grünanlagen ist Sache von 67 und wird dort nach Bedarf betrieben. Im Zusammenhang mit Fastfoodketten ist anzumerken, dass 32 die Betreiber auf ihre Verpflichtung zur Entfernung des von diesen stammenden Abfalls in einem gewissen Umkreis anzuhalten hat. Separate Behälter für Pfandflaschen ergeben keinen Sinn, das suchen in Abfalleimern wird toleriert, sofern der Müll in den Behältern bleibt. Aktionen an Schulen: Hierfür ist 40 zuständig, dort wird auch daran gearbeitet. 57 hat den Aufgabenbereich Umweltbildung zur aktiven Unterstützung des Lehrpersonals.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ökostrom für alle städtischen Einrichtungen!

Rang:	28	**Vorschlags-Nr.:**	779
Pro-Stimmen:	72		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	67		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Was beim Privatkunden problemlos klappt, muss auch für die Stadt Köln mit allen ihren kommunalen Einrichtungen, Ämtern, Schulen, Kindergärten, Liegenschaften und Betrieben (vgl. Vorschlag "Ökostrom für KVB") bei entsprechendem politischen Willen machbar sein: der konsequente Umstieg auf Ökostrom . Effekt: Entlastung der Umwelt (durch CO2-Reduktion) in großem Umfang und Entlastung der Kölner Steuer- und Gebührenzahler! Hinweis: Seit meinem Wechsel von Rheinenergie zu einem "echten" Ökostromanbieter zahle ich weniger für den Strom!!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln ist nach Vergaberecht verpflichtet, ihren Strombedarf öffentlich europaweit auszuschreiben. Der für die gesamte Strombedarfsmenge von weit über 100 Millionen Kilowattstunden erzielbare Preis ist dann Ergebnis eines Wettbewerbverfahrens und nicht vergleichbar mit Preisen des Privatmarktes. Seit April 2008 bezieht die Stadt Köln nach einem solchen Wettbewerb bereits 25% ihres gesamten Strombedarfs in Form von Ökostrom und weitere 25 % in Form von Strom, der in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt worden ist. Diese Qualitätsmerkmale wurden durch den Rat der Stadt Köln verbindlich festgelegt. Auch die nächste Stromausschreibung wird diese Qualitätsmerkmale haben.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer, Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Taubenpopulation

Rang:	39	**Vorschlags-Nr.:**	334
Pro-Stimmen:	64		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	56		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Köln sollte Taubentürme errichten wie in den Städten Aachen und Bonn. Dies sind bestimmte Futterstellen für Tauben. In diesen Türmen wird auch das Gelege der Tauben ausgetauscht und an Stelle dessen Gipseier hineingelegt, dadurch haben die genannten Städte keine Probleme mit der Taubenplage mehr

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag ist grundsätzlich zu begrüßen und sogar Bestandteil des Taubenkonzepts der Stadt Köln aus dem Jahr 2004. Dessen Umsetzung scheiterte jedoch bisher daran, dass sich keine Freiwilligen fanden, die wie in Aachen bereit waren, die Taubenschläge eigenverantwortlich zu betreuen. Bereits Anfang der 90er Jahre hat die Stadt Köln auf Betreiben einer Tierschutzgruppe für 99.000 DM drei Taubentürme installiert. Kaum dass sie standen, zogen sich die Initiatoren zurück mit der Behauptung, Türme seien ungeeignet und die Standorte ohne ihre Mitsprache ausgewählt worden. Neue Freiwillige ließen sich in den Folgejahren trotz mehrfacher Bemühungen nicht finden. Die verbliebenen zwei Türme mussten daher später wegen fehlender Standsicherheit mit viel Aufwand wieder abgebaut werden. Das Konzept war gescheitert, ohne jemals den gewünschten Effekt erzielt zu haben.
Die Formulierung in dem Vorschlag, dass es sich bei den Taubentürmen um Futterstellen handele, spiegelt vermutlich das Ansinnen der Antragsteller wieder, trotz Verbots füttern zu dürfen. Wissenschaftliche Studien und die Erfahrungen zum Beispiel in Venedig haben jedoch eindeutig bewiesen, dass nur die Beschränkung auf das vorhandene Futterangebot Grundlage für einen Eingriff in die Taubenpopulation sein kann. Das gilt auch für andere frei lebende Tiere, die zum Problem werden können, wie Halsbandsittiche, Ratten, Elstern, Möwen, Füchse usw.
Der urbane Lebensraum bietet speziell für Tauben ein ideales Ersatzbiotop. Die totale Entfernung dieser Tiere aus einer Großstadt ist somit unrealistisch. Durchaus machbar erscheint hingegen eine Bestandsregulierung, die allerdings nur dann Erfolg verspricht, wenn man das Verhalten der Tauben mit einbezieht und deren Nahrungsquellen drastisch beschränkt. Vor diesem Hintergrund können Taubenhäuser oder -schläge durchaus einen Beitrag leisten. Allerdings muss man sich über die damit verbundenen langfristigen Folgekosten im Klaren sein. Die Frage, in wieweit sich die Kommune nach § 823 BGB durch Inbesitznahme der Tauben schadenersatzpflichtig macht, wenn diese Häuser, Autos oder sonstiges Eigentum mit ihrem Kot beschädigen, ist bisher gerichtlich noch nie abgeklärt worden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	170.000,00 EUR	120.000,00 EUR	120.000,00 EUR	120.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die BV stimmt zu, sofern sich Ehrenamtliche finden, die dieses kostenlos bewirtschaften.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Wein an jeder Südwand

Rang:	46	**Vorschlags-Nr.:**	684
Pro-Stimmen:	59		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	48		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Stadt hat beschlossen im Rahmen der Klimavereinbarungen "Dachbegrünungen" zu fördern. Das Kostet Geld! Ich biete an, an jeder Südwand in Köln Weinreben zu pflanzen. Ich übernehme Pflanzung, Pflege und Ernte und keltere daraus Wein den ich mit dem jeweiligen Hausbesitzer teile. Für die Stadt Köln (städt. Gebäude, Schulen, Kindergärten etc.) und alle anderen Hausbesitzer eine völlig kostenneutrale, sichtbare (und trinkbare...;-) Klimamaßnahme! Übrigens auch eine Art Klimaanlage fürs Haus. Durch Verschattung wird die Südwand im Sommer gekühlt und nach Laubabfall im Winter durch Licht erwärmt. Sollte ich aus dem mir verbleibenden Anteil des Weines meinen Lebensunterhalt bestreiten können, spart die Stadt Köln sofort ihren Anteil an meinem ALG2 ! Wenn nicht, bleibt mir die "Beschäftigung" und der Allgemeinheit ein paar lustige Tröpfchen ausgepresstes Köln. Den Prototyp aus den Jahrgängen 2005/6/7/8 und 2009 kann man übrigens bereits trinken. Ein Roter... (bitte bei Interesse Kontakt mitteilen) Die vielen Verbindungen die Köln zum Thema Wein hat spar ich mir an dieser Stelle, nur soviel: Vor ca 150 Jahren waren ca. 40 Prozent des damaligen Stadtgebietes mit Weinreben bestockt!

Stellungnahme der Verwaltung:

Mitte der 80iger Jahre wurde vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ein Förderprogramm für Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden durchgeführt, dass auf große Resonanz gestoßen ist. In dieser Zeit wurden sämtliche öffentliche Gebäude hinsichtlich einer Fassadenbegrünung geprüft und dort, wo es möglich war, umgesetzt. Den Vorschlag aufgreifend könnten Mittel bereit gestellt werden für die Anschaffung von Weinreben-Pflanzen, die anschließend privaten Hauseigentümern zur Fassadenbegrünung zur Verfügung gestellt werden. Kostenschätzung: ca. 50.000 EUR.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
50.000,00 EUR				

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Es ist kaum glaubhaft, dass an ALLEN öffentlichen Gebäuden, an denen eine Fassadenbegrünung möglich ist, diese auch umgesetzt werden. Die Begrünung soll daher erneut geprüft werden und - insbesondere nach der Umsetzung von Wärmedämm-Maßnahmen - wo möglich umgesetzt werden.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen

Rang:	63	**Vorschlags-Nr.:**	704
Pro-Stimmen:	47		
Contra-Stimmen:	7		
Saldo:	40		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In Köln wird das Nichtraucherschutzgesetz flächendeckend nicht beachtet. Die Stadt kontrolliert lieber die Einhaltung der Parkvorschriften als die Beachtung des Rauchverbots in Kneipen und Restaurants. Vorgeschobene Gründe sind mangelnde Mittel für eine Überprüfung und angeblich unklare Bestimmungen. Das Gesetz ist allerdings eindeutig und wird in anderen Städten auch beachtet. Also sollten Finanzmittel für die Kontrollen zur Verfügung gestellt werden, die durch Bußgelder schnell amortisiert werden. Dann fehlt es der Verwaltung an Ausreden für die fehlende Umstzung des Gesetzesauftrages.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Überwachung des nordrhein-westfälischen Nichtraucherschutzgesetzes gehört neben zahlreichen anderen Überwachungstätigkeiten zu den Aufgaben des Ordnungsdienstes der Stadt Köln; ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt des Ordnungsdienstes sind kurzfristige Überwachungsmaßnahmen, die auf Bürgerbeschwerden zurückzuführen sind. Seit Einführung des nordrhein-westfälischen Nichtraucherschutzgesetzes ist es zu vielen Hinweisen über Verstöße gegen das Rauchverbot in Gaststätten gekommen. Die betroffenen Gaststättenbetriebe wurden kontrolliert und mögliche ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung des Raucherverbotes eingeleitet. Die entsprechenden Kontrollen werden fortgesetzt. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass unter bestimmten Bedingungen in Gaststätten auch geraucht werden darf. Verstöße gegen das Rauchverbot in Gaststätten können die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln (Amt für öffentliche Ordung - Gaststättenabteilung 321/3, Willy-Brandt-Platz 3 in 50679 Köln oder telefonisch der Leitstelle des Ordnungs- und Verkehrsdienstes 0221/221-32000) mitteilen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.
Der Rat würdigt diesen Punkt als berechtigten Wunsch nach konsequenter Einhaltung des Schutzes von

NichtraucherInnen.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der Gesundheitsausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.
Ausschuß Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales: Beschluss: Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss: 1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Das Geld liegt auf der Straße

Rang:	77	**Vorschlags-Nr.:**	550
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	36		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Obwohl an den oberirdischen KVB-Haltstestellen genügend Mülleimer aufgestellt sind, ist es leider immer wieder zu beobachten, dass Kippen und Abfall einfach fallen gelassen werden (5m zum Mülleimer sind anscheinend nicht zumutbar) Bei 25 EUR pro Kippe wäre das sicherlich ein lohnendes Geschäft für das Ordnungsamt! Anders als über den Geldbeutel scheint den Schmutzfinken unserer Stadt offensichtlich nicht beizukommen sein. Daher: Mehr Ordnungsdienst - mehr Sauberkeit

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Überwachung des öffentlichen Straßenlandes und öffentlich zugänglicher Bereiche gehört zu den Aufgaben des Ordnungsdienstes der Stadt Köln; ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt ist die Verbesserung der Sauberkeit und die Ahndung von festgestellten Verunreinigungen. In den letzten Monaten haben sich wiederholt Bürgerinnen und Bürger über Verunreinigungen an KVB-Haltestellen beschwert; dies wurde durch den Ordnungsdienst zum Anlass genommen, die Bereiche der KVB-Haltestellen und das angrenzende Straßenland schwerpunktmäßig und regelmäßig zu überwachen. Die entsprechenden Kontrollen werden fortgesetzt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
Ausschuß Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales: Beschluss: Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss: 1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Ungewolte Werbung

Rang:	83	**Vorschlags-Nr.:**	208
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	35		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Jeder Bürger der Stadt Köln haftet mit Bußgeld, falls er Müll auf die Strasse wirft. Dagegen dürfen Werbebroschüren ungefragt Paketweise vor den Haustüren abgeladen werden. Beim ersten Windstoß verteilen sich diese dann über ganze Strassenzüge. Hier sollte die Haftung für die notwendige Abfallbeseitigung auf die entsprechenden Verteiler, bzw. Initiatoren dieser Broschüren ausgeweitet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln wurde bereits in den letzten Jahren gebeten zu prüfen, ob ein Verbot der Werbemittelverteilung in Hauseingängen durchgesetzt werden kann, wenn nicht auszuschließen ist, dass die Prospekte durch Windeinwirkung auf die Straße fliegen. Bei Hauseingängen handelt es sich um Privateigentum, so dass ein Verbot der Werbemittelverteilung durch öffentlich-rechtliche Regelungen nicht möglich ist. Sollte es durch die verteilten Werbeprospekte allerdings zu einer Verschmutzung des öffentlichen Straßenlandes und somit zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch einen Verstoß gegen § 5 Kölner Straßenordnung kommen, stellt dies eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. In der Vergangenheit wurden in vergleichbaren Fällen die werbenden bzw. verteilenden Firmen angeschrieben und auf die entstehende Verschmutzung des öffentlichen Straßenlandes hingewiesen. Gleichzeitig wurden sie aufgefordert, ihre Verteiler anzuweisen, Zeitschriften oder Werbematerial so zu verteilen, dass Verschmutzungen des Straßenlandes ausgeschlossen werden. Verunreinigungen des öffentlichen Straßenlandes durch unsachgemäße Ablagerung von Werbematerial können die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln (Amt für öffentliche Ordnung - Abteilung 322/4, Ottmar-Pohl-Platz 1 in 51103 Köln) mitteilen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
Ausschuß Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales: Beschluss: Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss: 1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Säuberung der Rheinufer

Rang:	94	**Vorschlags-Nr.:**	690
Pro-Stimmen:	32		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	32		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Beim Niedrigwasserstand der Rheinufer auf beiden Seiten (wenn es z.B. längere Zeit nicht geregnet hat) könnten diese von Schmutz und Unrat befreit werden. Ich würde mich für diese Tätigkeit zu Verfügung stellen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Bereich des Flussbettes liegt im Zuständigkeitsbereich des Wasser- und Schiff-fahrtsamtes, nicht der Stadt Köln. Sog. Schwemmsel nach Hochwasser werden von den AWB im Auftrag der Stadt (67/69) entfernt. Die Grünbereiche werden im Rahmen der Litteringvereinbarung von den AWB im Sommerhalbjahr wöchentlich und im Winterhalbjahr alle zwei Wochen bedarfsorientiert gereinigt. Die Uferflächen wurden auch im Rahmen von „Kölle putzmunter“ von div. Vereinen gereinigt. Reinigungen durch einzelne Bürger außerhalb der Aktion sind kaum denkbar (Haftung, Müllentsorgung etc.). Fazit: Dem Vorschlag kann nicht entsprochen werden, weil die Stadt Köln für die besagten Flächen nicht zuständig ist. Die Reinigung der übrigen Uferflächen (Grünflächen) ist an die AWB GmbH & Co. KG vergeben.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit

Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Gelbe Tonne als Wertstofftonne

Rang:	99	**Vorschlags-Nr.:**	828
Pro-Stimmen:	33		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	29		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Gelbe Tonne des Dualen Systems und anderer Anbieter trägt nach wie vor nur in unbefriedigender Weise zu einer Reduktion des Restmülls bei. In Großstädten macht der Restmüll darin fast knapp die Hälfte aus. Zudem ist dieses System wenig transparent und relativ teuer. Um zumindest die Wiederverwertung von Wertstoffen zu erhöhen, könnte man mit der gelben Tonne nicht nur Verpackungen mit dem grünen Punkt sammeln, sondern generell wiederverwertbare Wertstoffe wie andere Plasitkabfälle, Elektrogeräte, Metallgegenstände,.... Ein solches Konzept wird als Modellprojekt "Gelbe Tonne Plus" seit einigen Jahren in Leipzig erfolgreich getestet: Seit Einführung sammelten die Recylingunternehmen wohl rund 70% mehr Wertstoffe, die Zahl der "Fehlwürfe" sank. Zudem ist dieses Konzept wohl günstiger als die Restmüllentsorgung. Ein solches oder ähnliches Konzept zur Verringerung des Restmüllaufkommens sollte man für Köln auch testen!

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit schreibt die Verpackungsverordnung noch vor, dass die Verpackungsabfälle separat von anderen Materialien erfasst werden. Sie lässt zunächst keine gemeinsame Erfassung mit anderen Wertstoffen zu. Es ist richtig, dass z.B. in Leipzig hierzu ein Versuch stattfindet. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP wurde vereinbart, dass eine Änderung der Verpackungsverordnung in Richtung einer Wertstofftonne geprüft wird. Dieses Ergebnis bleibt zunächst abzuwarten. Die Kosten werden nicht aus dem allgemeinen Haushalt finanziert, sondern aus dem Gebührenhaushalt. Derzeit würde die Einführung der Wertstofftonne zu höheren Abfallgebühren führen, deren Kosten sich zurzeit nicht beziffern lassen. Fazit: Da die rechtliche Grundlage zurzeit noch fehlt und die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt, muss die Entscheidung auf dieser Ebene abgewartet werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Cluster: Sonstige Schulformen

Cluster Sonstige Schulformen

Thema: Schule/Bildung

Rang	Vorschlag	Überschrift
3	475	OGTS-Räume platzen aus allen Nähten im Gebäude der GS Schulstraße 51
9	166	Neubau Michaeli-Schule-Volksgarten
13	1416	Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention
17	618	Buszufahrt Pestalozzi-Schule Wahnheide
21	1577	Unterstützung bei Schulgründung: eine inklusive Schule im Kölner Süden für alle Kinder
24	1396	Etat für Reparaturen an Schulen
27	58	Schulklassen verkleinern
28	1395	Aufstockung der Putzzeiten an Schulen
29	48	Ein gemeinsames Konzept für saubere Toiletten an Schulen
31	306	Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen
32	1394	Erhöhung des Schuletats
34	377	Video Beamer für das Kölner Planetarium
42	1144	Diskriminierungs-,Ausgrenzungs-, Mobbingsprävention
54	121	Einführung eines Schülertickets für Grundschüler
55	298	Naturnahe und kindgerechte Schulgelände/Schulgärten
56	1677	Wertevermittlung schulformübergreifend durch Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität
57	278	OGTS (oder OGS) Qualität der Betreuung verbessern
58	1607	Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen
59	214	Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!
61	1084	Dominik Brunner Freizeitecken
68	1637	Keine Schließung der Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden nach 2011
69	192	Einsatz von Open Source an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen!
70	414	Reinigungs-/Aufsichtskraft für Schultoiletten
71	1671	Freier Eintritt für Schulklassen
72	151	Ein Klassen-Gruppenticket für jede Schule
74	896	Bildungslandschaft HöVi
75	226	Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher für den Elternsprechtag
86	83	mehr Personal in Schulen
89	1549	Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaft
90	1381	Obst und Gemüse an Schulen und Kindergärten
93	1254	Interkulturelle Elternarbeit sollte als präventive Möglichkeit für bildungsbenachteiligte Familien an weiteren Schulen in Köln eingerichtet werden
96	905	Entwicklungspolitische Bildung verstärken!
98	186	Bereitstellung Bustransfer für Schulausflüge

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	822.116,50 €	2.007.533,00 €	1.659.533,00 €	1.612.933,00 €	1.603.200,00 €

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
66	511	Dachbegrünung Turnhallendächer

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema					
Summe Cluster:	822.116,50 €	2.007.533,00 €	1.659.533,00 €	1.612.933,00 €	1.603.200,00 €

Dachbegrünung Turnhallendächer

Rang:	66	**Vorschlags-Nr.:**	511
Pro-Stimmen:	42		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	38		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Dachbegrünung Turnhallendächer u.a. öffentliche Gebäude Angeblich gibt es in Köln nicht genug Flächen für Bepflanzungen, dabei stehen sie zahlreich in fast jedem Stadtteil: Öffentliche Gebäude wie z.B. Schulen mit Flachdächern sind hervorragend geeignet für Dachbegrünung. Umsetzbar als Projekte von Schulklassen, ganzen Schulen, Elternpflegschaften oder Nachbarschaftsinitiativen, die mit kreativen Konzepten auch Geld für ihre Projekte auftreiben. Die Federführung sollte also bei den Initiatoren liegen. Allerdings ist die Gebäudewirtschaft gefordert für Genehmigungen und Gutachten, um kompetent zu beraten und zu fördern. Von diesem Personalinput abgesehen schaffen solche Dachbegrünungen einen Mehrwert für Stadtklima und Umwelt und schonen die Stadtkasse. Ein Vorschlag auch für den Bereich Bildung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus der Sicht des Umweltschutzes sind Gründächer grundsätzlich zu begrüßen, da sie kleinklimatisch eine Verbesserung darstellen und damit einen kleinen Beitrag zur Verminderung von Wärmeinseln in der Stadt leisten können. In erster Linie ist jedoch die Statik der Flachdächer zu prüfen. Läßt diese dies zu und stehen ohnehin Reparaturen der Dächer an, wäre eine solche Maßnahme überlegenswert. Die Mehrkosten gegenüber einer konventionellen Dachsanierung sollten aktuell hinterfragt werden. Sie lagen vor ein paar Jahren ungefähr bei 15%.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß Bauen und Wohnen: Der Ausschuss folgt dem Votum der Verwaltung. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft folgt dem Votum der Verwaltung zu den ihn betreffenden Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2010 der Themenkomplexe Ökostrom, Dachbegrünung Turnhallendächer, Photovoltaikanlagen und LED-Beleuchtung und bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung zu den Einzelvorschlägen gemäß Anlage 1. Die Vorschläge zu den vorgenannten Themen werden von der Verwaltung bereits seit Jahren sowohl generell wie beim Thema Ökostrom - gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 - als auch einzelfallbezogen wie bei Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen im praktischen Verwaltungshandeln umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind wie bisher bereits erfolgt in künftigen Wirtschaftsplänen der Gebäudewirtschaft bzw. in den städtischen Haushalten bereitzustellen.

Industriegebiet in Longerich - NEIN!

Rang:	2	**Vorschlags-Nr.:**	106
Pro-Stimmen:	257		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	241		
Bezirke:	Nippes		

Vorschlagstext:

Im Bereich Longerich musste schon viel Grün der Ansiedlung von Gewerbe weichen. Verkehr und Lärm haben durch diesen Ausbau stark zugenommen. Nun plant man im Bereich der Hugo-Junkers-Straße auf dem Plateau der Bundesbahnstrecke beachtliche Flächen, die die Bundesbahn nicht mehr benötigt, in Gewerbeflächen (fast 30.000 m²) und sogar in INDUSTRIEFLÄCHEN (ca. 17.000 m²) umzuwandeln. Die zu erwartenden Immissionen, u.a. in Form von Lärm und Abgasen, werden sich sehr negativ auf die Umwelt der Bewohner auswirken. Die ersten Wohnhäuser sind nur 100 m entfernt. Die Stadt hat bei der Planung im Umgang mit Flächen die Auswirkungen auf die Umwelt und für die Anwohner sehr behutsam zu prüfen. Es wäre sinnvoll, ein Konzept zur umweltschonenden, besser noch naturnahen Nutzung solcher Leerflächen der Bundesbahn in direkten Wohngebieten zu erstellen, um zu verhindern, dass durch rein wirtschaftlich orientierte Interessen Lebensqualität in Köln verloren geht. Die Wiederaufforstung der Flächen mit Büschen und Bäumen sollte daher als ein positives Zeichen für den Umweltschutz voran getrieben werden!

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der genannten Grundstücksfläche handelt es sich um eine überwiegend bereits schon entwidmete ehemalige Bahnfläche bzw. teilweise noch gewidmete Bahnfläche. Der überwiegende Teil dieser ehemaligen Bahnfläche wurde an einen privaten Investor veräußert, der hier ein Entsorgungsunternehmen betreibt. Um diese ehemaligen Bahnflächen einer gewerblichen Nutzung zuführen zu können, wird derzeit ein Bebauungsplanverfahren mit der Zielsetzung der Ausweisung eines Gewerbegebietes und eines eingeschränkten Industriegebietes durchgeführt. Die Bezirksvertretung Nippes hat Ende Januar 2010 über das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem Ergebnis beschlossen, dass hier lediglich ein eingeschränktes Gewerbegebiet und kein eingeschränktes Industriegebiet festgesetzt werden soll. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, d.h. für den Eingriff in Flora und Fauna ist ein Ausgleich durch eine standortgerechte Begrünung zu schaffen. Durch das Bebauungsplanverfahren wird sichergestellt, dass hier nur gewerbliche Nutzungen zulässig sein werden, die hinsichtlich ihres Immissonsverhaltens zu keinen unzumutbaren Beeinträchtigungen bei der nächst gelegenen Wohnbebauung in ca. 150 m Entfernung östlich der Eisenbahntrasse führen können. Als nächster Verfahrensschritt im Bebauungsplanverfahren wird der Stadtentwicklungsausschuss über das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens beraten und beschließen. Dies wird voraussichtlich im März 2010 erfolgen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Stadtentwicklungsausschuß: Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dem Votum der Verwaltung gemäß der Anlage 1 zu den Punkten "Industriegebiet in Longerich", "Godorfer Hafen" und "Ausbau Godorfer

Hafen" zu folgen und stimmt den Stellungnahmen der Verwaltung zu.

Abschaffung der Laubbläser

Rang:	6	**Vorschlags-Nr.:**	598
Pro-Stimmen:	231		
Contra-Stimmen:	10		
Saldo:	221		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Nicht nur laut, auch schmutzig: Zitat von http://www.bremer-umwelt-beratung.de/umwelttipps-natur-laubblaeser.html:"Im Vergleich zu Laubsauggeräten werden beim Betrieb von Laubblasgeräten viel Laub und Staubpartikel aufgewirbelt. Darunter befinden sich auch an den Staub anhaftende mikrobielle Verunreinigungen (Bakterien, Schimmelpilze, Parasiten, Viren) sowie Gräser- und Blütenpollen. Durch Unrat und Hundekot können Krankheitserreger in die Umgebungsluft aufgewirbelt werden. Die Keimbelastete Luft wird von allen sich in der Nähe aufhaltenden Personen eingeatmet. Besonders im professionellen Einsatz empfehlen Umweltmediziner, Laubblasgeräte nur mit Mundschutz zu bedienen. Im privaten Bereich sollte nur zu Harke und Besen gegriffen werden." Deswegen bin ich dafür, dass eben auch das Grünflächenamt nur zu Harke und Besen greifen sollte. Insbesondere auf und um Spielplätze sollten keinerlei Laubbläser/sauger eingesetzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine schnelle und kostengünstige Beseitigung des Laubes zur Gewährung der Verkehrssicherheit ist nur durch den Einsatz von Maschinen möglich. Daher gibt es zum Einsatz von Laubblasgeräten keine realistische Alternative. Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ist allerdings bestrebt, den Einsatz der Geräte auf ein Mindestmaß zu minimieren. Besen und Harken sind grundsätzlich keine Alternativen, da die personelle und finanzielle Ausstattung eine manuelle Laubbeseitigung im notwendigen Umfang nicht gewährleisten kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Insbesondere im Hinblick auf Spielplätze und deren nähere Umgebung wird dem Bürgervorschlag gefolgt.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Insbesondere im Hinblick auf Spielplätze und deren nähere Umgebung wird dem Bürgervorschlag gefolgt.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in

seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Decken statt Heizpilze

Rang:	12	**Vorschlags-Nr.:**	871
Pro-Stimmen:	115		
Contra-Stimmen:	16		
Saldo:	99		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Heizpilze im Winter verbreiten sich immer mehr in Köln. Dies besonders in der Altstadt. 1 Heizpilz benötigt soviel Strom wie ein durchschnittliches Einfamilienhaus im Jahr bzw. stößt soviel CO2 aus, wie ein PKW, der im Jahr 20.000km fährt. Also viel zu viel!!! Viele Städte haben Heizpilze aus den Innenstädten verbannt bzw. haben große Werbeaktionen für die Nutzung von Decken gestarten. Die könnte auch in Köln geschehen und wir könnten das schöne Rheinpanorama herrlich in Decken eingewickelt genießen. Mein Vorschlag ist, dass geprüft wird, ob Heizpilze vom dem Rat der Stadt

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Amt 57 hat in einer Stellungnahme zur Umweltgefährdung durch "Heizpilze" festgestellt, dass zwar Stickoxidemmissionen von Gasheizpilzen in der Umweltzone vermieden werden sollten, dass aber aus umweltfachlicher Sicht die Energiebilanz für Stromheizstrahler so schlecht ist, dass bei einer Gesamtabwägung Gasheizpilze unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz umweltpolitisch besser sind als Stromheizstrahler. Ein allgemeines Verbot für die Benutzung von Gasheizstrahlern oder elektrische betriebenen Heizgeräten für den Außenbereich kann nicht umgesetzt werden, da es bisher kein gesetzliches Einsatzverbot gibt. Ein Verbot von Gasheizstrahlern könnte allenfalls, wie von der Rechtsprechung bestätigt, über stadtgestalterische Vorgaben ausgesprochen werden. Erstmal in den für die Außengastronomie im Bereich "Rheingarten" zwischen Markmannsgasse und Bischofsgartenstraße ergangenen Gestaltungsrichtlinien ist das Aufstellen freistehender Heizstrahler verboten worden. Da dieses Regelwerk eine dreijährige Übergangsfrist enthält, wird deren Umsetzung erst zum 01.01.2010 verbindlich. 32 wird die Beachtung dieser Richtlinie überwachen und ggfs. die Beseitigung widerrechtlich aufgestellter Heizpilze einfordern. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass 32 nur bei Heizstrahlern, die im Rahmen von Sondernutzungen öffentlichen Straßenlandes eingesetzt werden, eingreifen kann. Bei Heizstrahlern, die auf Privatgrundstücken eingesetzt werden verhindert zurzeit die fehlende Rechtsgrundlage ein ordnungsrechtliches Eingreifen. Sofern Gestaltungsrichtlinien für weitere städtische Bereiche erarbeitet werden, wird die Vermeidung von Heizpilzen mit in die Überlegungen einbezogen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor,

zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Nachstehender mündlich geänderter Vorschlag 1.) Soweit es Gestaltungsrichtlinien für die Außengastronomien im öffentlichen Straßenland gibt, sind dort bereits freistehende Heizstrahler (sog. "Heizpilze") untersagt, elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch erlaubt. Aus gesamtenergetischer Sicht sind elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch umweltschädlich, da bei der Produktion des Stroms höhere Emissionen erzeugt werden. Die Verwaltung wird die Richtlinien prüfen und in Gesprächen mit der Gastronomie, insbesondere mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) einen generellen Verzicht auf Heizgeräte diskutieren. Stattdessen wird für die Verwendung von Decken und anderen Alternativen geworben. 2.) Die Bereiche des öffentlichen Straßenlandes, in denen keine Gestaltungsrichtlinie gilt, werden entsprechend mit der Gastronomie und dem DEHOGA diskutiert. Geänderter Beschluss zum Vorschlag: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
Ausschuß Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales: Beschluss: Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss: 1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Darüber hinaus schließt sich der Ausschuss auch der Änderung wie folgt an: 1.) Soweit es Gestaltungsrichtlinien für die Außengastronomien im öffentlichen Straßenland gibt, sind dort bereits freistehende Heizstrahler (sog. „Heizpilze“) untersagt, elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch erlaubt. Aus gesamtenergetischer Sicht sind elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch umweltschädlich, da bei der Produktion des Stroms höhere Emissionen erzeugt werden. Die Verwaltung wird die Richtlinien prüfen und in Gesprächen mit der Gastronomie, insbesondere mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) einen generellen Verzicht auf Heizgeräte diskutieren. Stattdessen wird für die Verwendung von Decken und anderen Alternativen geworben. 2.) Die Bereiche des öffentlichen Straßenlandes, in denen keine Gestaltungsrichtlinie gilt, werden entsprechend mit der Gastronomie und dem DEHOGA diskutiert.

Köln rettet den Spatz

Rang:	18	**Vorschlags-Nr.:**	551
Pro-Stimmen:	89		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	85		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Der Spatz stirbt aus. Vor allem zwischen den Betonburgen der Großstädte wird er immer seltener gesehen. In diesem Jahr wurde die Deutsche Wildtier Stiftung für ihre Initiative "Hamburg rettet den Spatz" ausgezeichnet. Ich fände es toll, wenn Köln sich ein Bespiel nähme und auch einen Beitrag für die Rettung des kleinen Vogels starten würde. Besonders effektiv sind Nistkästen (Bausätze sind bei der Stiftung erhältlich). Sie könnten in den Jugendwerkstätten der Kölner Jugendberufshilfe gebaut und dann an öffentliche Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, etc.) verteilt werden. Unterrichtsmaterialien und Know-how gibt es ebenfalls bei der Stifung (und sicher auch bei vielen Kölner Initiativen).
http://www.deutschewildtierstiftung.de/projekte/haussperling/index.php

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Bürgerhaushalt 2009 wurden für die Jahre 2009 und 2010 jeweils 6.000 € zur Stärkere Unterstützung des freiwilligen Natur- und Umweltschutzes zur Verfügung gestellt. Der Vorschlag (Nr. 2286) hierzu, wurde vom Verein Querwaldein e. V. eingereicht. Mit dem Verein wurde für 2009 ein Werkvertrag geschlossen, der am 31.12.09 endete. Vereinbarungsgemäß erstellte Querwaldein e. V. eine Internetseite (www.koelner-nistkaesten.de), in der alle Standorte von Nist- und Fledermauskästen ersichtlich sind. Weiterhin wurde die Aktion mit Flyern und Plakaten insbesondere in Schulen beworben. Für 2010 ist ein weiterer Vertrag mit Querwaldein e. V. geplant. Voraussetzung ist jedoch die Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss. Da das jetzt laufende Projekt bereits einen ähnlichen Charakter hat, wäre es aus Artenschutzsicht begrüßenswert weitere Mittel zur Fortführung in den Folgejahren zur Verfügung zu stellen. Der besondere Wert sollte jedoch auf alle bedrohten Fledermaus- und Vogelarten gelegt werden. Hierbei werden auch Maßnahmen für den stark im Rückgang befindlichen Haussperling Berücksichtigung finden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR	6.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ökobilanz

Rang:	21	**Vorschlags-Nr.:**	488
Pro-Stimmen:	76		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	74		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Für sämtliche städtischen Planungen und Projekte ist schon in der Planungsphase eine "Ökobilanz - vorher/nachher" aufstellen. Viele teure Projekte gehen bekanntlich in Köln auch zulasten der Umwelt. Und da Umweltprobleme langfristig das allermeiste Geld kosten, reicht hier die sog. "Umweltverträglichkeitsprüfung" einfach nicht aus! Als "Negativ"-Beispiele seien hier Planungen wie Oper/Schauspielhaus, Deutzer Rheinufer, Klingelpützpark, Ottoplatz, Verlagerung der Fachhochschule Deutz, Vergrößerung Godorfer Hafen genannt, die bei z.T. verheerender Ökobilanz auch noch ausgesprochen teuer sind. Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld...? Die logische Folge ist doch, dass viele, viel dringendere Aufgaben - auch in puncto Umwelt - , einfach liegen bleiben, ...weil wieder mal kein Geld da ist...

Stellungnahme der Verwaltung:

Stellungnahme von 61: Im Rahmen der bei der Stadt Köln, Stadtplanungsamt, durchgeführten Planungsverfahren, hier, Änderung / Überarbeitung des Flächennutzungsplanes (FNP) und Aufstellung von Bebauungsplänen, ist gemäß Baugesetzbuch (BauGB) in der Regel eine umfassende und formalisierte Umweltprüfung gesetzlich vorgeschrieben. In jedem Fall sind erheblich betroffene Umweltbelange zu berücksichtigen. Es handelt sich bei dem Verfahren der Umweltprüfung um das angemessene Instrument zur Berücksichtigung von Umweltwirkungen in kommunalen Bauleitplan-Verfahren. Zur Erstellung einer Ökobilanz müssten Kenntnisse vorliegen über beispielsweise die Baumaterialien der auf der Grundlage des Bebauungsplanes errichteten Gebäude, über beispielsweise Geräte zur Heizwärme- und Warmwasserbereitstellung und über weitere Materialien wie Straßen- oder Pkw-Stellplatzbeläge. Auch müssten zum Bau oder zum Abbruch bestehender Gebäude eingesetzte Maschinen und deren Kraftstoffverbrauch und Schadstoff-Ausstoß bekannt sein. Der Flächennutzungsplan und auch die Bebauungspläne, selbst wenn sie vorhaben-bezogen sind, regeln diese vorgenannten Dinge nicht, sondern bilden einen Rahmen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Daher ist die Durchführung einer Ökobilanz in städtischen Planungsverfahren nicht möglich.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Wasserbus

Rang:	33	**Vorschlags-Nr.:**	722
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	60		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Zum Ausbau und zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs schlage ich die Einführung eines "Waserbusses" auf dem Rhein ein, der (idealerweise in den VRS eingebunden) zwischen wichtigen Haltepunkten auf beiden Seiten des Rheins innerhalb des Stadtgebiets pendelt und somit einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die bisherigen Untersuchungen zur Einführung eines Wasserbusses oder Wassertaxis hatten ergeben, dass keine ausreichende Nachfrage generiert werden könnte.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	50.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Die Fahrgastbefragungen geben den Bedarf nur eingeschränkt wieder.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Die Fahrgastbefragungen geben den Bedarf nur eingeschränkt wieder.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Einrichtung eines Wasserbusses soll erneut geprüft werden, z.B. zur Verbesserung der Verbindung zwischen Porz und Rodenkirchen.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Kostenlose Fahrradmitnahme bei den KVB bzw. im VRS-Gebiet

Rang:	40	**Vorschlags-Nr.:**	1161
Pro-Stimmen:	60		
Contra-Stimmen:	7		
Saldo:	53		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die kostenlose Fahrradmitnahme eine ideale Verknüpfung der umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Fahrrad, wodurch zahlreiche Autofahrten im Freizeit- und Berufsverkehr ersetzt werden könnten. Derzeit muss z.B. neben einem schon recht teuren Aktiv60Ticket (43 Euro in Köln) tagsüber zusätzlich bei Bedarf noch jeweils ein Einzelticket für das Fahrrad gelöst werden. Dass es auch anders geht, beweist der Verkehrsverbund VRR mit seinem Bärenticket, welches gleichartig oder in abgewandelter Form auch im VRS-Gebiet eingeführt werden sollte. Das sog. Bärenticket, welches für den Einheitspreis von 60 Euro zu haben ist, jeden Tag im ganzen VRR-Verbund gilt, grundsätzlich ein Fahrrad und außerdem sogar die erste Klasse mit einschließt. Für ein Aktiv60Ticket müsste ich für den gesamten VRS-Raum hingegen 83 Euro bezahlen. Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Bärenticket des VRR und dem Aktiv60Ticket des VRS liegen darin, dass das rund um die Uhr geltende Bärenticket - nicht übertragbar ist, - auch die zweite Klasse einschließt und - die Fahrradmitnahme kostenlos ist. Die fehlende Übertragbarkeit des Bärentickets sowie die Nutzung der 1. Klasse dürfte zudem für die Mehrzahl der älteren Alleinstehenden irrelevant sein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im VRR-Tarif wird mit dem Bärenticket für Kunden ab 60 Jahre grundsätzlich eine ganztätige, kostenlose Fahrradmitnahme angeboten. Im vergleichbaren Leistungsangebot Aktiv60Ticket des VRS-Tarif kann ein Fahrrad montags bis freitags ab 19 Uhr bis Betriebsschluss, am Wochenende und an Feiertagen ganztags kostenlos mitgenommen werden. Eine ganztägige Fahrradmitnahme in den Fahrzeugen gerade in den Hauptverkehrszeiten ist wegen der hohen Auslastung der Fahrzeuge nicht immer problemlos möglich. Darüber hinaus haben ganztags Fahrgäste mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer jederzeit Vorrang (Teil A, Punkt 9.5 des Gemeinschaftstarifes für den VRS). Da eine Fahrradmitnahme zu den Hauptverkehrszeiten nicht garantiert werden kann, kann für das Aktiv60Ticket die generelle kostenlose Mitnahme auch nicht angeboten werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor,

zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Abschaffung der Laubbläser

Rang:	44	**Vorschlags-Nr.:**	1442
Pro-Stimmen:	53		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	52		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Im Zeichen des Klimagipfel und den Diskussionen dazu ist es unverständlich wie hier in Köln mit dem Thema Umweltschutz umgegangen wird. Das dies im ganzen Land auch so ist dürfte jedem klar sein. Es vergeht kein Tag an dem der oder die Laubbläser im Einsatz sind. Zuerst waren es im Frühjahr und Sommer die Kettensägen dann folgten die wieder die Laubbläser. Ganz besonders im Stadtwald wird die Luft für die Freizeitsportler täglich konterminiert von dem Krach ganz zu schweigen. Das ist in höchstem Maße unangenehm und zudem gesundheitsschädlich. Für den Bediener aber ist in einigen Jahren ein Krankenhausaufenthalt vorprogrammiert. Niemand muss auf einem durch Laubbläser frei geblasenem Weg laufen. Und wenn dann dauert es eben etwas länger die Wege vom Laub zu befreien. Vor einigen Jahren ging es ja auch noch ohne Laubbläser. Die Geräte gehören insgesamt verboten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine schnelle und kostengünstige Beseitigung des Laubes zur Gewährung der Verkehrssicherheit ist nur durch den Einsatz von Maschinen möglich. Daher gibt es zum Einsatz von Laubblasgeräten keine realistische Alternative. Die Verwaltung ist allerdings bestrebt, den Einsatz der Geräte auf ein Mindestmaß zu minimieren. Besen und Harken sind grundsätzlich keine Alternativen, da die personelle und finanzielle Ausstattung eine manuelle Laubbeseitigung im notwendigen Umfang nicht gewährleisten kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv

beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

In 2010: 1. Ökokölner Umwelttag

Rang:	45	**Vorschlags-Nr.:**	1684
Pro-Stimmen:	65		
Contra-Stimmen:	15		
Saldo:	50		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Jährlich soll in Köln ein Umwelttag stattfinden, an welchem alle jeweils aktuell ungelösten Umweltprobleme Kölns vorgestellt und von betroffenen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern auf Lösungsmöglichkeiten hin untersucht werden können. Beim ersten Umwelttag, welcher am Samstag, 17. April 2010, stattfinden könnte, sollen zusätzlich noch Umweltvorschläge aus d i e s e m Bürgerhaushalt (und ungelöste aus dem von 2008) näher betrachtet werden. Jede und Jeder ist eingeladen hier (unter Kommentare!) Vorschläge für das Programm dieses Tages zu machen. Koordiniert werden sollte das Ganze dann rechtzeitig von und in der Fachdienststelle, dem Umweltamt Kölns, unter Einladung der partizipierenden BürgerInnen. Ich könnte z.B. an diesem Tag eine Fahrradtour anbieten, zu Brennpunkten des Fahrradverkehrs im Innenbereich Kölns, unter besonderer Berücksichtigung von Vorschlägen aus dem Bürgerhaushalt. Hier als Beispiele Vorschlag 1430 (Apostelnstraße), 601 (Komödienstraße mit der prekären Überquerungssituation am Verkehrsamt...) und der Ehrenstraße (ungelöst aus BHH 2008). Dazu werde ich (oder werden wir) dann Verkehrssachverständige, Politiker, Verwaltungsfachleute und den Oberbürgermeister einladen. Vielleicht entsteht aus dieser Aktivität dann eine regelmäßige Erkundungsfahrt, wie das in anderen Städten längst Brauch ist. (Ich warte jetzt auf Zustimmung und Vorschläge für das Tagesprogramm ;-) Für eine positive Ökobilanz Kölns!

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach dem aktuellen Ablauf des Bürgerhaushaltsverfahrens wird voraussichtlich im Mai 2010 der Stadtrat den Haushaltsplanentwurf mit den Veränderungsnachweisen und den Anregungen aus dem Bürgerhaushalt beschließen. Im Anschluss an den Haushaltsbeschluss des Rates erfolgt die Rechenschaft mit Darstellung und Begründung, welche Vorschläge der Rat angenommen und welche abgelehnt wurden. Die Rechenschaft wird im Internet veröffentlicht. Terminlich könnte der Ökokölner Umwelttag erst im Anschluss realisiert werden, wobei festzustellen ist, dass die Anregung auf eine strukturelle Änderung des derzeitigen Bürgerhaushaltsverfahrens abzielt. Der vierte und letzte Baustein im Verfahren, die „Rechenschaft“ sollte demnach um eine Veranstaltung in Form einer Konferenz / Tagung erweitert werden. In diesem Rahmen sollten die vom Rat beschlossenen Vorschläge mit der Bürgerschaft öffentlich erörtert und diskutiert werden. Inhaltlich wären neben dem Themenbereich des Umweltschutzes zusätzlich die Berichterstattung über die noch nicht abgeschlossenen Beiträge des ersten Bürgerhaushalts 2008 mit den Themengebieten: Grünflächen und Straßen, Wege, Plätze aufzunehmen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Verfahrensschritte des Bürgerhaushalts für alle Themengebiete übereinstimmend gestaltet sein sollten. Bürgerinnen und Bürger dürfen gleiche Rahmenbedingungen bei der öffentlichen Präsentation ihrer Vorschläge im Verfahren des Bürgerhaushalts erwarten. Demnach wären analog auch Veranstaltungen zu den Themengebieten des Sports (Bürgerhaushalt 2008) sowie Bildung und Schule seitens der Verwaltung durchzuführen Ressourcen: Für die Vorbereitung und Ausrichtung allein einer Veranstaltung „ Ökokölner Umwelttag“ unter Beteiligung der Bürgerschaft, den Vertreterinnen und Vertretern des Rats sowie der Verwaltung aus den Bereichen der Stadtentwicklung, des Stadtplanungsamtes, des Straßen- und Verkehrsamtes, des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen sowie des Umwelt- und Verbraucherschutzamts werden entsprechend finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Nach Schätzung ist ein Budget von etwa 8.000 bis 10.000 Euro erforderlich (Anmietung von Konferenzräumen, externe Moderation, Catering, etc.) Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt wird im Jahr 2010 maßgeblich die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Umgebungslärm-Richtlinie (Lärmminderungsplanung) und in der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts umfangreiche Arbeitskreise und Infoveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Investoren durchführen. Die Planung, Organisation und Realisierung einer zusätzlichen Veranstaltung zum Bürgerhaushalt 2010 ist mit den personellen und finanziellen Ressourcen seitens 57 nicht leistbar. Fahrradtour: Jährlich findet bereits jetzt mit dem

Expertenkreis Velo2010 unter der Federführung des ADFC eine sogenannte „Mängeltour“ statt. In einem bestimmten Bezirk wird dann eine vom ADFC ausgearbeitete Route unter Beteiligung der Verwaltung, der Polizei und verschiedener Interessenverbände abgefahren, auf der Verbesserungen für den Radverkehr diskutiert werden. Eine weitere Tour im Zusammenhang mit einem „Ökokölner Umwelttag“ ist durchaus denkbar und begrüßenswert. Die Organisation dieser Tour und Ausarbeitung der Route sollte komplett in Händen des Veranstalters oder des Antragstellers liegen, eine Abstimmung mit dem Fahrradbeauftragten ist aber sinnvoll. Es ist zu beachten, dass die Teilnehmerzahl einer solchen Tour streng begrenzt werden sollte, um vor Ort eine effektive Diskussion führen zu können.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Köln/ner schützen vor Klimawandel

Rang:	47	**Vorschlags-Nr.:**	1682
Pro-Stimmen:	59		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	51		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Als Schutz vor den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels plädiere ich für dauerhafte Planung, Umsetzung und Förderung von Maßnahmen, die Feuchtigkeit, Grün und Kühle vermehrt in die Stadt bringen,so daß uns heiße Sommer, wie 2003 nicht mehr so viel anhaben können, z.B.: Erhaltung aller vorhanden und Anpflanzung zusätzlicher Bäume als Schatten- und Sauerstoffspender, Begrünung von Dächern, Förderung von Schutzmaßnahmen, wie hellen Fassaden und Flächen, Schaffung zusätzlicher Wasserflächen, Beschattung besonders von Plätzen, Förderung von alternativen Energien z.B.Elektrobussen in der Stadt, etc.

Stellungnahme der Verwaltung:

Generell ist der Vorschlag nur zu begrüßen, weil der Klimawandel in Köln bereits angekommen ist und seine Folgen schon heute spürbar sind. Nach Auffassung renommierter Wissenschaftler ist der Klimawandel nicht mehr völlig zu stoppen, sondern nur noch zu mildern und zu begrenzen. Daher sind neben der Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe auch Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel nötig. Die dem Umweltamt zur Verfügungen stehenden Regionalszenarien aus den Globalmodellen zeigen, dass lang anhaltende Hitzeperioden, wie sie im Jahre 2003 aufgetreten sind, mit Tropennächten und schwülen Tagen, in der Zukunft in Köln deutlich zunehmen werden. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Frost- und Eistage ab. Die genannten, belastenden Witterungsperioden in den Sommermonaten, werden gerade für Risikogruppen in der Bevölkerung zu vermehrten gesundheitlichen Problemen führen. Auch das Niederschlagsregime wird sich in der Zukunft verändern. Die Winter werden insgesamt feuchter und die Sommer trockener. Gleichzeit werden die sommerlichen Niederschläge vermehrt unwetterartig innerhalb von kurzer Zeit fallen und so größere Sachschäden verursachen. Insgesamt wird sich in Köln das Phänomen der urbanen Wärmeinsel aufgrund der Klimaveränderung noch verstärken. Anhand dieser Globalszenarien lässt sich das Stadtgebiet nicht differenziert darstellen und die Verstärkung des Wärmeinseleffektes in Köln nicht exakt ableiten. Um die Voraussetzungen für die Erarbeitung kleinräumiger, auf Köln bezogene Darstellungen der Auswirkungen des Klimawandels zu entwickeln und um die Anpassungsstrategien auf belastbares Zahlenmaterial zu stellen, hat die Stadt Köln, zusammen mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD) und dem LANUV ein Modellprojekt zur zukünftigen Klimaentwicklung in Köln begonnen. Im Zuge des Projektes sollen auf Grundlage von meteorologischen Messdaten im Stadtgebiet, von Basisdaten des Umweltamtes und Modellrechnungen mit dem Stadtklimamodell MUKLIMO_3 des DWD´s die zukünftigen Klimaänderungen hoch aufgelöst für die einzelnen Stadtquartiere prognostiziert werden. Aus den Ergebnissen werden Planungsempfehlungen für die zukünftige, klimaangepasste Stadtentwicklung formuliert, und weiterhin Strategien zur Bewältigung der unvermeidbaren Folgen entwickelt. Dabei stehen die Wärmeentwicklung im Sommer, mit Hitzetagen und Tropennächten ebenso im Vordergrund, wie die Zunahme von Starkregenereignissen. Eine Vielzahl von Maßnahmen wird zu ergreifen sein, um eine klimagerechte Stadt Köln insgesamt für die Zukunft zu entwickeln und zu rüsten. Das Projekt startete mit einer gemeinsamen Vertragsunterzeichnung am 26.10.09 und hat eine Laufzeit von ca. zwei Jahren. Der Vorschlag Nr. 1682 ist daher in seiner allgemeinen Form, auch unter dem Aspekt nur begrenzt zur Verfügung stehender kommunalen Ressourcen, nicht zielführend umsetzbar. Um konkrete und zielgenaue Maßnahmen in den städtischen Bereichen zu ergreifen, sollte das beschriebene Forschungsprojekt der Umweltverwaltung abgewartet werden und in die zu entwickelnden Planungsempfehlungen des Forschungsprojektes eingebunden werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die von den Bürgern vorgeschlagen Schutzmaßnahmen in Köln vor dem Klimawandel sollten bereits jetzt in Angriff genommen werden und nicht, gemäß Verwaltungsvorschlag, damit erst noch zwei Jahre gewartet werden.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die von den Bürgern vorgeschlagen Schutzmaßnahmen in Köln vor dem Klimawandel sollten bereits jetzt in Angriff genommen werden und nicht, gemäß Verwaltungsvorschlag, damit erst noch zwei Jahre gewartet werden.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Meschenich - Durchfahrverbot für LKW

Rang:	51	**Vorschlags-Nr.:**	1406
Pro-Stimmen:	49		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	48		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

Jeden Tag fahren zwischen 800 und 1000 LKW durch meschenich. Leider nicht nur lokale Transporte, sondern auch viel überregionaler Verkehr, der die Maut umgehen will. Bei einem Durchfahrverbot für Lkw in Meschenich würden mehrere Effekte erreicht. -Der Lärm im Ortskern wird geringer. -Verringerte Emissionen würde den Anwohnern eine bessere Lebensqualität bescheren. -Der Bund würde höhere Mauteinkünfte haben, da die Lkw auf die angenzenden Autobahnen angewiesen sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahr 2007 wurde die Brühler Landstraße im Bereich der Ortsdurchfahrt Meschenich nachts (von 22 – 6 Uhr) für den LKW-Verkehr über 3,5 t gesperrt. Die Beschilderung wurde Anfang Februar 2007 aufgestellt. Die Bezirksregierung als Fachaufsichtsbehörde ließ diese Beschilderung entfernen mit der Begründung, dass dieses Durchfahrverbot rechtswidrig sei. Eine Änderung der rechtlichen Situation ist nicht gegeben. In diesem Jahr ist noch eine Bürgerbeteiligung im Rahmen der Umgebungslärm-Richtlinie (Lärmminderungsplanung) vorgesehen. Da ihr Vorschlag auch die Lärmthematik anspricht, werden wir diesen dann mit berücksichtigen. Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt daher keine Aussage zum Lärm. Falls Sie sich näher über die Lärmminderungsplanung informieren wollen, so finden Sie alle wichtigen Informationen auf dem Umgebungslärmportal des Landes NRW www.umgebungslaerm.nrw.de.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Meschenich - Lärmschutz planen bei der Ortsumgehung

Rang:	54	**Vorschlags-Nr.:**	697
Pro-Stimmen:	47		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	45		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

Schon heute ist die B51 mit über 75 db ein großer Lärmerzeuger. Dazu kommen noch insbesondere nachts die Güterzüge, die auch in Meschenich noch den Schlaf stören. Nach den derzeitigen Plänen des Landesbetriebs Straßenbau ist für Meschenich bei der Ortsumgehung B51n kein Lärmschutz vorgesehen, weil nicht vorgeschrieben. Die Straße befindet sich weit genug weg vom Ort. Sie wird auf einer Höhe von ca. 80cm über dem heutigen Feld um den Ort herumgeführt. Durch den Ausbau der L150, des Güterbahnhofs und der damit verbundenen zusätzlichen Gleisstrecken wird sich sowohl der Fahrzeug- als auch der Schienenverkehr erhöhen und die Lärmbelastung insgesamt steigen. Wenn man nun in den Flächennutzungsplan der Stadt reinschaut, stellt man fest, dass an der Westseite des Ortes Ausgleichsflächen geplant sind. Diese Seite wird aber sowieso schon durch Begrünung und Rekultivierung nach Auskiesung zu einem Naherholungsbereich ohne, dass dort noch weitere Effekte zu verzeichnen wäre. Wenn man die Ausgleichsfläche stattdessen im Osten von Meschenich vorsehen würde, dann könnte bei entsprechender Gestaltung auch ein Lärmschutz durch die Bepflanzung erreicht werden. Bei der Bepflanzung könnte man ggf. auch Patenschaften vergeben, ggf. einen Bürgerwald daraus machen. Evtl. könnte sich die Bahn auch daran beteiligen, da sie in den nächsten Jahren sowieso in den Lärmschutz investieren muss.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ausgleichsflächen wurden im Vorfeld der Planfeststellung ermittelt und sollen in das Planfestellungsverfahren eingebracht werden. Ein entscheidendes Kriterium war dabei die Verfügbarkeit der Flächen. Wollte man die Ausgleichsflächen wieder ändern, würde damit das Planfeststellungsverfahren für den Bau der Umgehung Meschenich auf nicht kalkulierbare Zeit aufgeschoben. Die Realisierung der Umgehungsstraße Meschenich wäre hierdurch ebenfalls betroffen. Weiterhin ist anzumerken, dass eine wirkungsvolle Lärmminderung durch das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern grundsätzlich nicht erreichbar ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Umweltuntersuchung für Wohngebiete im Kölner Westen

Rang:	56	**Vorschlags-Nr.:**	257
Pro-Stimmen:	61		
Contra-Stimmen:	18		
Saldo:	43		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Auf der Seite des Landesumweltamtes NRW kann man nachlesen, dass die westlichen Stadtteile in Köln wie z.B. Weiden und Junkersdorf auch in den Wohngebieten enorm schlechte Luftwerte haben und eine hohe verkehrsbedingte Luftverschmutzung aufweisen. Ich rege an, dass man für diese Region eine Umweltuntersuchung beauftragt und Lösungen für die Umweltbelastung entwickelt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag ist zu allgemein gehalten, um konkrete Umsetzungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Im Kölner Westen wird derzeit an einer ganzen Reihe von Messstandorten die Belastungssituation durch NO2 mittels Passivsammler ermittelt. Diese Sammler befinden sich an der Jungbluthgasse, am Statthalterhofweg sowie am Rheincenter. Zum Jahresbeginn kam im Hinblick auf den Konflikt-bereich "Rheincenter" "An der alten Post" ein weiterer Standort hinzu. Insofern werden bereits in nicht unerheblichem Maße Daten zur Luftbelastungssituation gesammelt. Aufgrund der o.g. Daten aus den Passivsammlermessungen und aus Simulationsrechnungen sind einige Bereiche besonders hoher Belastung allerdings schon jetzt bekannt. Eine zusätzliche, kostenintensive, kontinuierliche Luftmessung von Feinstaub und Stickstoffdioxid mittels Messcontainer kann seitens des LANUV mangels ausreichender Ressourcen nicht durchgeführt werden. Eine Beauftragung durch die Stadt Köln für ein Jahr würde bspw. für 4 Messstandorte mit ca. 150.000.-€ zu Buche schlagen und würde ebenfalls nur weitere punktuelle Ergebnisse, nicht jedoch einen gesamten Überblick liefern. Eine zusätzliche Berechnung der Belastungssituation entlang des gesamten Straßennetzes bspw. mit dem Modell PROKAS bei externer Vergabe an ein Gutachterbüro würde für alle Wohnquartiere im Kölner Westen sicher einen zusätzlichen Finanzrahmen in mind. fünfstelliger Höhe bedingen. Für eine komplette Umweltuntersuchung der Region des Kölner Westens bezogen auf den Belastungsfaktor Luft sind die Ressourcen in der Umweltverwaltung nicht vorhanden. Eine entsprechende Beauftragung durch die Stadt Köln ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage auch nicht zu empfehlen, da Ergebnisse und aufgezeigte Lösungsmöglichkeiten aus den Bereichen der Stadt- und Verkehrsplanung vor allem im Bestand allenfalls langfristig Umset-zungsmöglichkeiten liefern würden. Sinnvoller wäre es gewesen, einen solchen Vorschlag auf eine oder mehrere konkrete Konfliktsituationen zu beziehen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
150.000,00 EUR	150.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die

Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss:
2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ohrenbetäubende Blätterbläser als Schildbürgerstreich des 21. Jahrhunderts

Rang:	64	**Vorschlags-Nr.:**	763
Pro-Stimmen:	45		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	40		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Täglich vergrößern sich in den großen Städten die unerträglichen Lärmquellen, die - nachgewiesenermaßen - krank machen. Dagegen werden die normalen PKWs, der Deutschen liebstes Hätschelkind, erstaunlicherweise immer leiser, zumindest in den neuesten Ausgaben, die vom Band rollen. Wie kann es dann möglich und sinnstiftend sein, wenn die Grünzeugbediensteten der Stadt Köln nun mit ihren ohrenbetäubenden und bei mir zu wachsender Aggressivität führenden "Blätterbläsern" die kommunalen Bürgersteige und Plätze traktieren - ganz abgesehen davon, dass sie, ökologisch betrachtet, alles Kleingetier vernichten, was nicht schnell genug das Weite (aber wohin?) gesucht hat? Ich schlage vor, die unsinnigen Energiekosten dieser Höllenmaschinen einzusparen und das Sparpotenzial ggf. für schöne neue Kehrbesen einzusetzen, die es den Straßenkehrern ermöglichen, entspannt und gelassen und möglicherweise sogar mit meditativem Erkenntnisgewinn á la Beppo, dem zur Kultfigur mutierten Straßenkehrer Michael Endes, unsere Straßen von Laub und Abfall zu befreien und dabei vielleicht sogar mal ein Schwätzchen mit ihren Mitmenschen zu halten - was ganz allgemein zur Stärkung des allgemeinmenschlichen Sozialgefühls und dem Zusammenwachsen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beiträgt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine schnelle und kostengünstige Beseitigung des Laubes zur Gewährung der Verkehrssicherheit ist nur durch den Einsatz von Maschinen möglich. Daher gibt es zum Einsatz von Laubblasgeräten keine realistische Alternative. Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ist allerdings bestrebt, den Einsatz der Geräte auf ein Mindestmaß zu minimieren. Besen und Harken sind grundsätzlich keine Alternativen, da die personelle und finanzielle Ausstattung eine manuelle Laubbeseitigung im notwendigen Umfang nicht gewährleisten kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Fahrradabstellplätze

Rang:	65	**Vorschlags-Nr.:**	1391
Pro-Stimmen:	39		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	39		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Ausreichende Fahrradabstellplätze (Haarnadeln) in allen Kölner Stadtteilen einrichten, z.B. liegen dem Fahrradbeauftragten schon seit 1 1/2 Jahren konkrete Vorschläge für Köln-Sülz vor. Mehr Fahrradverkehr bedeutet weniger Schadstoffe und weniger Lärm.

Stellungnahme der Verwaltung:

Jedes Jahr werden rund 1.000 neue Abstellplätze für Fahrräder im gesamten Kölner Stadtgebiet geschaffen. Für den Stadtbezirk Lindenthal wurden für den Zeitraum 2007 bis 2010 rund 500 neue Abstellmöglichkeiten geschaffen bzw. sind in Planung.Finanzierung: Für die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen stehen im Haushaltsplan-Entwurf 2010ff jährlich Kassenmittel in Höhe von mindestens 150.000 EUR zur Verfügung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Optimierung des ÖPNV

Rang:	68	**Vorschlags-Nr.:**	866
Pro-Stimmen:	41		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	38		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

In der Praxis wird Umweltschutz "erfolgreich" sein, wenn er bequem für jeden einzelnen umzusetzen ist. Ich beziehe das in meinem Vorschlag auf den ÖPNV. Aus eigener Erfahrung muß ich leider sagen, dass viele Verbindungen schlecht "getaktet" bzw. gerade zu den Hauptverkehrszeiten unzuverlässig sind. Das führt dazu, dass Strecken, die eigentlich in einer angemessenen Zeit abgefahren werden könnten, unverhältnismäßig lang werden. So könnte eine Verbindung von Hürth in den Kölner Norden theoretisch in 35 - 40 Minuten "erledigt" sein. Die Realität sieht leider anders aus - wenn dann noch übliche Verspätungen hinzu kommen und Anschlußverbindungen ganz praktisch nicht mehr eingehalten werden können, dann stehen die Chancen für einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz schlecht. Dann ist es nicht mehr realistisch auf das Auto zu verzichten. Dieser Beitrag könnte natürlich auch unter anderen Themen erfaßt werden, aber im Ergebnis geht es eben doch um aktiven Umweltschutz. Also, "einfach" den ÖPNV optimieren und schon ergibt sich eine Vielzahl von ökologisch wertvollen Folgen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der ÖPNV in Köln beruht auf einem vorwiegend radialen Stadtbahnsystem mit Durchmesserlinien durch die Innenstadt und einem Bussystem, das je nach Linie stadtbahnähnliche verbindende, zubringende oder erschließende Funktionen übernimmt. Das eng verzweigte Netz erlaubt es, viele Relationen mit maximal einmaligem Umsteigen zurücklegen zu können. Insofern ist das ÖPNV-System in Köln grundsätzlich für die Anforderungen geeignet. Nicht umsetzbar ist allerdings der Wunsch, dass an jeder Verknüpfungshaltestelle optimale Anschlüsse in alle Richtungen bereitgestellt werden können. Hier muss die Anschlussplanung Prioritäten setzen, z.B. nach Wichtigkeit der Anschlussbeziehung. Dass es immer wieder zu Verspätungen kommt, infolge derer Anschlüsse nicht gehalten werden können, liegt an mehreren Gründen: Zum einen verkehren die Busse und auch größtenteils die Stadtbahnen im Straßenraum, was durch Konflikte mit dem Individualverkehr immer wieder Verspätungen induziert. Zum anderen führt der dichte Fahrplantakt verbunden mit der großen Nachfrage an bestimmten Streckenabschnitten, vor allem rund um den Neumarkt (ober- und unterirdisch) zu Problemen im Betriebsablauf. Zu bedenken ist dabei, dass der zentrale U-Bahn-Tunnel in den 1960er/70er Jahren nicht für einen dermaßen dichten Verkehr konzipiert wurde. Die Fertigstellung der Nord-Süd Stadtbahn wird hier zu einer Entspannung führen, da dann die Linie 16 den stark belasteten Bereich zwischen Barbarossaplatz und Appellhofplatz nicht mehr befährt. „Einfach“ den ÖPNV optimieren klingt als Forderung, der jedermann zustimmen kann, einleuchtend, die Umsetzung ist jedoch nicht immer so einfach.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur

Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Kein weiterer Flächenverbrauch, sondern Erhaltung sämtlicher Grün- und Brachflächen

Rang:	73	**Vorschlags-Nr.:**	1150
Pro-Stimmen:	42		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	37		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Da die Bevölkerung nicht wächst und aus Klimaschutzgründen eine weitgehende Reduzierung von Energieverbrauch, Konsum und Verkehr notwendig ist, dürfen keine weiteren Flächen für Gewerbe- und Wohngebiete ausgewiesen werden. Etwaiger Bedarf ist durch Umnutzung und Umbau leer stehenden Gebeäudebestandes zu decken. Auch innerstädtisch sind alle unversiegelten Flächen zu erhalten und möglichst durch Entsiegelungsmaßnahmen auszuweiten, da sie viele wichtige ökologische Funktionen erfüllen: Klima- und Wasserschutz, Luftreinigung, Erhaltung von Ökosystemen, Vogelschutz, grüne Inseln der Erholung und/oder zur Selbstversorgung mit Obst und Gemüse. Baurecht und Bauplanung sind so zu ändern, dass Zubauten weder im Außenbereich noch innerstädtisch genehmigt werden. Solange dies nicht gänzlich zu verhindern ist, sollen neu versiegelte Flächen durch entsprechende Entsiegelung und Bepflanzung an anderer Stelle ausgeglichen werden. Ich halte diesen Vorschlag letztlich für einen Sparvorschlag, da ein nennenswerter Zuwachs an Gewerbesteuern ohnehin nicht zu erwarten ist und umweltschonenendes Gewerbe auch in bestehenden Gebäuden untergebracht werden kann. Gestalterische Aufgaben für Architekten werden damit auch geschaffen. Und: Jede klimaschonenende Maßnahme wird sich mittelfristig auszahlen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Stellungnahme von 15, 61 und 57 Auch wenn der Bürgervorschlag grundsätzlich in die richtige Richtung zielt, nämlich aus Gründen des Klimaschutzes eine nachhaltige, Flächen schonende Stadtentwicklung zu betreiben, lässt er sich in dem geforderten absoluten Anspruch aus mehreren Gründen nicht einlösen. Gemäß den Bevölkerungsprognosen wird die Stadt weiter wachsen und damit auch der Flächenbedarf für weitere Wohnungen und die Ansiedlung bzw. die Erweiterung von Gewerbebetrieben noch zunehmen. Die Innenentwicklung steht dabei im Vordergrund, aber auch zurückhaltende Arrondierungen an Siedlungsrändern können nicht ausgeschlossen werden. Mit einer sensiblen Abwägung der bestehenden Bedürfnisse einer ausgewogenen Stadtentwicklung werden dabei alle Umweltbelange umfassend berücksichtigt. Es wird aber auch seitens der Stadt wird bereits mit zwei Projekten an dieser Problematik gearbeitet: 1. Der Beschluss des Umweltausschusses des Rates der Stadt Köln zur Erstellung eines Katasters minder genutzter Flächen vom 01.06.2006 hat zum Ziel, solche dort erfassten Flächen möglichst rasch einer neuen Nutzung zugänglich zu machen und damit die notwendigen Neu - Flächenausweisungen für Wohnen und Gewerbe/ Industrie einzudämmen. Die Pilotphase läuft und soll im Frühjahr 2010 abgeschlossen werden. Danach wird über eine Ausweitung des Konzeptes auf das gesamte Stadtgebiet entschieden. 2. Das Projekt der Unteren Bodenschutzbehörde der Stadt Köln, ein stadtweites, verwaltungsabgestimmtes Bodenschutzkonzept in den Vollzug zu bringen, hat zum Ziel, die wenigen, verbliebenen Flächen im Stadtgebiet mit ungestörten Böden flächenmäßig auf entsprechenden Bodenkarten darzustellen und entsprechend ihrer besonderen Schutzwürdigkeit – z.B. sehr seltener Böden oder auch der sogenannten Hochertragsböden – so zu kennzeichnen, dass immer weniger Neuausweisungen von Flächen auf solche, bisher ungestörten Bodenbereichen notwendig werden. Dieses Projekt befindet sich in der Phase der Ämterabstimmung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Ökostrom für die KVB

Rang:	78	**Vorschlags-Nr.:**	629
Pro-Stimmen:	36		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	35		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Rheinenergie sollte der KVB zum Betrieb ihrer Stadtbahnen sowie für das Verwaltungsgebäude, Werkstätten, usw. anstelle konventionellen Stroms Ökostrom zum gleichen Preis zur Verfügung stellen. Das ist umweltfreundlich und spart jährlich richtig viel CO2. Dafür könnte die Rheinenergie als Ausgleich z.B. Werbeflächen von der KVB bekommen. Die Bahnen könnte man so kennzeichnen, dass für die Fahrgäste ersichtlich ist, dass sie mit Ökostrom der Rheinenergie betrieben werden. In Freiburg haben sie z.B. seit Anfang 2009 auf Ökostrom umgestellt. www.3-loewen-takt.de/d/5127 - Strombedarf von jährlich rund 13 Gigawattstunden Die von den Straßenbahnen verursachten Schadstoffemissionen werden so komplett neutralisiert. Durch die Umstellung auf Ökostrom werden jährlich rund 7.000 Tonnen des Treibhausgases CO2 eingespart.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der bestehende Energielieferungsvertrag der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) hat eine festgeschriebene Laufzeit. Gleichwohl kann der Vorschlag zum Ökostrom eingehend untersucht werden, zumal er aus ökologischen Aspekten zu begrüßen ist. Es sind hier aber auch wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.

Zur Umsetzung des Vorschlages sind Abstimmungen mit der RheinEnergie AG über den Strombezug und zur Möglichkeit einer Änderung der vertraglichen Regelungen zu führen, wenn der Strom zum gleichen Preis zur Verfügung gestellt werden soll. Da die RheinEnergie AG bereits Werbungen an KVB-Fahrzeugen geschaltet hat, ist der Nutzen weiterer Werbemaßnahmen noch konkret zu bewerten. Die weitere Zurverfügungstellung von Werbeflächen ist darüber hinaus noch mit dem Werbevertragspartner Kölner Außenwerbung GmbH (KAW) zu klären, so dass insgesamt noch ein umfangreicher Abstimmungsprozess erforderlich ist.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

wasserdurchlässiges Pflaster gegen Versiegelungen

Rang:	88	**Vorschlags-Nr.:**	851
Pro-Stimmen:	34		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	34		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Um der Versiegelung von Flächen vorzubeugen, sollte für alle geplanten Bauvorhaben in Köln-Porz-Langel was-serdurchlässiges Pflaster o.ä. eingebaut werden. Das be-zieht sich besonders auf den sogenannten Dorfplatz in der Dorfmitte Lülsdorfer Straße Ecke Heinrich-Klein-Straße. Auch für das geplante Baugebiet Hinter Hoven sollte für die Straßen, Wege und Terrassen usw. keine Asphaltierung, sondern das vorgenannte Pflaster bzw. Rasengittersteine o.ä. vorgeschrieben werden. Oberflä-chenwasser muß großflächig versickern können und nicht auf direktem Weg in die Kanalisation eingeleitet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der gesamt Ortsteil Porz-Langel liegt in einem Wasserschutzgebiet (Wasserschutzzone IIIA der Wassergewinnungsanlage Zündorf). In diesen wasserwirtschaftlich sehr sensiblen Bereichen ist eine Versickerung von Oberflächenwässern, insbesondere von solchen, die von Verkehrsflächen stammen, stark reglementiert und wenn überhaupt, nur über belebte Bodenschichten zulässig. Eine solche Versickerung über belebte Bodenschichten ist aber bei der Befestigung der Straßenflächen mit wasserdurchlässigem Pflaster nicht gegeben, weshalb dieses Entwässerungsprinzip hier grundsätzlich ausscheidet.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Entlastung der freien Fläche an der Marsdorfer Straße im Ortskern Junkersdorf, dort wo die Kinderartenkinder im Freien spielen

Rang:	90	**Vorschlags-Nr.:**	246
Pro-Stimmen:	34		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	33		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Die Freifläche des katholischen Kindergartens im Ortskern Junkersdorf ist erheblich vom Verkehr belastet. Die kleine Kinder sind dem Verkehr, der aus der Aachener Straße kommt, die Langgasse Richtung Süden, die Wilhelm von Capitaine und die Marsdorfer Straße Straße befahrt, um durch den Ortskern Junkersdorf von Aachener zur Dürener Straße überzuwecheln, hilflos ausgesetzt. Die kleine Kinder sind auch dem Verkehr, der aus Weiden über die Jungbluthbrücke fährt, um über die Marsdorfer Straße, den Statthalterhof Weg und den Kölner Weg in die Stadt zu kommen. Darüberhinaus wird diese Freifläche auch von dem Verkehr der Kunden der Geschäften an der Jungbluthgasse belastet. Man hört davon, dass die Kinder an Bronchialkatarrh in den Sommermonaten signifikant oft erkranken. Es wird daher vorgeschlagen, um den Spielplatz der Kinder im Freien zu entlasten, den Einbahnrichtungsverkehr der Langgasse Richtung Norden umzudrehen und auf dieser Weise die direkte Verbindung durch den Ortskern von der Aachener Straße zur Dürener zu unterbinden. Diese Verkehrsregelung ist in Zusammenhang zu sehen mit dem Vorschlag, den Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg zu entlasten M.Herrmann

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung ist die Drehung der Einbahnstraße weder erforderlich noch sinnvoll, da hierdurch Verkehre nur in andere ebenso empfindliche Wohnstraßen ver-lagert werden. Zudem ist durch die bauliche Gestaltung und der zulässigen Höchst-geschwindigkeit von 30 km/h ist eine Verkehrsberuhigung gegeben. Aus diesen Gründen sind keine weiteren verkehrstechnischen Maßnahen erforderlich. Des Weiteren würde die Drehung der Einbahnstraße zur Folge haben, dass umliegende Straßen, die einer gleich empfindlichen Nutzung unterliegen, höher belastet würden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Shared Space Cologne

Rang:	91	**Vorschlags-Nr.:**	921
Pro-Stimmen:	34		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	33		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Als Fahrradfahrer/in oder Fußgänger/in steht man häufig an sinnlosen Ampelschaltugen rum, aber auch als Autofahrer/in grübelt man bei mancher Rotphase über Sinn und Zweck. Gleichzeitig schlägt man sich mit Sozialdarwinismus im Straßenverkehr rum, wer nicht schnell genug ist oder keine Blechhülle um sich rum hat, muss die Stärkeren an sich vorbeilassen oder sich am besten auf den Gehweg retten. Shared Space ist keine neue Idee, aber sehr einleuchtend. Die Nutzung des geminsamen Raums basiert nicht im Gegensatz zu jetzt darauf, dass ich auf mein Recht poche, Vorfahrt oder der sonst ein Privileg im Straßenverkehr zu besitzen, sondern es hebt auf die Achtsamkeit jedes Einzelnen gegenüber jedem anderen Verkehrsteilnehmer ab. Selbstverständlich gibt es Regeln, durch die aber nicht eine bestimmte Gruppe im Vorteil ist, sondern alle gleichberechtigt sind, im Hinbilck auf die schwachen Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Ältere oder benachteiligte Personen nicht nur eine verkehrspolitische Revolution für Deutschland, sondern dieses Konzept würde auch eine gesellschaftliche Weiterentwicklung in der Praxis bedeuten. Auf einander achten und damit den Verkehr im Fluss halten, wo hohes Verkehrsaufkommen ist, geht es nur langsam, z.B. für Autos, aber keiner steht unnötig an Ampeln rum, weil diese überflüssig sind. Ein erster Schritt dahin ist sicherlich der Kreisverkehr, den sich viele für Köln wünschen. An bestimmten Stellen sollte die Stadt durchaus auch ein Projekt shared place wagen, um daraus Schlüsse für die weitere Verkehrplanung zu gewinnen. Bestimmt schont das auch die Umelt, wahrscheinlich lässt sich der CO2-Ausstoß senken, auch wenn ich dazu keine Zahlen gefunden habe. http://de.wikipedia.org/wiki/Shared_Space

Stellungnahme der Verwaltung:

Auch in Köln wird zurzeit die Möglichkeit der Umsetzung von Shared Space geprüft. Geeignet sind in erster Linie kleinere Geschäftsstraßen mit hoher Fußgängerfrequenz und nicht zu hoher Verkehrsbedeutung. Es liegen zurzeit politische Beschlüsse für die Ehrenstraße und die Landmannstraße vor, die Einrichtung von Shared Space zu prüfen. In der Ehrenstraße hat bereits der Beteiligungsprozess für mögliche Umgestaltungsmaßnahmen mit den betroffenen Geschäftsleuten und anderen Verbänden begonnen, der im Sinne von Shared Space auch weitergeleitet wird. Je nach Ausgang der Prüfungen müssten die daraus resultierenden Kosten noch finanziert werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv

beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Einrichtung von Wertstoffhöfen

Rang:	93	**Vorschlags-Nr.:**	1148
Pro-Stimmen:	32		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	32		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Wertstoffhöfe (Recyclinghöfe) einrichten, dezentral, bürgernah möglichst in allen Stadtteilen analog des Münchener Systems.

Stellungnahme der Verwaltung:

Dieses Thema wurde in 2009 auch von den politischen Gremien diskutiert. Es wurde beschlossen, an 2 weiteren Stellen in Köln Annahmemöglichkeiten für verschiedene Wertstoffe zu schaffen. Seit Dezember 2009 besteht die Möglichkeit beim Umweltzentrum Köln-West (Sülz) und beim Gemeinnützigen Möbellager (Niehl) verschiedene Wertstoffe abzuliefern (siehe auch Abfallkalender). Mitte 2010 wird geprüft, wie diese Annahmemöglichkeiten von den Bürgern angenommen werden. Danach wird entschieden, ob ggfs. weitere Annahmemöglichkeiten geschaffen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit

Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Cluster: Umweltschutz i.e.S.

Cluster **Umweltschutz i.e.S.**

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
2	106	Industriegebiet in Longerich - NEIN!
6	598	Abschaffung der Laubbläser
12	871	Decken statt Heizpilze
18	551	Köln rettet den Spatz
21	488	Ökobilanz
33	722	Wasserbus
40	1161	Kostenlose Fahrradmitnahme bei den KVB bzw. im VRS-Gebiet
44	1442	Abschaffung der Laubbläser
45	1684	In 2010: 1. Ökokölner Umwelttag
47	1682	Köln/ner schützen vor Klimawandel
51	1406	Meschenich - Durchfahrverbot für LKW
54	697	Meschenich - Lärmschutz planen bei der Ortsumgehung
56	257	Umweltuntersuchung für Wohngebiete im Kölner Westen
64	763	Ohrenbetäubende Blätterbläser als Schildbürgerstreich des 21. Jahrhunderts
65	1391	Fahrradabstellplätze
68	866	Optimierung des ÖPNV
73	1150	Kein weiterer Flächenverbrauch, sondern Erhaltung sämtlicher Grün- und Brachflächen
78	629	Ökostrom für die KVB
88	851	wasserdurchlässiges Pflaster gegen Versiegelungen
90	246	Entlastung der freien Fläche an der Marsdorfer Straße im Ortskern Junkersdorf, dort wo die Kinderartenkinder im Freien spielen
91	921	Shared Space Cologne
93	1148	Einrichtung von Wertstoffhöfen

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	156.000,00 €	206.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €
Summe Cluster:	156.000,00 €	206.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €

Cluster: Verkehr

Cluster **Verkehr**

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
3	161	Nachtbusse & Nachtbahnen (KVB)
4	34	Radwege erweitern und sicherer gestalten
5	255	Stadtkonzept für mehr Fahrradverkehr entwickeln
9	863	Radfahren in der Stadt attraktiver und sicherer gestalten
10	104	Bus und Bahn gratis! - Es ist realistisch!
13	154	Fehlende Fahrradstellplätze am Kölner HBF
14	201	Tempo 50 auf der Riehler Straße
15	944	KVB-Preise senken
16	160	Mehr Kreisverkehre
17	32	Fahradwege von rechts- nach linksrheinisch
20	12	Hybrid-Busse
23	165	Verlängerung der Linie 7 im Porzer Süden
29	271	Rauchverbot in den KVB-Anlagen
30	1165	Radweg Gürtel dringend sanieren !!
31	601	Umgestaltung der Komödienstrasse - der Umwelt zuliebe!
32	289	ÖPNV attraktiver gestalten
36	75	Bahntakt erhöhen, Bahnen durchfahren lassen
37	6	Parkplätze für Fahrräder
38	235	Ausbau Radfahrerspuren auf Roonstraße
41	1236	Nachts Ampeln abstellen- der Umwelt zuliebe.
42	233	Den Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg von Lärm und Abgasen entlasten
48	1357	Glascontainer an fahrradwegen
49	477	Grüne Welle auch für Fahrradfahrer
50	694	Meschenich - Ampelschaltung verbessern und nachts abschalten
53	469	Radwege in Köln Sülz
55	774	Stadtbahn am Rheinufer mit kostengünstiger "Miniunterführung" lösen!
59	1022	Radfahrweg Riehler Straße
60	467	Radspur Brüsseler Str.
67	1407	Meschenich / Immendorf - Verbindung B51 mit Kiesgrubenweg durch L92n in Straßenbedarfsplan aufnehmen
72	9	Grüne Welle verbessern
74	236	Luftverschmutzung reduzieren in Junkersdorf !
79	117	Autofreie Innenstadt
81	626	Bau eines P+R-Parkhauses am Bahnhof Wahn
82	170	intelligente zeitgesteuerte Ampelschaltungen auf 90 % von Kölns Straßen
87	412	Radfahrweg
98	221	Ampeln abschalten

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	250.000,00 €	680.000,00 €	560.000,00 €	560.000,00 €	540.000,00 €
Summe Cluster:	250.000,00 €	680.000,00 €	560.000,00 €	560.000,00 €	540.000,00 €

Nachtbusse & Nachtbahnen (KVB)

Rang:	3	**Vorschlags-Nr.:**	161
Pro-Stimmen:	259		
Contra-Stimmen:	23		
Saldo:	236		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es sollte für eine Millionenstadt und Metropole wie Köln selbstverständlich sein, dass ein Angebot von Nachtbussen oder Nachtbahnen im einem akzeptalen Minutentakt da sein sollte. Nachtbusse und Nachtbahnen waren auch ein Wahlversprechen der KölnSPD. Von diesem Projekt würde quasi jeder profitieren, vom normalen Bürger oder Schichtarbeiter bis zum Gastronom z.B. auf den Ringen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Dimensionierung des ÖPNV-Angebots zu den sogenannten Tagesrandzeiten muss eine Balance gefunden werden zwischen einem möglichst attraktiven Angebot und den entstehenden Zusatzkosten. Seit vielen Jahren wird auf den meisten Stadtbahnlinien (Ausnahme Linie 13) sowie auf den Buslinien 132 und 136 der Kölner NachtTakt in den Nächten von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und vor Feiertagen gefahren. Dieses beinhaltet eine durchgehende stündliche Abfahrt ca. zur Minute 15 ab Innenstadt. Für einen Nachtverkehr unter der Woche ist die Nachfrage zu gering. So werden nach Haushaltsbefragungen der Verwaltung in der Stunde zwischen 22 und 23 Uhr verkehrsträgerunabhängig noch rund 2 Prozent aller Wege durchgeführt. Zwischen 23 und 0 Uhr sind es noch gut 1 Prozent, zwischen 0 und 1 Uhr werktags nur 0,5 Prozent. In den drei Zeitstunden zwischen 1 und 4 Uhr, in denen kein ÖPNV-Angebot besteht, werden insgesamt nur noch 0,25 Prozent aller Wege eines Tages zurückgelegt. Unter Umweltgesichtspunkten sind leer beziehungsweise fast leer fahrende Busse und Bahnen durchaus kritisch zu sehen. Bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung schlägt zu Buche, dass den entstehenden Mehrkosten aufgrund der geringen Nachfrage kaum Mehreinnahmen gegenüber stehen. Verwaltung und KVB werden aber weiter die Nachfragesituation beobachten und bei Bedarf – sowie durch die Ausweitung des 15-Minuten-Takts an Freitagen und Samstagen auf den Ringen 2008 geschehen – anpassen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Das Angebot soll auch unter der Woche bestehen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Das Angebot soll auch unter der Woche bestehen.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Der Bürgervorschlag wird unterstützt. Darüber hinaus sollte zunächst ein Abendangebot und ein Angebot an Sonntagvormittagen (Ergänzung des Einzelvertreters Fischer Die Linke.Köln) auf der Linie 154 zwischen Dellbrück über Brück und Rath/Heumar nach Porz eingeführt werden.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radwege erweitern und sicherer gestalten

Rang:	4	**Vorschlags-Nr.:**	34
Pro-Stimmen:	243		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	232		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Kölner Radwege bedürfen einer Erweiterung. Ökologische Mobilität soll als Thema für 2010 eine Hauptrolle in Köln spielen. Wir sind hier nicht wie zum Beispiel in Berlin oder London als wichtige Stadt für Pilotprojekte erkoren worden. Das soll sich ändern. Auch die Medien sollten mit einbezogen werden um Köln als Vorreiter des Themas "Mobilität anders erfahren" bekannt zu machen. Des Weitern braucht die Stadt eine Task-Force. Die vorhandenen Radwege sollen ständig einer Prüfung und Optimierung unterzogen werden. Zum Beispiel gibt es auf den Ringen mehrere gefährliche Stellen wie die Kreuzung Zülpicher Str., Baumwurzeln zwischen Friesenplatz und Rudolfplatz oder gefährliche Laternen, die ebenso wie die Radwegbreite gefährlich werden können.

Stellungnahme der Verwaltung:

Über die Arbeit des Fahrradbeauftragten und zu Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs wird regelmäßig in Pressemitteilungen und Internetmeldungen auf der Seite des Fahrradbeauftragten berichtet. Mindestens einmal im Jahr wird eine stadtweite Plakataktion „Ich fahre Rad, weil …„ durchgeführt. Auf Grund der vielen Anregungen zum Thema Radverkehr im Bürgerhaushalt 2008 wurde das Team des Fahrradbeauftragten personell aufgestockt. In 2009 wurde ein Sanierungsprogramm erstellt, das jetzt für 2010 neu aufgelegt wird. Für eine gesicherte Fortführung des Radwegesanierungsprogramms müssten jährlich Finanzmittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für kleine bauliche Maßnahmen besteht ein jährlicher Bedarf von 500.000 EUR.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
250.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR	500.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Stadtkonzept für mehr Fahrradverkehr entwickeln

Rang:	5	**Vorschlags-Nr.:**	255
Pro-Stimmen:	233		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	227		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Ich schlage vor, das Radfahren in Köln mehr zu fördern. Radfahren ist umweltfreundlich & gesund. Dazu verringert ein höheres Aufkommen von "Radfahrten" das Verkehrsaufkommen mit dem PKW (kurze Stadtfahrten). Das wiederum führt zu weniger Abgasen, zu einem geringeren Bedarf von PKW Parkräumen und einer steigenden Lebensqualität in der Stadt. Dazu ist jedoch ein Konzept für die Stadt Köln nötig. Ein Blick in die benachbarten Niederlande sollte helfen. Hier werden viele Dinge im Bereich Radfahrer umgesetzt oder entwickelt, die auch in Köln möglich wären. Dazu gehört ein besser ausgebautes Radwegenetz, welches nicht nur überall "hingequetscht" wird. Radwege können auch durch Grünflächen, Parks und Fußgängerzonen geführt werden. Natürlich immer einzeln abgewogen. Somit wird ermöglicht, das Radfahren schnell, sicher und auf zugelassenen Wegen zum Ziel führt. Auch mehr Abstellmöglichkeiten für Räder sind nötig. An zentralen Verkehrsknoten (Bus, U-Bahn, Bahn) sollten nach Möglichkeit überdachte Abstellplätze geschaffen werden. (siehe Niederlande)

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf Grund der vielen Anregungen zum Thema Radverkehr im Bürgerhaushalt 2008 wurde das Team des Fahrradbeauftragten personell aufgestockt. Der Radverkehr wird durch Öffentlichkeitsarbeit und Sanierungsprogramme gefördert. Die Maßnahmen orientieren sich an den für jeden einzelnen Stadtbezirk erstellten Radverkehrsnetzplänen, die laufend aktualisiert werden. Jedes Jahr werden stadtweit über 1000 neue Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen, zusätzlich wurden in 2009 ca. 100 neue Fahrradboxen an Stadtbahnhaltestellen geschaffen, für die nächsten Jahre sind ca. 250 weitere Boxen vorgesehen. Überdachte Fahrradabstellanlagen gibt es bereits an einer Vielzahl von Haltestellen, in den nächsten Jahren werden fünf weitere Anlagen mit etwa 100 Abstellplätzen aufgebaut, aber nicht an jeder Haltestelle ist eine überdachte Anlage städtebaulich möglich. Die Finanzierung ist im HPL-Entwurf 2010ff mit einem jährlichen Volumen von mindestens 150.000 EUR sichergestellt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radfahren in der Stadt attraktiver und sicherer gestalten

Rang:	9	**Vorschlags-Nr.:**	863
Pro-Stimmen:	143		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	139		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Um mehr Mitmenschen zum Umstieg vom Auto aufs Fahrrad zu motivieren, sollte Radfahren in Köln attraktiver gestaltet werden. Dazu zählt z.B. das Befahren von Einbahnstraßen in beide Richtungen für Radfahrer gestattet wird. Gerade die vielen Einbahnstraßen in Köln sind für Autofahrer ein großes Ärgerniss und wenn man auch noch Zeit sparen würde und kürzere Wege hätte, wer weiss, dann wäre das Fahrrad in der Innenstad besonders attraktiv.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bisher wurden in Köln über 700 Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet. Die Überprüfung erfolgt im Rahmen der Einrichtung einer Tempo 30-Zone.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Bus und Bahn gratis! - Es ist realistisch!

Rang:	10	**Vorschlags-Nr.:**	104
Pro-Stimmen:	186		
Contra-Stimmen:	51		
Saldo:	135		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Wegen der ohnehin hohen Subventionsquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wäre es überlegenswert, dem Beispiel einiger Großstädte in den Niederlanden zu folgen und die Fahrkarten für Bus und Bahn abzuschaffen! - Keine Hemmschwelle für Gelegenheitsnutzer - Keine Verzögerungen durch den Erwerb von Fahrscheinen - Kein unübersichtlicher Tarifdschungel - Hohe Attraktivität gegenüber dem Individualverkehr (Kosten) - Einsparung von Personal und Sachmitteln für den Verkauf und die Kontrolle von Fahrkarten - Gewinn an Lebensqualität für alle Stadtbewohner und Stadtnutzer

Stellungnahme der Verwaltung:

Die KVB AG wendet seit 1987 den VRS-Tarif an. Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) ist ein Zusammenschluss der Städte Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim sowie der Landkreise Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Kreis Euskirchen. Die Zusammenarbeit bezieht sich auf einheitliche Tickets und Preise, aufeinander abgestimmte Fahrpläne und gemeinsame Informations- und Serviceleistungen der 31 Verkehrsunternehmen im VRS gemäß ÖPNVG NRW und PBefG. Eine einseitige Abschaffung des VRS-Tarifes für KVB-Leistungen in Köln steht gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen des Unternehmens und der involvierten Kommunen entgegen. Die interlokale Nutzung des ÖPNV- und SPNV-Angebotes der verschiedenen Unternehmen im VRS-Gebiet ist derzeit nur mit dem VRS-Tarif möglich. Somit wäre eine Nutzung über die Stadtgrenzen von Köln hinaus (besonders für Pendler) problematisch. Ein weiteres Problem bei einer Überlegung für eine "Gratis"-Nutzung von Bus und Bahn in Köln ist, dass trotzdem die Kosten der Leistungserbringung, die den Hauptanteil der Kosten ausmachen, bleiben und dann anderweitig finanziert werden müssten. Eine Lösung für eine gerechte Verteilung der verbleibenden Kosten über die Nutzer oder die Einwohner des Bediengebietes müsste noch gefunden werden. Somit ist auch hier wieder erkennbar, dass es keine wirkliche "Gratis"-Nutzung auf Grund der fehlenden Finanzierbarkeit in Zeiten der schlechten Finanzlage der öffentlichen Kassen (Bund/Land/Kommunen) geben wird. Hierzu sind keine politischen Mehrheiten erkennbar, denn im Bundesdurchschnitt werden ca. 50% der Kosten mit steigender Tendenz durch Fahrgeldeinnahmen gedeckt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv

beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Fehlende Fahrradstellplätze am Kölner HBF

Rang:	13	**Vorschlags-Nr.:**	154
Pro-Stimmen:	97		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	95		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Jeden Tag suchen Hunderte von Kölnern vor dem HBF vergeblich Möglichkeiten, ihr Rad anzuschließen (ich glaube, es gibt vor dem Bahnhof ca. 5 Fahrradständer, hinter dem Bahnhof gar keine). Die Radstation (Rückseite BHF) ist kein Ersatz für Fahrradständer: Ein Rad dort abzugeben kostet vor allem Zeit, etwas Geld (70 Cent/Tag) und zudem schließt die Station mo - fr um 22:30 Uhr und sa und so sogar schon um 20 Uhr! Der Zustand ist skandalös. Böse Zungen behaupten, es gäbe keine Fahrradständer, um so die Radfahrer zu zwingen, die Radstation in Anspruch zu nehmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf dem Bahnhofsvorplatz stehen Abstellmöglichkeiten für 120 Fahrräder zur Verfügung. Weitere Optimierungen in geringem Umfang können überprüft werden, jedoch ist eine wesentliche Erhöhung der Anzahl der Abstellanlagen aus städtebaulichen Gründen nicht möglich. Nach Wiederherstellung der Platzoberfläche und Abschluss der Arbeiten zur Nord-Süd Stadtbahn werden am Breslauer Platz Abstellmöglichkeiten für 360 Fahrräder geschaffen. Die Radstation hatte im Sommer 2009 die Öffnungszeiten am Wochenende erweitert, über weitere Verbesserungen steht die Verwaltung mit der Radstation in Kontakt. Für die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen stehen im Haushaltsplan-Entwurf 2010ff jährlich mindestens 150.000 EUR zur Verfügung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Tempo 50 auf der Riehler Straße

Rang:	14	**Vorschlags-Nr.:**	201
Pro-Stimmen:	109		
Contra-Stimmen:	19		
Saldo:	90		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Auf der Riehler Straße (Teil der Nord-Süd Fahrt) zwischen Zoo und Ebertplatz darf mit 70 km/h gefahren werden. Das macht diesen Abschnitt für Radfahrer sehr gefährlich und führt zu unnötig hoher Lärm- und Abgasbelastung. Beim Abbiegen in Richtung Hansaring fehlt eine Abbiegespur, was ständiges Gehupe und zahlreiche Auffahrunfälle zur Folge hat. Tempo 50 würde die Situation deutlich verbessern, ausserdem könnte dann eine integrierte Radfahrerspur (wie am Hansaring) realisiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei einer Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit müssen an den Lichtsignalanlagen die Gelbzeiten sowie die Schutz- bzw. Zwischenzeiten geändert werden. Die betroffenen Lichtsignalanlagen sind in einem Erneuerungsprogramm enthalten und werden ausgetauscht. Die Schaltungen der neuen Ampeln werden dann auf eine Geschwindigkeit von 50 km/h berechnet. Eine vorgezogene Umprogrammierung würde zusätzliche Kosten in Höhe von über 20.000 Euro verursachen. Vor der Einrichtung einer durchgängigen Radverkehrsanlage sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	20.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

KVB-Preise senken

Rang:	15	**Vorschlags-Nr.:**	944
Pro-Stimmen:	90		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	84		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Verglichen zu anderen deutschen Städten sind die Preise für Bus&Bahn deutlich höher. Um jedoch einen Anreiz zu erwecken, anstatt dem Auto öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, müssen die Preise dafür gesenkt werden, damit es sich nicht nur in ökologischer sondern auch in ökonomischer Hinsicht für den Fahrer lohnt! Unser Vorschlag: Kurzstrecke nur noch 1? anstatt 1,60?

Stellungnahme der Verwaltung:

Der VRS-Tarif, den auch die KVB AG verpflichtet ist anzuwenden, ist ein Gemeinschaftstarif für das ganze VRS-Gebiet. Er wird bei den 31 VRS-Partnerunternehmen vertrieben. Änderungen werden durch Tarifgremien des VRS, an denen die Unternehmen beteiligt sind, beraten. Eine einseitige Änderung durch die KVB AG ist nicht möglich und würde zudem dem wirtschaftlichen Handeln der KVB AG entgegen stehen, da mehrere Millionen Euro Erlöse verloren gehen würden. Hierzu müssten öffentliche Ausgleichsfinanzierungen sichergestellt werden, wozu auf Grund der fehlenden Finanzierbarkeit in Zeiten der schlechten Finanzlage der öffentlichen Kassen (Bund/Land/Kommunen) keine politische Realisierungschance gesehen wird.
Die Kurzstrecke gilt grundsätzlich in allen Bussen, U-, Straßen- und Stadtbahnlinien, aber nicht in Nahverkehrszügen (z. B. der Deutschen Bahn AG) oder Schnellbuslinien und ? linienabschnitten. Sie ist zur Nutzung für sehr kurze Strecken gedacht, bei denen sich auch der Einsatz eines Pkw nicht rechnet.
Die KVB AG bemüht sich permanent, einen höheren Anreiz zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bieten. Dabei arbeitet sie mit verschiedenen Partnern und Institutionen zusammen (Stadt Köln, Verkehrsclub Deutschland (VCD), etc.). Die Anreize betreffen nicht nur die Ticketpreise, sondern z. B. auch das Linienangebot, der Fahrplantakt und die Infrastruktur (u. A. barrierefreie Nutzung). Hierzu müssen Finanzierungskonzepte dann durch öffentliche Zuschüsse gesichert werden, wenn durch Preissenkungen Deckungslücken entstehen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Verwaltung soll beauftragt werden, in Kooperation mit den VRS-Partnern Möglichkeiten zu einer Senkung des Kurzstreckentarifs zu prüfen.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Mehr Kreisverkehre

Rang:	16	**Vorschlags-Nr.:**	160
Pro-Stimmen:	99		
Contra-Stimmen:	15		
Saldo:	84		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Vor allem in den Vororten sollten mehr Kreisverkehre Ampeln ersetzen . Ampelunterhaltung entfällt , geringere Immisionen , flüssiger Verkehr . Bestes Beispiel aus dem vergangenen Jahr ist der (Mini-) Kreisverkehr an der Kreuzung Friedrich Schmidt Str./Kitschburger Str. .

Stellungnahme der Verwaltung:

Der geforderte Abwägungsprozess für die Einrichtung von Kreisverkehren findet bei den Planungen von Knotenpunkten bereits seit längerem bei der Stadtverwaltung statt. Als erster Planungsschritt wird in der Analyse untersucht, welche Knotenpunktsform aufgrund von den drei wichtigsten Kriterien: - die Verkehrssicherheit - die Leistungsfähigkeit - die Verfügbarkeit der Flächen für den Ausbau eines Knotenpunktes am besten geeignet ist. Wenn möglich, wird die Kreisverkehrslösung in erster Priorität umgesetzt, da diese Knotenpunktsform in der Regel sehr sicher ist und keine laufende Unterhaltskosten wie bei einer signalisierten Knotenpunktsform anfallen. Des Weiteren werden unter dem Programm alternative Betriebsformen bestehende Knotenpunkte mit Lichtsignalanlagen untersucht und geprüft, ob diese durch andere Betriebsformen ersetzt werden können. Damit wird die Anzahl der Lichtsignalanlagen in Köln systematisch verringert, ohne die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss einzuschränken.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Fahradwege von rechts- nach linksrheinisch

Rang:	17	**Vorschlags-Nr.:**	32
Pro-Stimmen:	89		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	83		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Fahradwege, bzw. Zugänge zu diesen sind auf den Brücken: Deutzer Brücke, Hohenzollernbrücke, Südbrüke und Severinsbrücke Fahrad unfreundlich. Insbesondere wenn man von rechtrheinischen in die Innenstadtfährt muss man bei der Deutzer Brücke und der Severinsbrücke absteigen, schieben oder Umwege fahren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich wird bei den anstehenden Brückensanierungen der Radverkehr auf den Brücken berücksichtigt, die Verbesserung der Anbindungen ist auch Bestandteil des städtebaulichen Masterplanes für die Kölner Innenstadt. Die Anbindung der Deutzer Brücke kann im rechtsrheinischen auf der Südseite mit kleinen baulichen Anpassungen verbessert werden (Kosten etwa 10.000 EUR). Auf der Nordseite gibt es keine Verbesserungsmöglichkeiten. An der Severinsbrücke sind im Linksrheinischen grundsätzliche Planungen erforderlich (Kosten etwa 20.000 EUR), im Rechtsrheinischen sind Verbesserungen durch bauliche Anpassungen möglich (Kosten etwa 20.000 EUR). Sowohl für die erforderliche Planung als auch für die baulichen Anpassungen müssten zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	20.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Um die Menschen dazu zu bewegen, im Stadtverkehr bewusst auf das Auto zu verzichten und auf alternative Verkehrssysteme wie dem Fahrrad umzusteigen, ist es von maßgeblicher Bedeutung, die notwendigen Rahmenbedingungen und damit Attraktivität zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt sind hierfür die Fahrradwege von Ost nach West in Köln. Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt den Bürgervorschlag 32/17 mit der Konkretisierung: Die Verwaltung soll in diesem Zusammenhang prüfen, inwieweit besser über die Fahrradwege und –verbindungen im Stadtbezirk Kalk informiert werden kann. Beispielsweise sowohl durch

ein Angebot auf den Internetseiten der Stadt Köln als auch durch gedruckte Pläne. Auch möge der Rat zur Kenntnis nehmen, dass der Punkt „Radfahren/Radwege“ mit acht Anträgen und prioritär bis Platz 65 besetzt ist und somit in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert besitzt. Der Rat möge dies in seinen Entscheidungen auch jenseits des Haushalts berücksichtigen (Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Hybrid-Busse

Rang:	20	**Vorschlags-Nr.:**	12
Pro-Stimmen:	84		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	79		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Neu erworbene Busse der KVB (und der von der KVB beauftragten Unternehmen) sollten Hybrid-Busse sein. Diese sind bereits von den Herstellern lieferbar.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach dem derzeitigen Stand der Technik sind Diesel-Hybridbusse in der Lage, den Verbrauch um ca. 20-30 Prozent zu senken. Die derzeit noch in der Erprobung befindlichen Brennstoffzellen-Hybridbusse versprechen eine Halbierung der Verbrauchswerte. Bei der Beurteilung des umweltfreundlichsten Antriebs sollte aber eine Life-Cycle-Betrachtung des Systems Linienbus erfolgen. Das bedeutet, es wird nicht nur der konkrete Schadstoffausstoß, sondern auch die Umweltauswirkungen bei Herstellung, Betrieb und Entsorgung betrachtet. Dabei kommt der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) zum Schluss, dass „unter der Prämisse einer umfassenden Nachhaltigkeit, also aus ‚ganzheitlicher' Sicht, die hochsaubere, abgasnachbehandelte Dieseltechnik, ggf. in Verbindung mit konsequenter Hybridisierung des Antriebsstranges und Verwendung von BtL [Biomass to Liquid – synthetischer Biokraftstoff], zum heutigen Zeitpunkt die ökologisch und ökonomisch richtige Lösung“ [ist] (VDV-Positionspapier „Umfassend nachhaltige Kraftstoff- und Antriebskonzepte für den Linienbusverkehr“). Zu bedenken ist, dass Hybridbusse bislang nur in kleinen Serien von der Fahrzeugindustrie bereit gestellt werden und die Anschaffungskosten zurzeit ca. 50 Prozent über denen herkömmlicher abgasbehandelter EEV-Dieselbusse (EEV = Enhanced Environmentally Friendly Vehicle, besonders umweltfreundliches Fahrzeug) liegen Um die Einführung von Hybridbussen in Deutschland trotz der hohen Anschaffungspreise zu forcieren und die Nachfrage anzukurbeln, hat das Umweltbundesamt im Jahr 2008 ein Förderprogramm aufgelegt. Die KVB hat sich daran beteiligt und die Förderung von Hybridbussen beantragt. Da bei der Konkretisierung des Programms eine Förderung nur dann erfolgen sollte, wenn mindestens zehn Busse beschafft werden, hat die KVB zunächst Abstand von dem Programm genommen. Es werden aber weitere Förderprogramme beobachtet. Der Vorschlag wird somit bereits aufgegriffen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Verlängerung der Linie 7 im Porzer Süden

Rang:	23	**Vorschlags-Nr.:**	165
Pro-Stimmen:	76		
Contra-Stimmen:	2		
Saldo:	74		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Was wäre das ein Erfolg, wenn statt der unzähligen PKWs, die sich jeden Tag durch Zündorf quälen, die Straßenbahn der Linie 7 bis Oberzündorf oder Langel rollen würde. Nehme man als Beispiel 200 Autofahrer, die morgens alleine in ihrem PKW sitzen. Das macht eine Autoschlange - aneinander gereiht und dicht gedrängt - von weit mehr als einem Kilometer aus und verursacht enorm viel Dreck und Lärm. Die gleiche Anzahl Leute in eine Straßenbahn gepackt, wäre diese lange nicht voll, würde keinen Lärm machen und wesentlich schadstoffärmer fahren. Und was sind morgens in der Schmittgasse schon 200 Autos? Jede Haltestelle, um die die Linie 7 verlängert würde, wäre für die Umwelt ein Riesenerfolg!

Stellungnahme der Verwaltung:

2002 hat der Rat die Stadtbahnverlängerung in Zündorf mit höchster Priorität eingestuft. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wurde beantragt, das Verfahren konnte jedoch aufgrund ungeklärter Grundstücksankäufe nicht abgeschlossen werden. Da Land und Bund keine Fördermittel in Aussicht gestellt haben, konnte die Finanzierung nicht sicher gestellt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann daher kein realistischer Realisierungszeitraum in Aussicht gestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die Bezirksvertretung Porz nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, die Verlängerung der Linie 7 mit höchster Priorität zu verfolgen und alles zu tun, um die planerischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung zu schaffen. Dazu ist die Verlängerung für den Bedarfsplan des Landes anzumelden, das Planfeststellungsverfahren abzuschließen und der Ankauf der benötigten Grundstücke umzusetzen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Rauchverbot in den KVB-Anlagen

Rang:	29	**Vorschlags-Nr.:**	271
Pro-Stimmen:	76		
Contra-Stimmen:	11		
Saldo:	65		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Obwohl auch Schulkinder die KVB nutzen sind die Zwischenebenen der U-Bahnstationen für´s Rauchen freigegeben. Eigentlich sollten die stark subvensionierten öffenltichen Verkehrsmittel für jeden zugänglich sein, also auch Kranken, Asthmatiker, Kindern und Menschen die einfach nicht passiv mitrauchen möchten. Die Reinigungskosten könnte man durch ein Rauchverbot ebenfalls erheblich senken, die Zumutung für Raucher hält sich sehr in Grenzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verteilerebenen der Stadtbahnhaltestellen dienen überwiegend auch der öffentlichen Zuwegung, z.B. der Unterquerung von hoch verkehrsbelasteten Straßen und Plätzen. Die juristische Prüfung hat ergeben, dass die Verteilerebenen somit als öffentliche Verkehrsflächen einzustufen sind, so dass ein Rauchverbot nicht durchsetzbar wäre. Ab dem Abgang von der Verteilerebene zu den Bahnsteigen dagegen beginnt das Hausrecht der Kölner Verkehrsbetriebe, die wiederum das Rauchen auf den Bahnsteigen untersagt haben und die Einhaltung dieser Verbote auch überwachen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radweg Gürtel dringend sanieren !!

Rang:	30	**Vorschlags-Nr.:**	1165
Pro-Stimmen:	67		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	64		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Der Radweg entlang des Gürtels befindet in einem desolaten Zustand. Mangels adäquater Alternativen ist man so auf die Benutzung des Autos angewiesen. Hier ist dringender Sanierungsbadarf gegeben um den Verkehr von der Straße zu verlagern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Radwege an Abschnitten des Stadtwaldgürtels sind bereits Bestandteil des Sanierungsprogramms 2009. Es ist vorgesehen, auch für 2010 ein Sanierungsprogramm aufzustellen, in dem auch weitere Bereiche des Gürtels aufgenommen werden sollen. Für eine gesicherte Fortführung des Radwegesanierungsprogramms müssten jährlich Finanzmittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für kleine bauliche Maßnahmen besteht ein jährlicher Bedarf von 500.000,00 EUR.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

siehe Kosten unter Rang 4

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Umgestaltung der Komödienstrasse - der Umwelt zuliebe!

Rang:	31	**Vorschlags-Nr.:**	601
Pro-Stimmen:	70		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	66		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Schon im 1. Kölner Bürgerhaushalt sind wir mit unserem Vorschlag ganz nach vorn gekommen, Platz 27, geschehen ist aber bis heute hier noch rein gar nichts. Und was hatten wir nicht alles, auch in puncto Umwelt, an eigenen Gestaltungsüberlegungen eingebracht: Baumanpflanzungen, Reduzierung der ach so zahlreichen und breiten und so gar nicht mehr benötigten Fahrspuren zugunsten breiterer Gehwege usw., alles Erdenkliche im Hinblick auf ein umwelt-, menschengerechteres Köln, und das schon weit VOR dem berühmten MASTERPLAN, der das alles hier ja jetzt ebenfalls vorsieht. Irgendwo muß doch endlich einmal in Köln begonnen werden mit dem großen, von allen ersehnten und geforderten ökologischen Umbau dieser Stadt ...wenn nicht ...ENDLICH jetzt, wann dann..., und wenn nicht ...ENDLICH hier, sag uns, lieber Rat, wo und wann - auch wenn et noch jet koss... Im 1. Bürgerhaushalt ist ja schon zugestimmt worden, danke dafür: das Geld wäre also praktisch schon da..., oder?! Und auch wirklich ALLE Fachleute befürworten unseren Vorschlag, sagen, es könne sofort begonnen werden...!! Wir, und mit uns so viele Bürgerinnen, Bürger und Gäste unserer Stadt, warten weiter auf die Umsetzung Eurer Beschlüsse, sehnsüchtig, wie auf das Christkind..., in der Hoffnung, dass es beim 2. Anlauf, Köln, der U m w e l t zuliebe, dann doch noch klappt. Nähere Informationen bei uns im Café in der Komödienstraße (Nr. 17)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Umgestaltung der Maßnahme ist in der Planung und wird mit dem Verkehrskonzept Altstadt abgestimmt. Danach wird Anfang 2010 eine Beschlussvorlage vorbereitet. Finanzierung: Im Haushaltsplan-Entwurf 2010ff ist die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Mio. EUR veranschlagt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

ÖPNV attraktiver gestalten

Rang:	32	**Vorschlags-Nr.:**	289
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	63		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Höhere Taktraten, Verfügbarkeit rund um die Uhr, mehr Haltestellen behinderten-/seniorengerecht gestalten, Rückbau von Strassen im Innenstadtbereich, Ausbau von Park&Ride, Langfistiges Ziel => autofreie Innenstadt

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorschlag beinhaltet mehrere, recht allgemein gehaltene Unterpunkte, zu denen im Einzelnen folgendes angemerkt werden kann: • Höhere Taktraten: Die Takte der Bahnen und Busse richten sich nach der Nachfrage sowie den entstehenden Kosten. Während in der Innenstadt durch Überlagerung mehrerer Linien im 10-Minuten-Takt die Bahnen zum Teil im 2-Minuten-Abstand verkehren, ist auf nachfrageschwachen Tangentialverbindungen im Außenbereich ein 30-Minuten-Takt angemessen. Eine höhere Taktung ist dort aus Sicht der Fahrgäste sicherlich wünschenswert, allerdings könnten die zusätzlich entstehenden Kosten durch die erwartenden Mehreinnahmen nicht gedeckt werden, da die Nachfrage nicht entsprechend gesteigert werden kann. • Verfügbarkeit rund um die Uhr: Siehe Ausführungen zu Vorschlag Nr. 161. • Mehr Haltestellen behinderten-/seniorengerecht gestalten: Es ist erklärtes Ziel der Verwaltung, alle Kölner Haltestellen sukzessive so umzubauen, dass ein niveaugleicher Ein- und Ausstieg in die Busse und Bahnen möglich ist. Hierfür werden die Bahnsteige, an denen Hochflurfahrzeuge verkehren, auf 90 cm, und die Bahnsteige, an denen Niederflurfahrzeuge verkehren, auf 35 cm über Schienenoberkante ausgebaut. Zusätzlich erfolgt eine Nachrüstung von U-Bahn-Haltestellen mit Aufzügen. Im Busbereich werden alle Haltestellen mit 18 cm hohen Buskaps ausgerüstet. Alle Baumaßnahmen erfolgen im Rahmen von Förderprogrammen. Der Ausbau hängt somit von der Haushaltslage der Stadt wie auch von den verfügbaren Fördermitteln ab. • Rückbau von Straßen im Innenstadtbereich: Die Frage, ob einzelne Straßen rückgebaut werden sollten, kann bei der Bearbeitung des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr näher betrachtet werden. • Ausbau von Park&Ride: Die Anzahl der Park&Ride-Plätze wurde in den vergangenen Jahren nach und nach erweitert. Park&Ride eignet sich vor allem am Stadtrand in der Nähe leistungsfähiger Schienenanbindungen. Die Stadt ist hier bereits gut aufgestellt. • Langfristiges Ziel => autofreie Innenstadt: Die Verkehrspolitik der Stadt Köln sieht ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger vor. Eine komplett autofreie Innenstadt wird daher nicht angestrebt. Die Nutzung des Umweltverbunds (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV) soll vielmehr durch Attraktivitätssteigerungen und zum Beispiel die restriktive Parkraumbewirtschaftung angeregt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Bahntakt erhöhen, Bahnen durchfahren lassen

Rang:	36	**Vorschlags-Nr.:**	75
Pro-Stimmen:	65		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	59		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Machen sie den Bürgern den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel leichter! Ein höherer Bahntakt außerhalb der Stoßzeiten und die Möglichkeit auch Nachts noch Mobil zu sein, werden die Bahnkundenzahlen in die höhe Treiben

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Dimensionierung des ÖPNV-Angebots zu den sogenannten Tagesrandzeiten muss eine Balance gefunden werden zwischen einem möglichst attraktiven Angebot und den entstehenden Zusatzkosten. Seit vielen Jahren wird auf den meisten Stadtbahnlinien (Ausnahme Linie 13) sowie auf den Buslinien 132 und 136 der Kölner NachtTakt in den Nächten von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und vor Feiertagen gefahren. Dieses beinhaltet eine durchgehende stündliche Abfahrt ca. zur Minute 15 ab Innenstadt. Für einen Nachtverkehr unter der Woche ist die Nachfrage zu gering. So werden nach Haushaltsbefragungen der Verwaltung in der Stunde zwischen 22 und 23 Uhr verkehrsträgerunabhängig noch rund 2 Prozent aller Wege durchgeführt. Zwischen 23 und 0 Uhr sind es noch gut 1 Prozent, zwischen 0 und 1 Uhr werktags nur 0,5 Prozent. In den drei Zeitstunden zwischen 1 und 4 Uhr, in denen kein ÖPNV-Angebot besteht, werden insgesamt nur noch 0,25 Prozent aller Wege eines Tages zurückgelegt. Unter Umweltgesichtspunkten sind leer beziehungsweise fast leer fahrende Busse und Bahnen durchaus kritisch zu sehen. Bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung schlägt zu Buche, dass den entstehenden Mehrkosten aufgrund der geringen Nachfrage kaum Mehreinnahmen gegenüber stehen. Verwaltung und KVB werden aber weiter die Nachfragesituation beobachten und bei Bedarf – sowie durch die Ausweitung des 15-Minuten-Takts an Freitagen und Samstagen auf den Ringen 2008 geschehen – anpassen. Insgesamt richten sich die Takte der Bahnen und Busse nach der Nachfrage sowie den entstehenden Kosten. Während in der Innenstadt durch Überlagerung mehrerer Linien im 10-Minuten-Takt die Bahnen zum Teil im 2-Minuten-Abstand verkehren, ist auf nachfrageschwachen Tangentialverbindungen im Außenbereich ein 30-Minuten-Takt angemessen. Eine höhere Taktung ist dort aus Sicht der Fahrgäste sicherlich wünschenswert, allerdings könnten die zusätzlich entstehenden Kosten durch die erwartenden Mehreinnahmen nicht gedeckt werden, da die Nachfrage nicht entsprechend gesteigert werden kann.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler

folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Parkplätze für Fahrräder

Rang:	37	**Vorschlags-Nr.:**	6
Pro-Stimmen:	62		
Contra-Stimmen:	4		
Saldo:	58		
Bezirke:	Ehrenfeld		

Vorschlagstext:

In der Venloerstraße gibt es zu weinige Fahrradplätze, bei der neuen Sanierung der Venloerstraße sollte dies berücksichtig werden. Dies kommt ebenfalls dem Umweltschutz zu gute.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der erste Bauabschnitt der Venloer Straße von Ehrenfeldgürtel bis Piusstraße / Fuchsstraße wird nach Karneval 2010 begonnen. Im Zuge dieser Maßnahme wird die Anzahl der Fahrradabstellplätze von heute 213 auf 390 erhöht. Dies entspricht einer Angebotssteigerung von 83 %. Finanzierung: Für die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen stehen im Haushaltsplan-Entwurf 2010ff jährlich Kassenmittel in Höhe von mindestens 150.000 EUR zur Verfügung.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Ausbau Radfahrerspuren auf Roonstraße

Rang:	38	**Vorschlags-Nr.:**	235
Pro-Stimmen:	61		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	56		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Mittelfristig ein Rückbau der Roonstraße auf 2 Spuren, somit Verringerung von Lärm- und Feinstaubbelastung. Kurzfristig Anlegung von Radfahrerspuren für sicheres Fahren. Damit verbunden ein Kreisverkehr an der Ecke Roonstr./Lindenstr.

Stellungnahme der Verwaltung:

Vor einer Spurenreduzierung und der Anlage einer Radverkehrsanlage sind umfangreiche Voruntersuchungen erforderlich, um festzustellen welche Wirkungen eine solchen Umplanung auf den Gesamtverkehrsablauf hat. Es ist möglicherweise so, dass die vorgeschlagene Änderung nicht zu weniger Lärm und Abgasen führt. Bei der Kreuzung Lindenstraße/Roonstraße handelt es sich um einen komplexen fünfarmigen Knoten. Inwieweit die Einrichtung eines Kreisverkehrs verkehrstechnisch realisierbar ist wurde bereits untersucht. Ein Einspuriger Kreisverkehr ist leider nicht leistungsfähig genug. Einen Entsprechenden Umgestaltungsvorschlag für einen sogenannten Turbokreisel wird den Gremien des Rates in Kürze vorgestellt. Die Finanzierung kann im Rahmen des Programmes "Umbau von signalisierten Verkehrsknoten" sichergestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Nachts Ampeln abstellen- der Umwelt zuliebe.

Rang:	41	**Vorschlags-Nr.:**	1236
Pro-Stimmen:	58		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	53		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Viele Ampeln in Köln sind nachts überflüssig, da dort so wenig Verkehr herrscht, dass dieser sich leicht selber regeln kann. Man könnte viele Ampeln ganz beruhigt abstellen, womit vielleicht nicht sehr viel Strom gespart wird, aber Umweltbelastungen und auch Kosten durch überflüssig stehende und anfahrende Autos vermieden werden. Ein geradezu absurdes Beispiel ist die Ampelanlage an der Einfahrt Methweg- Parkgürtel bei der Hauptverwaltung der GEW. Sie läuft die ganze Nacht, obwohl sicher, wenn überhaupt, nur wenige Mitarbeiter der GEW auch nachts arbeiten . Ich nehme an, dass diese such ohne Ampel auf den Parkgürtel einfahren könnten. Stattdessen wird permanent der Verkehr auf dem Gürtel blockiert- es ist eine Umweltbelatung, die leicht beseitigt werden könnte.

Stellungnahme der Verwaltung:

Lichtsignalanlagen (LSA) sind Sicherheitseinrichtungen und sollten daher immer in Betrieb sein. Durch den Einsatz neuer Technik wird Strom gespart; nächtliche Abschaltungen führen daher nur zu einer sehr geringen finanziellen Ersparnis. Da eine Vielzahl von LSA mit Blindeneinrichtungen ausgerüstet sind und die Anzahl der damit versehenen LSA wächst, sind besonders diese Verkehrsteilnehmer zu schützen, was ebenfalls gegen eine Abschaltung spricht. Die angesprochene LSA Parkgürtel/Methweg ist mit einer Blindensignalisierung ausgestattet und die Stadtverwaltung hält daher an der durchgehenden Signalisierung fest. Die nächtlich abgestellten LSA führen zu einer Erhöhung der Anzahl der Unfälle und vor allen Dingen zu schweren Unfällen. Daher empfiehlt der Gesamtverband Deutscher Versicherungswirtschaft (GDV) aus Sicherheitsgründen von Nachtabschaltungen von LSA abzusehen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Der Stellungnahme der Verwaltung wird grundsätzlich zugestimmt mit der Einschränkung, dass auch Einzelfallentscheidungen möglich sein müssen.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Den Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg von Lärm und Abgasen entlasten

Rang:	42	**Vorschlags-Nr.:**	233
Pro-Stimmen:	59		
Contra-Stimmen:	7		
Saldo:	52		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Der Straßenzug Aachener Straße/Vogelsangen Weg/Am Weidenpesch/Kölner Weg/Militärringstraße ist ein alter Schleichweg, der vor der Grundschule führt und allgemeine und reine Wohngebiete in Junkersdorf belastet. Die Messungen des LANUV. NRW im Jahr 2008 haben ergeben, dass die Grenzwerte der 22er BImSchV, was Stickstoffdioxid betrifft, in nächster Nähe zur Grundschule Überschritten werden. Die Gemeinde Lövenich beabsichtigte diesen Straßenzug von Verkehr radikal zu entlasten. Nach Eingemeindung hat die Stadtverwaltung Köln diesen Straßenzug zum Erschließungsweg der Sporthochschule und der Stadionparkplätzen für den vom Westen kommenden Verkehr erklärt. Es wurde immer wieder gesagt, diese Verkehrsführung wird geändert, sobald die Stadtbahnlinie 1 bis Bonn Straße fährt. Dies ist bereits seit einigen Jahren geschehen. Diese Verkerhsführung muss geändert werden: Die Sporthochschule ist durch einen Rechtsabbieger von der Aachener Straße in den ehemaligen Carl-Diem- Weg zu erschliessen. die Parkplätze am Salzburger Weg ausschließlich von der Dürener Straße.Die Nutzung der Aachener Straße in diesem Abschnitt ist Misch- bzw.Misch-und Kerngebiet. An der Dürener Straße wohnt niemand. Es reicht nicht aus die Hinweisschilder zu entfernen. Durch bauliche und Verkehrslenkende Maßnahmen an dem Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg und am Römershofweg muss die geänderte Verkehrsführung unterstützt werden. M.Herrmann

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregungen werden im Rahmen des Konzeptes Sportpark Müngersdorf geprüft. Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln im konsumtiven und investiven Bereich bei Bedarf bereitgestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	20.000,00 EUR	30.000,00 EUR	30.000,00 EUR	20.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Glascontainer an fahrradwegen

Rang:	48	**Vorschlags-Nr.:**	1357
Pro-Stimmen:	48		
Contra-Stimmen:	0		
Saldo:	48		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Entfernung aller Glascontainer, die an oder auf Fahrradwegen stehen, da die Beschädigungsgefahr der Fahrräder durch Glasscherben erheblich ist. köln ist im Übrigen die einzige mir bekannte Stadt, wo dieser Zusammenhang ignoriert wird. Beispiel: Poll- Vingster Str./Odenwaldstrasse

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach der turnusgemäßen Leerung der Glascontainer werden die Standorte bedarfsgerecht mindestens einmal wöchentlich durch die Standortreinigung sowie ein- bis fünfmal pro Woche durch die Straßenreinigung gereinigt. Von verstärktem Glasbruch an den Container-Standorten liegen beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt keine Informationen vor. Die mit der Standort- und Straßenreinigung beauftragten Abfallwirtschaftsbetriebe(AWB) räumen eventuellen Glasbruch möglichst zeitnah von den Standorten ab.

Ein Abzug sämtlicher Glascontainer neben oder in der Nähe von Fahrradwegen würde zu einer massiven Unterversorgung der Bevölkerung mit Entsorgungsmöglichkeiten führen. Alternativstandorte zur Verlagerung stehen nur in geringem Umfang, in manchen Stadtteilen überhaupt nicht, zur Verfügung.

Vom genannten Standort "Odenwald/Poll-Vingster-Str." steht keine Alternative zur Verlagerung in diesem Bereich zur Verfügung, an dem kein Radweg vorbeiführt. Die AWB wurde aber gebeten, auf Verunreinigungen durch Glas auf angrenzenden Radwegen neben Glas-Standorten zu achten und diese zeitnah zu entfernen.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Grüne Welle auch für Fahrradfahrer

Rang:	49	**Vorschlags-Nr.:**	477
Pro-Stimmen:	66		
Contra-Stimmen:	16		
Saldo:	50		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Die Ampeln der Stadt sollten so geschaltet sein, dass sie Radfahrern eine reelle Chance auf Grüne Welle geben. Viele Radfahrer fahren heute nur deshalb bei Rot über die Ampeln, weil sie die Ampeln nicht respektieren. Und das wiederum kommt davon, weil sie sich auch durch die Ampeln nicht respektiert fühlen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Durchschnittgeschwindigkeit der Radfahrer beträgt nur einen Bruchteil der Durchschnittgeschwindigkeit des motorisierten Individualverkehres (MIV). Würde man nun die Schaltungen der Signalanlagen darauf ausrichten, würden die Koordinierungen für den Kfz-Verkehr nicht mehr zu dessen Fahrverlauf passen. Der MIV würde sehr oft zu früh an der nächsten Lichtsignalanlage ankommen und müsste dann auf seine Freigabezeit warten. Dies hätte unnötige Lärm- und Schadstoffimmissionen zur Folge.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV lehnt den Vorschlag ab
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu. Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Der MIV darf nicht einseitig gegenüber dem Fuß-und Radverkehr benachteiligt werden. Daher sind Verbesserungen in der Ampelschaltung zu prüfen.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Meschenich - Ampelschaltung verbessern und nachts abschalten

Rang:	50	**Vorschlags-Nr.:**	694
Pro-Stimmen:	49		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	48		
Bezirke:	Rodenkirchen		

Vorschlagstext:

Die Ampeln in Meschenich auf der B51 sind nicht aufeinander abgestimmt. Dadurch entstehen selbst außerhalb des Berufsverkehrs Staus im und vor dem Ort. Diese Staus rufen unnötige Emissionen und Kosten hervor. Die Steuerung aller Ampeln auf der B51 in Meschenich sollte aufeinander abgestimmt sein, so dass eine grüne Welle entsteht. Dies würde auch die derzeit vorhandenen bedarfsabhängigen Steuerungen durch Drücker oder Induktionsschleifen überflüssig machen, da diese der einheitlichen Taktung entgegenstehen. Weiterhin könnten die Ampeln nachts zwischen 22:00 und 05:00 abgeschaltet werden. Nächtliche Geschwindigkeitskontrollen ggf. mit Starenkästen sollen der Raserei Einhalt gebieten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf der Brühler Landstraße in Köln- Meschenich sind 6 Lichtsignalanlagen (LSA) installiert. Diese wurden in letzter Zeit ausgefallen und ausgetauscht. Die Verwaltung hat vier neue Programme je LSA entworfen. Somit können künftig tageszeitabhängig vier koordinierte Programme an allen 6 LSA in Meschenich geschaltet werden. Aufgrund der Tatsache, dass die LSA Auf der Ronne und Auf dem Rosenhügel jeweils kurze Wartezeiten für den querenden Verkehr und Fußgänger hatten, hat sich die Verwaltung entschlossen, weiterhin an diesen beiden LSA kurze Wartezeiten beizubehalten. Hierdurch ist die Leistungsfähigkeit dieser beiden LSA bei ständiger Anforderung von Fußgänger und Nebenrichtung am geringsten. Dies hat zur Folge, dass sich der Verkehr morgens in der Spitzenstunde nach wie vor der ersten LSA Auf der Ronne Richtung Süden zurückstaut. Sobald der stadteinwärtige Verkehr die erste LSA passiert hat, kann dieser koordiniert durch Meschenich fahren. Um in der Abendspitze ebenfalls den Verkehr flüssig durch die Ortsdurchfahrt führen zu können, wird der Verkehr an der ersten nördlichen LSA, Brühler Landstraße/Am Kölnberg, an die Leistungsfähigkeit der beiden LSA Auf der Ronne und Auf dem Rosenhügel angepasst. Somit wird der Verkehr in der Ortsdurchfahrt flüssig gehalten. Hierdurch wird es jedoch auch zukünftig abends stadtauswärts (in Fahrtrichtung Süden) vor Meschenich Stauungen geben. Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist für den Sommer 2010 vorgesehen. Die Finanzierung ist sicher gestellt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radwege in Köln Sülz

Rang:	53	**Vorschlags-Nr.:**	469
Pro-Stimmen:	52		
Contra-Stimmen:	5		
Saldo:	47		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

In Köln Sülz gibt es keine Radwege obwohl es viele Schulen und auch schon im Strassenverkehr tödlich verunglückte Schüler gibt. Das muss unbedingt geändert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

n Sülz gibt es an mehreren Straßen bauliche Radwege (unter anderem auf dem Gürtel, Kerpener Straße, Neuenhöfer Allee). Abhängig von der Verkehrsbelastung werden Radverkehrsanlagen in Form von Schutz- oder Radfahrstreifen auf der Fahrbahn angelegt, um einen guten Sichtkontakt zwischen Autofahrer und Radfahrer zu gewährleisten. Daher wird nach heutigen Gesichtspunkten auf die Anlage von baulichen Radwegen weitestgehend verzichtet. In Tempo 30-Zonen wird der Radverkehr grundsätzlich ohne Radverkehrsanlage auf der Fahrbahn geführt. Um für den Radverkehr ein durchgängigen Netz zu schaffen, werden nach und nach alle Einbahnstraßen daraufhin untersucht, ob sie für eine Öffnung für den Radverkehr in Gegenrichtung geeignet sind. Der Bereich Sülz/Lindenthal/Klettenberg wurde bereits im Bürgerhaushalt 2008 intensiv diskutiert. Für den angesprochenen Bereich existiert ein Radverkehrsnetzplan, der den grundsätzlichen Handlungsbedarf aufzeigt. Zur Konkretisierung sowie zur Entwicklung von geeigneten Lösungsvorschlägen in den betreffenden Straßenabschnitten ist die Beauftragung eines externen Planungsbüros erforderlich, da die eigenen personellen Kapazitäten nicht ausreichen. Dieser Vorschlag wiederholt sich in mehreren anderen Vorschlägen, die aber immer nur einzelne Straßen betreffen. Es soll jedoch ein planerisches Gesamtkonzept erarbeitet werden. Die Planungskosten für das Gesamtkonzept betragen 30.000 EUR, daraus resultierende Baukosten sind abhängig vom Ergebnis des Gutachtens. Auf der Bachemer Straße konnten bereits punktuelle Maßnahmen für den Radverkehr durchgeführt werden. Der ursprüngliche Planungsgedanke sah vor, dass auf der Bachemer Straße beidseitig durchgängige Schutzstreifen für den Radverkehr markiert werden sollten. Durch den schmalen Fahrbahnquerschnitt in Kombination mit dem hohen Parkdruck ließ sich dieser Gedanke jedoch nicht realisieren. Auf der Rhöndorfer Straße ist die Planung eines Schutzstreifens abgeschlossen, dieser wird im Zuge der anstehenden Fahrbahnsanierung umgesetzt. Die Mittel für die Beauftragung des Gutachtens wurden bereits im Rahmen des Bürgerhaushaltsverfahrens zum HPL 2008/2009 im konsumtiven Bereich zur Verfügung gestellt.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Stadtbahn am Rheinufer mit kostengünstiger "Miniunterführung" lösen!

Rang:	55	**Vorschlags-Nr.:**	774
Pro-Stimmen:	49		
Contra-Stimmen:	6		
Saldo:	43		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Problem: Die Stadtbahn soll nach derzeitiger Beschlusslage mit eine Schranke ("Büstra") die Straße queren. Dadurch wird sich der Stau erheblich vergrößern. Schlechte Lösungen: Die Alternative einen Tunnel zu bauen, ist a) teuer (60 Mio stehen im Raum) und b) müssen dabei sehr viele Bäume gefällt werden. Am wenigsten Sinn ergibt es, die Straße zu verbreitern und damit den Stau zwar zu verkürzen, aber letztendlich nur aufzuschieben. Auch dass kostet Geld und die Bäume müssten dafür gefällt werden. Gute Lösung: Die Minimalvariante einer niveau-ungleichen !!!! Querung ist kostengünstig, schont die Bäume und gewährleistet hinreichend den Verkehrsfluss. Dabei "taucht" die Straße einmal kurz unter einer leicht erhöhten Bahntrasse ab (bzw. umgekehrt). Warum wird immer noch die "Büstra", der Autotunnel, der Straßenbahntunnel oder die unsägliche Verbreiterung diskutiert? Ich verstehe das nicht! Danke für die Beachtung und Kommentare, beste Grüße von einem Anwohner.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat hat die Verwaltung im Juli 2009 nochmals beauftragt, die möglichen Varianten der Rheinuferquerung gegenüberzustellen und die Vor- und Nachteile abzuwägen. Die Verwaltung hat an dieser Variantenuntersuchung mit Hochdruck gearbeitet. Die Ergebnisse werden dem Rat in seiner Sitzung am 02.02.2010 vorgestellt. Die Entscheidung bleibt abzuwarten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radfahrweg Riehler Straße

Rang:	59	**Vorschlags-Nr.:**	1022
Pro-Stimmen:	45		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	42		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Wie im Vorjahr: Ein Radfahrweg in beiden Richtungen der Riehler Straße zwischen Ebertplatz und Zoobrücke ist (überlebens)notwendig! Vielleicht bringt dann sogar ein reduzierter Autoverkehr weniger Abgase!?

Stellungnahme der Verwaltung:

Vor der Einrichtung einer durchgängigen Radverkehrsanlage sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radspur Brüsseler Str.

Rang:	60	**Vorschlags-Nr.:**	467
Pro-Stimmen:	42		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	41		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Radfahrer, die auf der Brüsseler Straße Richtung Rathenauplatz unterwegs sind, werden mit einem Hindernis konfrontiert: zwischen Aachener Str. und Richard-Wagner-Str. ist das Radfahren auch gegen die Fahrtrichtung verboten, obwohl es sonst auf der Brüsseler Str. üblich ist, und auch auf dem Bürgersteig gibt es nicht genügend Platz zum Ausweichen. Hier müsste dringend eine Radspur gegen die Fahrtrichtung eingerichtet werden. Das würde auch das angespannte Verhältnis zwischen Rad-, Autofahrern und Fußgängern an dieser Stelle verbessern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Um den Radfahrer in Richtung Süden gesichert über die Stadtbahngleise und die Richard-Wagner-Straße zu führen, ist eine neue Signalisierung erforderlich. Die Kosten für die zusätzliche Signalisierung und weitere bauliche Anpassungen belaufen sich auf 100.000 EUR. Die Mittel müssten zusätzlich bereitgestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	100.000,00 EUR			

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Meschenich / Immendorf - Verbindung B51 mit Kiesgrubenweg durch L92n in Straßenbedarfsplan aufnehmen

Rang: 67 **Vorschlags-Nr.:** 1407

Pro-Stimmen: 37

Contra-Stimmen: 1

Saldo: 36

Bezirke: Rodenkirchen

Vorschlagstext:

Die Verbindung zwischen Immendorf und Meschenich (Zaunhofstr.), die jetzt mit ihrem Nadelöhr an der Kreuzung Bödingerstraße, Klosterstraße und Alte Kölnstraße schon stark frequentiert wird, erreicht im Lärmkataster NRW Werte von über 70dB. Stauungen sind auch hier an der Tagesordnung. Künftig sollen sowohl in Immendorf als auch in Meschenich zusätzliche Gewerbegebiete entstehen. Weiterhin ist ein Naherholungsgebiet mit Badestrand geplant, was auch Gäste von außerhalb anzieht. Die Zaunhofstr. ist für die Aufnahme des zusätzlichen Verkehrs nicht geeignet. Dies würde eine noch stärkere Gesundheitsgefährdung als bisher bewirken. Mit der neuen Verbindung außerhalb des Ortes würden weitere Belastungen durch Lärm, Emissionen und Staus vermieden, was zu einer Steigerung der Lebensqualität und einer Entlastung der Umwelt führt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die angesprochene Verbindung zwischen dem Kiesgrubenweg und der Brühler Landstraße ist derzeit nicht im Bedarfsplan des Landes für den Bau von Landesstraßen (IGVP) enthalten. Der derzeitig gültige IGVP hat eine Laufzeit bis 2015 und soll im Anschluss fortgeschrieben werden. Bei der Fortschreibung des IGVP wird die Verwaltung die Straße in das Verfahren einbringen. Die genannte Trasse ist im Flächennutzungsplan der Stadt Köln bereits enthalten.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die neue Straße soll als Kreisstraße errichtet werden.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV stimmt dem Vorschlag zu. Die neue Straße soll als Kreisstraße errichtet werden.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Grüne Welle verbessern

Rang:	72	**Vorschlags-Nr.:**	9
Pro-Stimmen:	48		
Contra-Stimmen:	9		
Saldo:	39		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es wird viel über Feinstaub usw geredet und mittels vielerlei Methoden versucht diesen zu verringern. Wenn man dann aber sieht das (um nur mal ein Beispiel zu nennen) auf der Rheinuferstrasse mittlerweile mehrere Ampeln (z.B. von der Innenstadt aus kurz vor der südbrücke) sind die sich jedweger grüner Welle durch kreative eigentaktung oder Kontaktschleifen entgegenstellen so wird dort jede Menge Feinstaub und Abgase total unnütz vergeudet. Als Pendler zwischen Niehl und Godorf geht so aufs Jahr gerechnet viel Sprit unnütz drauf durch ampeln die Mitten in der Nacht urplötzlich auf Rot schalten obwohl davor und danach alle Ampeln grün sind. Wieso geht man nicht hin und entwickelt für solche Verkehrsadern die ohnehin oft schon an der Belastungsgrenze sind intelligente Ampelsteuerungen die wirkungsvoll arbeiten und in anderen Städten zu einer deutlichen Entlastung des Verkehrs und einer Verminderung der Umweltverschmutzung geführt haben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das angesprochene Schaltgerät der Lichtsignalanlage (LSA) Agrippinaufer/Oberländer Wall ist vor kurzem irreparabel ausgefallen. Es wurde durch ein Gerät neuester Art ersetzt. Die Lage der LSA ist jedoch für eine Koordinierung sehr ungünstig. Denn bei einer Anforderung von Fußgängern, welche die Rheinuferstraße queren wollen, muss die Grünzeit ausreichend bemessen sein, so dass die Fußgänger die Straße in ihrer gesamten Breite queren können, ohne auf der Insel zum stehen zu kommen. Das führt zwangsweise zum Bruch in der Grünen Welle. Dadurch wird es auch in Zukunft zu ungünstigen Abläufen kommen, sobald ein Fußgänger eine Anforderung gesetzt hat. Ist dies nicht der Fall, so steht diese LSA für die Hauptrichtung in Dauergrün.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohelne Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Luftverschmutzung reduzieren in Junkersdorf !

Rang:	74	**Vorschlags-Nr.:**	236
Pro-Stimmen:	51		
Contra-Stimmen:	14		
Saldo:	37		
Bezirke:	Lindenthal		

Vorschlagstext:

Durch den enorm hohen Anteil an ortsfremdem Durchgangsverkehr sind die Junkersdorfer Wohnstraßen mit Verkehr total überlastet: im Ergebnis werden in Junkersdorf die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxide sogar an der Grundschule überschritten (Durchschnittswert 2008: 41!)! Wir fordern: wirksame und kurzfristige Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs in Junkersdorf zur Verbesserung der Luftqualität und zur Reduzierung des Verkehrslärms!

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Verkehrskonzept Weiden, Lövenich, Junkersdorf wurde in vielen Punkten schon umgesetzt. Die Verwaltung wird auch weiterhin die Umsetzung vorantreiben, damit es in der Ortslage Junkersdorf zu einer nachhaltigen Verbesserung kommt. Finanzierung: Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln bei Bedarf bereitgestellt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
	20.000,00 EUR	30.000,00 EUR	30.000,00 EUR	20.000,00 EUR

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Autofreie Innenstadt

Rang:	79	**Vorschlags-Nr.:**	117
Pro-Stimmen:	74		
Contra-Stimmen:	39		
Saldo:	35		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

Das Stadtgebiet innerhalb der Ringe soll mittelfristig autofrei werden. Geplant wurde die Kölner Innenstadt von kurzbeinigen Italienern. Sie ist daher von langbeinigen Germanen bequem zu Fuß oder mit dem Rad zu durchqueren. Der Umweltnutzen liegt auf der Hand: Weniger Abgase, weniger Lärm, weniger ruhender Verkehr. Mehr gute Luft, spielende Kinder, spazierende Senioren und Bänke zum Hinsetzen. Dieser Vorschlag wird auch von der Interessenvertretung überfahrener Haus- und Wildtiere unterstützt. mfg, rb

Stellungnahme der Verwaltung:

: Die Verkehrspolitik der Stadt Köln sieht ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger vor. Eine komplett autofreie Innenstadt wird daher nicht angestrebt. Die Nutzung des Umweltverbunds (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV) soll vielmehr durch Attraktivitätssteigerungen und zum Beispiel die restriktive Parkraumbewirtschaftung angeregt werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Bau eines P+R-Parkhauses am Bahnhof Wahn

Rang:	81	**Vorschlags-Nr.:**	626
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	35		
Bezirke:	Porz		

Vorschlagstext:

Wir haben stets die Planung eines Neubaugebietes am Bahnhof Wahn mit dem Bau eines kostenloses P+R-Hauses verbunden, da die Parkplatzsituation am Wahner Bahnhof seit langem unerträglich ist. Der Bau eines Parkhauses am Bahnhof Wahn würde noch mehr Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen und somit der Umwelt dienen. Daher fordern wir die kurzfristige Realisierung!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Köln beabsichtigt, zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in Köln-Wahn eine "Park-and-ride"-Palette zu errichten und zu unterhalten. Die KVB hat angeboten, im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages die Umsetzung zu übernehmen. Die Gesamtkosten wurden vorab überschlägig auf ca. 2.500.000 EUR geschätzt. Bisher konnten die Grundstücksverhandlungen aufgrund überhöhter Preisforderungen des Eigentümers, DB AG, noch nicht abgeschlossen werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

intelligente zeitgesteuerte Ampelschaltungen auf 90 % von Kölns Straßen

Rang:	82	**Vorschlags-Nr.:**	170
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	3		
Saldo:	35		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Es macht in meinen Augen Sinn, jede Kölner Ampelphase in Zeitfenster einzuteilen und die Schaltungen entsprechend der Notwendigkeit (zeitlichen Verkehrssituation) anzupassen. Beispiel: zwischen 1:00 und 5:00 Uhr Nachts von Sonntag bis Donnerstag fahren extrem wenig Fahrzeuge über Kölns Straßen. Ausser im Innenstadtbereich (innerhalb der inneren Kanalstraße) und auf den Hauptkreuzungen der Ausfallstraßen können Ampelanlagen aus oder auf Blinkbetrieb gestellt werden. In Vororten (außerhalb des Militärrings) sollte grundsätzlich jede Nacht ab spätestens 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr auf den Betrieb von Ampelanlagen verzichtet werden. Gleichfalls kann in den meisten Vororten eine Abschaltung der Ampelanlagen von Freitag 20:00 Uhr bis Montag 6:00 Uhr erfolgen, ohne das es zu Verstopfungen, bzw. zu erhöhten Unfallzahlen kommt. Selbst Straßen wie der Militärring, sind nachts fast nicht befahren, trotzdem ist jede Ampelanlage 24 Stunden in Betrieb. Vor Bahnübergängen, wie Dürenerstr. und Luxemburgerstr. mag das noch sinnvoll sein, aber alle anderen Kreuzungen und Autobahnauf- und Abfahrten sollten überdacht werden. Die Bürger Kölns würden sich sehr rasch mit dieser Situation arrangieren, bzw. die positiven Seiten zu schätzen wissen. Neben den Einsparungen für die Stadt, pro Ampelanlage wöchentl. 20-56 Stunden weniger Regelbetrieb=Stromverbrauch (genaue Zahlen zu bekommen stellt sich als äußerst schwierig dar), profitiert auch der Bürger oder Besucher direkt, da a) der wenige Verkehr gleichmäßiger fließen kann und b) dementsprechend auch weniger Kosten für eine Fahrt durch ständiges Abbremsen und Anfahren entstehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Lichtsignalanlagen (LSA) sind als Sicherheitseinrichtungen zu verstehen und sollten daher immer in Betrieb sein. Erfahrungen anderer Städte, die sehr viele Anlagen nachts abgestellt haben, zeigten dass die Unfallzahlen und vor Allem die Unfall Schwere nachts deutlich zugenommen haben. Daher geht Köln sehr vorsichtig mit dem Thema Nachtabschaltung von LSA um. Durch den Einsatz neuer Technik wird Strom gespart; nächtliche Abschaltungen ergeben daraus keine finanzielle Ersparnis, zumal die LSA auch im schlafenden Modus Strom verbrauchen. Viele LSA in Köln schalten für die jeweiligen Tageszeiten und die jeweiligen Verkehrssituationen die dafür bestimmten Signalprogramme. Zum Beispiel werden nachts wenn die Verkehrsmenge gering ist häufig Programme mit kürzeren Umlaufzeiten geschaltet um die Wartezeiten zu reduzieren. Da eine Vielzahl von LSA mit Blindeneinrichtungen ausgerüstet sind und die Anzahl der damit versehenen LSA wächst, sind besonders diese Verkehrsteilnehmer zu schützen, was ebenfalls gegen eine Abschaltung spricht.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem

späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Radfahrweg

Rang:	87	**Vorschlags-Nr.:**	412
Pro-Stimmen:	35		
Contra-Stimmen:	1		
Saldo:	34		
Bezirke:	Innenstadt		

Vorschlagstext:

im Mittelstreifen der Volksgartenstraße könnte man einen Radfahrweg machen , damit wären zumindest in diesem Bereich Autofahrer und Radfahrer zufrieden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Einrichtung eines benutzungspflichtigen Radweges in der Mittelallee der Volksgartenstraße ist problematisch, in den Einmündungsbereichen mit der Hardefuststraße, Overstolzenstraße und der Kleingedankstraße ist die Situationen sehr unübersichtlich. Für den Radverkehr ist es die sicherste Lösung, in direkter Sichtbeziehung mit dem Kfz-Verkehr auf der Fahrbahn geführt zu werden. In Kürze wird die Volksgartenstraße zwischen Vorgebirgsstraße und Eifelplatz in die Tempo 30-Zone einbezogen. Hierdurch werden sich die Geschwindigkeiten von Kfz und Radfahrern annähern und die Gesamtsituation noch sicherer werden.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Ampeln abschalten

Rang:	98	**Vorschlags-Nr.:**	221
Pro-Stimmen:	38		
Contra-Stimmen:	8		
Saldo:	30		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Viele Ampeln können zu verkehrsarmen Zeiten abgeschaltet werden oder z.B. nur kurz für die Durchfahrt einer Straßenbahn eingeschaltet werden. M.E. müsste dies zu Strom- und Spritersparnis führen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Lichtsignalanlagen (LSA) sind als Sicherheitseinrichtungen zu verstehen und sollten daher immer in Betrieb sein. Erfahrungen anderer Städte, die sehr viele Anlagen nachts abgestellt haben, zeigten dass die Unfallzahlen und vor Allem die Unfall Schwere nachts deutlich zugenommen haben. Daher geht Köln sehr vorsichtig mit dem Thema Nachtabschaltung von LSA um. Durch den Einsatz neuer Technik wird Strom gespart; nächtliche Abschaltungen ergeben daraus keine finanzielle Ersparnis, zumal die LSA auch im schlafenden Modus Strom verbrauchen. Viele LSA in Köln schalten für die jeweiligen Tageszeiten und die jeweiligen Verkehrssituationen die dafür bestimmten Signalprogramme. Zum Beispiel werden nachts wenn die Verkehrsmenge gering ist häufig Programme mit kürzeren Umlaufzeiten geschaltet um die Wartezeiten zu reduzieren. Da eine Vielzahl von LSA mit Blindeneinrichtungen ausgerüstet sind und die Anzahl der damit versehenen LSA wächst, sind besonders diese Verkehrsteilnehmer zu schützen, was ebenfalls gegen eine Abschaltung spricht.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Verkehrsausschuß: Der Verkehrsausschuss hat die Vorlage zu Beginn der Sitzung einvernehmlich in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Cluster: VHS/Weiterbildung

Cluster **VHS/Weiterbildung**

Thema: **Schule/Bildung**

Rang	Vorschlag	Überschrift
14	301	Mehr Sozialpädagogen für die TAS
15	380	Hauptberufliche Dozenten der VHS unterbezahlt!
41	532	Waldschule Leidenhausen
62	1293	Köln braucht Volkshochschule
64	706	Lebenshilfe durch Meditation
73	66	Runder Tisch Buchforst
76	1474	HAUS DER ARCHITEKTUR KÖLN
85	1085	Kölner Erzähl- und Begegnungscafé
88	33	Einsatz der Gebärdensprach- Dolmetscher in der VHS!
100	698	Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	6.422.887,00 €	6.087.187,00 €	6.087.187,00 €	6.087.187,00 €	5.899.000,00 €

Thema: **Umweltschutz**

Rang	Vorschlag	Überschrift
11	30	Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts

bezifferbare Kosten:

	2010	2011	2012	2013	2014
Summe Thema	25.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	
Summe Cluster:	6.447.887,00 €	6.212.187,00 €	6.212.187,00 €	6.212.187,00 €	5.899.000,00 €

Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts

Rang:	11	**Vorschlags-Nr.:**	30
Pro-Stimmen:	117		
Contra-Stimmen:	14		
Saldo:	103		
Bezirke:	Gesamt Köln		

Vorschlagstext:

Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts unter Einbindung aller bestehenden städtischen sowie gemeinnützigen Kölner Umweltbildungsakteure inklusive Personal- und Aufgabenerweiterung der städtischen "Informationsstelle für (schulische) Umweltbildung" zur Umsetzung und Koordination des erarbeiteten Konzepts.

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Bewertung des Vorschlags Der Vorschlag Nr. 30 setzt sich für die Erstellung eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzepts ein. Bei der Erstellung des Umweltbildungskonzepts sollen alle Umweltbildungsakteure einbezogen werden. Die Umsetzung und Koordination des Konzepts soll nach Aussage des Vorschlags Nr. 30 bei der Informationsstelle für schulische Umweltbildung liegen. Der Vorschlag ist insgesamt fachlich positiv zu bewerten. Die finanzielle Durchführbarkeit hängt von den noch zu konkretisierenden Maßnahmen ab und kann erst danach bewertet werden. 2. Zielsetzung Mit der Erstellung eines solchen Umweltbildungskonzept sollen nach Auffassung der Verwaltung Vorschläge entwickeln werden, wie die Umweltbildung in Köln in Richtung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterentwickelt und besser vernetzt werden kann, wie möglichst alle Bildungsbereiche und Akteure in Aktivitäten einbezogen werden können, damit die Umweltbildung stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann. 3. Informationsstelle für schulische Umweltbildung Die Aufgaben der Informationsstelle sind bisher insbesondere • Pflege des umweltpädagogischen Netzwerkes an Kölner Schulen (im Moment mit 387 Pädagogen als Umwelt-Kontakt-Lehrer), sowie • Beratung und Betreuung von im umweltpädagogischen Bereich tätigen Personen • Organisation und Durchführung eines jährlichen umweltpädagogischen Fort-bildungsprogramms, • Aufbau und Pflege einer umweltpädagogischen Fachbibliothek mit 6.600 Titeln, • Herausgabe von Lehrer-Informationsmaterialien in gedruckter Form und auf der Stadt-Köln Internetseite zu bestimmten Fachthemen, • Beratung und Unterstützung von umweltbezogenen Unterrichtsprojekten und schulischen Aktivitäten, wie Projekt- und Aktionstagen und -wochen, • Planung und Begleitung von Sonderprojekten, wie Umweltwettbewerben und Aktionstagen. Für dieses Aufgabenspektrum sind die vorhandenen Personalressourcen zwingend erforderlich. Eine mögliche Aufgabenerweiterung bedarf deshalb zusätzlicher Ressourcen. Die umweltpädagogische Informationsstelle ist dem Amt für Umwelt- und Verbrau¬cherschutz in der Abteilung Planung und Vorsorge zugeordnet. Eine gegenüber den städtischen oder nichtstädtischen außerschulischen Lernorten und umweltpädagogischen Einrichtungen wie auch immer geartete übergeordnete Funktion ist nicht zielführend. Somit bleibt die Umsetzung und Koordination eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes eine gemeinsame partnerschaftliche Aufgabe der verschiedenen Einrichtungen, für eine sinnvolle Vernetzung und Abstimmung zu sorgen. 4. Umweltbildungskonzept gemeinsam entwickeln Umweltbildungseinrichtungen und Träger der Umweltbildung sind neben der Infostelle für schulische Umweltbildung, außerschulische Lernorte (Grüne Schule, Frei¬luga, Finkens Garten, Zooschule, Waldschule, Villa Öki), aber auch private Träger wie Netzwerk e.V., Querwaldein e.V. u.a., aber auch Bildungsträger wie die Volks¬hochschule oder kirchliche Bildungswerke. Sie alle verfügen zusammen über ein breites Spektrum an ökologischen Bildungsangeboten. Diese Angebote zu bündeln, zu vernetzen und für gemeinsame Aktivitäten einzusetzen, ist das Ziel des angestrebten Konzepts. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, die Erstellung eines Umweltbildungskonzepts gemeinsam im Rahmen eines moderierten Beteiligungsverfahrens möglichst aller Umweltbildungsträger durchzuführen. Für das moderierte Verfahren und zur Erstellung des geforderten Konzepts soll eine externe Dienstleistung in Anspruch genommen werden. Eine mögliche Aufgabenerweiterung und Aufgabenzuweisung im Rahmen der Umsetzung des Konzepts müsste unter der Berücksichtigung einer fachlich korrekten Zuordnung und der Finanzierbarkeit geprüft werden. Letztlich muss über die Umsetzung in einer gesonderten Ratsvorlage entschieden werden. Die weitere Umsetzung der Aktivitäten und

Maßnahmen des Konzepts obliegt im Wesentlichen den einzelnen Bildungsträgern im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit. Denn ein wesentlicher Teil von schon existierenden und möglicherweise zusätzlich erforderlichen Maßnahmen und Aktivitäten im Umweltbildungsbereich fallen nicht allein in den Verantwortungsbereich des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes und in den Aufgabenbereich der Informationsstelle für schulische Umweltbildung, sondern in die Zuständigkeit von anderen Dienststellen der Verwaltung, den Trägern der außerschulischen Lernorte, den freien Trägern von Umweltbildungseinrichtungen und Umweltbildungsakteuren. 5. Themen Im Sinne eines ganzheitlichen Konzepts einer kommunalen Umweltbildung wäre es wichtig, solche Bereiche stärker in den Focus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken, in der möglicherweise Handlungsbedarf besteht, wie • Umwelterziehung im Vorschulbereich • Schulische Umweltbildung • Umweltbildung an Ganztagsschulen • Qualität der Bildungsangebote • Arbeit an außerschulischen Lernorten • Qualifikation des Lehrpersonals (Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung) • Berufliche Bildung • Erwachsenenbildung • Verbraucherbildung • Bildung für Klimaschutz • Bildung für nachhaltige Entwicklung • Zielgruppenspezifische Angebote, z.B. für Senioren 6. Verfahrensvorschlag Mit dem Vorschlag, im Rahmen einer Beteiligung aller Akteure die wesentlichen Elemente eines solchen Konzepts zu erarbeiten, soll das Konzept auf eine breite Grundlage gestellt werden. Es bietet sich an, dies in Form eines Forums aller Akteure der Umweltbildung zu bewerkstelligen. Damit könnte das Forum Umweltbildung Köln neu belebt werden, das 1999 im Agenda-Prozess in den Agenda-Themenkreis Bildung, Ausbildung und Wissenschaft integriert wurde. Folgende Schritte sind dafür vorgesehen: • Für die Erstellung eines Konzepts durch ein moderiertes Verfahrens sollte ein ausreichender Zeitrahmen zur Verfügung stehen. Angesichts der Themen¬breite ist die Planung von drei Veranstaltungen mit Workshopcharakter not¬wendig, um ein von allen Beteiligten getragenes und auswertbares Ergebnis erzielen zu können. • Eine professionelle Planung, Moderation und Nachbereitung mit einem aussa-gekräftigen Abschlussbericht muss angestrebt werden. Dazu wird die Vergabe an einen externen Dienstleister empfohlen, der in der Umweltbildung und den Kommunikations- und Moderationstechniken besonders ausgewiesen ist. Einschließlich Honorar- und Sachkosten (Moderation, Vor- und Nachbereitung, Anschlussbericht, Raumkosten, Catering, sonstige Sachkosten) sind rund 25.000 € anzusetzen. • Zum Abschluss dieses Prozesses soll ein schriftliches Abschlussbericht stehen, dass in ein Verwaltungskonzept mit konkreten Maßnahmen inklusive Sach- und Personalkosten einfließt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Kostenschätzung:

Hj 2010:	Hj 2011:	Hj 2012:	Hj 2013:	später:
25.000,00 EUR	125.000,00 EUR	125.000,00 EUR	125.000,00 EUR	

Voten der Bezirksvertretung:

Bezirksvertretung Innenstadt: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Rodenkirchen: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.
Bezirksvertretung Lindenthal: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Ehrenfeld: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.
Bezirksvertretung Nippes: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Chorweiler: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kür-zungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.
Bezirksvertretung Porz: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Kalk: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.
Bezirksvertretung Mülheim: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung. Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuß für Umwelt und Grün: Der TOP 6.3 wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.11 - 6.13 und 6.16 beraten und beschlossen. geänderter Beschluss: 1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. 3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen. 4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben. Anschließend stellt sie Punkt 2 zur Abstimmung: geänderter Beschluss: 2.Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.

Anlage 3

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Schwier

Telefon: (0221) 29251
Fax : (0221) 29241
E-Mail: uta.schwier@stadt-koeln.de

Datum: 21.09.2010

Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 20.09.2010

öffentlich

5.5 Bürgerhaushalt 2010 – Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
3330/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung schließt sich dem Votum der Verwaltung mit Ausnahme der durch die Fraktionen noch zu benennenden und in die Hpl - Beratungen zu verschiebenden Maßnahmen an.
Die Fraktionen werden ihre Vorschläge kurzfristig der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Anlage
zur Beschlussvorlage
Bürgerhaushalt 2010 – Vorschlag Nr. 66: Runder Tisch Buchforst
2462/2010

Nachfragen zum Antrag Nr. 66 „Runder Tisch Buchforst" aus dem Ausschuss für Soziales und Senioren am 02.09.2010:

Auszug aus dem Protokoll:

Der Vorsitzende Herr Ott bittet die Verwaltung, die aktuellen weiteren Unterstützungsleistungen, die bereits gewährt werden, zusammenzustellen. Herr Ott fragt, ob es z.B. bereits Sponsoren für die Miete gebe und ob es absehbar sei, dass es in Zukunft auch für die Miete einen Sponsor geben könnte,

Antwort der Verwaltung:

Aus Restmitteln der Städtebauförderung erhält der Verein Runder Tisch Buchforst e.V. für den Zeitraum 01. März 2010 bis Februar 2011 Mittel in Höhe von 71.341,-- €.

Nach Auskunft des Vorsitzenden des Vereins liegen dem Verein weder Sponsorenzusagen für die Übernahme der Miete noch positiv entschiedene Bescheide zu Förderanträgen vor, die bei verschiedenen regional wirkenden Stiftungen gestellt wurden.

Anlage
zur Beschlussvorlage
Bürgerhaushalt 2010 – Vorschlag Nr. 330: Bürgerhaus Mütze
2464/2010

Nachfragen zu Antrag Nr. 330 „Bürgerhaus Mütze“ aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 02.09.2010:

Auszug aus dem Protokoll:

RM Herr Helling bittet die Verwaltung zum abgelehnten Vorschlag, eine Solaranlage auf dem dach des Bürgerzentrums Mütze zu installieren, eine langfristige Betrachtung für einen Zeitraum von 30 Jahren anzustellen. Gleichzeitig sei zu berücksichtigen, dass für den Träger selbst mit dem Einbau einer Heizungsanlage, die auf regenerative Energie setze, mittelfristig die Betriebskosten sinken würden. Herr Helling bittet die Verwaltung, dies zu prüfen und die Informationen zu den Haushaltsplanberatungen nachzureichen.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung hält das von Herrn Helling vorgeschlagene Verfahren, die langfristige Wirtschaftlichkeit der Investition auch in Bezug auf die potentiellen Einsparmöglichkeiten im Bereich der Betriebskosten des Trägers zu prognostizieren, für sinnvoll und zielführend.

Die dazu notwendigen Erhebungen technischer und kostenmäßiger Art für das Bauvorhaben und den langfristigen Bürgerhausbetrieb sind aber zu umfangreich, als dass eine Beantwortung bis zum Termin der Haushaltsplanberatungen zu schaffen ist.